The background features a collage of historical artifacts. At the top left, there is a coat of arms with a crown and the text 'Aufsichtsbeh'. Below it, a document dated '6, 1937' is visible. In the center, there are three green 'CONSULAR SERVICE' stamps from the 'CONSULATE GENERAL' with a value of '33'. Below the stamps, a document contains the German text: 'Stadt suche die Verfassung wie sie jetzt vereinbart schaffener'. At the bottom left, there are two black and white photographs: one of a man in a military-style uniform and another of a street scene. At the bottom right, there is a document with cursive handwriting, including the name 'Rosa Cyath' and 'Wolff'.

FZH
Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg

Zeitgeschichte
in Hamburg
Jahrbuch der
Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg
2023

FZH
Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg

Inhaltsverzeichnis

- 5 Editorial**
- 7 Thomas Großbölting**
Die Zeitgeschichte in der „epistemischen Krise“?
Überlegungen zum Selbstverständnis und zur Praxis eines Scheinriesen
- 27 Kirsten Heinsohn**
Kalter Kaffee oder Hot Stuff?
Geschlechtergeschichte im 21. Jahrhundert
- 49 Bettina Severin-Barboutie**
Migration und Zeitgeschichte.
Trends, Herausforderungen und Perspektiven
- 66 Andrea Althaus / Linde Apel / Jana Matthies**
Open City Hamburg?
Migrationsgeschichte(n) als Citizen Science
- 79 Yvonne Robel**
Wissenschaftlerin in zweiter Reihe?
Hildamarie Schwindrazheim und das Altonaer Museum
- 100 Ruth Pope / Klaus Große Kracht**
Emma gegen Kentler.
Eine geplatzte Preisverleihung im Kontext der Deutungskämpfe um sexualisierte Gewalt an Kindern in den 1980er und 1990er Jahren
- 119 Lisa Hellriegel**
„Wider die Gewalt-Verhältnisse“.
*Sexualisierte Gewalt als Leerstelle der Ausbildung bundesdeutscher evangelischer Pfarrer*innen und die feministische Theologie in den 1980er und 1990er Jahren*

- 143 **Joana Gelhart / Christoph Lorke**
Schmuddelecken in der Provinz.
Zur Konstruktion von „Schmutz“ in der mittelstädtischen Gesellschaft, 1970–2000
- 165 **Hannah Rentschler**
Unbeachtet und unterschätzt?
Zur Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre
- 181 **Adrian Stumpp**
„Himmlische Ruhe“ im Vernichtungslager.
Selbstdarstellung eines NS-Täters und mediale Berichterstattung im I. Treblinka-Prozess 1950/51
- 201 **Vor Ort**
Daniel Gerster / Kerstin Thiel
Das Winterhuder Fährhaus nach 1945.
Zwischen bürgerlichem Boulevard und Veranstaltungsort für die extreme Rechte
- 207 **Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte**

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

herzlich Willkommen zu „Zeitgeschichte in Hamburg“! Wir begrüßen Sie deshalb besonders euphorisch, weil Sie mit diesem Heft eine Erstausgabe in den Händen halten:

Mit dem neu konzipierten und großzügiger gestalteten „Jahrbuch der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg“, wie es im Untertitel heißt, wollen wir ein breites Fenster in die Forschungen und Themen der FZH öffnen. Autor:innen des Jahrbuches sind Kolleg:innen aus der FZH, Wissenschaftler:innen, die bei uns im Hause waren und andere, die uns interessante Beiträge angeboten haben. Den Bezug zu unserem geografischen Standort und räumlichen Arbeitszusammenhang Hamburg nutzen wir dabei als Bereicherung, nicht als Beschränkung, wenn wir mit dieser Publikation versuchen, umfassend und übergreifend neue Einsichten in und Perspektiven auf die jüngere und jüngste Vergangenheit zu entwickeln. Ausgehend von diesem Anspruch wenden wir uns mit dem Jahrbuch an zwei Publikumskreise: einerseits die zeitgeschichtliche Forschungscommunity, andererseits die interessierte Öffentlichkeit. An dieser bewährten Ausrichtung halten wir auch mit dem Jahrbuch fest.

Was bislang immer als Teil des Jahresberichts der Forschungsstelle für Zeitgeschichte zu Ihnen gelangte, hat sich damit zu einer eigenständigen Publikation entwickelt. Der bisher mit abgedruckte Tätigkeitsbericht wird fortan eigenständig in digitaler Form veröffentlicht und findet sich als PDF-Datei auf der Website der FZH. Allein eine Auswahl der wichtigsten Highlights aus dem vergangenen Arbeitsjahr haben wir hier im Jahrbuch unter der Rubrik „Nachrichten aus der FZH“ zusammengestellt.

Die Beiträge dieses Bandes decken in diesem Sinne ein größeres thematisches Spektrum ab. Thomas Großbölting, Kirsten Heinsohn und Bettina Severin-Barboutie greifen in ihren Artikeln zeithistorische Grundfragen auf. Wie verortet sich Zeitgeschichte im politisch-gesellschaftlichen Raum? Welche Auswirkungen hatten und haben geschlechter- und migrationsgeschichtliche Perspektiven auf das Fach? Yvonne Robel berichtet

über die Kunsthistorikerin Hildamarie Schwindrazheim, die von 1932 bis 1967 im Altonaer Museum wirkte. Zwei Artikel entstammen Projekten zur Geschichte sexualisierter Gewalt: Lisa Hellriegel untersucht, wie in der protestantischen Pfarrausbildung der 1980er und 1990er Jahre über Macht und Sexualität gesprochen wurde. Ruth Pope und Klaus Große Kracht fragen nach dem Ansehensverlust des Sexualwissenschaftlers Helmut Kentler und dem Aufstieg feministischer Beratungsstellen in den 1990er Jahren. Wie immer sind auch Beiträge mit stadtgeschichtlichem Fokus vertreten. Am Beispiel von Gütersloh und seinen „Schmuddelecken“ untersuchen Joana Gelhart und Christoph Lorke Konstruktionen von Schmutz in einer Mittelstadt. Andrea Althaus, Linde Apel und Jana Mathies stellen das Projekt „Open City Hamburg“ vor, in dem (Lebens-)Geschichten von Migrant:innen gesammelt und Ansätze von Citizen Science erprobt werden. Hannah Rentschler nimmt die Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik in den Blick. Adrian Stumpp untersucht, wie NS-Täter-Narrative, hier vom ersten Treblinka-Prozess 1950, in die westdeutsche Öffentlichkeit wirkten.

Mit „Vor Ort“ haben wir eine neue Rubrik eingeführt, in der wir markante und lokalhistorisch bedeutsame Orte „besichtigen“ wollen. Den Auftakt machen Kerstin Thieler und Daniel Gerster mit ihrem Beitrag über das Winterhuder Fährhaus, welches zwei Jahrzehnte lang auch ein beliebter Versammlungsort rechtsextremer Organisationen war.

Mit den besten Wünschen für eine anregende Lektüre grüßen Sie
Thomas Großbölting und Kirsten Heinsohn

Die Zeitgeschichte in der „epistemischen Krise“? Überlegungen zum Selbstverständnis und zur Praxis eines Scheinriesen

■ Die Zeitgeschichte steht als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft in der Aufmerksamkeitsökonomie von Medien und politischer Öffentlichkeit momentan gut da. Sie ist ein stark wahrgenommenes Fach – diese pauschale Aussage gilt sowohl wissenschaftsintern wie auch öffentlich: kaum eine Sachbuch-Bestsellerliste, in der nicht mindestens ein, meist aber zwei oder drei zeithistorische Titel in den oberen Rängen auftauchen. Themen der Vergangenheitsaufarbeitung sind ein fester und wichtiger Bestandteil der politischen Kultur in der Bundesrepublik und lösen regelmäßig breite und bis in die hohe Politik wahrgenommene Debatten aus.¹ Somit sind Zeithistoriker*innen in den Feuilletons, in Talkrunden, aber auch in den mit Themen der jüngsten Vergangenheit beschäftigten Gremien stark gefragte Expert*innen.

Universitätsintern erfreuen sich an den Historischen Seminaren, Instituten und Fachbereichen die zeithistorischen Lehrbereiche nicht nur in der Regel großer Beliebtheit bei den Studierenden, sie stehen wegen der öffentlichen Beachtung ihres Gegenstandes auch bei der einen oder anderen Universitätsleitung hoch im Kurs. Diese suchen aktuell mit

¹ Vgl. zuletzt Jürgen Zimmerer, *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*, Ditzingen 2023, S. 11–38; analytisch dazu Frank Bösch, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Public Historians. Zeithistorische Interventionen nach 1945*, Göttingen 2021, S. 63–75, hier S. 68.

der Zauberformel vom Transfer in sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern nach in die Gesellschaft anschlussfähigen Wissenschaftsbereichen, die außerhalb der Naturwissenschaften liegen. Die Situation heute steht in keinem Vergleich zur öffentlichen Nichtbeachtung der Geschichtswissenschaft beispielsweise zu Anfang der 1970er Jahre. In dieser Phase blieb die öffentliche Wahrnehmung der professionellen Deutung der Vergangenheit weit hinter der Aufmerksamkeit für die Soziologie und andere gegenwartsorientierte Wissenschaften zurück. Das Fach plagte sich vor allem mit Selbstzweifeln.²

Die Zeitgeschichte – ein Riese? Wer genauer hinschaut, der wird rasch auf Risse in dieser oberflächlichen Skizze stoßen: Auch wenn innerhalb der Universität die Hochschätzung groß ist, sinken die Studierendenzahlen und das insbesondere in den wissenschaftlich weiterqualifizierenden Masterstudiengängen. In der öffentlichen Debatte fungieren Historiker*innen erkennbar oft lediglich als Stichwortgeber, deren Expertise je nach politischem Gusto recht willkürlich genutzt oder eben ignoriert wird. Wer zu welchen Fragen spricht und welche Autorität den einzelnen Sprechenden zugedacht wird, wird nicht nur in gesellschaftlichen Debatten, sondern auch im erinnerungskulturellen Feld neu verhandelt. Nicht zuletzt trägt auch die Propagierung und die Förderung von *citizen sciences* dazu bei, dass sich das Gewicht von Fachexpertise und davon abgeleitet die Position von Fachpersonen im Feld der Vergangenheitsdeutung verändert. Und wer genau auf die Bestsellerlisten beispielsweise des Sommers 2023 schaut, der entdeckt dort unter anderem Titel, die ihre Attraktion vor allem daraus gewinnen, dass sie sich deziert vom wissenschaftlichen Fach absetzen.³

Ist der Riese nur ein Scheinriese, der (wie die Figur aus Michael Endes Kinderbuch) dann schrumpft, wenn man sich ihm nähert? Das wäre dann ein Schicksal, welches die Zeitgeschichte mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen teilt: Insbesondere die Coronapandemie der vergangenen Jahre hat neben vielen anderen tiefgreifenden Veränderungen das Verhältnis zur Wissenschaft und dem von ihr produzierten Wissen polarisiert. Zeigten

2 Vgl. Olaf Blaschke / Jens Thiel, Der Verband zwischen den Krisenjahren und der Rückkehr der Geschichte (1968–1990), in: dies. u. a. (Hrsg.), Die versammelte Zukunft. Bd 2: Historikerverband und Historikertage in Deutschland 1893–2000, Göttingen 2018, S. 532–534; als zeitgenössischer Debattenbeitrag vgl. Jürgen Kocka, Wozu noch Geschichte. Die sozialen Funktionen der historischen Wissenschaften, in: Die Zeit, Nr. 9, 1972; im Vergleich dazu ders., Geschichte – wozu?, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Über das Studium der Geschichte, München 1999, S. 427–443.

3 Vgl. Dirk Oschmann, Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023, S. 12, 18; Katja Hoyer, Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990, Hamburg 2023; vgl. dazu Franziska Kuschel, Zu bunt geraten. Es ist richtig, die Erfahrungen der Menschen in der DDR ernst zu nehmen. Aber es ist falsch, dafür die Vergangenheit zu beschönigen, in: Der Spiegel, Nr. 20, 13.5.2023, S. 38 f.

große Teile der Gesellschaft und insbesondere auch die Politik ein starkes Vertrauen und eine starke Orientierung am evidenzbasierten Wissen und den daraus abgeleiteten Empfehlungen von Epidemiolog*innen und Vertreter*innen anderer Disziplinen, da entwickelte sich in anderen Segmenten eine ausgeprägte Kontrahaltung und eine Wissenschaftsskepsis, die von der Impfverweigerung bis hin zu groß angelegten Verschwörungstheorien reichte. Was wissenschaftlich „wahr“ ist und was nicht, ist umstritten wie nie. Was von außen oftmals naiv als gesicherte Fakten angenommen und auch erwartet wird, entpuppt sich bei näherem Betrachten als ein vielfach diskutiertes, in der Entwicklung befindliches und damit immer wieder modifiziertes Wissen. Wie stark diese gesellschaftliche Diskussion auch in den Kreisen von Historiker*innen reflektiert wird, zeigt das Motto „Fragile Fakten“, welches das übergreifende Thema des Tags der Historiker*innen und damit der zentralen Veranstaltung des Fachverbandes in Leipzig 2023 gewesen ist.⁴

Momentan gibt es an verschiedenen Stellen ein aktives Nachdenken über die Stellung und Funktion von Wissenschaft in der Gesellschaft. Es sind insbesondere die vielfältigen Krisen- und Umbruchserfahrungen, die diese Reflexionen provozieren und zusätzlich befördern: die Klima- und Energiekrise, der Überfall Putins auf die Ukraine und der anhaltende Krieg, Corona-, Ernährungs-, aber auch die vielfach diskutierte Krise der Demokratie – überall ist Krise. So problematisch (wie auch produktiv) dieser Befund für die politische Diskussion ist, so scheint diese ubiquitäre Wahrnehmung einer Zuspitzung die Geisteswissenschaften als Disziplin in besonderer Weise herauszufordern.⁵ In Reaktion auf diese Wahrnehmung besonderer Zuspitzungen hat beispielsweise 2022 eine Arbeitsgruppe des sozial- und geisteswissenschaftlichen Hamburger Thinktanks „New Institute“ um den Philosophen Markus Gabriel eine „neue Aufklärung“ gefordert, in deren Folge sich die dann „zukunftsorientierten Geisteswissenschaften“ interdisziplinär stärker praxisorientiert den Problemen der Gegenwart zuwenden sollten.⁶ Stärker wissenschaftsintern argumentieren hingegen die beiden Hamburger Theolog*innen

4 <https://www.historikertag.de/Leipzig2023/> [11.10.2023].

5 Aus einer mittlerweile reichen Literatur zum Begriff, zur Verwendung und zur Neukonzeptionalisierung von Krise vgl. Frank Bösch / Nicole Deitelhoff / Stefan Kroll (Hrsg.), *Handbuch Krisenforschung*, Wiesbaden 2020; Rüdiger Graf / Konrad H. Jarausch, „Crisis“ in *Contemporary History and Historiography*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 27.3.2017, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.789.v1> [7.11.2023]; Carla Meyer / Katja Patzel-Mattern / Gerrit Jasper Schenk (Hrsg.), *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Stuttgart 2013.

6 Markus Gabriel u. a., *Auf dem Weg zu einer Neuen Aufklärung. Ein Plädoyer für zukunftsorientierte Geisteswissenschaften*, Bielefeld 2022.

Kristin Merle und Christoph Seibert, die im Sommersemester 2023 in einer Ringvorlesung unter dem Titel „Epistemische Krisen“ auf den Zusammenhang von politischen, ökonomischen, sozialen, medizinischen und kulturellen Krisen einerseits und den Veränderungen und Brüchen in unserer Wissensordnung andererseits aufmerksam gemacht haben. Wo Historiker*innen mit großer Verve die Zäsurwirkung aktueller Veränderungen diskutieren,⁷ kehrten die beiden Theolog*innen mit diesem Impuls die Perspektive um: Es ist, so Merle und Seibert, die gegenwärtig verbreitete Erfahrung und Wahrnehmung von krisenhaften Zuspitzungen, die auch die bislang etablierte Wissensordnung und die ihr zugrunde liegenden epistemologischen Grundüberzeugungen fragwürdig erscheinen lassen und sich zu einer „epistemischen Krise“ verdichten.⁸ Inwieweit wird auch das bislang akzeptierte Orientierungswissen vor dem Hintergrund dieser Krisenerfahrung fragil? – fragten die beiden Wissenschaftler*innen unter anderem und baten die Gäste einer Ringvorlesung um „produktive Krisenheuristiken auf dem Wege zu neuen, erkenntnis- und handlungsleitenden Perspektivierungen“ zur Beantwortung der „weltgesellschaftlich drängenden Frage: Wie weiter?“⁹

Die folgenden Überlegungen versuchen die aufgeworfenen Fragen aufzunehmen und für das Fach Zeitgeschichte weiterzudenken: Ist die Zeitgeschichte durch die Krisen- und Brucherfahrungen der vergangenen Jahre in besonderer Weise herausgefordert? Steht das von ihr bereitgestellte Orientierungswissen neu zur Diskussion, vielleicht gar zur Disposition? Befindet sich die Zeitgeschichte in einer wie oben beschriebenen „epistemischen Krise“?

Martin Sabrow hat anlässlich seiner Abschiedsvorlesung über „Zeitenwenden“ den Versuch unternommen, den Ort der Zeitgeschichte in der Gegenwart und ihre Verantwortung für die erinnerungskulturelle Bearbeitung von Vergangenheit neu zu bestimmen. Er beschreibt darin nicht nur die Coronapandemie und den Ukrainekrieg jeweils als „Erfahrungszäsur“, sondern sieht auch das bisher gültige Aufarbeitungsparadigma in der Diskussion:

7 Vgl. z. B. Martin Sabrow, *Zeitenwenden in der Zeitgeschichte*, Göttingen 2023, S. 12–22 und passim.; Malte Thießen, *Rezensionsessay: Corona und die Geschichte der Gegenwart. Zeitenwenden (in) der zeithistorischen Forschung*, in: *H Soz Kult*, 19.2.2023, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-94205> [11.10.2023]; dazu auch Andreas Wirsching, „Es spricht vieles dafür, dass das Jahr 2020 als eine epochale Zäsur in die Geschichte eingehen wird“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 19.10.2020.

8 Kristin Merle / Christoph Seibert, Ringvorlesung an der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Hamburg, *Wie weiter? Epistemische Krisen als Herausforderungen für Wissenschaft und Gesellschaft*, <https://www.zfw.uni-hamburg.de/oeffentliche-vortraege/programm-11-wie-weiter-epistemische-krisen-als-herausforderung-fuer-wissenschaft-und-gesellschaft.html> [26.8.2023].

9 Ebd.

Während bislang Aufarbeitung „die Identität der Gegenwartsgesellschaft durch eine fortgesetzte Annäherung an die schlechte Vergangenheit zum Zweck ihrer dauerhaften Überwindung in einer durch historisches Lernen gestaltbaren Zukunft [stärkte]“¹⁰, verschieben sich die Gewichte aktuell und der Postheroismus gerät zunehmend unter Druck.¹¹ Für das von Sabrow konstatierte Aufbrechen und die eventuelle Neuformierung eines erinnerungskulturellen Konsenses stehen beispielsweise die Überlegungen von Jürgen Zimmerer: In einem von ihm zusammengestellten Sammelband zum „neuen deutschen Geschichtsbewusstsein“, der unter anderem die Erinnerung an die Kolonialverbrechen in Relation zu anderen Vergangenheitsdiskursen diskutiert, fragt Zimmerer kritisch danach, ob die „Vergangenheitsbewältigung so erfolgreich war, wie es sich die deutsche Gesellschaft gerne selbst attestiert“.¹²

Im Folgenden werden zunächst skizzenhaft und durchaus zugespitzt bestimmte Bruchstellen in der Entwicklung der Disziplin Zeitgeschichte in ihrer vor allem bundesrepublikanischen und gesamtdeutschen Prägung skizziert, um davon ausgehend einige der aktuellen Herausforderungen zu diskutieren.

Die Entstehung und Entwicklung einer Disziplin

Wer Fragen nach dem wissenschaftlichen Kern der Disziplin stellt, begibt sich nicht nur in die aktuellen Debatten um die heutige Stellung der Geisteswissenschaften, sondern knüpft gleichermaßen an eine lange Tradition des Nachdenkens über das Fach Zeitgeschichte und seine Besonderheiten an. Neben den vereinzelten aktuellen Standortbestimmungen existiert eine lange Reihe von Überblicksskizzen, Selbstverortungen und *state of the art*-Artikeln, Annäherungen, die Zeithistoriker*innen in periodischen Abständen immer wieder vorgenommen haben.¹³

Die große Zahl dieser Angänge kommt nicht von ungefähr, sondern macht zuvorderst auf eines auf-

10 Sabrow, *Zeitenwenden*, S. 55 und passim.

11 Ebd., S. 66–69.

12 Zimmerer, *Erinnerungskämpfe*, S. 12.

13 Ein problemorientierter Überblick bei Sabrow, *Zeitenwenden*; ein Nachweis von Literatur findet sich (neben luziden Analysen) bei Gabriele Metzler, *Zeitgeschichte: Begriff – Disziplin – Problem*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 7.4.2014, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.567.v1> [7.11.2023]; eine der wenigen international vergleichenden Angänge von Wolfgang Schieder / Alexander Nützenadel (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004; Frank Bösch u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden*, Göttingen 2012; sehr anregend Ulrich Herbert, *Nach den Katastrophen. Entwicklungsstand und Perspektiven der deutschen Zeitgeschichtsforschung*. Vortrag zur Feier des 75. Gründungstags des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte in Münster am 18. März 2004, https://herbert.geschichte.uni-freiburg.de/herbert/beitraege/2004/12_nachdenkatastrophen.pdf [11.10.2023].

merksam: Wie kein anderes Teilfach der Geschichtswissenschaft bedarf die Zeitgeschichte dieser Art von Selbstvergewisserung, um in dem breiten Feld von Geschichtspolitik, Erinnerungskultur und aus anderen Motiven betriebenen öffentlichen Thematisierungen jüngster Vergangenheit ihren Stand als wissenschaftliche Disziplin zu definieren und ihre öffentliche Praxis zu reflektieren.

Dabei ist die unmittelbare Verflechtung mit der Gegenwart kein Spezifikum der Zeitgeschichte, sondern ein historiografischer Allgemeinplatz: Geschichte deckt sich nicht mit der Vergangenheit, sie ist nicht einmal als (unmöglich zu ziehende) Summe allen vergangenen Geschehens richtig gefasst, im Gegenteil. Geschichte ist gedeutete Vergangenheit und leitet sich daher aus einem jeweils aktuellen Interesse und den aus diesen Zusammenhängen formulierten Fragen ab. „Während das eine Auge in der Zeit- und Standortgebundenheit des Wissenschaftlers haften bleibt, richtet sich das andere auf die historische Tiefe“, so hat Andreas Wirsching das Spannungsverhältnis der zeithistorisch wissenschaftlichen Praxis in der Abwägung von Quellenanalyse und jeweils zeitgenössischem Fragehorizont beschrieben.¹⁴ In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Zeitgeschichte nicht von Forschungen zu früheren Epochen wie beispielsweise der alten oder der mittelalterlichen Geschichte, die ebenfalls durch das jeweilige aktuelle Erkenntnisinteresse an die Gegenwart zurückgebunden sind.¹⁵

Diese Grundkondition historischen Arbeitens spitzt sich im Fall der Zeitgeschichte allerdings noch einmal besonders zu. Insbesondere die Zeitgeschichte in Deutschland ist ein „Kind des ‚Zeitalters der Extreme‘“, ihre „Etablierung und Existenz“ verdankt sie den besonderen „Zeitläufen“, sprich: dem raschen Wechsel der politischen Systeme, der NS-Diktatur wie auch der der SED und vor allem der von Deutschland ausgehenden Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden.¹⁶ Nur auf diese Weise, so Gabriele Metzler, sei zu erklären, warum die Disziplin trotz fehlender eigener Konturen – der Gegenstand verändert sich ebenso, wie der Untersuchungszeitraum wandert – eine derart herausgehobene Position in der öffentlichen Aufmerksamkeit gewinnen konnte. Die Zeitgeschichte steht in einer besonderen Spannung zum Heute, ragen die Ergebnisse und Folgen der von ihr untersuchten Prozesse

14 Andreas Wirsching, Von der Lügenpresse zur Lügenwissenschaft? Zur Relevanz der Zeitgeschichte als Wissenschaft heute, in: Zeitgeschichte Online, 19.4.2018, <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/von-der-luegenpresse-zur-luegenwissenschaft> [27.6.2020].

15 In Auseinandersetzung mit der Archäogenetik entwickeln diesen Zusammenhang Mischa Meier / Steffen Patzold, Gene und Geschichte. Was die Archäogenetik zur Geschichtsforschung beitragen kann, Stuttgart 2021.

16 Metzler, Zeitgeschichte.

doch viel unmittelbarer in die jeweilige Gegenwart hinein und tragen, so Metzler, somit stärker zur Identitätsbildung der Mitlebenden bei als Studien zu früheren Epochen.¹⁷

Die „Geburt“ der Zeitgeschichte als nationale Legitimationswissenschaft

Wer diese besondere Spannung zwischen Gegenwart und Vergangenheit als konstitutiv für die Zeitgeschichte betrachtet, kann auch ihre Entstehung recht genau verorten. Auch wenn bereits mit den Anfängen von Geschichtsschreibung überhaupt ein erstes Verständnis von Zeitgeschichte entstand, gewann die Disziplin in dem Moment an Gewicht, als sie historische Legitimation für die verschiedenen europäischen Nationalbewegungen lieferte. Damit versprach sie aus der Perspektive des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eben nicht die schon von Hegel karikierte Kammerdienerperspektive auf das Kleine und vermeintlich unbedeutend Private der Geschichte zu bedienen, sondern das wichtige große Ganze in den Blick zu nehmen: den Nationalstaat nämlich.

Die enge Bindung der Zeitgeschichte an den Nationalstaat und dessen Legitimation hat Ulrich Herbert mit einer historischen Begebenheit illustriert, indem er die 1918 in Versailles abgehaltenen Friedensverhandlungen zum Geburtsort und zum Geburtsjahr der Zeitgeschichte erklärte:¹⁸ Als sich bei den Verhandlungen zur Beendigung des Krieges die Delegationen aus Polen und Frankreich mit den Vertretern der besiegten Deutschen zusammensetzten, stritt man unter anderem um Elsaß-Lothringen, Pommern und andere Grenzregionen. Während die Vertreter der französischen und der polnischen Delegation historische Karten zur Besiedlung und zu Bevölkerungsbewegungen vorlegten, um ihre Forderungen zu untermauern, musste die deutsche Delegation an dieser Stelle passen: Aktuelle Karten meist militärischen Ursprungs hatten dabei keinen Nutzen, ging es doch – so Herbert – an diesem Punkt um die historische Legitimation von Gebietsansprüchen. Deswegen telefonierte man hektisch nach Berlin und bat den dortigen Großordinarius für Geschichte Friedrich Meinecke um Unterstützung. Dieser schickte dann nach längerer Verzögerung einige handgefertigte Skizzen, mit denen die Delegation agieren konnte.

Die unmittelbar zurückliegende Zeitgeschichte 17 Vgl. ebd.

war „zur Grundlage des politischen Handelns bei 18 Herbert, Katastrophen, S. 2.



Zeitgeschichte als nationale Legitimationswissenschaft. Die Zentralstelle für die Erforschung der Kriegsursachen gab bis in die 1930er Jahre die „Berliner Monatshefte“ heraus.

der Neugestaltung Europas geworden“. Nicht allein die Position des Stärkeren sollte zum Zuge kommen, sondern bei der Legitimation von Politik das „Wissenschaftlichkeitspostulat“ gelten, „um Wahrheit sollte es gehen, nicht um Meinung“. Zudem zeigte sich, so Herbert, wie stark die Deutschen nachzuholen hatten.¹⁹

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen nationalen Zusammenhängen wurde die Zeitgeschichte auf diese Weise noch einmal intensiver zur intellektuellen Waffe im Kampf um Ansprüche und Legitimität. „Mit den Historikern aller zuvor am Weltkrieg beteiligten Länder wetteiferten die deutschen darin, durch große Akteneditionen die Unschuld ihres Landes am Ausbruch des Krieges zu dokumentieren“. ²⁰ Diese Anstrengungen brachten auch entscheidende Anstöße zur Entwick-

¹⁹ Ebd.

²⁰ Alexander Nützenadel / Wolfgang Schieder, Zeitgeschichtsforschung in Europa. Einleitende Überlegungen, in: dies. (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem, S. 7-24, hier S. 10.

lung der Disziplin, welche die besonderen Arbeits-, Publikations- und Kommunikationsformen der Zeitgeschichte bis heute prägt: 1921 rief das Deutsche Reich die „Zentralstelle für die Erforschung der Kriegsursachen“ ins Leben.²¹ Man gab Akteneditionen heraus, organisierte Kongresse und gab Gutachten in Auftrag.²² Die uns heute im Wissenschaftsbetrieb noch so geläufigen Arbeits-, Organisations- und Publikationsformen wurden jetzt besonders virulent – und waren nicht nur in der Weimarer Republik, sondern auch später ebenso stark geschichtspolitischen wie wissenschaftlichen Zwecken verpflichtet: der Legitimation der jeweils eigenen nationalpolitischen Position. Auch wenn die Wissenschaftenden mit der stupenden Akten- und Quellenarbeit dem Anspruch des an den Universitäten dominierenden historistischen Mainstreams der Geschichtswissenschaft entsprachen, stand diese Praxis dennoch nicht für Wissenschaftlichkeit.²³ Die Parteilichkeit der Zeitgeschichte war Programm. Momentan zeigt niemand eindrucksvoller als der russische Diktator Wladimir Putin, wie sich die Indienstnahme der Historiografie in manchen Wissenschaftszusammenhängen bis in die Gegenwart durchzieht, wenn die an die Vergangenheit geknüpften Mythen, Halbwahrheiten und Geschichtsfälschungen zur Legitimierung seiner Macht- und Kriegspolitik missbraucht werden.²⁴ Aber auch in weniger eindeutigen Konstellationen ist die Praxis der Zeitgeschichte von dieser Indienstnahme und drohenden Übernahme durch die Politik geprägt.

Von der Legitimations- zur Kritikwissenschaft

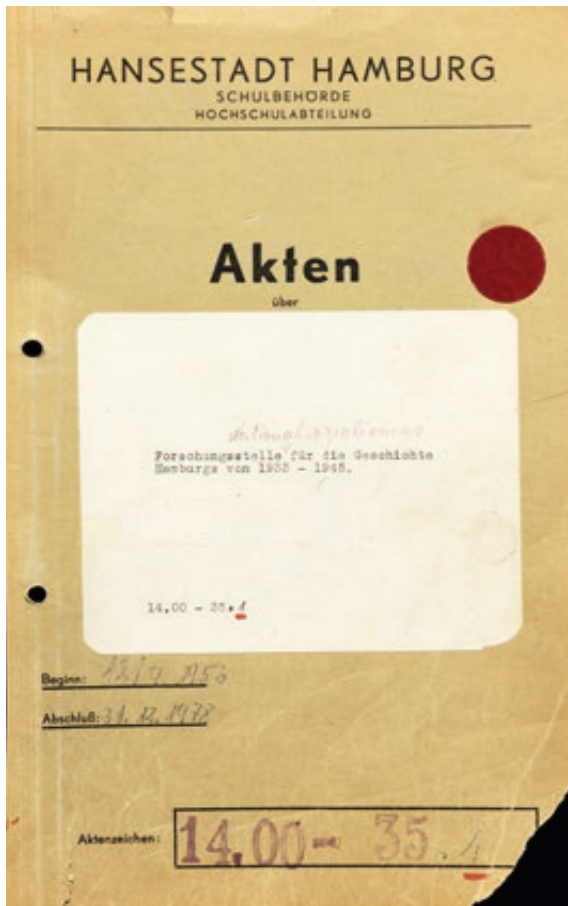
Das Prinzip, wissenschaftliche Arbeit an einem geschichtspolitischen Zweck zu binden, findet sich parallel in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik, wenn auch unter komplett anderen Vorzeichen. So wurde beispielsweise die „Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933–1945“, auf die sich über einige organisatorische Zwischenstationen auch die heutige Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg zurückführen lässt, wenige Jahre nach Kriegsende mit dem Auftrag ins Leben gerufen, die lokale Geschichte des Nationalsozialis-

21 Vgl. Matthias Beer, Hans Rothfels und die Traditionen der deutschen Zeitgeschichte, in: Johannes Hürter / Hans Woller (Hrsg.), Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005, S. 159–190.

22 Vgl. Metzler, Zeitgeschichte.

23 Vgl. ebd.

24 Vgl. z. B. Martin Schulze Wessels, Die russische Staatszitatelle. Wladimir Putin schreibt die Geschichte um und kujoniert die Wissenschaft. Doch die beginnt sich zu wehren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 51, 2.3.2022, N 4; vgl. ders., Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte, München 2023, insbesondere S. 261–292.



Zwischen Legitimation und ersten Ansätzen kritischer Geschichte – Anfänge der Zeitgeschichtsforschung in Hamburg in den 1950er Jahren. FZH-Archiv

mus zu erforschen, auf diese Weise ein „Stadtgedächtnis“ zu begründen und vor allem die Umstände der kampflosen Übergabe der Stadt zu klären, um einer Legendenbildung vorzubeugen.²⁵

Prägend für die Disziplin insgesamt wurde das in München ansässige Institut für Zeitgeschichte, welches zunächst als „Deutsches Institut für die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ firmierte und damit den entscheidenden Akzent setzte: Zeitgeschichte etablierte sich als Geschichte des Nationalsozialismus, sie hatte die Voraussetzungen und Vorgeschichte, die Ursachen und Dynamiken wie auch das Ende der Diktatur zu analysieren.²⁶

Herbert charakterisiert diesen Wandel als einen Übergang von der „Legitimations“- zur „Kritikwissenschaft“.²⁷ Ob die bundesrepublikanische Zeitge-

²⁵ Vgl. Axel Schildt, Der Ursprung der westdeutschen Zeitgeschichte aus der Thematisierung der NS-Vergangenheit. Die „Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933–1945“ in den 1950er Jahren, in: Jürgen Elvert (Hrsg.), Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik, Stuttgart 2016, S. 187–210; zum Terminus „Stadtgedächtnis“ Arnold Sywottek, Das wissenschaftliche „Stadtgedächtnis“. Forschungen über die Zeit nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg zwischen Tabus und Aufarbeitungserwartungen, in: Peter Reichel (Hrsg.), Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Hamburg 1997, S. 218–235.

²⁶ Vgl. Herbert, Katastrophen, S. 3.

²⁷ Ebd., S. 5.

schichte deswegen „von Beginn an eine oppositionelle, gegen den Mainstream von Zunft und Öffentlichkeit gerichtete Note“ bekam? In der mittelfristigen Betrachtung hat Herbert sicher recht, kurzfristig aber scheint es aus heutiger Perspektive an beiden Institutionen deutliche retardierende oder beschönigende Tendenzen gegeben zu haben. Die Anfänge der Forschung entwickelten sich unter durchaus fragwürdigen Prämissen, wenn beispielsweise in Hamburg zunächst an der Legende vom besonderen hanseatischen, sprich: einem distanzierten Weg zum und aus dem Nationalsozialismus heraus gestrickt wurde.²⁸ Auch in München war der Fokus auf den Nationalsozialismus zunächst eng, wenn Wissenschaftler*innen sich auf die politische Geschichte konzentrierten, dazu ehemalige Funktionsträger aus der zweiten und dritten Reihe des NS-Systems befragten, während jüdische Forscher*innen in den deutschen Wissenschaftskontexten außen vor blieben.²⁹

Trotz dieser Engführungen aber etablierte sich die Zeitgeschichte auf diese Weise nicht nur gegen den gesellschaftlichen Grundtenor, der die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit nicht als vordringlich sah, sondern auch gegen den Mainstream der universitären Historiker, die sich stattdessen in der Vormoderne tummelten oder an Bismarck abarbeiteten. Ausnahmen wie der Politologe und zeithistorische Außenseiter Karl Dietrich Bracher bestätigten diese Regel.³⁰ Alles in allem gilt: Anders als in der DDR, anders als auch in anderen nationalen Wissenschaftssystemen etablierte die westdeutsche Gesellschaft „eine wissenschaftliche Zeitgeschichte, die die Vorgeschichte der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung durch die Erforschung der NS-Zeit ja tatsächlich delegitimierte; auf diese Weise aber die Identität der Bundesrepublik als offene Gesellschaft mit konstituierte.“³¹

Verbunden mit dieser Ausrichtung waren ein spezifischer Zugriff und mit der Erforschung des Nationalsozialismus ein dominantes Tätigkeitsfeld: Als aufgrund von Schändungen jüdischer Friedhöfe, breit wahrgenommener Hakenkreuzschmierereien

28 Vgl. dazu Axel Schildt, *Rettung Hamburgs in letzter Minute. Zur Wiederauflage hanseatischer Legenden über NS-Herrschaft und Kriegsende*, in: *Zeitgeschichte in Hamburg*, 2015, S. 14–33.

29 Götz Aly, *Nur mit Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte*, in: *Perlentaucher. Das Kulturmagazin*, 18.10.2017, <https://www.perlentaucher.de/essay/goetz-aly-das-institut-fuer-zeitgeschichte-und-die-verzoegerte-deutsche-ausgabe-von-raul-hilberg.html> [11.10.2023]; René Schlott, *Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 69 (2021), S. 85–119.

30 Ulrike Quadbeck, *Karl Dietrich Bracher und die Anfänge der Bonner Politikwissenschaft*, Baden-Baden 2008; eine Biografie zu Fritz Fischer steht noch aus; mit wichtigen allgemeinen Informationen Klaus Große Kracht, *Fritz Fischer und der deutsche Protestantismus*, in: *Zeitschrift für neuere Theologiegeschichte* 10 (2003), H. 2, S. 224–252; Lothar Wieland, *Der deutsche Griff nach der Weltmacht. Die Fischer-Kontroverse in historischer Perspektive*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 37 (1992), S. 742–752.

31 Herbert, *Katastrophen*, S. 5.

und vor allem der NPD-Wahlerfolge seit Beginn der 1960er Jahre auf lokaler und regionaler Ebene die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus intensiviert wurde, rückten das IfZ und seine Arbeit in den Fokus der Öffentlichkeit. Ebenso trugen die in der Bundesrepublik wie auch in anderen Ländern geführten Prozesse gegen NS-Täter zum Bedeutungsgewinn zeithistorischer Expertise bei. In Form von Gutachten vor Gericht wurden historisch-politische Brisanz, wissenschaftliche Reputation und richterliche Letztautorität zusammengeführt. In diesem Kontext von umstrittenen Zeitfragen qua wissenschaftlicher Autorität als Schiedsrichterin zu fungieren – diese Rolle und das damit verbundene Versprechen auf Aufklärung erklärt den Aufstieg der Zeitgeschichte wesentlich mit.

Damit verband sich ein neuer Stil und ein Darstellungsduktus, der für größere Teile der Zeitgeschichte insgesamt prägend blieb: In der Publikation „Anatomie des NS-Staates“, welches als IfZ-Gemeinschaftswerk aus Gutachten für verschiedene Gerichtsprozesse zustande gekommen war,³² betonten die Herausgeber im Vorwort die praktizierte „historisch-rationale“ Betrachtungsweise, die sie einer „moralisch-emotionalen“ gegenüberstellten. „Was [...] der menschliche Verstand einmal erfaßt hat, das hält er fest und wird es nicht wieder verlieren. Darum bedürfen wir in Deutschland für die geistige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seiner Zeit keiner Emotionen und keiner moralischen Erweckungsbewegung, sondern nüchterner Arbeit mit Verstand und Vernunft.“³³ Der Anspruch auf sachliche Distanziertheit verdichtete sich zum „Pathos der Nüchternheit“, welches beispielsweise in der Festschrift zum sechzigsten Gründungstag des Instituts wieder aufgerufen wurde.³⁴ Es wäre weiter zu untersuchen, ob und inwieweit dieser Anspruch die tatsächliche NS-Historiografie grundlegend prägte – und ob und wie sich in Deutschland verfasste Zeitgeschichte damit gegebenenfalls von anderen Nationalhistoriografien unterschied.

Mit und neben dieser Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur entwickelte sich seit Ende der 1970er Jahre ein zweiter Strang, der ebenfalls auf die Überwindung einer nationalapologetischen Geschichtsschreibung zielte, aber aus einer anderen Stoßrichtung auf die Reform und die Weiterentwicklung der bundesrepublikanischen Demokratie

32 Devin O. Pendas 'Political Tyranny and Ideological Crime'. Rereading 'Anatomy of the SS State', in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 5 (2008), S. 475–480.

33 Hans Buchheim u. a., Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, Olten/Freiburg i. Br. 1965, S. 8.

34 Horst Möller / Udo Wengst (Hrsg.), 60 Jahre Institut für Zeitgeschichte, München 2009, S. 11 f.; zur Kritik an diesem Topos vgl. Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003.

drängte. Es waren Geschichtswerkstätten und andere Initiativen von sogenannten „Barfußhistorikern“ ebenso wie Universitätsforschungen, die mit der „Geschichte von Arbeit, Wohnen und Familie in der industriellen Revolution, Kolonialgeschichte – ja, auch schon damals! –, Frauen- und Geschlechtergeschichte, Migrationsgeschichte, Umweltgeschichte“ neue Forschungsthemen aufbrachten.³⁵ „Diese Themen und Aktivitäten konnten sich in der Altbundesrepublik kulturpolitisch breitmachen – nicht obwohl, sondern gerade weil sie im Medium evidenzbasierten historischen Erzählens Defizite der gegenwärtigen demokratischen Verhältnisse adressierten. Genau dies verlieh ihnen jene sanfte Unwiderstehlichkeit, vor der landauf, landab auch gestandene Konservative in Kommunal- und Landesparlamenten irgendwann einmal kapitulierten, um hier ein Heimatmuseum zu erneuern und dort einen kritischen Geschichtspfad zu finanzieren. Ja, selbst in den angestrengt gouvernementalen Museumsplanspielen des Historikers Helmut Kohl hallte noch das Echo dieser Geschichte von unten nach.“³⁶

In eine neue Phase trat die zeithistorische Forschung 1989/90, und das zunächst organisatorisch. Die Geschichtswissenschaft, die als Fach in den 1970er Jahren völlig hinter der Soziologie und der Politikwissenschaft zurückgestanden hatte, war Ende der 1980er Jahre wieder hoch gefragt und wurde finanziell enorm gefördert. Dabei lieferte das bundesrepublikanische Modell zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus eine Blaupause für den Umgang mit der SED-Diktatur: Enquetekommissionen des Bundestages, eine Stiftung Aufarbeitung, diverse Gedenkstätten, nicht zuletzt eine riesige, in ihren Hochzeiten mit knapp viertausend Mitarbeitenden viele Ministerien in den Schatten stellende Bundesbehörde, die mit der Öffnung der Stasi-Akten eines der größten geschichtspolitischen Freiluftexperimente durchführte, über dessen unmittelbare Folgen wir nach wie vor wenig wissen – nicht nur in den Dimensionen und Praxisformen, sondern auch im Anspruch, zum Teil sogar im Personal deckte sich vieles mit dem, was in der alten Bundesrepublik auch praktiziert worden war.³⁷

Nach 1989 blieb auf diese Weise viel von den geschichtspolitischen Konturen der Bonner Republik erhalten. Die Bonner Republik schlug auch inhaltlich durch: Das Ende der DDR und die sich anschließende staatliche Vereinigung von Ost- und Westdeutschland waren eine der wenigen Sternstunden

35 Thomas Lindenberger, *Der Verschleiß der öffentlichen Geschichte. Ein Versuch über die Grenzen der Diktaturaufarbeitung*, in: Bösch, *Public Historians*, S. 63–75, hier S. 68.

36 Ebd., S. 68 f.

37 Vgl. mit einem Schwerpunkt auf der altbundesrepublikanischen DDR-Forschung Jens Hüttmann, *DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung*, Berlin 2008.

deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert und bilden damit in der Interpretation vieler einen Schlusspunkt, der die Katastrophenserie 1918, 1933 und 1945 beendete. Von vielen wurde das Ende der DDR (oft im Anschluss an Heinrich August Winkler) als letzter Schritt des ostdeutschen Teilstaates auf dem langen Weg nach Westen interpretiert.³⁸

Wer die friedliche Revolution vor allem als „nachholende Revolution“ (Jürgen Habermas) verstand, der konnte auch am Primat der Vergangenheit festhalten, weil er der Bewegung in der DDR keine zukunftsweisende oder innovative Qualität zugestand: So wurden zwar verschiedene Debatten um die DDR-Geschichte mit Verve geführt, während hingegen die Auseinandersetzungen um Zukunftsperspektiven des wiedervereinigten Deutschlands oder etwa die um eine gesamtdeutsche Verfassung eher verhalten geführt wurden. Als zentrale Legitimitätsressource der erweiterten Bundesrepublik diente stattdessen das Versprechen einer Angleichung der Lebensverhältnisse – flankiert durch eine sofort anhebende Schwarz-Weiß-Debatte über die Geschichte der DDR. Die Zukunft hingegen schien damit in der Gegenwart der triumphierenden Bundesrepublik aufgehoben. Diese Haltung hat sich rasch gerächt – die fortwährende politisch-kulturelle Spaltung zwischen den sogenannten alten und den neuen Ländern liegt eben nicht nur in vierzigjähriger Teilung und SED-Diktatur begründet, sondern zumindest teilweise auch in einer Geschichtspolitik, die das Gros der Bevölkerung der DDR radikal abhängte.³⁹ In den angesichts des wachsenden Erfolgs der sogenannten Alternative für Deutschland seit einigen Jahren mit hoher Intensität geführten Debatten um den Zustand der inneren Einheit offenbart sich, wie klein die Schnittmengen der kollektiven und offiziellen Erinnerung mit den individuellen Rückblenden und Erinnerungen ehemaliger DDR-Bürger*innen an die Vergangenheit sind.

Der Protest dagegen wächst. Die Intellektuellen, die sich diesen zu eigen machen, reiben sich nicht nur an den Ergebnissen der bisherigen Geschichtsschreibung, sondern distanzieren sich aktiv von ihr und erklären den Abstand zur Wissenschaft sogar zu einem Vorzug ihrer eigenen Überlegungen. Wie kein anderer steht dafür momentan der Leipziger Germanist Dirk Oschmann. Seine zum Großessay geronnene Wutrede zur „innerdeutschen Gemengelage“ im Jahr 2023 legitimiert sich genau dadurch, dass er eben nicht Fachmann sei, sondern „Laie, dessen Expertise lediglich darin besteht, seit Langem teilneh-

38 Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde., Berlin 2020.

39 Vgl. dazu Thomas Großbölting, *Geschichtskultur zwischen Wissenschaft und Populärkultur*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/43 (2013), S. 19–26.

mender Beobachter zu sein“.⁴⁰ Aus dem beamteten Lehrstuhlinhaber der Universität Leipzig wird qua Geburt in Gotha ein marginalisierter Ostdeutscher, der nur dank einer akademischen Station in den USA genug Westprofil aufbauen konnte, um als Wissenschaftler auf hohem Niveau zu reüssieren – so die Selbsterzählung des Autors, der „im Grunde nichts Neues“ sagt, sondern sich daran macht, „manches *neu* zu sagen und in ein helleres Licht zu rücken“ – und das mit enormer Resonanz bei Leser*innen.⁴¹

Auch Katja Hoyer, die mit ihrem Buch „Diesseits der Mauer“ ebenfalls einen Bestseller landete, wurde in der DDR geboren und schöpft aus diesem biografischen Detail nicht nur den eigenen Schreibantrieb, sondern auch einen Teil ihres Renommees. Ihr Buch profiliert sich vor allem gegen eine (vermeintlich) vereinseitigte Darstellung der DDR-Geschichte in der Geschichtswissenschaft, die bislang als „grauer, eintöniger, verschwommener Fleck“, als „Welt ohne Individualität, Selbstbestimmung oder Sinn“ erscheine und auf diese Weise die Realität der Mitlebenden verfehle.⁴² Hoyer kann so schreiben, weil sie – und das soll hier der einzige inhaltliche Diskussionspunkt sein – die mittlerweile immense Forschung zum Thema nicht zur Kenntnis nimmt.⁴³ Auch wenn man die implizite Kritik beider Positionen in vielen Punkten zurückweisen kann, zeigt sie doch ein Defizit auf, das die Geschichtswissenschaft hat entstehen lassen.

Aktuelle Herausforderungen

Zeitgeschichte in Deutschland, so lässt sich pointiert zusammenfassen, hat sich im Schatten des und in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus konstituiert und ist sowohl in der Form wie auch im Stil nach wie vor stark davon geprägt. Von ihren Ursprüngen zu Beginn des 20. Jahrhunderts trennt die Zeitgeschichte heute sehr viel. Allem Wandel zum Trotz aber gibt es doch einige rote Fäden, die sich durchziehen: In der Wahl ihrer Gegenstände ist Zeitgeschichte hierzulande nach wie vor oftmals stark auf Zäsuren konzentriert, politiklastig, kurzfristig orientiert und vor allem national beschränkt. Zeitgeschichte in Deutschland, so hat es Ulrich Herbert pointiert gesagt, ist gut in Katastrophen – und wird sich allein deshalb breiter orientieren und internationalisieren müssen.⁴⁴

⁴⁰ Oschmann, Osten, S. 18.

⁴¹ Ebd., S. 12.

⁴² Ebd., S. 20.

⁴³ Vgl. dazu die Rezension von Kuschel, Zu bunt geraten.

⁴⁴ Herbert, Katastrophen, S. 1, 7.

„Nach dem Boom“, „Gesellschaft der Singularitäten“, Nachmoderne, in den 1990er Jahren war es mal die Postmoderne – es gibt ein breites, vor allem sozialwissenschaftliches Schrifttum dazu, was sich mit den beobachteten tektonischen Verschiebungen im Gefüge von Klassen, Schichten und Milieus veränderte.⁴⁵ Der kontrovers geführten Diskussion fehlt es weder an Facettenreichtum in den sozialtheoretischen Annahmen noch an Belegen für die soziale Transformation, wohl aber an empirischer Unterfütterung und historischer Tiefe wie auch an einer Fokussierung auf die einzelnen Segmente und Dynamiken dieses Wandels. Gab es diesen Wandel überhaupt? Wo zeigen sich Turboentwicklungen, wo Resilienzen, wo gegenläufige Entwicklungen?

Das Spektrum möglicher Themen, die über die skizzierte deutsch-deutsche Geschichte hinausreichen, ist tendenziell unendlich und reicht von der zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung der Welt über neue Medienstrukturen, die jede*n von uns ganz anders mit Informationen und Weltwissen ausstatten, bis hin zu den Organisationsmodi von Partizipation und Politik. Wie kann es gelingen, komplexer und diverser werdende Gesellschaften demokratisch und partizipativ einzubinden? Wenig beachtet ist in unserer Disziplin beispielsweise die aus den Natur- und Sozialwissenschaften beschriebene *Great Acceleration*, mit der der massive Anstieg von Mensch-Natur-Interaktionen beschrieben wird. Was vielen Wissenschaftler*innen als Anbruch der neuen Epoche des Anthropozäns gilt, lässt Historiker*innen bislang weitestgehend kalt.

Eine besondere Herausforderung wird es sein, integrierende Fragestellungen zu finden, die die jeweiligen Spezialforschungen diachron und synchron einbinden. Für die Disziplin Zeitgeschichte ist das enorm wichtig, da nur so ein Gespräch untereinander organisiert werden kann. So beengt uns im Rückblick die Konzentration auf die Diktaturen und ihre Bewältigung manchmal scheint, hatte diese Haltung doch den Vorteil, dass sie die Diskussion des Faches konzentrierte und so öffentlich wahrnehmbar machte. Wird das in Zukunft so bleiben?

Auch methodisch sind viele Forderungen wohlfeil: Die Zeitgeschichte wird sich stärker sozialwissenschaftlich informieren müssen – nicht allein, um die empirischen Ergebnisse unserer Nachbardisziplinen wahrzunehmen, sondern auch, um zu beobachten, wie diese selbst als Begleitwissenschaften gesellschaftliche Prozesse prägten: Wenn Ulrich

45 Anselm Doering Manteuffel / Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2017.

Beck in den 1980er Jahren die Bundesrepublik zur Risikogesellschaft erklärte oder heute sozialwissenschaftliche Expert*innen eine umfassende Polarisierung der Gesellschaften behaupten, dann sind das viel weniger sozialwissenschaftliche Fakten als vielmehr zeitgenössische Interventionen mit einer je eigenen zeitgenössischen Wirkungskraft.⁴⁶

Die aus meiner Perspektive wichtigste Herausforderung ist aber eine andere. Mit ihrer Betrachtung kehre ich noch mal an den Anfang meiner Überlegungen zurück: Zeitgeschichte ist öffentlich hoch präsent – und muss gerade deshalb darüber nachdenken, wie sie in Zeiten von *fake news* und *fake history* den wissenschaftlichen Anspruch ihrer Arbeit sichert. Dafür bedarf es selbstredend der Beherrschung von geschichtswissenschaftlich-handwerklichen Praktiken, wie sie beispielsweise die amerikanische Wissenschaftshistorikerin Lorraine Daston umreißt: „Die Unterscheidung zwischen Quellen und Literatur, der Kult des Archivs, das Handwerk der Fußnoten, die sorgfältig erstellte Bibliographie, das intensive und kritische Lesen von Texten, die riesengroße Angst vor Anachronismen.“⁴⁷

Modelle in der Außendarstellung, die Historiker*innen bislang praktiziert haben, taugen zur Absicherung und Untermuerung des wissenschaftlichen Anspruchs zeithistorischer Forschungsergebnisse nur bedingt: Der stramme Parteigänger einer wie auch immer gearteten Politik – Typ Legitimationswissenschaftler – verbietet sich als Rollenmodell von selbst. Mit der Zeitgeschichte als Kritikwissenschaft hat sich in dessen Überschwang ein anderer Typus entwickelt, nämlich derjenige Historiker, die Historikerin, die mit dramatischem Gestus jeweils „ihren“ Teil der Geschichte dem Vergessen entreißen. Die eigene Rolle läßt sich dann mit der Dignität des Gegenstandes oder gar der Idee des Opferanwalts auf – mit Wissenschaft hat diese Art der identifikatorischen Geschichte nur wenig zu tun.

Wichtig scheint eine Klärung, die sich auf unsere Positionierung als Historiker*in im Gespräch über die Vergangenheit bezieht: Ute Daniel hat kürzlich das Verhältnis von Politik und Geschichtswissenschaften in das Bild von zwei umeinander herum tänzelnden Personen gefasst, die – so läßt sich die Metapher weiter ausdeuten – ihre Position zueinander ständig verändern und Nähe und Distanz jeweils

46 Den Anfang einer Debatte über die Sozialwissenschaften als Quellen initiierten Rüdiger Graf / Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (2011), S. 479–508.

47 Lorraine Daston, *Die unerschütterliche Praxis*, in: Rainer Maria Kiesow / Dieter Simon (Hrsg.), *Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit. Zum Grundlagenstreit in der Geschichtswissenschaft*, Frankfurt a. M. 2000, S. 13–25, hier S. 19.

neu aushandeln.⁴⁸ Für die Geschichtswissenschaft bieten bei diesem Tanz sozialwissenschaftliche Klassiker wichtige Leitplanken: Wir haben kein „Amt, die Vergangenheit zu richten“ und „die Mitwelt zum Nutzen künftiger Jahre zu belehren“, so formulierte bereits 1824 Leopold von Ranke seine vielleicht wichtigste und bis heute gültige Einsicht.⁴⁹ „Es kann niemals Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft sein, bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte ableiten zu können“, so reagierte der Soziologe Max Weber auf seine Gegner im ersten Werturteilsstreit von 1904, die eine stärkere Intervention der Sozialwissenschaften in das politische Tagesgeschäft forderten.⁵⁰ Und dennoch reden beide keinesfalls der politischen Abstinenz das Wort. Zeithistoriker*innen haben viel beizutragen zu den aktuellen Debatten – und sollten dies auch tun. Man kann, auch ohne Werturteile zu fällen, diese dennoch zum Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion machen: Sind Werte und Zwecke – um in der Diktion Webers zu bleiben – in sich widerspruchsfrei? Welche intendierten und ungewollten Folgen kann die Erreichung von Zwecken haben? Welche letzten Maßstäbe liegen postulierten Werten und verfolgten Zwecken zugrunde?

Wissenschaft kann die „Ideen“ und Werte formallogisch prüfen und erschließen, welche „letzten Maßstäbe“ sich in den konkreten Werturteilen manifestieren. „Eine empirische Wissenschaft vermag niemanden zu lehren, was er soll, sondern nur, was er kann und was er will“, so Weber.⁵¹ Das Vetorecht der Quellen wie auch deren Kritik ernst zu nehmen, die Reflexion, auch Offenlegung des eigenen Standpunkt als Teil der wissenschaftlichen Betrachtung zu begreifen, die Betonung des prozessualen Charakters zeithistorischen Forschens gegen die tendenziell statische Erinnerung des kulturellen Gedächtnisses zu stellen;⁵² „in jedem Augenblick den Lesern und sich selbst scharf zum Bewußtsein bringen, welches die Maßstäbe sind, an denen die Wirklichkeit gemessen wird“ und immer zu markieren, „wo der denkende Forscher aufhört und der wollende Mensch anfängt zu sprechen“⁵³ – das sind die wenigen, aber doch ent-

48 Vgl. Ute Daniel, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/ute-daniel-teil-3-wie-politisch-kann-soll-und-muss-geschichtsschreibung-sein> [15.10.2023]; vgl. Frank Bösch, *Public Historians. Öffentliche Interventionen der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft seit 1945*, in: ders., *Public Historians*, S. 17–40, hier S. 33.

49 Leopold von Ranke, *Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1495 bis 1514*. Zur Kritik neuerer Geschichtsschreiber, Leipzig 1853, 1. Auflage 1824, S. VI.

50 Max Weber, *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 19 (1904), H. 1, S. 25.

51 Ebd.

52 Vgl. Stefan Jordan, *Vetorecht der Quellen*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.2.2010, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.570.v1> [7.11.2023].

53 Weber, *Objektivität*, S. 32 f.

scheidenden Unterschiede, die einen wissenschaftlichen Zugriff auf die Vergangenheit ausmachen.

Die weit verbreitete Wissenschaftsskepsis wird sich im Zweifel weniger mit mehr Information über die jeweils umstrittene Problemstellung beheben lassen, sondern vor allem dadurch, dass bestimmte Grundprinzipien von Wissenschaft aktiv demonstriert und kommuniziert und dadurch stilprägend werden. Dazu gehört zunächst, dass wissenschaftliche Expertise in sich begrenzt und vorläufig ist. Diese an und für sich triviale Feststellung schließt mit ein, dass die disziplinäre Nachbarin oder der Fachkollege mit ihren jeweiligen Wissensbeständen und Kompetenzen wertgeschätzt und ernst genommen werden. Viel grundsätzlicher aber ist: Wissenschaftliche Expertise ist prinzipiell auf Vorläufigkeit und Falsifizierbarkeit angelegt. Wer Ergebnisse nicht als Fakten präsentiert, sondern transparent Auskunft gibt über methodische Verfahren, empirische Grundlagen und eigene Perspektiven, die die Interpretation mit beeinflussen, ist nahezu automatisch vor Dogmatismus gefeit.

Für Historiker*innen lässt sich der Prüfstein für die Wissenschaftlichkeit noch einmal konkretisieren: Nur mittels der Reflexion der eigenen Standortgebundenheit, aber auch mit dem Blick auf das Orientierungsbedürfnis der jeweiligen Gegenwart lässt sich der Blick in die Vergangenheit tatsächlich als methodisch kontrollierte und reflektierte Wissenschaft betreiben. Diese Prämisse historischen Arbeitens war in der Vergangenheit mal mehr, mal weniger stark präsent. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Einsicht in diesen Zusammenhang nicht nur als Subdisziplin einer „Geschichte zweiten Grades“ etabliert, sondern ist mindestens all denjenigen, die kulturwissenschaftlich inspiriert die Vergangenheit zu Geschichte formen (wollen), zu einer Selbstverständlichkeit geworden.⁵⁴ Daraus gewinnt das Fach seine eigenen Standards, diese Spannung macht die Geschichte zugleich besonders attraktiv für die öffentliche, politische und geschichtspolitische Debatte.

Daher sollten sich – wie auch die Wissenschaft allgemein – die Disziplinen, die aus Vergangenheit Geschichte machen, vor allem als organisierte Skepsis präsentieren, selbst auf die interne Pluralität reflektieren und auf die „Vorbehaltlichkeit“ ihrer Ergebnisse verweisen.⁵⁵ Aus dem vermeintlichen

54 Vgl. Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.265.v2> [7.11.2023]; Sabine Moller, Erinnerung und Gedächtnis, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 12.4.2010, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.323.v1> [7.11.2023].

55 Interview mit Peter Strohschneider, Wer sagt dem König, dass die Füchse auch nicht alles wissen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2019.

Schrumpfen des Riesens wird dann ein positiver Prozess, wenn auf diese Weise der Prozesscharakter der Produktion wissenschaftlichen Wissens betont wird. Der Naturwissenschaftler Emanuel Wyler hat in einem „Zwischenruf aus dem Labor“ das schöne Bild von der Wissenschaft als Mosaik geprägt, in das sich jede neue Erkenntnis als einzelner Stein einordne. „Nicht als fertig zusammengesetzte Bilder, schon gar nicht für sich allein alles erklärend, sondern als Schritte in einem Prozess, die auch wieder rückwärtsgegangen werden können.“⁵⁶ Für das öffentliche Gespräch über das Gestern und darüber, wie aus Vergangenheit Geschichte wird, ist das eine hilfreiche Orientierung.

Prof. Dr. Thomas Großbölting ist Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und Professor für Neuere Geschichte / Zeitgeschichte im Arbeitsbereich Deutsche Geschichte an der Universität Hamburg.

56 Emanuel Wyler, Die Pandemie verändert auch die Wissenschaft, in: Die Welt, 20.6.2020; vgl. auch <https://emanuelwyler.wordpress.com/2020/02/13/coronaviren-gesammelte-coronainfo/> [12.10.2023].

Kalter Kaffee oder Hot Stuff? Geschlechtergeschichte im 21. Jahrhundert

■ Als sich bundesdeutsche Wissenschaftlerinnen zu Beginn der 1980er Jahre unter sich treffen wollten, um über frauenhistorische Themen zu diskutieren, regte das den einen oder anderen männlichen Kollegen noch auf. Heutzutage ist Frauengeschichte zwar anerkannt, wird aber auch gern als altbacken und langweilig wahrgenommen. Stattdessen stehen queere Zugänge in der Zeitgeschichte und die Verschränkung von Geschlecht mit anderen innergesellschaftlichen Differenzlinien im Vordergrund. Ist also Frauengeschichte out und Gender aus intersektionaler Perspektive die moderne Alternative des 21. Jahrhunderts? Diese – bewusst polemische – Frage steht im Zentrum des Essays.¹ Die damit verbundene Zuspitzung, ja Gegenüberstellung von frauenhistorischen und geschlechtergeschichtlichen Perspektiven ist durchaus gewollt, da es im Folgenden darum geht, die Frauengeschichte als weiterhin notwendigen Bestandteil einer Geschlechtergeschichte zu verteidigen, die sich aus verschiedenen Themen und Perspektiven zusammensetzt.

Geschlechterhistorische Fragen und Themen sind im 21. Jahrhundert in der Geschichtswissenschaft angekommen, vor allem in den angloamerikanischen Ländern, wo es deutlich mehr Professuren und Institute für Women's oder Gender Studies

¹ Der Text geht zurück auf einen Vortrag, der im Rahmen der FZH-Reihe „Aufbrüche. Themen und Theorien der Zeitgeschichte im 21. Jahrhundert“ im Sommersemester 2022 an der Universität Hamburg gehalten wurde.

gibt als in Europa bzw. in der Bundesrepublik. Überall aber hat sich dieses Feld zuerst aus der historischen Frauenforschung entwickelt, sind Männergeschichte und Geschlechtergeschichte als deren Erweiterungen entstanden. Es liegt in der Natur wissenschaftlicher Entwicklung, dass in dieserart Prozessen das Alte als überholt und verbraucht markiert wird, um neuere Fragen und Ansätze zu legitimieren. So ist es auch im Feld der historischen Geschlechterforschung gewesen: Die Auseinandersetzung mit der Kategorie Geschlecht hat zu einer Vernachlässigung der Frauengeschichte in theoretischer Hinsicht geführt, jedenfalls, wenn diese nicht zugleich mit ihrer Relevanz für geschlechterhistorische Fragen begründet wurde. Inhaltlich ist es sicher notwendig, mit dem Terminus Geschlecht auf das in der Moderne ausgeprägte bi-relationale Verhältnis von Männlichkeit und Weiblichkeit zu verweisen. Forschungspragmatisch geboten und erkenntnisfördernd ist und bleibt es aber auch, historische Lebenswelten, Praktiken, Ordnungsideen oder Wissen von und über Frauen zu untersuchen – um auf dieser Grundlage über Relationen zu und Intersektionen mit anderen Kategorien bzw. Gruppen nachzudenken. Zwei Voraussetzungen sind daher für die Frage nach der Gegenwart und der Zukunft der Geschlechtergeschichte im 21. Jahrhundert festzuhalten:

1. Frauengeschichte zu betreiben bedeutet, sowohl thematische Fragen zu stellen als auch eine spezifische Perspektive auf Geschichte einzunehmen. Frauengeschichte ist dabei thematisch organisiert, etwa durch Fragen nach den Lebenswelten von bestimmten Frauengruppen zu bestimmten Zeiten oder mit dem Blick auf normative Setzungen für Frauen. Ob und wie sich die Angehörigen der untersuchten Gruppen selbst als Frauen identifizierten, ist dabei zunächst einmal nicht relevant. Aus einer queeren Perspektive ist diese Identifikationsfrage jedoch zentral – daraus ergibt sich ein neues Untersuchungsthema, das aktuell zunehmend bearbeitet wird.
2. Geschlecht als Kategorie ist dagegen kein Thema, sondern eine Perspektive auf fast alle Themen der Geschichtswissenschaft. Mit anderen Worten: Geschlecht als Kategorie ist ein „Sehepunkt“, der bewusst eingenommen wird, der Relationen betont und der zugleich auch in seiner Begrenzung erkennbar bleiben muss, um das gewählte Thema zu bearbeiten. Geschlecht „ist also keine geschlossene oder gar ausdiskutierte Kategorie, die sich in der Geschichte auffinden lässt, son-

dern eine Perspektive auf Geschichte und ihrer wissenschaftlichen Darstellung, mit der Pluralität und Heterogenität sichtbar wird [...]. In einer geschlechterhistorischen Perspektive wird also auch die Historiografie selbst problematisiert und mit ihr die Grundannahmen historischer Erzählungen.“²

Einen Gesamtüberblick zu Geschichte und Gegenwart der Frauen- und Geschlechtergeschichte zu geben ist mittlerweile ebenso wenig möglich wie eine gesicherte Aussage über ihre zukünftige Entwicklung. Das hat mit der komplexen Entwicklung der Geschlechtergeschichte seit den 1980er Jahren zu tun, die als internationale und meist auch interdisziplinär betriebene Teildisziplin der Geschichtswissenschaft kaum noch zu überblicken ist. Europaweit und weltweit gibt es Projekte, Personen, Netzwerke, Zeitschriften, die zur Frauengeschichte und/oder zur Geschlechtergeschichte arbeiten. Ein Indikator für diese Vielfalt sind etwa die wichtigsten internationalen Zeitschriften, das *Journal of Women's History* (seit 1989), *Gender & History* (seit 1989) oder *L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft* (seit 1990), die seit mehr als 30 Jahren erscheinen. Aber auch andere Fachzeitschriften zeigen sich offen gegenüber dem Feld und publizieren regelmäßig Beiträge, so z. B. *Central European History*, u. a. im Jubiläumsheft 2018, und die Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften. Auch bundesdeutsche Fachzeitschriften haben inzwischen mindestens ein oder auch mehrere Themenhefte publiziert.³

Für den europäisch-US-amerikanischen Diskursraum lassen sich jedoch einige Gemeinsamkeiten in der Entwicklung hervorheben, die im Folgenden vorgestellt werden, um auf dieser Basis Überlegungen zur Zukunft der Geschlechtergeschichte anzustellen, Letzteres allerdings mit großer Vorsicht und Zurückhaltung – Historiker*innen sind ja keine Expert*innen für die Zukunft. Der Titel des Beitrages „Kalter Kaffee oder Hot Stuff?“ dient dabei als rhetorische Zuspitzung, ist aber alles andere als eine rhetorische Frage, denn die gesellschaftliche Debatte

2 Kirsten Heinsohn / Claudia Kemper, Geschlechtergeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 4.12.2012, http://docupedia.de/zg/heinsohn_kemper_geschlechtergeschichte_v1_de_2012, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.254.v1>. Teile des folgenden Beitrages basieren auf diesem Text von 2012.

3 Vgl. etwa die Jubiläumsausgabe von *Central European History*, darin Karen Hagemann / Donna Harsch, Gendering Central European History. Changing Representations of Women and Gender in Comparison, 1968–201, in: *Central European History* 51 (2018), H. 1, Special Issue, S. 114–127; Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 33 (2022), H. 3 zum Thema „Arbeit und Geschlecht“, 27 (2016), H. 3 zum Thema Geschlechterverhältnisse im Austrofaschismus, 26 (2015), H. 2 zum Thema Frauen Politik Transformation und einige mehr; Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 69 (2021) Heft 2: Geschichte der Frauenbewegungen im 20. Jahrhundert.

über Wert und Nutzen der Genderforschung ist inzwischen überall entbrannt, nicht zuletzt als Mobilisierungs- und Aufregungsthema konservativer wie rechtsextremer Gruppen. Hier soll es jedoch nur um Frauen- und Geschlechtergeschichte gehen, nicht um Gender Mainstreaming, Antifeminismus und Antigenderism. Auch steht nicht die Frage zur Debatte, wer wann das Geschlecht einer Person festlegen kann oder sollte – obwohl all diese gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auch mit der Geschichte der Geschlechterforschung als kritischer und politisch agierender Forschung zu tun haben. Politisch ist Genderforschung und damit auch Geschlechtergeschichte nämlich weiterhin bzw. schon wieder „Hot Stuff“, für viele aktive Genderforscher*innen und Historiker*innen jedoch ziemlich kalter Kaffee. Schon seit mehr als 50 Jahren engagieren sich viele Wissenschaftler*innen dafür, Frauen in die Geschichte einzubeziehen und die Kategorie Gender zu berücksichtigen.

Von der Frauen- zur Geschlechtergeschichte – und wohin nun?

Die Entwicklung des hier betrachteten wissenschaftlichen Feldes ging allgemein von der historischen Frauenforschung der 1960er und 1970er Jahre in den USA sowie der 1980er Jahre in der Bundesrepublik aus. Seit den 1990er Jahren hat sich dieses Feld zur Geschichte der Geschlechter sowie der Geschichte der Geschlechterordnungen erweitert. Es sind drei aufeinanderfolgende Schritte in dieser Entwicklung zu erkennen: Zuerst wurde von den frühen Frauenhistorikerinnen die Forderung erhoben, Frauen in der Geschichte sichtbar zu machen, also zu zeigen, dass und mit welchen Praktiken verschiedene Frauen oder Frauengruppen aktiv handelnde historische Subjekte waren. Es ging um die Frage, wo und wie Frauen vorhandene Handlungsräume nutzten und wie sie sich an der Ausgestaltung von Deutungskulturen beteiligten. Vertreterinnen der frühen historischen Frauenforschung gingen bei ihren Analysen noch von einem System des Patriarchats aus, das die Normen für Frauen allumfassend und über alle Zeiten hinweg regelte. Inzwischen wird gerade in der historischen Forschung sehr viel vorsichtiger mit diesem Begriff umgegangen, auch weil dieser oft unhistorisch angewandt wurde und wird. Studien zu Frauen in verschiedenen Epochen belegen, dass es unterschiedlich ausgestaltete Normen und Handlungsmöglichkeiten für verschiedene Gruppen von

Frauen oder auch Einzelpersonen gab, je nachdem welche soziale Position die Betroffenen einnahmen oder welche Handlungsmacht sie besaßen – aus historischer Sicht wurde schnell erkennbar, dass es weder eine einheitliche Gruppe „Frauen“ gab noch ein historisch starres Patriarchat. Diese Studien zeigen aber zugleich, dass es in jeder Gesellschaft normative Vorgaben über Aufgaben und Handlungsräume von Frauen und Männern gegeben hat und gibt. Ob diese patriarchal organisiert waren, ist jedoch nur eine von mehreren juristischen und sozialen Ordnungsmöglichkeiten für Gesellschaften.⁴

Eine gemeinsam geteilte Erkenntnis aus den ersten Studien und in allen beteiligten Fächern ist deshalb die Prämisse, dass die Ordnung der Geschlechter eine der zentralen Achsen jeder gesellschaftlichen Organisation war und ist. Damit wurde ausgehend von Themenstellungen der Frauengeschichte der zweite und bis heute zentrale Schritt zur Entwicklung der Geschlechtergeschichte vollzogen. Für die Historiografie ergibt sich daraus eine klare Schlussfolgerung: Frauen und Männer sind und waren in je spezifische Teil-Ordnungen der Geschlechter eingebunden, die sich etwa hinsichtlich der sozialen Lebensbedingungen – auch in der Moderne – in der Regel deutlich unterschieden. Zugleich waren diese spezifischen Normen immer auch Bestandteil der allgemeinen Geschlechterordnungen einer Gesellschaft. Für beide Ordnungen sind daher sowohl Normen zu analysieren als auch deren Umsetzung und die damit einhergehende lebensweltliche Praxis in den Blick zu nehmen. Auch für moderne Gesellschaften gilt dabei, dass Normen und Praktiken keineswegs deckungsgleich sind. So ist etwa für die Bundesrepublik eine lange Persistenz der kulturellen Norm „Hausfrauenehe“ bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zu beobachten, doch kam dieser lebensweltlich in nichtbürgerlichen Schichten nur geringe Bedeutung zu, und in bürgerlichen Kreisen setzte de facto schon seit den 1960er Jahren eine Auflösung dieser Norm ein, nämlich durch spezifische Formen der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, z. B. über Teilzeitarbeit.⁵

Im dritten Schritt erfolgte eine Übertragung der genannten Erkenntnisse auf die Gruppe der Männer bzw. auf Männlichkeit: Wenn Frauen und Weiblichkeit in eine Ordnung der Geschlechter ein-

4 Hier wird auch eine Differenz zu anderen Disziplinen der Frauen- und Geschlechterforschung, z. B. der Soziologie, sichtbar, die in Teilen weiterhin mit dem Begriff Patriarchat arbeitet. Ute Gerhard, Patriarchat – Patriarchalismus: Kampfparole und analytisches Konzept, in: Beate Kortendiek u. a. (Hrsg.), Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung, Wiesbaden 2019, S. 221–230.

5 Christine von Oertzen, Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969, Göttingen 1999.



Die bürgerliche Geschlechterdichotomie als ein Grundmerkmal der Geschichtswissenschaft, untersucht in Falko Schnickes Studie von 2015.

gebunden sind, dann trifft dies auch für Männer und Männlichkeit zu. Ebenso wenig wie Frauen und Weiblichkeit sich als biologische Konstanten mit naturgegebenen Merkmalen definieren lassen, kann dies für Männer und Männlichkeit gelten. Dieser Schritt brachte eine erneute Erweiterung der Forschungen mit sich: Die Geschichte von Männern wurde nicht mehr als die Geschichte oder Verkörperung des Allgemeinen verstanden, sondern als Teilbereich der Geschlechtergeschichte.⁶ Männlichkeit wurde nun als kulturelles Deutungs- und Machtsystem und damit auch als ein spannendes Thema für die Historiografie der Geschichtswissenschaft entdeckt. Es ging dabei etwa um die Einbeziehung von Frauen und Männer in die Geschichtsschreibung sowie um die Auswirkungen der Geschlechterordnung einer Gesellschaft auf deren Wissenschaft. Falko Schnicke hat die Vergeschlechtlichung der deutschen Geschichtswissen-

⁶ Als Einführungen: Jürgen Martschukat / Olaf Stieglitz (Hrsg.), *Geschichte der Männlichkeiten*, Frankfurt a. M. 2008; Martin Dinges (Hrsg.), *Männer – Macht – Körper. Hegemoniale Männlichkeiten vom Mittelalter bis heute*, Frankfurt a. M. / New York 2005; Thomas Kühne (Hrsg.), *Männerggeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne*, Frankfurt a. M. / New York 1996.

schaft im Zeitraum 1780 bis 1900 belegt, indem er auf verschiedenen Ebenen zeigt, wie sich im Zuge der Professionalisierung von Geschichte als Wissenschaft eine deutliche Vermännlichung der Disziplin vollzog. Damit ging nicht nur der Ausschluss von Frauen einher, vielmehr wurde der gesamte Raum dieser Wissenschaft homosozial und bürgerlich ausgerichtet, etwa in Form des berühmten „Seminars“, das im 19. Jahrhundert als innovative und fortan typische Lehrform der Geschichtswissenschaft eingeführt wurde, in dem gemeinsam Quellenstudium und -interpretation betrieben wurde – und das sich damit räumlich und inhaltlich von der als weiblich geltenden Salonkultur abheben sollte.⁷

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich aus der Frauengeschichte durch Einbeziehung einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive und der Frage nach Männlichkeit die heute vorhandene Geschlechtergeschichte entwickelt hat. Es gibt also eine inhaltliche Genealogie der Frauen- und Geschlechtergeschichte, die manchmal allerdings zu einer reinen Fortschrittsgeschichte gerinnt, so als sei die Frauengeschichte ein veraltetes Werkzeug, das dringend eine Überarbeitung durch die Genderforschung und insbesondere durch intersektionale und queere Perspektiven bedürfe. Eine solche Sichtweise auf Geschlechtergeschichte verkennt, dass Frauengeschichte und Männergeschichte weiterhin wesentliche und eigenständige Teilbereiche der Geschlechtergeschichte sind, die dringend noch weiter empirisch zu füllen sind.

Geschlecht?

Was aber ist eigentlich gemeint, wenn wir über Geschlecht sprechen? Im Alltag wurde damit bis vor kurzem noch die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen angesprochen; seit einigen Jahren gibt es bei Abfragen zu personenbezogenen Daten noch eine dritte Variante, die mit „divers“ markiert wird. In der historischen Wissenschaft geht es jedoch nicht um dieses Alltagsverständnis, sondern um die Implikationen und Folgen einer Geschlechtszuordnung für Einzelne, Gruppen und Gesellschaften. Zu Beginn der Frauenforschung stand dabei insbesondere die Kritik an der angeblichen Natürlichkeit der Geschlechterordnung im Vordergrund, nun – im 21. Jahrhundert – kommt die Kritik an der Binarität geläufiger Vorstellungen von Geschlecht hinzu.

⁷ Falko Schnicke, Die männliche Disziplin. Zur Vergeschlechtlichung der deutschen Geschichtswissenschaft 1780–1900, Göttingen 2015.

Die US-amerikanische Historikerin Joan Scott hatte bereits in den 1980er Jahren paradigmatische Forderungen der entstehenden Geschlechterforschung formuliert, so vor allem in ihrem Beitrag „Gender. A Useful Category of Historical Analysis“: „Was wir brauchen, ist die Ablehnung der festgeschriebenen und permanenten Eigenschaft des binären Gegensatzes, eine echte Historisierung und die Dekonstruktion der Bedingungen des geschlechtlichen Unterschieds“. ⁸ Daher könne Geschlechterforschung nichts anderes sein als kritische, historisch fundierte Forschung, die Gewissheiten radikal hinterfrage und die vor allem die Verschränkung von verschiedenen Prozessen reflektiere. Es sollten sowohl Individuen wie gesellschaftliche Prozesse untersucht werden wie auch die Wechselbeziehungen zwischen diesen. Schließlich führte sie aus, dass Macht (in Anlehnung an Foucault) als „zerstreute Konstellationen ungleicher Beziehungen, die sich diskursiv in sozialen ‚Kraftfeldern‘ konstituieren“, zu verstehen und darin auch die Handlungsmacht (*agency*) von Individuen zu berücksichtigen sei. Auf der Grundlage dieser Forderungen formulierte sie dann ihre inzwischen klassische zweiteilige Definition von Geschlecht (*gender*):

„1. Gender ist ein konstitutives Element von gesellschaftlichen Beziehungen und gründet auf wahrgenommenen Unterschieden zwischen den Geschlechtern.

2. Gender ist eine wesentliche Weise, in der Machtbeziehungen Bedeutung verliehen wird. Veränderungen in der Organisation gesellschaftlicher Beziehungen entsprechen immer auch Veränderungen in der Repräsentation der Macht, die Richtung der Veränderung ist jedoch nicht immer eine Einbahnstraße.“⁹

Dieser breiten Definition entsprechend kann Geschlecht als gesellschaftliche Ordnungskategorie auf vier Ebenen historisch untersucht werden: erstens auf der Ebene kulturell zugänglicher Symbole, z. B. über die Wirkung von Mythen oder Kulturen, zweitens als kritische Analyse von normativen Konzepten, die wie Platzanweiser in Gesellschaften wirken, drittens mit Bezug auf Politik und gesellschaftliche Gruppen (etwa die Feminisierung von Gegnern in politischen Debatten, aber auch die geschlechtsspezifische Orga-

⁸ Joan W. Scott, Gender: Eine nützliche Kategorie der historischen Analyse, in: Nancy Kaiser (Hrsg.), Selbst Bewusst. Frauen in den USA, Leipzig 1994, S. 27–75, hier S. 49; dt. Fassung von: Gender. A Useful Category of Historical Analyses, in: American Historical Review 91 (1986), H. 5, S. 1053–1075.

⁹ Ebd., S. 52 f.

nisation von Politik und Parteien), viertens schließlich Untersuchungen zur subjektiven Identität, etwa den individuellen Umgang mit Geschlecht.

In Scotts Programmatik spiegelt sich nicht nur der Sprung von der Frauen- zur Geschlechtergeschichte, sondern auch die seit den 1980er Jahren festzustellende Hinwendung der Geisteswissenschaften zur postmodernen Theorie, d. h. zur Untersuchung von kulturellen Deutungssystemen, gesellschaftlichen Diskursregeln und Konstruktionsweisen von Identitäten. In diesem Kontext entstand das heute gängige Wissen, dass es *die* Frau oder *den* Mann nicht gibt – weder als einheitliche soziale Formation „Frauen“ bzw. „Männer“ und schon gar nicht als biologisch fundierte *natürliche* Geschlechtscharaktere.¹⁰ Aus dieser Erkenntnis heraus konnte erst die Frage danach entstehen, was Frauen zu Frauen macht und Männer zu Männern.¹¹ Insbesondere aus der Soziologie wurde die praxeologisch informierte These in die historische Geschlechterforschung übernommen, dass die Ordnung der Geschlechter sowie die Ideen über das Wesen von Männern und Frauen alltäglich und immer wieder neu *hergestellt* werden müssen; sie erscheinen als gegeben und seit dem 19. Jahrhundert vor allem als *natürlich*, werden aber tatsächlich jeden Tag produziert. Diese kulturelle Praxis wird als „doing gender“ beschrieben, um den aktiven Part aller Subjekte einer Gesellschaft an der Produktion und Legitimierung von *gender* auf den Begriff zu bringen.¹²

Die geforderte kritische Auseinandersetzung mit der Herstellung von Geschlecht hatte die Frauen- und Geschlechterforschung zuerst mit Hilfe der Unterscheidung von *sex* und *gender* – im Deutschen: biologisches und soziales Geschlecht – zu fassen versucht. *Sex* bzw. das biologische Geschlecht galt dabei als die natürliche, weil körperlich vorgegebene Basisqualifikation für jeden Menschen, *gender* bzw. das soziale Geschlecht demgegenüber als die gesellschaftliche Einordnung. So hatte 1986 auch Joan Scott die Unterscheidung benutzt, um *gender* als wissenschaftliche Analysekategorie zu definieren. Gerade Historikerinnen übten jedoch schon bald Kritik an der Sex-gender-Unterscheidung. Insbesondere Gisela Bock setzte sich positiv-kritisch mit der Analyse Scotts auseinander und wies darauf hin, dass auch die von ihr eingeführte Beziehung

10 Siehe dazu den klassischen Text von Karin Hausen, Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hrsg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363–393.

11 Christiane Eifert u. a. (Hrsg.), Was sind Frauen, was sind Männer? Geschlechterkonstruktionen im historischen Wandel, Frankfurt a. M. 1996.

12 Regine Gildemeister, Doing Gender, in: Ruth Becker / Beate Kortendiek (Hrsg.), Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2010, S. 137–145.

sex – gender dichotom konzipiert war. Dadurch werde doch nur die alte Dichotomie Natur (Frau) – Kultur (Mann) durch eine neue ersetzt.¹³ Insbesondere die deutsche Übersetzung von *sex* mit biologischem Geschlecht trage dazu bei, die Gegensätzlichkeit von Frauen und Männern allein auf die Biologie zurückzuführen, so als sei auf körperlicher (biologischer) Ebene keine soziokulturelle Konstruktion am Werk. Bock kritisierte zudem, dass in der Gegenüberstellung *sex – gender* weder das eine noch das andere historisiert werde. Sie schlug stattdessen vor, *gender*/Geschlecht zu historisieren, die Kategorie Biologie aufzugeben und schließlich *sex* in der gleichen konstruktivistischen Weise wie *gender* zu verwenden, um „Raum für Kontinuitäten anstelle von Polaritäten in der Bedeutung der Begriffe“ zu schaffen.¹⁴ Aus der Perspektive des Jahres 2022 betrachtet, nahm Bock damit schon in den 1990er Jahren eine Gegenposition etwa zu Kathleen Stock ein, die als genderkritische Feministin an einer Materialität des körperlichen Unterschieds zwischen Männern und Frauen festhalten will und dafür heftige Kritik geerntet hat.¹⁵ Stock bezieht jedoch keine abseitige Position in der Debatte, vielmehr wird die Frage nach der Rolle von Körperlichkeit für das *doing gender* in der feministischen Szene ebenfalls schon lange diskutiert, zumal auch von Historikerinnen, die Körperlichkeiten untersuchen.¹⁶ Auch Joan Scott hat 2011 infrage gestellt, ob *gender* weiterhin eine „nützliche Kategorie“ sei, denn das erhoffte kritische Potenzial habe sich nicht entfalten können. Vielmehr habe die Unterscheidung dazu beigetragen, dass das Körperliche weiterhin als natürlich gegeben und eben nicht als sozial konstruiert wahrgenommen werde.¹⁷ Die Positionen von Gisela Bock und Joan Scott haben sich also inzwischen angenähert, und beide eint überdies das Bestreben, die Geschlechterforschung zu historisieren sowie dieses als kritische Wissenschaft zu verstehen. Ein Ende der *Sex-gender*-Debatte ist noch nicht in Sicht, vielmehr gab es gerade in den letzten Jahren eine weiterhin kritische Diskussion über Geschlecht als *Kategorie*.¹⁸

13 Gisela Bock, *Challenging Dichotomies: Perspectives on Women's History*, in: Karen Offen / Ruth Pierson / Jane Rendall (Hrsg.), *Writing Women's History. International Perspectives*, Basingstoke 1991, S. 1–24, deutsche Übersetzung: Gisela Bock, *Geschlechtergeschichten der Neuzeit. Ideen, Politik, Praxis*, Göttingen 2014, S. 44–68.

14 Ebd., S. 9 bzw. dt. Fassung S. 55.

15 Kathleen Stock, *Material Girls. Warum die Wirklichkeit für den Feminismus unerlässlich ist*, Berlin 2022 (engl. Ausgabe 2021).

16 Gesa Lindemann, *Leiblichkeit – Körper. Neue Perspektiven auf Geschlechterdifferenzen*, in: Kortendiek u. a. (Hrsg.), *Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung*, S. 35–44; Barbara Duden, *Frauen-„Körper“*. Erfahrung und Diskurs (1970–2004), in: Becker/Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*, S.601–615.

17 Joan W. Scott, *Die Zukunft von gender. Fantasien zur Jahrtausendwende*, in: Claudia Honegger / Caroline Arni (Hrsg.), *Gender. Die Tücken einer Kategorie*, Zürich 2001 S. 37–49.

18 Z. B. Céline Angehrn, *Nicht erledigt. Die Herausforderungen der Frauengeschichte und der*

Diese und andere Diskussionen haben ihre Impulse vor allem aus der internationalen feministischen Bewegung und den sozialwissenschaftlich geprägten Gender Studies erhalten, wo differenzierende Konzepte von oder Gegenkonzepte zu Geschlecht produziert werden, z.B. im Denken der Queer Theory.¹⁹ Welche Wirkungen diese kritischen Auseinandersetzungen in der Geschlechtergeschichte entfalten, lässt sich zurzeit noch nicht absehen. Aktuell dominieren in der Frauen- und Geschlechtergeschichte weiterhin Untersuchungen zu (Gruppen von) Frauen oder Männern, deren Selbstdarstellungen und (Selbst-)Wahrnehmung als Frauen oder Männer und als dementsprechende historische Subjekte vorausgesetzt werden. Es ist aber absehbar, dass Ansätze der Queer Theory auch in der geschichtswissenschaftlichen Arbeit vermehrt eine Rolle spielen werden. Allerdings ist die Queer Theory keine einheitliche Theorie, „sondern [...] ein Ensemble diverser, teilweise widerstreitender Ansätze, die sich aus identitäts- und machtkritischen Perspektiven mit dem Verhältnis von (zumeist) Sexualität, Geschlecht, Kultur und Gesellschaft befassen. Queer Theory analysiert Heterosexualität und rigide Zweigeschlechtlichkeit als kulturelle Konstruktionen und soziale Verhältnisse. Sie theoretisiert nichtnormative Sexualitäten und Geschlechter und untersucht deren Regulierung und Widerstände in kapitalistischen und nationalstaatlich verfassten Gesellschaften, aber auch im Kontext von Transnationalität und (Neo-)Kolonialität.“²⁰

Erste Ansätze des Einflusses queerer Perspektiven auf die Geschlechtergeschichte sind heute schon sichtbar. So wurde 2020 eine Dissertation über das „queere Berlin“ zwischen 1945 und 1970 mit dem Dissertationspreis des Arbeitskreises für Historische Frauen- und Geschlechterforschung ausgezeichnet. Diese Studie ist ein erster Beitrag zu Geschichte West- und Ostberlins aus queerer Perspektive, in der die Autorin Andrea Rottmann vor allem mediale Konstruktionen, Verfolgung und Alltagserfahrungen von queeren Menschen untersucht.²¹ Benno Gammerl hat 2023 eine deutsche Geschichte aus queerer Perspektive vorgelegt.²² Beide Autor*innen

Geschlechtergeschichte und die Geschichten des Feminismus, in: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* 28 (2017) H. 1, S. 115–122 oder *Gender & History* 28 (2016), H. 2, Forum: Rethinking Key Concepts in Gender History, S. 299–366.

19 Nina Degele, *Gender / Queer Studies. Eine Einführung*, Paderborn 2008; Sabine Hark, *Queer Studies*, in: Christina von Braun / Inge Stephan (Hrsg.), *Gender@Wissen. Ein Handbuch der Gender-Theorien*, 2. Aufl. Köln u. a. 2009, S. 309–327; Annamarie Jagose, *Queer Theory. Eine Einführung*, Berlin 2005.

20 Mike Laufenberg: *Queer Theory: identitäts- und machtkritische Perspektiven auf Sexualität und Geschlecht*, in: Kortendiek u. a. (Hrsg.), *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*, S. 331–339, hier S. 332.

21 Andrea Rottmann, *Queer Home Berlin? Making Queer Selves and Spaces in the Divided City, 1945–1970*, Toronto 2023.

22 Benno Gammerl, *Queer. Eine deutsche Geschichte vom Kaiserreich bis heute*, München 2023.

haben außerdem zusammen mit dem Geschichtsdidaktiker Martin Lücke ein DFG-gefördertes Netzwerk „Queere Zeitgeschichten im deutschsprachigen Europa“ gegründet mit dem Ziel, die Perspektive des Queeren bewusster in der Zeitgeschichtsschreibung anzuwenden.²³ Dieses Netzwerk hat 2022 die Arbeit aufgenommen und u. a. eine Bibliografie zum Thema „Queere Zeitgeschichten im deutschsprachigen Europa“ erstellt sowie ein erstes Handbuch zum Thema „Räume“ herausgegeben.²⁴ In Münster gibt es inzwischen eine virtuelle Ausstellung zur „anderen Geschichte der Stadt“, entstanden aus einem Seminar an der dortigen Universität und seit 2023 über eine eigene Website zugänglich.²⁵ Weitere Forschungsprojekte in diesem Bereich sind am Start, darunter seit Mai 2023 ein Verbundprojekt an den Universitäten Heidelberg und Freiburg zur Geschichte lesbischer Emanzipation von 1945 bis in die 1980er Jahre.²⁶

Bei genauerer Durchsicht der Materialien und vor allem der Bibliografie des Netzwerkes werden aktuelle Forschungsthemen aus queerer Perspektive gut sichtbar: Es geht um die Geschichte der Sexualität, der historischen Lebenswelten von Schwulen und Lesben, seit einiger Zeit aber verstärkt auch um eine komplexe Geschichte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transpersonen und intersexuellen Menschen (LSBTI) sowie um Erzählungen, die mehr beinhalten als eine Verfolgungsgeschichte. Alltagserfahrungen, Lebensweisen, eigene Kulturen – das sind die Themen, die in der queeren Zeitgeschichte erforscht werden sollen.

Einige Wissenschaftler*innen nehmen auch die zentralen Themen der deutschen Zeitgeschichtsschreibung auf, etwa Anna Hajkova, die über queere Personen im Nationalsozialismus, vor allem im Kontext von Verfolgung und Lagerhaft, forscht und publiziert.²⁷

Diese Beispiele stehen für erste Ansätze und Aufbrüche, queere Perspektiven in der Zeitgeschichtsforschung und der Geschichtswissenschaft zu verankern. Insgesamt bleibt dabei das Problem einer gewissen Distanz zwischen geschlechterhistorischen Arbeiten auf der einen Seite und neueren theoretischen, vor allem sozialwissenschaftlich fundierten Diskussionen auf der anderen virulent. Oft verharrt die quellengestützte historische Analyse bei der Historisierung und Problematisierung hetero-

23 <https://www.queere-zeitgeschichten.net> [14.11.2023].

24 Bibliografie online unter <https://www.geschkult.fu-berlin.de/queerhistory/Bibliographie.html>; Andrea Rottmann u. a. (Hrsg.), Handbuch queere Zeitgeschichten, Bd. 1: Räume, Bielefeld 2023.

25 <https://queer-muenster.de/> [14.11.2023].

26 <https://www.uni-heidelberg.de/fakultaeten/philosophie/zegek/histsem/mitglieder/patzel-mattern/frauenliebendefrauen.html> [14.11.2023].

27 Anna Hájková, Menschen ohne Geschichte sind Staub. Homophobie und Holocaust, Göttingen 2021.

normativer Vorgaben in vergangenen Zeiten, so dass eine Opfer-, Verfolgungs- oder Selbstmobilisierungsgeschichte im Vordergrund steht. Der mit politischen Hoffnungen verbundene, teils auch identitäre Ansatz, „queere“ Theorien am historischen Fall zu operationalisieren, erweist sich häufig in der Umsetzung als schwierig, da diejenigen Kategorien theoretisch aufgelöst werden, die historisch Wirkung erzielt haben und untersucht werden sollen. So mag es sein, dass für immer mehr Menschen queere Identitäten lebensbestimmend oder zumindest prägend sind. Aus einer historischen Perspektive muss jedoch weiterhin erklärt werden, wie und warum sich die Geschlechterordnung in den meisten Gesellschafts- und Kultursystemen der Welt an der Zweigeschlechtlichkeit, an der Heteronormativität orientiert. Dies lässt sich wohl nach wie vor am besten mit der Perspektive auf Geschlecht als einem Machtverteilungssystem erklären.

Eine gelingende Verknüpfung theoretischer Diskussion und empirischer Forschung kann sich für die Geschlechterforschung daher ergeben, wenn Geschlecht – um dies nochmals in Erinnerung zu rufen – nicht als Kategorie mit stabilen oder instabilen Bedeutungen verstanden wird, sondern als eine Perspektive auf gesellschaftliche Verhältnisse und Deutungssysteme, die mit anderen Achsen der Ungleichheit in Beziehung zu setzen ist. Diese multiperspektivische Analyseverfahren wird bereits seit einiger Zeit unter der Überschrift Intersektionalität erprobt.²⁸ Auch Joan Scott verwies bereits 2008 darauf, „dass der Begriff ‚Gender‘ nur als Fragestellung von Nutzen sein kann“.²⁹

Eine weitere Kritik an der aktuellen Geschlechterforschung, die von feministischen Historikerinnen wie etwa Claudia Opitz formuliert wird, gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang: Die sozialwissenschaftliche Genderforschung habe sich zu stark von der Frauen- und Geschlechtergeschichte abgekoppelt, so dass ihr nun an vielen Stellen eine historische Perspektive auf ihr Untersuchungsobjekt fehle.³⁰ Die sehr enge Verknüpfung von postmodernen Ansätzen und Genderforschung verführe dazu, die historische Genese und Gebundenheit des eigenen theoretischen Ansatzes aus den Augen zu verlie-

28 Nina Degele, Intersektionalität. Perspektiven der Geschlechterforschung, in: Kortendiek u. a. (Hrsg.), Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, S. 341–348; Sandra Smykalla / Dagmar Vinz (Hrsg.), Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit, 4. Aufl. Münster 2016.

29 Joan W. Scott, AHR Forum: Unanswered Questions, in: American Historical Review 113 (2008), H. 5, S. 1422, zitiert nach Chen Yan / Karen Offen, Frauengeschichte in der Vorreiterrolle, in: L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft 27 (2016) H. 1, S. 73–90, hier S. 84.

30 Claudia Opitz, Nach der Gender-Forschung ist vor der Gender-Forschung. Plädoyer für die historische Perspektive in der Geschlechterforschung, in: Rita Casale / Barbara Rendtorff (Hrsg.), Was kommt nach der Geschlechterforschung? Zur Zukunft der feministischen Theoriebildung, Bielefeld 2008, S. 13–28.



Standardwerk:

Claudia Opitz-Belakhals Einführung
in die Geschlechtergeschichte
(hier in der Ausgabe von 2018)

ren und diesen für das Nonplusultra kritischer Reflexion zu halten – ohne die eigenen blinden Flecken erkennen zu können, etwa in der begrenzten Auswahl der Forschungsgegenstände. Opitz behauptet sogar, das „radikal ‚postmoderne‘ Projekt“ sei „ein radikal a-historisches Projekt insofern, als hier historische Prozesse weitgehend aufgelöst sind zugunsten von ‚Feldern‘, ‚Netzwerken‘ und ‚sites‘, statt Gruppen, Personen und Institutionen. Entwicklungszusammenhänge und -prozesse treten dagegen in den Hintergrund“. ³¹ Mag der Vorwurf der Geschichtsvergessenheit vielleicht überspitzt sein, so trifft er doch einen zentralen Punkt. Denn aktuell ist die Geschlechterforschung in der Bundesrepublik vorrangig in den Sozialwissenschaften beheimatet, weniger in den historischen Wissenschaften und noch weniger in den Naturwissenschaften und der Medizin, wie auch ein Gutachten des Wissenschaftsrates bilanzierte. ³²

Daher sind die zwei Erkenntnisse aus der Geschlechterforschung in einer historischen Perspektive nach wie vor zentral: Erstens ist das Geschlecht

³¹ Ebd., S. 23.

³² Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland, Köln 2023. <https://doi.org/10.57674/923k-1y81>

(im Sinne einer binären sozialen und kulturellen Einordnung von Personen) weiterhin eine Basisklassifikation für die Verteilung von Macht und Ressourcen im Alltag moderner Gesellschaften – dies zeigt die aktuell heftige politische Debatte um die Frage der freien Wahl der registrierten Geschlechtsidentität in der Bundesrepublik ebenso wie die drastische Einschränkung von Frauenrechten in Afghanistan oder dem Iran. Zweitens müssen sich Historiker*innen bewusst bleiben, dass sie mit einer doppelten Geschlechterordnung konfrontiert sind: einerseits derjenigen, in der der Forscher oder die Forscherin selbst agiert, und andererseits derjenigen der historischen Zeit. Beide müssen nicht notwendig kongruent sein – sie können sich im Gegenteil stark unterscheiden.

Umschreiben?

Die Frauen- und Geschlechtergeschichte war und ist also mehr als das bloße Hinzuaddieren weiblicher Erfahrungen und Lebenswelten zu einer schon im Ganzen vorliegenden Geschichte.³³ Leider wird die Frauen- und Geschlechtergeschichte aber weiterhin in Handbüchern und Überblickswerken mit genau diesem Gestus, häufig in Form eines Extrakapitels, vermittelt. Mehr als 40 Jahre nach dem Beginn der Frauen- und Geschlechtergeschichte geht es daher immer noch um die Frage, ob nicht ein Umschreiben der Geschichte aus weiblicher Perspektive notwendig sei. Was ist damit gemeint? Zuerst ist damit die Idee verbunden, dass aus der Addition einer weiblichen Perspektive zu einem bestehenden Narrativ sowie einer Bewusstmachung der Geschlechterordnung, die mit einem Text transportiert wird, zugleich eine neue Deutung der darin erzählten Geschichte und ihrer Ereignisse entstehen könnte. Bisher liegen dazu jedoch nur Ansätze oder Überlegungen vor, etwa in dem klassischen Beitrag von Joan Kelly, in dem sie fragte, ob es für Frauen als soziale Gruppe eine Renaissance gegeben habe. Ihre Antwort fiel negativ aus.³⁴ Außerdem ist mittlerweile bekannt, dass die als *allgemein* bezeichnete oder gedachte Geschichte vor allem eine an Lebenswelten und Wertekonzepten von Männern ausgerichtete

33 Vgl. dazu den klassischen Text von Gisela Bock: Historische Frauenforschung. Fragestellungen und Perspektiven, in: Karin Hausen (Hrsg.), Frauen suchen ihre Geschichte, München 1983, S. 22–60.

34 Joan Kelly-Gadol, Did Women have a Renaissance? In: Renate Bridenthal u. a. (Hrsg.), *Becoming Visible. Women in European History*, 2. Aufl. Boston 1987, S. 175–202. Claudia Opitz diskutiert Chancen und Kosten des Umschreibens in: *Geschlechter-Geschichte*, 2. akt. und erw. Aufl., Frankfurt a. M. / New York 2018, S. 174–185. Karin Hausen hat in einem weiteren klassischen Beitrag auf die Pluralität der Geschichte hingewiesen, die insbesondere durch

Form der Darstellung ist. Sind dann – so lässt sich anschließen – die paradigmatischen Narrative etwa für die Zeitgeschichte der Bundesrepublik auch entsprechend einseitig? Trägt das Modernisierungsparadigma oder die These von der Westernisierung auch hinsichtlich weiblicher Lebenswelten und oder sind andere Begriffe und Epochengrenzen zu diskutieren? Oder gelten hier universelle, geschlechtsunspezifische Muster, die die Einbeziehung weiblicher Lebenswelten grundsätzlich zulassen? Diese Fragen sind zurzeit weder für die Geschichte insgesamt noch für die Geschichte einzelner Segmente der Gesellschaft ausreichend beantwortet. Es gibt Belege dafür, dass bestimmte Sektoren der Geschichtswissenschaft eine Integration der Frauengeschichte und Männergeschichte als Thema und der Geschlechtergeschichte als Perspektive deutlich erleichtern: Hier ist vor allem an die Alltagsgeschichte zu denken, die aber, wie die Frauen- und Männergeschichte auch, nach wie vor keine dominante Erzählperspektive in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft darstellt. Die Alltagsgeschichte hat sich unter anderem aus der Frauenforschung entwickelt, aus der Erkenntnis, dass man die (kleinen und historio-graphisch bisher unsichtbaren und manchmal eben auch weiblichen) Leute da suchen muss, wo sie sich historisch aufgehalten haben. Weder die eine noch die andere Perspektive führt aber zwangsläufig zu einem Umschreiben der Geschichte; es bedarf besonderer Anstrengungen, um eine Synthese oder überhaupt eine verallgemeinernde These zum eigenen Thema vorzustellen. Andere Sektoren der Geschichtswissenschaft behindern oder verhindern sogar eine konsequente Einbeziehung von weiblichen Lebenswelten und einer kritischen Analyse der Geschlechterordnung. So ist zum Beispiel die starke geisteswissenschaftliche Ausrichtung der jüdischen Geschichte bis heute ein besonderer Hemmschuh, wie Paula Hyman schon 1994 ausführte.³⁵ In der vierbändigen Ausgabe „Deutsch-Jüdische Geschichte der Neuzeit“ sind daher auch nur da, wo es explizit um Demografie oder Familien- und Alltagsgeschichte geht, Frauen und ihre Lebenswelten berücksichtigt worden.³⁶

die Geschlechtergeschichte immer wieder neu belegt werde: Die Nicht-Einheit der Geschichte als historiographische Herausforderung. Zur historischen Relevanz und Anstößigkeit der Geschlechtergeschichte, in: Hans Medick / Anne-Charlott Trepp (Hrsg.), *Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte*, Göttingen 1998, S. 15–55.

35 Paula E. Hyman, *Feminist Studies and Modern Jewish History*, in: Lynn Davidman / Shelly Tenenbaum (Hrsg.), *Feminist Perspectives on Jewish Studies*, New Haven 1994, S. 120.

36 Michael A. Mayer (Hrsg.), *Deutsch-Jüdische Geschichte der Neuzeit*, 4 Bände, München 2000. Dies gilt insgesamt auch für den fünften Band, der von Michael Brenner u. a. herausgegeben wurde: *Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart. Politik, Kultur und Gesellschaft*, München 2012.

Trotz dieser disziplinären Beschränkungen und des bis heute nicht erfolgten Umschreibens der Geschichte ist die Geschlechtergeschichte im 21. Jahrhundert weiterhin aktuell. Sie kann aus vier Perspektiven bzw. Ansätzen argumentieren, die nicht notwendigerweise alle miteinander verbunden sein müssen: erstens aus einer frauenhistorischen Perspektive, die nach wie vor zunächst einmal Erfahrungen und Lebenswelten von Frauen thematisiert und Wissen darüber produziert, zweitens aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, die die Geschlechterordnung der Gesellschaft im Blick behält und mit Ordnungsnormen von Teilgruppen in Beziehung setzt, sowie drittens aus einer männergeschichtlichen Sicht, die die gesellschaftlichen „Platzanweisungen“ für Männer und ihre Folgen ebenso kritisch reflektiert wie die für Frauen und auch Erfahrungen und Lebenswelten berücksichtigt. Viertens kommt eine disziplinäre Überlegung hinzu, nämlich die, dass Geschlechtergeschichte zurzeit wohl nur befriedigend realisiert werden kann, wenn eine (auch moderne) Ideengeschichte, die häufig eben nicht Geschlecht als Perspektive berücksichtigt, zugunsten sozial- und kulturhistorischer Ansätze der Geschichtsschreibung zurücktritt.

Die deutsche Zeitgeschichte und die historische Geschlechterforschung

Erst 2010 fand eine Konferenz statt, auf der explizit die Frage nach der Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte gestellt wurde.³⁷ Der daraus entstandene Sammelband behandelt deutsche Geschichte am Beispiel von fünf Themenbereichen, nämlich „Nachkrieg und Geschlechterordnung“, „segregierte[n] Berufswelten“, „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, „Sexualitäten und Körper“ sowie „Partizipation und Protest“. Im Hintergrund aller Beiträge steht die Frage, inwieweit die herrschenden Paradigmen zur Interpretation der bundesdeutschen Geschichte³⁸ – wie „Liberalisierung“, „Westernisierung“, „Generationenfolgen“, „Suche nach Sicherheit“ „Strukturbruch“, „Erfolgsgeschichte“ – auch dann überzeugen, wenn die Perspektive der Geschlechtergeschichte gewählt wird. Wenig überraschend ist,

37 Julia Paulus u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. / New York 2012. Dieses Buch erschien in der Reihe „Geschichte und Geschlechter“, die seit 1992 von Historikerinnen beim Campus-Verlag herausgegeben wird und einer der erfolgreichsten Reihen dieses Verlages ist.

38 Axel Schildt, *Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44 (1999), S. 1234–1244; Frank Biess / Astrid M. Eckert, *Introduction: Why Do We Need New Narratives for the History of the Federal Republic?* In: *Central European History* 52 (2019), S. 1–18; Christina von Hodenberg, *Writing Women’s Agency into the History of the Federal Republic: “1968”, Historians, and Gender*, in: ebd., S. 87–106.

dass alle Autor*innen auf die Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten dieser Narrative verweisen und letztlich keine Alternative präsentieren. Stattdessen werden jedoch wichtige einzelne Befunde zu den Paradigmen präsentiert, die diese nicht obsolet machen, sondern geschlechterhistorisch einordnen – und genau das bleibt vermutlich die wichtigste Aufgabe der Geschlechtergeschichte auch im 21. Jahrhundert. Deshalb plädiere ich in dem genannten Buch auch dafür, den Wert der Geschlechtergeschichte als Perspektive und der Frauen- wie der Männergeschichte als Themen darin zu sehen, dass damit für die gesamtdeutsche Geschichte nach 1945 „ein markantes Spannungsverhältnis [gezeigt werden kann] zwischen einem langsamen, aber stetigen sozialem Wandel auf der einen Seite und den zunächst statisch anmutenden geschlechterpolitischen Ordnungsvorstellungen in der Gesellschaft auf der anderen Seite – und zwar für die Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein“.³⁹

In diesem Kontext lassen sich dann auch die paradigmatischen Narrative für die Geschichte der Bundesrepublik anwenden: Als sich seit den beginnenden 1970er Jahren soziale Erfahrungen und Deutungen des Geschlechterverhältnisses stärker aufeinander zubewegten, kam es tatsächlich zu einem geschlechterhistorischen „Strukturbruch“, da die traditionelle bürgerliche Geschlechterordnung ihre prägende Kraft nachhaltig verlor, wenn sie auch lange noch nicht vollständig aufgelöst war. Aus einer geschlechterhistorischen Perspektive ist die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik und der DDR bis etwa 1975 als eine wichtige Transformationsperiode der Geschlechterordnung mit vielfältigen Spannungslinien zu interpretieren. So waren nicht nur die sechziger Jahre „dynamische Zeiten“, sondern es setzten schon in den vierziger Jahren soziale Wandlungsprozesse ein, die Veränderungen der bürgerlichen Geschlechterordnung markierten. Diese Veränderungen können auch mit dem Begriff der „Westerisierung“ beschrieben werden, da die Idee der Gleichheit von Mann und Frau sowie die einer Selbstbestimmung des Individuums gelebt und schrittweise auch in rechtlichen Normen festgehalten wurde.

Eine Leerstelle in dem genannten Band ist allerdings die Männergeschichte; sie kommt nur indirekt vor. Insgesamt ist die Geschichte der Bundesrepublik wie auch der DDR aus männerhistorischer Sicht noch weitestgehend unbearbeitet, abgesehen von

39 Kirsten Heinsohn, Kommentar: Nachkriegszeit und Geschlechterordnung, in: Julia Paulus u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. / New York 2012, S. S. 92–99, hier S. 98.



Forschungen zu männerliebenden Männern und der weiteren Verfolgung dieser Männer bis zur Aufhebung des § 175.⁴⁰ Das ist bemerkenswert, denn es liegen schon länger grundlegende Arbeiten zur Männergeschichte für die NS-Zeit vor, etwa von Thomas Kühne zu „Kameradschaft“ unter Soldaten im Zweiten Weltkrieg, von Christopher Browning über „Ganz normale Männer“ als Täter der Shoah, von Michael Wildt zur männlichen Elite des Reichssicherheitshauptamtes sowie einige neuere Arbeiten z. B. zur SA von Daniel Siemens und Yves Müller.⁴¹ Daran anknüpfend wäre es sehr lohnend zu untersuchen, wie diese Männerbünde bzw. die darin enthaltenen homo-sozialen Prägungen der Beteiligten in Ost- und Westdeutschland fortbestanden haben. Aus den Forschungen über die Jugendbewegung ist bekannt, dass es erhebliche personelle und ideologische Kon-

Ein weiteres Standardwerk:
Zeitgeschichte als
Geschlechtergeschichte,
2012 im Campus-Verlag
erschienen

40 Michael Schwartz, Homosexuelle im modernen Deutschland. Eine Langzeitperspektive auf historische Transformationen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021) H. 3, S. 377–414; Michael Mayer / Michael Schwartz (Hrsg.), Verfolgung – Diskriminierung – Emanzipation. Homosexualitäten in Deutschland und Europa 1945 bis 2000, Berlin/Boston 2023; Norman Domeier u. a. (Hrsg.), Gewinner und Verlierer. Beiträge zur Geschichte der Homosexualität in Deutschland im 20. Jahrhundert, Göttingen 2015.

41 Masculinity and the Third Reich, Special Issue Central European History 51 (2018), H. 3 (hrsg. v. Thomas Kühne); Thomas Kühne, Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen 2006; Christopher Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, erw. Neuausgabe Hamburg 2020; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, 3. durchges. u. erw. Aufl. Hamburg 2015; Daniel Siemens, Sturmabteilung. Die Geschichte der SA, München 2019; Yves Müller: „... wie ist's den mit dir, Hans...?“ Männlicher Habitus, Kameradschaft und Männerbund in der SA, in: Yves Müller / Reiner Zilkenat (Hrsg.), Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), Frankfurt a. M. u. a. 2013, S. 355–371.

tinuitäten gegeben hat,⁴² auch gibt es einige Erkenntnisse zu den gegenseitigen Hilfestellungen von NS-Beteiligten nach 1945, etwa im Rahmen der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG), und neuerdings auch zu den personellen Kontinuitäten von NS-Einsatzgruppen und Wehrmacht zu Bundeswehr bzw. Geheimdienst in der Bundesrepublik.⁴³ Gab es darüber hinaus nicht auch viele weitere lebensweltliche Kontinuitäten homosozialer Räume und Werte, etwa in Kegellvereinen, Fußballclubs, nicht zuletzt in Politik und Parteien, die bis weit in die 1970er Jahre hinein oftmals mehr Männergruppen mit Damenprogramm als gemischte Gruppen darstellten?⁴⁴ Eine sozial- und kulturhistorische Männerforschung hat in diesem Feld noch einiges aufzuarbeiten.

Dass es bisher so wenige Arbeiten aus diesem Bereich gibt, hat sicherlich auch mit der Entwicklung der Zeitgeschichte in der Bundesrepublik zu tun, die lange Zeit ebenfalls ein von Männern dominiertes Feld war, in dem über die *harten* Themen Nationalsozialismus, Wiederaufbau, Systemkonkurrenz, 68er-Bewegung, Terrorismus intensiv debattiert wurde, ohne die Begrenztheit der eigenen Perspektive kritisch zu reflektieren. Diese Reflexion wurde erst von außen eingefordert, nämlich von der neuen Frauenbewegung und den sich in ihr engagierenden Historikerinnen, die etwa kritisch nach der Rolle von Frauen für die Erhaltung des NS-Systems fragten⁴⁵ oder Analysen zu Arbeit und Arbeitswelten aus frauenhistorischer Sicht einforderten.⁴⁶ Erst in jüngster Zeit wird die Geschichte der Familie in Ost und West kritisch reflektiert⁴⁷ und auch eine Demokratiegeschichte aus geschlechterhistorischer Sicht geschrieben.⁴⁸

Die genannte Leerstelle der Männergeschichte jenseits der Sexualitäts- bzw. Verfolgungsgeschichte findet sich auch noch in einem hervorragenden

42 Barbara Stambolis (Hrsg.), Die Jugendbewegung und ihre Wirkungen. Prägungen, Vernetzungen, gesellschaftliche Einflussnahmen, Göttingen 2015.

43 Karsten Wilke, Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2011; Christoph Rass Das Sozialprofil des Bundesnachrichtendienstes. Von den Anfängen bis 1968, Berlin 2016; Thomas Wolf, Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle, Berlin 2018.

44 Vgl. Beiträge in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021) H. 4, Rubrik: Diskussion, S. 669–741.

45 Ein Überblick zu Themen und Debatten bieten Johanna Gehmacher / Gabriella Hauch (Hrsg.), Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus. Fragestellungen, Perspektiven, neue Forschungen, Innsbruck u. a. 2007.

46 Als Überblick Alexandra Scheele, Arbeit und Geschlecht. Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Care, in: Beate Kortendiek u. a. (Hrsg.), Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung, S. 753–762, dort auch weitere Beiträge zum Themenfeld Arbeit, Hausarbeit und Care-Arbeit.

47 Christopher Neumaier, Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland, Berlin 2022; ders., Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken, Berlin 2019.

48 Hedwig Richter, Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2020; dies. / Kerstin Wolff (Hrsg.), Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018 sowie die Beiträge in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021) Heft 4.

Sammelband aus dem Jahr 2019 von Karen Hagemann, Donna Harsch und Friederike Brühöfener.⁴⁹ Der Band präsentiert aktuelle Forschungsarbeiten, vorrangig Promotionen, die auf die deutsch-deutsche Geschichte aus geschlechterhistorischer Sicht blicken. Entsprechend des paradigmatischen Titels geht es vorrangig um Verflechtungen der BRD- und der DDR-Geschichte, das Aufeinanderbezogensein auch in Zeiten des Kalten Krieges. Insgesamt kommen die Herausgeberinnen und Beiträgerinnen zu ähnlichen Ergebnissen wie der Sammelband von 2012: Sie betonen den Gewinn, der für eine kritische Zeitgeschichte aus der Einbeziehung der Geschlechterperspektive entsteht, sie behaupten, dass damit Narrative herausgefordert werden – hier ist es das Narrativ des Kalten Krieges als Abschottung von Ost und West gegeneinander –, und sie betonen die Beharrungskraft der Geschlechterordnung in beiden Deutschlands:

„The chapters also point to the tenacity with which men, whether out of self-interest or principle, held on to male privileges in the state, the economy, and family in both the socialist East and democratic West. Given that the two Germanys shared patriarchal traditions – some unique to Germany, others Western, a few virtually universal – gender relations were not transformed in either Germany and were expressed in day-to-day practices, beliefs, and emotions that were often strikingly similar across the Cold War divide.”⁵⁰

Die Herausgeberinnen weichen damit von meiner Einschätzung ab, die Zeit zwischen etwa 1955 und 1975 sei eine Transformationsperiode für die Geschlechterordnung gewesen. Die Unterschiede in den Interpretationen sind jedoch nicht so groß, wie es auf den ersten Blick erscheint. Schon aus der Debatte um den ökonomischen und politischen Strukturbruch seit den 1970er Jahren ist bekannt, dass dieser nicht vom Himmel fiel, sondern aus langsam wirkenden Verschiebungen in der industriellen Produktionsweise, den Veränderungen von Währungs- und Finanzierungssystemen sowie politischen Reformen, die auf den Weg gebracht wurden, entstand.⁵¹ Der Strukturbruch begann demnach in den 1960er Jahren, sichtbar und erlebbar wurde er in den 1970er Jahren, geschichtswissenschaftlich zum Paradigma aber erst 2008 und danach. Aber ohne Zweifel ist und bleibt

49 Karen Hagemann / Donna Harsch / Friederike Brühöfener (Hrsg.), *Gendering Post-1945 German History. Entanglements*, New York / Oxford 2019.

50 Ebd., S. 11 f.

51 Knud Andresen u. a. (Hrsg.), *„Nach dem Strukturbruch“? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er Jahren*, Bonn 2011.

es eine spannende Frage für die Geschlechtergeschichte im 21. Jahrhundert, wann, wie und warum sich die Geschlechterordnung einer Gesellschaft ändert, geändert hat oder vielleicht ändern wird. Es gilt dabei, die beiden Dimensionen der Geschlechtergeschichte stets im Blick zu behalten: die Themen der Frauen- und der Männergeschichte einerseits und die Perspektive auf Geschlecht als eine Basisklassifikation in allen Gesellschaften, mit der Machtbeziehungen hergestellt und erhalten werden, andererseits.

Abschließend zurück zur rhetorisch zuspitzenden, aber keineswegs rein rhetorischen Frage vom Anfang: Kalter Kaffee oder Hot Stuff? Dieser Beitrag plädiert für Hot Stuff im Sinne eines Verlangens nach mehr empirischem Wissen und kritischer Reflexion allgemeiner Thesen. Hot Stuff brennt, ist nicht leicht zu verdauen, treibt einem manchmal auch die Tränen in die Augen – dieser kritische Impuls der Geschlechtergeschichte soll erhalten bleiben. Sie bringt dafür alles mit, sie sollte sich aber im 21. Jahrhundert auch wieder auf ihre Anfänge in der Frauengeschichte besinnen und gute empirische Forschung zu sozialen Gruppen (beiderlei oder diversen Geschlechts), ihren Lebenswelten und ihren Denkhorizonten leisten. Die Geschichtswissenschaft sollte demgegenüber Geschlecht als Perspektive und als Teil einer Normalforschung akzeptieren. Es liegt nicht an der Geschlechtergeschichte und ihren Vertreter*innen, dass diese Forderung schon seit 50 Jahren immer wieder erhoben werden muss⁵² – aber es ist an der Zeit, dass sie endlich erfüllt wird.

Prof. Dr. Kirsten Heinsohn ist stellvertretende Direktorin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

⁵² Eine aktuelle Bestandsaufnahme bieten Christina Benninghaus u. a., *Geschlechtergeschichte. Herausforderungen und Chancen, Perspektiven und Strategien*. Ein Positionspapier, Bielefeld 2023, <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2982911> [14.11.2023].

Migration und Zeitgeschichte. Trends, Herausforderungen und Perspektiven

■ In seinem im April 2021 veröffentlichten Buch „Move. Das Zeitalter der Migration“,¹ entwirft der Publizist Parag Khanna ein provokantes Zukunftsszenario. „Die Welt von morgen“, schreibt er darin, sei „nicht nur voller mobiler Menschen, sondern [werde] geradezu durch die Mobilität von allem definiert“. Dieses „Zeitalter der Migration“ werde nicht einfach „die bisherigen Migrationen fortsetzen, sondern sie beschleunigen. Der Strudel der Menschheit [werde] sich noch schneller drehen, weil jede einzelne Kraft, die unsere Humangeographie [bestimme], an Intensität [gewinne]“.²

Migration ist für Khanna kein neues Phänomen, sondern – und das entspricht einer Auffassung, die in den historisch arbeitenden Wissenschaften als *common sense* gelten kann – eine anthropologische Konstante.³ Die Geschichte der Menschheit beginne mit einem Schritt, erklärt er. „Die ersten aufrecht gehenden Geschöpfe“ hätten „vor knapp zwei Millionen Jahren ihren Fuß auf afrikanischen Boden“

1 Parag Khanna, *Move. Das Zeitalter der Migration*, Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz und Karsten Petersen, Berlin 2021. Die englischsprachige Version erschien einige Monate später unter dem Titel: *Move. How Mass Migration Will Reshape the World – and What it Means for You*, London 2021.

2 Khanna, *Zeitalter*, S. 25, 40.

3 Gewiss: Es ist in der historischen Forschung wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die Geschichte der Menschheit zugleich eine Geschichte zunehmender Sesshaftigkeit sei, etwa von Steve Hochstadt, *Mobility and Modernity. Migration in Germany, 1820–1989*, Ann Arbor 1999, S. 280 f. Demgegenüber haben Historiker:innen immer wieder betont, dass Menschen seit jeher unterwegs gewesen seien, ja, sich im Grunde die Welt „erwanderten“ hätten. Es ist in der historischen Forschung geradezu zu einem Mantra geworden, dass die

gesetzt und „irgendwann in der Region zwischen dem heutigen Roten Meer und der Sinai-Halbinsel eine Landbrücke nach Eurasien“ überschritten. Allerdings werde menschliche Mobilität in Zukunft beträchtlich zunehmen. „Für Milliarden Menschen“ werde „bald nichts normaler sein als stetige Mobilität“, prophezeit er.⁴ Diese durch aktuelle Entwicklungen wie die globale Erwärmung der Erde, politische, ökonomische und technische Umwälzungen sowie militärische Konflikte verursachte Mobilität werde, so seine These, eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit einläuten – eine Welt, die von Massenmigration geprägt und gleichzeitig von dieser umgestaltet werde. Die englischsprachige Version kündigt dies sogar bereits im Titel an.

Khanna macht nicht dabei halt, der mobilen Vergangenheit und Gegenwart eine noch mobilere – fast möchte man sagen: nomadische – Zukunft gegenüberzustellen. Er fordert die Lesenden zugleich dazu auf, sich selbst in Bewegung zu setzen, mobil zu werden. „Sind Sie bereit, sich zu bewegen?“, fragt er. „Ist Ihr leibliches Wohl aufgrund von politischen und wirtschaftlichen Krisen, technologischen Schwierigkeiten oder Klimawandel in Gefahr? Wären die Rahmenbedingungen für Sie und Ihre Familie anderswo besser? Was hält Sie davon ab, dorthin zu gehen? Wo immer es sein mag, machen Sie sich auf. Die Schwierigkeiten werden nicht aufhören.“⁵ Das kurze Wörtchen „Move“ im Titel kann deshalb nicht nur als „Schritt“ verstanden werden, sondern im Sinne des benutzten Imperativs ebenfalls als Aufforderung an die Lesenden, sich selbst in Bewegung zu setzen.

Dass die australische Regierung jüngst angekündigt hat, den mehr als 10.000 Angehörigen des Inselstaates Tuvalu im Südpazifik Klimaasyl zu gewähren, weil die Inseln Tuvalus aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels vom Untergang bedroht sind, verdeutlicht, dass das von Khanna entworfene Zukunftsszenario an einigen Orten auf der Welt längst Realität geworden ist.⁶ Es soll an dieser Stelle aber nicht darum gehen, Khannas Visionen genauer unter die Lupe zu nehmen oder anhand aktueller

Geschichte der Menschheit eine Geschichte der Migration und Migration eine *conditio humana* sei. „The history of humanity is a history of migration. There was no ‚pre-history‘ of unsettled and non-literate peoples followed by the ‚history proper‘ of settled empires or nations“, so Christiane Harzig, Dirk Hoerder und Donna Gabaccia in ihrem Buch „What is Migration History?“, Cambridge 2009, S. 8. Klaus Bade und Jochen Oltmer sprechen demgegenüber von Migration als „Normalfall“. Siehe Klaus J. Bade / Jochen Oltmer, *Normalfall Migration*, Bonn 2004.

⁴ Khanna, *Zeitalter*, S. 28.

⁵ Ebd., S. 27 f.

⁶ Australien bietet allen Einwohnern von Tuvalu Aufnahme als Klimaflüchtlinge, in: *Spiegel Wissenschaft*, 11.11.2023, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/tuvalu-australien-bietet-alleinwohnern-der-insel-aufnahme-als-klimafluechtlinge-a-c53fa233-173b-4afb-aa84-d77c76e5f0bc> [12.11.2023].

Entwicklungen gar zu verifizieren. Wichtiger für das Anliegen des vorliegenden Beitrags ist vielmehr etwas anderes: Und zwar veranschaulicht Khannas Buch, dass Migration „kein gegebenes Phänomen ist“, wie die Historikerin Maren Möhring vor einigen Jahren zu recht betont hat.⁷ Die Bezeichnung eines Individuums als Migrant:in oder einer Gruppe von Menschen als „Migrant:innen“ ist vielmehr ein Deutungsakt, eine „sozial, politisch und kategorial hergestellte Beziehung“, um eine Formulierung aus den Sozialwissenschaften aufzugreifen.⁸ Diese Konstruktionsleistung macht Khannas Buch potentiell zu einer Quelle für zukünftige zeithistorische Forschungen über unsere Vergangenheit gewordene Gegenwart⁹ und eröffnet damit Perspektiven für die Zeitgeschichte, wie sie im vorliegenden Beitrag vorgestellt und diskutiert werden sollen.

Tentativ mit „Migration und Zeitgeschichte. Trends, Herausforderungen und Perspektiven“ überschrieben, geht es in diesem Beitrag um zweierlei: Erstens möchte ich herausarbeiten, was die Zeitgeschichte derzeit über Migration wissen will und wie sie das, was sie wissen will, erforscht.¹⁰ Denn um in die Zukunft blicken zu können, ist es notwendig, Vergangenheit und Gegenwart zu kennen. Meine Ausführungen beruhen auf Trends, die ich in der zeithistorischen Fachliteratur zum Thema Migration identifiziert habe und aus zwei Gründen für besonders relevant halte: Auf der einen Seite sind sie exemplarisch für die Art und Weise, wie Migration in der Zeitgeschichte aktuell repräsentiert wird. Auf der anderen Seite verweisen sie auf neue Wege in der zeithistorischen Erforschung von Migration.

Im zweiten Schritt möchte ich Herausforderungen diskutieren, mit denen die Zeitgeschichte aus meiner Sicht aktuell konfrontiert ist, sowie Perspektiven erörtern, wie sie sich diesen stellen könnte. Die von mir entwickelten Perspektiven dienen nicht

7 Maren Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58 (2018), S. 305–330, hier S. 305.

8 Anne Lisa Carstensen u. a., Einleitung in: dies. u. a. (Hrsg.), *Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisationsformen und Gewerkschaften in den 1970/1980er Jahren*, Hamburg 2022, S. 9–34, hier S. 16.

9 Anhand des Buches ließe sich beispielsweise die Frage beantworten, wie Migration in „Debatten und Diskurse[n] n über (Un)Sicherheit, Bedrohung und gesellschaftlichen (Un)Frieden [...] definiert und verhandelt, bearbeitet und transformiert wurde“, die jüngst als ein zukünftiges Untersuchungsfeld für die historische Friedens- und Konfliktforschung entworfen wurde. Bettina Severin-Barboutie, *Irritationen durch Migration*, in: Daniel Gerster / Jan Hansen / Susanne Schregel (Hrsg.), *Historische Friedens- und Konfliktforschung Die Quadratur des Kreises?*, Frankfurt a. M. 2023, S. 133–149, hier S. 147.

10 Grundlage dieser Analyse sind englisch-, französisch-, deutsch-, griechisch- und italienischsprachige Veröffentlichungen. Da diese Arbeiten hier nicht im Einzelnen vorgestellt und erörtert werden können bzw. sollen, werden nur solche Studien in den Anmerkungen belegt, die im Fließtext namentlich Erwähnung finden. Für vertiefende Einblicke in Entwicklung und Stand der (historischen) Erforschung von Migration empfehle ich die folgenden exzellenten, im deutschsprachigen Raum erschienenen For-

dazu, die zukünftige Zeitgeschichtsschreibung engzuführen oder gar zu vereinnahmen. In diesem Punkt möchte ich nicht missverstanden werden. Da die Zukunft prinzipiell offen ist, lässt sich vorab auch nicht festlegen, was die Zeitgeschichte in Zukunft wissen möchte und erforschen wird, ja, sollte es auch nicht. Denn wir können und dürfen der Zukunft nicht vorschreiben, welche Fragen sie an die Vergangenheit richten soll.¹¹ Vielmehr möchte ich die meinem Sitz in einer spezifischen Gegenwart geschuldeten Perspektiven als Vorschläge verstanden wissen, die zum Nach- und Weiterdenken anregen und einladen sollen.

„Zeitgeschichte“ verstehe ich in Anlehnung an das im deutschsprachigen Raum dafür nach wie vor geläufige Konzept als ein Teilgebiet der Geschichtswissenschaft, das sich der klassischen Definition von Hans Rothfels aus dem Jahr 1953 entsprechend mit der „Geschichte der Mitlebenden und ihrer wissenschaftlichen Behandlung“ beschäftigt.¹² Als solche weist die Zeitgeschichte drei Besonderheiten auf. Erstens wandern ihre zeitlichen Grenzen und damit auch ihr Gegenstandsbereich. Mit anderen Worten ist das, wofür Zeitgeschichte – und damit letztlich auch andere epochale Teildisziplinen – zuständig ist, in Bewegung. Zweitens ist die Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart schwer, wenn überhaupt, zu ziehen. Wo Zeitgeschichte beginnt und wo sie endet, bleibt deshalb vage bzw. variabel. Drittens überschneiden sich Forschungsinteresse und -gegenstände der Zeitgeschichte sowohl mit denen der gegenwartsorientierten Wissenschaften als auch mit denen außerwissenschaftlicher Akteur:innen, die an der Geschichte arbeiten. Im Themenfeld Migration bestehen solche Überschneidungen unter anderem mit den Sozial- und Kulturwissenschaften, in der Bundesrepublik vor allem mit der kritischen Migrationsforschung, die sich darum bemüht, Mig-

schungsüberblicke: Anne Friedrichs, *Placing Migration in Perspective. Neue Wege einer relationalen Geschichtsschreibung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 44 (2018), H. 2, S. 167–195; Maren Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas?*; Barbara Lüthi, *Migration and Migration History*, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 06.07.2018, http://docupedia.de/zg/Luethi_migration_v2_en_2018 [12.11.2023]; Maria Alexopoulou, *Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 56 (2016), S. 463–484.

11 In Anlehnung an Lisa Regazzoni, *And If History Were to Turn Its Back on the Future? A Thought-provoking Interjection*, in: *Geschichtstheorie am Werk*, 28/06/2022, <https://gtw.hypotheses.org/6870> [30.10.2023].

12 Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953), S. 1–8, hier S. 2. Es wäre lohnenswert, Konzepte anderssprachiger Wissenschaftsräume einzubeziehen, wie die in Frankreich bis heute geläufige *histoire contemporaine* oder aber die dort Ende der 1970er Jahre entstandene *Histoire du temps présent*, nicht zuletzt, um den methodologischen Nationalismus, der diese Zeitkonzepte zwangsläufig prägt, zu reflektieren. Aus pragmatischen Gründen muss hier aber darauf verzichtet werden. Einblicke in die Geschichte der *histoire du temps présent* bietet François Bedarida, *Le temps présent et l'historiographie contemporaine*, in: *Vingtième Siècle* 69 (2001), H. 1, S. 153–160. Nach wie vor einschlägig für die Geschichte der *histoire contemporaine*: Gérard Noiriel, *Qu'est-ce que l'histoire contemporaine?*, Paris 1998.

ration neu zu denken, und in diesem Zusammenhang ein radikales Umdenken der Geschichte fordert,¹³ ferner mit Museen und Archiven, in denen das Thema seit Längerem auf der Agenda steht.¹⁴

Trends in der zeithistorischen Erforschung von Migration

Im Jahr 2020 veröffentlichte die Geografin Camille Schmoll eine Studie mit dem Titel „Les damnées de la mer. Femmes et frontières en Méditerranée“,¹⁵ in deren Titel sie implizit auf das von Frantz Fanon 1961 veröffentlichte Buch „Les damnés de la terre“¹⁶ verweist. In dieser Publikation untersucht sie Frauen, die Westafrika mit dem Ziel verließen, die Küsten Südeuropas zu erreichen. Zeitlich konzentriert sich die Studie auf die letzten beiden Jahrzehnte. Inhaltlich und theoretisch-methodisch kommen in ihr Trends zum Ausdruck, die die Auseinandersetzung der Zeitgeschichte mit Migration seit einigen Jahren prägen und aus meiner Sicht als Wenden im Sinne von *turns* verstanden werden können.

Ein erster Trend ist jener, den ich (*Im-*)*Mobilitätswende* nennen möchte: das zunehmende Verständnis von Migration als relationales Phänomen multipler Mobilitäten und Immobilitäten, das nicht zuletzt auf wichtigen Impulsen der angelsächsischen *mobility studies*¹⁷ beruht und zur Folge hat, dass sich die Zeitgeschichte zunehmend mit (Im-)Mobilitäten im Plural sowie der Beziehung zwischen ihnen beschäftigt.¹⁸ Einige der in diesem Kontext entstandenen Studien behandeln Formen der Mobilität, die in einem begrenzten zeitlichen und räumlichen Kontext koexistierten. Elizabeth Buettner beispielsweise befasst sich mit postkolonialen Migrationen in Ländern Europas, die bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein Kolonien besaßen.¹⁹ In „The Unsettling of Europe. The Great Migration, 1945 to the Present“ behandelt Peter Gatrell

13 Beispielhaft dafür ist folgender Sammelband: Erol Yildiz / Marc Hill (Hrsg.), *Nach der Migration, Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*, Bielefeld 2014.

14 Bettina Severin-Barboutie, *Migration als Bewegung am Beispiel der Städte Stuttgart und Lyon nach 1945*, Tübingen 2019, S. 2 f.

15 Camille Schmoll, *Les damnées de la mer. Femmes et frontières en Méditerranée*, Paris 2020.

16 Frantz Fanon, *Les damnés de la terre*, Paris 1961.

17 Siehe u. a. Tim Cresswell, *On the Move. Mobility in the Modern Western World*, New York 2006; John Urry, *Sociology beyond Societies. Mobilities for the Twenty-First Century*, London 2000; ferner die 2006 gegründete Zeitschrift *Mobilities*.

18 Siehe die Überlegungen von Anne Friedrichs, *Migration*, S. 181–195, zur Perspektivierung von Migration durch eine relationale Geschichtsschreibung.

19 Elizabeth Buettner, *Europe after Empire. Decolonization, Society, and Culture*, Cambridge 2016.

eine Vielzahl von Bewegungen, die Europa seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt.²⁰ Dass er diese im Titel seines Buches als „Great Migration“ ankündigt und damit implizit der Migration von Afroamerikaner:innen vom Süden in den Norden der USA im frühen 20. Jahrhundert gleichstellt,²¹ verweist auf die große Bedeutung, die er ihnen in Europas Zeitgeschichte zuschreibt. Andere Wissenschaftler:innen folgen den Routen, auf denen Menschen unterwegs waren, oder untersuchen Räume, an denen sie Halt machten, warteten oder für längere Zeit *strandeten*. „Transit“ ist ein Begriff, der in der Zeitgeschichte für diese Räume geläufig ist.²² Wieder andere konzentrieren sich auf Brennpunkte von Migration wie Grenzstationen oder Hafenstädte.

Indem sie Migration als ein Phänomen multipler Mobilitäten und der Verflechtung von Mobilität und Immobilität untersuchen, haben diese Studien nicht nur die Geschichte der Migration in mehrfacher Hinsicht komplexer gemacht, sondern das Phänomen *Migration* insgesamt *heterogenisiert*. Beispielsweise haben sie die geografischen Perspektiven auf Migration erweitert und zugleich „Zwischenräume“ ins Blickfeld gerückt, die bei der binären Betrachtung von Entsende- und/oder Aufnahmegesellschaften im Dunkeln bleiben. Zweitens haben sie deutlich gemacht, dass Migration nicht zwingend eine unidirektionale, lineare Bewegung von einem Staat A zu einem Staat B war, sondern aus einer Myriade von Bewegungen bestehen konnte, die sich in Quantität und Qualität über Zeit und Raum hinweg unterschieden. Drittens haben sie gezeigt, dass Migration unterschiedlich repräsentiert, konnotiert sowie reguliert und kontrolliert wurde und erheblich von sozialen, kulturellen und ökonomischen Faktoren abhängig war, ferner dass Migration und Nichtmigration nicht zwingend Ausdruck entgegengesetzter sozialer Positionen, sondern das Ergebnis von Handlungs- und Entscheidungsmacht waren. Fünftens haben diese Studien Überschneidungen und Schnittmengen zwischen verschiedenen Formen menschlicher Bewegung etwa zwischen Freizeit, Arbeit und Studium²³ aufgezeigt und damit einmal mehr unterstrichen, wie wichtig es ist, die hier nicht näher zu erläuternde Untersuchung unterschiedlicher Bewegungsformen in getrennten Teil-

20 Peter Gatrell, *The Unsettling of Europe. The Great Migration, 1945 to the Present*, London 2019.

21 Ebd., S. 2 f. Zur Geschichte der Great Migration in den USA siehe Michael Schwartz, *The Great Migration in Myth and Reality*, in: *Quadern di sociologia* LXIV (2020), H. 83, S. 67–99.

22 Siehe etwa das am DHI Washington angesiedelte Projekt „In Global Transit“, <https://www.ghi-dc.org/research/history-of-migration/in-global-transit> [15.11.2023].

23 Siehe u. a.: Nikolaos Papadogiannis / Detlef Siegfried (Hrsg.), *Between Leisure, Work and Study. Tourism and Mobility in Europe from 1945 to 1989, Comparativ* 24 (2014).

disziplinen zu überwinden. Sechstens schließlich haben diese Studien die von Khanna hervorgehobene dynamisierende und transformative Kraft von Migration für menschliche Gemeinschaften hervorgehoben und diese Kraft ähnlich wie Khanna mit Metaphern aus dem Wortfeld „Bewegung“ zum Ausdruck gebracht.

Ein weiterer Trend, der sich in Camille Schmolls Buch spiegelt, ist die akteurszentrierte, mikrohistorische Wende: die Hinwendung zum Individuum und zur lokalen Ebene menschlicher Bewegung, in deren Kontext der Kreis der Migrant:innen langsam, aber stetig erweitert und ausdifferenziert wurde: von Männern zu Frauen, von Erwachsenen zu Minderjährigen, von jungen zu alten Menschen, von Migrant:innen zu Nichtmigrant:innen.

Diese Entwicklung hat nicht nur das Verständnis von Migrant:innen maßgeblich beeinflusst. Lange Zeit als Objekte und Mitglieder größerer Gruppen untersucht, werden diesen inzwischen als Individuen mit spezifischen Erfahrungen verstanden, die über Handlungsfähigkeit verfügten und diese nutzten, um in asymmetrischen Machtkonstellationen eigene Ziele zu erreichen.²⁴ Diese Entwicklung hat ebenfalls neue, genauer gesagt: unbekannte Migrantentypen wie erwerbstätige Frauen zutage gefördert und damit das Spektrum an Figuren und Motiven beträchtlich erweitert. Und sie hat Licht auf Räume geworfen, die bei der Fokussierung auf die Makroebene notwendigerweise im Dunkeln bleiben. Dabei sind sowohl Spezifika und Neupositionierungen dieser Räume in der Welt hervorgebracht worden als auch Verbindungen zwischen ihnen. Mit anderen Worten ist deutlich geworden, dass bzw. wie „locality matters“, um einen von den Sozialanthropologinnen Ayşe Çağlar und Nina Glick Schiller benutzten Ausdruck zu verwenden.²⁵ Last but not least hat diese Entwicklung neue Fragen aufgeworfen, etwa in Bezug auf Geschlechterbeziehungen und sexuelle Gewalt, die – das zeigt Schmolls Studie ebenfalls – aktueller denn je sind.

Ein letzter Trend, den ich vorstellen möchte, könnte als *kulturelle Wende* bezeichnet werden. Er betrifft das gewachsene Interesse der Zeitgeschichte an der Repräsentation von Migration, das diese mit anderen Disziplinen und außeruniversitären Einrichtungen wie Museen teilt.²⁶ Dieses Interesse hat

24 Siehe dazu die konzeptionellen Überlegungen von Ulrike Jureit, Hoffnung auf Erfolg. Akteurszentrierte Handlungskonzepte in der Migrations- und Flüchtlingsforschung, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 15 (2018), H. 3, S. 509–522, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2018/5618>, [12.11.2023].

25 Ayşe Çağlar/Nina Glick Schiller, Introduction, in: dies. (Hrsg.), *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*, Ithaca/London 2011, S. 1–19.

26 Zum Folgenden ausführlich: Anne Friedrichs/Bettina Severin-Barboutie, *Mobilités, catégorisations et appartenance. Un défi de réflexivité*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 76 (2021), H. 3, 445–454.

nicht nur zu einer Erweiterung der untersuchten Medien geführt, sondern auch ganz grundsätzlich das Nachdenken darüber angeregt, wie Migration von wem, aus welchem Grund und mit welchen Folgen produziert und vermittelt wurde. Darüber hinaus hat es die selektive Repräsentation oder Nichtrepräsentation von Migration zutage gefördert und auf diesem Weg nicht nur Vorstellungen über Migration in der Zeitgeschichte korrigiert, sondern Migration als Thema überhaupt erst in der Zeitgeschichte verankert. In diesem Zusammenhang sind auch aktuelle Erzählmuster von Migration historisiert worden. So hat Nora Berend gezeigt, dass sich der Migrationsmythos, die ungarische Nation sei im 9. Jahrhundert von türkisch-hunnischen Einwanderern aus Asien gegründet worden, der unter Victor Orbán aktuell ein Comeback erlebt und als wesentlich für die Schaffung ungarischer Identität aufgewertet wird, auf ein Narrativ stützt, das im mittelalterlichen Königreich Ungarn entstand, mehrfach Umdeutungen erlebte und im 19. Jahrhundert schließlich zur Vorgeschichte der ungarischen Nationsgründung gemacht wurde.²⁷

Herausforderungen und Perspektiven

Empirische Defizite

Die beschriebenen Trends konfrontieren die Zeitgeschichte mit dem Problem, dass die klassischen Archive nicht immer Antwort auf das geben, was Forschende wissen wollen. Darin unterscheidet sich die Analyse von Migration in nichts von anderen Untersuchungsfeldern. Beispielsweise bewahren Archive nur selten Zeugnisse auf, die von Migrant:innen selbst stammen. Zudem sind sie oftmals behörden- oder staatszentriert und registrieren Migration nur vor dem Aufbruch oder nach der Ankunft, während die eigentliche Bewegung im Dunkeln bleibt. Manchmal schweigen sie sogar ganz über Migration, sei es, dass nichts überliefert oder Überliefertes zerstört wurde oder auf andere Weise verschwand.

Die Zeitgeschichte hat auf den „Überschusscharakter“²⁸ ihrer Fragen, das heißt die Kluft zwischen Wissen-Wollen und Wissen-Können, in unterschiedlicher Weise reagiert. Zum einen hat sie damit begonnen, die archivalische Überlieferung

27 Nora Berend, *Les récits de la migration dans la Hongrie médiévale*, in: *Annales. Histoire, Sciences Sociales* 76 (2021), H. 3, 457–488.

28 Lisa Regazzoni, *Einleitende Gedanken: Was für die Geschichte übrig bleibt*, in: dies. (Hrsg.), *Schriftlose Vergangenheiten. Geschichtsschreibung an ihrer Grenze von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart*, Berlin/Boston 2019, S. IX–XXXV, Zitat S. X.

kritisch gegen den Strich zu lesen. Zum anderen bemüht sie sich darum, die Diskrepanz zwischen Wissen-Wollen und Wissen-Können durch die Umwandlung von Spuren aus der Vergangenheit in Quellen zu überwinden, die bislang nicht beachtet wurden. Dabei hat sie sich ähnlich erfinderisch erwiesen wie etwa Antiquare im 18. und frühen 19. Jahrhundert.²⁹ Wie sich Letztere Sitten, Bräuchen und Liedern zuwandten, nachdem sie in den traditionellen Quellen keine Antworten auf ihre Fragen gefunden hatten, erweitert auch die Zeitgeschichte das Spektrum ihrer Quellen zunehmend. Um beispielsweise Migrant:innen zum Sprechen zu bringen, greift sie mehr und mehr auf private Aufzeichnungen wie Tagebücher und Fotoalben zurück. Für die Analyse von Bewegung werden Fahrpläne usw. ausgewertet.

Wie in anderen Themenfeldern produziert die Zeitgeschichte darüber hinaus selbst empirisches Material, um ihre Fragen beantworten zu können, allen voran lebensgeschichtliche Erzählungen „mitlebender“ Migrant:innen. Diese zum Teil Jahrzehnte nach der erzählten Zeit geschilderten Geschichten werden vielfach für Einzelprojekte produziert, ohne weiterreichende Überlieferungszwecke erkennen zu lassen, und werden zudem bislang nur punktuell und meist auch nur unvollständig zugänglich gemacht. Sowohl Sprache und Kontext, in dem sie produziert wurden, als auch Fragen und Verlauf der Gespräche bleiben oftmals im Dunkeln. Ebenso wenig wird die Rolle der interviewenden Person als Ko-Produzentin der Erzählung thematisiert, obwohl sie doch zwangsläufig Teil des Erinnerungs- und Erzählaktes war.

Abgesehen davon gibt es Bemühungen, Zeugnisse über Migration zu produzieren, zu sammeln und aufzubewahren, die bislang keinen oder kaum Eingang in die Archive gefunden haben – das Spektrum reicht von Schriftstücken bis zu mündlichen Überlieferungen wie Oral-History-Interviews und Musik. Im Unterschied zur Produktion von Dokumenten für spezifische Forschungsprojekte sind diese Bemühungen mit einem Überlieferungszweck verbunden, der über die Zeit der Mitlebenden hinausreicht. Sie dienen dazu, aktuelle Migrationen nicht nur in der Gegenwart sichtbar-, sondern ebenfalls in Zukunft erkenn- und damit erforschbar zu machen. Gemeinsam ist beiden Praktiken jedoch die Auffassung, dass Migration zentral für die (eigene) Gesellschaft sei, Migrant:innen aktiv handelten, aber (erfahrungsgemäß) selbst keine oder zumindest nicht

29 Lisa Regazzoni, *Lebendige Denkmäler. Die Monumentalisierung der Landbevölkerung als Relikt autochthoner Vergangenheit im Frankreich des 18. und frühen 19. Jahrhunderts*, in: dies. (Hrsg.), *Vergangenheiten*, S. 29–65.

genügend Spuren hinterließen, und die Überlieferung von Migration daher aktiv betrieben werden müsse.

Eine Vorreiterrolle und zugleich Sonderstellung in Deutschland nimmt in dieser Hinsicht das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD) ein, das seit seiner Gründung durch Migrant:innen aus der Türkei im Jahr 1990 (als DOMiT – „Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e. V.“) Zeugnisse über Migration in Deutschland zusammenträgt und deshalb inzwischen über eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten zur Migrationsgeschichte der Bundesrepublik verfügt.³⁰ Aber auch *klassische* Geschichtsorte wie Archive und Museen bemühen sich seit einiger Zeit aktiv darum, Zeugnisse zu akquirieren, um die Überlieferung von Migration zu sichern. Darüber hinaus sind neue Speicherorte eingerichtet worden. So hat die Stadt Salzburg gemeinsam mit der Salzburger Universität und dem Salzburger Stadtarchiv im Haus der Stadtgeschichte ein „Migrationsarchiv“ eingerichtet, in dem Material über die Migration in Salzburg (Ein- wie Auswanderung) gesammelt und aufbewahrt wird, um Migrationsgeschichte(n) zu bewahren und zugleich bewusst bzw. sichtbar zu machen. In Lampedusa ist vor einigen Jahren das Museo delle migrazioni ins Leben gerufen worden, in dem Objekte zu sehen sind, die an den Stränden der Insel gefunden wurden.³¹

Eine wachsende Zahl von Speicherorten ist digitaler Natur und dient dazu, die Stimmen mitlebender Menschen, die migriert (oder geflüchtet) sind, zu sammeln und damit gleichsam vor dem Verlorengelassen zu retten. Das Archivio Memorie Migranti ist ein Exempel für einen solchen Speicherort. In Rom von dem Ethnohistoriker Alessandro Triulzi gegründet, der sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte Subsahara-Afrikas und der italienischen Kolonialgeschichte am Horn von Afrika beschäftigt, sammelt es Schrift-, Sach-, Bild- und Oralquellen von „Geflüchteten“ und macht diese über ein Internetportal öffentlich zugänglich. Der digitale Raum versteht sich dabei als offenes Notizbuch, in dem möglichst viele Stimmen eingefangen und vor einer möglichen Einbindung in den Deutungshorizont „außenstehender“ Beobachtender bewahrt werden sollen. Der Begriff „migranti“ steht dabei sowohl für das Attribut „migrierend“ als auch für das Substantiv „Migrant/Migrantin“ und verdeutlicht zum einen, dass nicht nur Menschen, sondern auch

30 Die Gründungsgeschichte des Vereins. Von der Garage zum Archiv: Wie alles begann, <https://domid.org/ueber-uns/geschichte/> [18.11.2023].

31 Severin-Barboutie, Migration, S. 2 f. Zum Museo delle migrazioni siehe zudem das Interview mit Giacomo Sferlazzo, Objekte von Migranten von der Müllhalde ins Ausstellungsregal. Der Raum PortoM auf Lampedusa als politische Erinnerungspraxis, in: Regazzoni (Hrsg.), *Vergangenheiten*, S. 327–393.

ihr Wissen und ihre Erinnerungen in Bewegung sind, und zum anderen, dass Migrationserfahrungen von den Protagonist:innen selbst erzählt werden können.³²

Ob die gesammelten oder selbst produzierten Zeugnisse künftig zu Quellen für eine (Re-)Konstruktion der Geschichte der Gegenwart gemacht werden, ist eine offene Frage. Denn – wie gesagt – können wir die Zukunft weder vorhersagen, noch können wir ihr vorschreiben, welche Fragen sie stellt und anhand welchen Materials sie diese beantwortet. Studien zu Denkmälern zeigen das allzu gut.³³ Gebrauch und Interpretation der analogen wie digitalen Sammlungen sind demnach der Zukunft überlassen, oder, um den Archivar und Archivwissenschaftler Terry Cook zu zitieren: „What is past is prologue“.³⁴ Gleichwohl fordern diese Sammlungen die Zeitgeschichte dazu auf – darin stimme ich Lisa Regazzoni zu –, das Spektrum ihrer Aufgaben zu erweitern. Über ihr traditionelles Selbstverständnis hinaus, das ihre wesentliche Aufgabe in der kritischen Beschäftigung mit dem überlieferten, vorgefundenen „historischen Material“ sieht, ist, so Regazzoni, ein stärkeres Engagement für die Quellenproduktion oder zumindest für die Vermittlung der methodischen Standards fachlich betriebener Geschichtsforschung zu wünschen. So könnten Zeithistoriker:innen andere Modi quellenkritischer Praxis ausüben, indem sie gegenüber den neu entstehenden Beständen an (Selbst-)Zeugnissen Position bezögen, sie kritisch befragten, ihre Entstehungsbedingungen transparent machten, die Quellenproduktion nach wissenschaftlichen postkolonialen Ansprüchen aktiv mitgestalteten sowie ihre langfristige Archivierung sicherten. Außerdem sollten die geschichtswissenschaftlichen Kriterien der Quellenproduktion in den Hochschulen mehr als bisher vermittelt werden.³⁵ Damit könnte die Zeitgeschichte zudem jenen Brückenschlag zu Archiven vollziehen, den Kiran Klaus Patel und Frank Bischoff für die Digitalisierung gefordert haben.³⁶

32 Ausführlich dazu: Lisa Regazzoni, Gegenbilder. Reflexionen zum (Selbst-)Zeugen in der aktuellen Migrationsgeschichte: Das Archivio Memorie Migranti, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 15 (2018), H. 3, S. 559–575, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2018/5618> [12.11.2023].

33 Siehe etwa dies., Unintentional Monuments, or the Materializing of an open Past, in: History and Theory 61 (2022), H. 2, S. 242–268.

34 Terry Cook, What is Past is Prologue: A History of Archival Ideas Since 1898, and the Future Paradigm Shift, in: Archivaria 43 (February 1997), S. 17–63.

35 Regazzoni, Gegenbilder, S. 574 f.

36 Frank M. Bischoff / Kiran Klaus Patel, Was auf dem Spiel steht. Über den Preis des Schweigens zwischen Geschichtswissenschaft und Archiven im digitalen Zeitalter, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 17 (2020), H. 1, S. 145–156.

(Selbst-)Reflexion

Die Historikerinnen Christiane Reinecke und Isabella Löhr haben die Geschichtswissenschaft vor einigen Jahren dazu eingeladen, sich von der reflexiven Wende in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung³⁷ inspirieren zu lassen, um die Kategorien, mit denen staatliche und nichtstaatliche Akteure menschliche Bewegungen unterschieden, als hergestellt zu verstehen und entsprechend zu untersuchen. Eine solche Herangehensweise ermögliche es, argumentieren die beiden, dem Wissen auf die Spur zu kommen, das den Kategorisierungen entweder zugrunde gelegen habe oder dadurch produziert worden sei, und trage zugleich dazu bei, differenziertere Einblicke in die ‚Erfindung‘ von Gesellschaften, Nationalstaaten und Imperien sowie in nationale oder internationale Ordnungen zu erhalten.³⁸

Nun ist es nicht so, als fehlte es der zeithistorischen Erforschung von Migration an Reflexivität. Tatsächlich wird diese seit Längerem – die oben beschriebenen Trends sind dafür ein gutes Beispiel – von Reflexion und Selbstkritik begleitet. Wissenschaftler:innen, die sich mit der Repräsentation von Migration befassen, haben zum Beispiel administrative Klassifikationen untersucht. Sie haben soziale Praktiken und Selbstzeugnisse von Migrant:innen in den Blick genommen, um divergierende Vorstellungen über die Gestaltung der Gesellschaft und den Umgang mit Vielfalt sichtbar zu machen und letztlich die damit verbundenen Machtstrukturen und Handlungsspielräume aufzudecken. Andere haben damit begonnen, Konzepte wie das des „Flüchtlings“ zu verfeinern, indem sie die von den historischen Akteuren – sowohl von den politischen Behörden als auch von den Flüchtlingen – verwendeten Begriffe kritisch unter die Lupe nehmen. Christoph Kalter beispielsweise hat deutlich gemacht, dass der portugiesische Begriff *retornados* (Rückkehrer) der Selbstbezeichnung der Betroffenen als „Flüchtlinge“ nicht gerecht wird, die wiederum der Realität der von Kalter ausgemachten Privilegierung gegenüber anderen Gruppen Geflüchteter nicht gerecht wird. Dem Autor zufolge ist deshalb der analytische Begriff des „privilegierten Flüchtlings“ angemessener, weil er sowohl die Selbstdarstellung als auch den Grad der Unterstützung durch die portugiesischen Behörden in Form organisierter Flüge von Angola und Mosambik nach Lissabon berücksichtigt.³⁹ Zudem haben sich

37 Siehe etwa Boris Nieswand / Heike Drotbohm (Hrsg.), Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung, Wiesbaden 2014.

38 Isabella Löhr / Christiane Reinecke, Not a Given Object. What Historians Can Learn from the Reflexive Turn in Migration Studies, in: Migrant Knowledge, 27.10.2020, <https://migrantknowledge.org/2020/10/27/not-a-given-object/> [12.11.2023].

39 Christoph Kalter, Rückkehr oder Flucht? Dekolonisierung, Zwangsmigration und Portugals *retornados*.

Zeithistoriker:innen in den vergangenen Jahren kritisch mit Begriffen, eigenen Annahmen und Paradigmen auseinandersetzt, und diese Auseinandersetzung wiederum hat sich darauf ausgewirkt, wie Migration insgesamt untersucht und erzählt wird. Die Übergänge von der Emigrations-Immigrations-Dichotomie zur Migration, vom Kollektiv zum Individuum, vom Nationalen zum Transnationalen usw. sind beispielhaft für den Wandel, den die zeithistorische Erforschung von Migration in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat und deren jüngste Ergebnisse die oben skizzierten Wendungen sind.

Die wirklich große Herausforderung besteht für die Zeitgeschichte meiner Meinung nach deshalb eher darin, das eigene Tun, vor allem aber den Beitrag, den dieses Tun zur Konstruktion von Migration leistet, mehr als bisher in ihren Erkenntnisprozess einzubeziehen, zumal, wenn man mit der Historikerin Barbara Lüthi davon ausgeht, dass akademische Akteur:innen Schlüsselfiguren waren „in shaping the migration regime by producing knowledge about migration and migrants“.⁴⁰ Diese Reflexion sollte, so meine ich, nicht erst bei der kritischen Beschäftigung mit dem vorgefundenen „historischen Material“ ansetzen, wie von Reinecke und Löhr gefordert. Vielmehr sollte sie bereits – und dieser Vorschlag knüpft an das an, was ich zuvor über die Produktion, Sammlung und Aufbewahrung von Zeugnissen über Migration erwähnt habe – mit den Traditionen, Kontexten und Kriterien des Sammelns und Nichtsammelns, des Aufbewahrens und Nichtaufbewahrens, des Zugänglichmachens und Geheim- oder zumindest Zurückhaltens historischer Spuren beginnen, was letztlich die Kooperation mit Archiven und anderen Speicherorten erforderlich machen würde. Die Berücksichtigung dieser Aspekte könnte zudem neue Fragen generieren und Untersuchungsgegenstände erschließen. Beispielsweise könnten Überlieferungsdefizite – statt bemängelt – zum Untersuchungsgegenstand gemacht werden.

Welche Erkenntnisse eine solche Analyse bietet, macht Riley Linebaugh in einer Studie deutlich, in der sie nachzeichnet, wie die britische Regierung nicht nur eine undokumentierte Bevölkerung, sondern auch eine undokumentierte Vergangenheit durch die vorsätzliche Zerstörung von Dokumenten im Kontext der Dekolonisation produzierte: ein erstes Mal 1961, als sich das *British Empire* auf die Unabhängigkeit Kenias vorbereitete, und ein zweites

In: Anne Friedrichs (Hrsg.), *Migration, Mobilität und Sesshaftigkeit. Geschichte und Gesellschaft*, 44 (2018), H. 2, S. 223–249.

40 Siehe Barbara Lüthi, *Migration and Migration History*, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 06.07.2018, S. 12, http://docupedia.de/zg/Luethi_migration_v2_en_2018 [12.11.2023].



Namensgeberin für eine Migrant:innengeneration – die HMT Empire Windrush.
GL Archive / Alamy Stock

Mal im Jahr 2010, als das britische Innenministerium die Vernichtung bestimmter einwanderungsbezogener Dokumente anordnete. Während 1961 die Einbürgerungsanträge von Nichtafrikaner:innen vernichtet wurden, waren es 2010 die *landing cards* von Menschen aus der Karibik, die ihre Ankunft in Großbritannien in den 1950er- bis 1970er-Jahren dokumentierten. Im Jahr 2018 führte Letzteres zu einem politischen Skandal, der in Anlehnung an das Schiff *Empire Windrush*, das als eines der ersten nach der Verabschiedung des *British Nationality Act* von 1948 Menschen aus der Karibik nach Großbritannien brachte, als *Windrush*-Skandal bezeichnet wird.⁴¹

Die Einbeziehung des eigenen Tuns und dessen Beitrag zur Konstruktion von Migration sollte sich darüber hinaus – so mein zweiter Vorschlag – auf den Kontext und die Bedingungen der eigenen Arbeit in Zeit und Raum, deren normative Vorannahmen sowie die Herkunft der darin verwendeten Methoden und Konzepte erstrecken. Denn zum einen stammen viele der theoretischen, methodischen und terminologischen Grundlagen der zeit-historischen Erforschung von Migration aus der Geschichtsforschung oder anderen Wissenschaften in Europa oder den Vereinigten Staaten. Die Konzeption und Analyse von Migration in der Zeitgeschichte ist daher nach wie vor tief in Denktraditionen der *westlichen* Welt verwurzelt. Zum anderen erfolgt die zeithistorische Erforschung von Migra-

⁴¹ Riley Linebaugh, *Un-Documenting Migration. Record Destruction in the British Commonwealth after Empire*, in: Bettina Severin-Barboutie (Hrsg.), *Guerre et déplacements de population en Europe depuis le XIXe siècle* (im Erscheinen).

tion im Kontext gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen über Migration, in denen sich der Kampf zeitgenössischer Gesellschaften um eine angemessene Repräsentation vergangener und gegenwärtiger Migration als eine besondere Form menschlicher Mobilität spiegelt. Dieser Kampf ist am deutlichsten in Gesellschaften zu beobachten, die im 20. Jahrhundert eine intensive Einwanderung erlebten und noch heute mit deren Auswirkungen ringen. Als Mitglieder dieser Gesellschaften sind Zeithistoriker:innen zwangsläufig in diese Auseinandersetzungen und damit verbundene Normen und Überzeugungen verstrickt. Darin unterscheiden sie sich in nichts von Wissenschaftler:innen, die sich mit Themen beschäftigen, die gesellschaftlich und politisch ebenso umkämpft sind, etwa mit sozialer Ungleichheit.⁴² Wo Zeithistoriker:innen durch ihre Arbeit gesellschaftliche Repräsentation und Anerkennung von Migration durchsetzen wollen, greifen sie sogar aktiv in laufende Auseinandersetzungen ein. In diesem Fall kann ihre Haltung durchaus als *politisch* charakterisiert werden. Als solche begleitet, ergänzt und interagiert sie mit der Darstellung von Migration außerhalb der Wissenschaft.

„Postmigrantische Perspektiven“⁴³

In einem 2015 veröffentlichten, mit „Postmigrantische Perspektiven“ überschriebenen Aufsatz macht sich der Migrationsforscher Erol Yildiz für die Neuerzählung der Migrationsgeschichte der sogenannten Gastarbeiter stark. Er fordert dazu auf, diese Geschichte „postmigrantisch“, das heißt aus der Perspektive und Erfahrung von Migration zu erzählen und dabei zugleich marginalisierte Wissensformen sichtbar zu machen. Migration werde dadurch, so Yildiz, radikal neu gedacht und als eine gesellschaftsbewegende und gesellschaftsbildende Kraft verstanden.⁴⁴ Mit „postmigrantisch“ verwendet Yildiz einen dem „Postkolonialen“ verwandten Begriff, der erstmals 1995 in einem von Gerd Baumann und Thijl Sunier herausgegebenen englischsprachigen Sammelband auftauchte.⁴⁵ In Deutschland wurde er von der Berliner Theaterintendantin Şermin Langhoff eingeführt, die ihrem Theater Ballhaus Naunynstraße 2008 den Namen „Postmigrantische

42 Eva Barlösius, *Kämpfe um soziale Ungleichheit, Machttheoretische Perspektiven*, Wiesbaden 2004, S. 9 f.

43 Zitiert nach Erol Yildiz, *Postmigrantische Perspektiven. Aufbruch in eine neue Geschichtlichkeit*, in: ders./Hill, *Migration*, S. 19–36.

44 Ebd.

45 Ebd., S. 19, Anm. 1.

46 Siehe das Interview mit Shermin Langhoff, *Die Herkunft spielt keine Rolle – „Postmigrantisches“ Theater im Ballhaus Naunynstraße*, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Kulturelle Bildung*, 10.3.2011, <https://www.bpb.de/lernen/kulturelle-bildung/60135/die-herkunft-spielt-keine-rolle-postmigrantisches-theater-im-ballhaus-naunynstrasse/> [12.11.2023].

ches Theater“ gab.⁴⁶ Von dort diffundierte er in andere Kultur- und Gesellschaftsbereiche. Inzwischen hat er auch die deutschsprachige Wissenschaft erreicht, wobei er bislang vor allem in der kultur- und sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung rezipiert wird.⁴⁷

Im „Inventar der Migrationsbegriffe“, das als Nachschlagewerk zentraler (deutschsprachiger) Begriffe aktueller und historischer Debatten über Migration gedacht ist, erklärt Yildiz genauer, was er unter „postmigrantisch“ versteht, nämlich die „kritische Auseinandersetzung mit hegemonialer Wissensproduktion, eine Revision dessen, was erzählt und was weggelassen“ werde. „Die Idee des Postmigrantischen“ sei „visionär, weil sie an der Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse“ festhalte, „weil sie die Stimme der Migration“ präsentiere, „marginalisierte Geschichten und Wissensformen sichtbar“ mache. „Diese Perspektive“ lenke „den Blick auf das Verdrängte, das Ausgesparte“, erweitere „das Blickfeld“, setze neue Akzente und eröffne neue Wahrnehmungshorizonte.⁴⁸

In der Forschung ist der Begriff „postmigrantisch“ freilich nicht umstritten. Die Anthropologin Janina Kehr beispielsweise bezweifelt, dass das Konzept des Postmigrantischen Erkenntnispotenzial für längerfristige Prozesse besitze, und hält es für eine offene Frage, inwiefern es „eine Möglichkeit bietet, mit der migrantischen Moderne und ihren zeitlichen, konzeptuellen und politischen Spannungen umzugehen“.⁴⁹

Demgegenüber macht sich der Migrationshistoriker Kihan Espahangizi für die Verwendung des Konzepts stark. Das Postmigrantische sei ein Bastard, entgegen Kehr, und darin liege seine Stärke. Als solcher leiste es wichtige Arbeit. Es helfe zu verstehen, es fordere heraus, ermächtige, vernetze, organisiere, es schaffe neue Debattenräume. Nicht die akademische Begriffsanalyse, sondern die Soziologie des Wortgebrauchs solle daher der Bewertungsmaßstab für den Begriff sein, so Espahangizi.⁵⁰

Ein Ausweg aus dieser Kontroverse und zugleich eine neue Perspektive könnte sein – und hier nun kommt die Zeitgeschichte ins Spiel –, statt der Diskussion über das Für und Wider oder auch der schlichten Übernahme des Begriffs in die eigene Arbeit das Postmigrantische zunächst zum Ausgangspunkt einer zeithistorischen Auseinandersetzung

47 Siehe zur Einführung die empfohlenen Veröffentlichungen in folgendem Beitrag: Erol Yildiz, Postmigrantisch, in: Inken Bartels u. a. (Hrsg.), Inventar der Migrationsbegriffe, 20.01.2022, www.migrationsbegriffe.de/postmigrantisch [25.11.2023].

48 Ebd.

49 Janina Kehr, Sind wir je postmigrantisch gewesen? Eine Aufforderung zur Debatte, 12. Mai 2016, <https://geschichtedergegenwart.ch/sind-wir-je-postmigrantisch-gewesen/> [12.11.2023].

50 Kihan Espahangizi, Das #Postmigrantische ist kein Kind der Akademie, 12. Juni 2016, <https://geschichtedergegenwart.ch/das-postmigrantische-kein-kind-der-akademie/> [12.11.2023].

nicht nur mit dem Konzept selbst, sondern ebenfalls mit all den anderen konzeptionellen Ansätzen zu machen, die in den gegenwartsorientierten Nachbarwissenschaften insbesondere in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren in Reaktion auf Probleme und Konflikte in Zusammenhang mit Migration entwickelt und in der Zeitgeschichte mitunter rezipiert wurden. Eine solche Auseinandersetzung würde diese in kurzen Abständen entwickelten Neuansätze nicht nur verorten, sondern ebenfalls den Forschungen zuarbeiten, die seit einigen Jahren nach der Produktion von Wissen über Migration fragen.⁵¹ Ergänzend dazu wäre sicherlich ein Blick in bereits vorhandene zeithistorische Arbeiten lohnenswert, denn er würde deutlich machen, dass das, was als „postmigrantisch“ bezeichnet wird, in der Zeitgeschichte mitunter bereits gemacht wird, wenn auch nicht unter dieser Flagge und auch nicht in einer solchen Programmatik. Anders gewendet ist die Zeitgeschichte, so meine ich zumindest, weiter, als es in der programmatischen Forderung nach einer neuen Geschichtlichkeit scheinen mag. Das heißt nicht, dass sie das Postmigrantische über Bord werfen sollte. Ganz im Gegenteil. Doch täte sie gut daran, das Konzept nicht umstandslos zu übernehmen, sondern zunächst auf seine Entstehung sowie sein Erkenntnispotenzial hin zu befragen. Damit würde sie zugleich das umsetzen, was sowohl Kehr als auch Espahangizi anregen: Sie würde neue Debattenräume eröffnen.

Prof. Dr. Bettina Severin-Barboutie ist
Professorin für Histoire contemporaine an
der Université Clermont Auvergne.

⁵¹ Siehe etwa die Arbeiten der Forschergruppe „The Production of Knowledge on Migration“; ferner folgendes Buch: Kijan Espahangizi, *Der Migration-Integration-Komplex. Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungsland, 1960–2010*, Konstanz 2022.

Open City Hamburg? Migrationsgeschichte(n) als Citizen Science

■ 2011 veröffentlichte Teju Cole, US-amerikanisch-nigerianischer Kunsthistoriker, Autor und Fotograf, seinen Roman „Open City“.¹ Auf den ersten Blick ist die Geschichte schnell erzählt: Der Protagonist Julius – Anfang dreißig, aufgewachsen in Lagos als Kind einer deutschen Mutter und eines nigerianischen Vaters und mit 17 Jahren in die USA eingewandert, Psychiater, Musik-, Literatur- und Kunstliebhaber – begibt sich 2006/2007 von seiner Wohnung in den Morningside Heights aus auf abendliche Spaziergänge durch Manhattan. Cole lässt Julius in der Ich-Perspektive rückblickend von flüchtigen Begegnungen, Überlegungen und Beobachtungen in bildhafter Sprache erzählen. Zeitlich bewegt sich der Roman auf drei Ebenen: Julius’ Gegenwart, seinen Erinnerungen sowie der kolonialen Geschichte New Yorks. Dichte Beschreibungen, vielseitige Bezüge und scheinbare Gegensätze verweben die einzelnen Episoden zu einem ebenso komplexen wie facettenreichen Mosaik. Entsprechend gelobt und vielfach ausgezeichnet wurde der Roman dies- und jenseits des Atlantiks.² Er fand nicht nur in Feuilletons oder Preisgremien großen Anklang, sondern wurde auch von Politiker:innen rezipiert. So hielt etwa Olaf Scholz im März 2014 als Erster Bürgermeister Hamburgs im Thalia-Theater eine Rede über seine Vorstellungen einer Migrationspoli-

¹ Die deutsche Ausgabe, aus der im Folgenden zitiert wird, erschien erstmals 2013: Teju Cole, *Open City*, Berlin 2016.

² Rezensionen sind in nahezu allen wichtigen Medien zu finden, z. B. Hans von Trotha, *Die Stadt im Spiegel des Spaziergängers*, in: *Deutschlandfunk Kultur*, 5.10.2012, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-stadt-im-spiegel-des-spaziergaengers-100.html> [5.7.2023].

tik, die vor allem die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte ermöglichen und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes Hamburg beitragen sollte. Er verwies auf dessen Selbstverständnis als weltoffene und weltgewandte Stadt, die seit jeher von Zu- und Wegzug geprägt sei. Dabei diente ihm Coles „Open City“ als rhetorischer Bezugspunkt.³ In dem Roman werde, so Scholz, „das Lebensgefühl vieler kosmopolitischer Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, die oft in vielen Teilen der Welt wurzeln“ beschrieben, was ihn zum Schluss kommen lässt: „Ähnliche Geschichten könnten auch in Hamburg erzählt werden“.⁴ „Open City“ weist in seiner Interpretation auf die scheinbare Zugänglichkeit der Stadt und die Offenheit der Bewohner:innen hin. Dass Coles Roman komplexer und ambivalenter ist, hat die mittlerweile umfassende literaturwissenschaftliche Forschung dazu herausgearbeitet.⁵ Betrachtet durch eine postkoloniale Brille zeigen sich Widersprüche und Brüche, die Julius weniger als kosmopolitischen Flaneur denn als einsamen, ruhelosen Suchenden in einer Stadt zeigen, die ihr koloniales Erbe vergisst. So gelesen konterkariert der Roman Kosmopolitismus als positiv konnotiertes Ideal und leuchtet vielmehr seine Schattenseiten aus.⁶

Auch wenn – oder gerade weil – politische Rede und literaturwissenschaftliche Analyse *Open City* unterschiedlich verstehen, liefert dieser vielschichtige Begriff den passenden Titel für das von Dezember 2022 bis November 2023 durchgeführte Oral-History-Projekt „Open City Hamburg?“. Konzipiert als Citizen Science in der Werkstatt der Erinnerung, dem Interviewarchiv an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), will es Migration in der Stadt erzählen lassen und die so entstehenden Erzählungen sichtbar machen.⁷ Oral-History-Interviews zeichnen sich durch Komplexität, Widersprüchlichkeit und Mehrdimensionalität aus, durch das Vorhandensein verschiedener Zeitebenen und dadurch, dass Individuelles und Kollektives in Ver-

3 Olaf Scholz, „Hamburg, Europa und die Grenzen“. Grundsatzrede im Thalia-Theater, 19.3.2014, https://handel-hamburg.verdi.de/++file++533ebc0faa698e164200039c/download/140319_Olaf-Scholz-Grundsatzrede.pdf [5.7.2023], auch online zu sehen: https://www.youtube.com/watch?v=afTJJ8-3LEE&ab_channel=ThaliaTheater [5.7.2023]. Zeitgleich protestierten etwa 300 Personen, die über Libyen aus ihren Herkunftsländern geflüchtet waren und forderten ein Aufenthaltsrecht. Vgl. dazu Birgit Niess, *Lampedusa in Hamburg. Wie ein Protest die Stadt bewegte. Eine Ethnographie*, Göttingen 2018, S. 118 f.

4 Scholz, Grundsatzrede, S. 1 f.

5 Zuletzt Paula von Gleich, *The “fugitive notes” of Teju Cole’s Open City*, in: *Atlantic Studies* 19 (2022), H. 2, S. 334–351.

6 Vgl. bspw. Emily Johansen, *History in Place. Territorialized Cosmopolitanism in Teju Cole’s Open City*, in: *Disapora. A Journal of Transnational Studies* 20 (2011), H. 1, S. 20–39; Sandra Narloch, *Zwischen Weltbürgertum und neuem Kosmopolitismus. Verhandlungen übernationaler Gemeinschaft und Zugehörigkeit in der Exilliteratur*, Berlin 2022, S. 23–56.

7 Das Projekt wurde gefördert von der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFGB) im Rahmen der Landesinnovationsförderung „Science for Society“.



Veranstaltung zum Projektabschluss am 15. November 2023.

Foto: Kirsten Heinsohn

bindung gesetzt wird. In lebensgeschichtlichen Erzählungen deuten Menschen ihre (Migrations-)Erfahrungen im Hinblick auf die sie umgebenden Strukturen, artikulieren Meinungen und konstruieren Selbst-, Welt- und Vergangenheitsbilder.⁸ Migrationen werden darin als biografisch und historisch spezifische Prozesse erkennbar, die nicht in einfachen Erklärungsmodellen aufgehen. Migrationshistoriker:innen fordern daher seit Jahren, dass Erinnerungen und Erfahrungen von Migrierten in die Analyse von Migrationsbewegungen, die lange Zeit lediglich als ökonomisch-politische Prozesse verstanden und auf einer strukturellen Ebene unter dem Primat des Nationalen untersucht worden waren, einbezogen werden sollten.⁹ Um subjektive Sichtweisen von Migrierenden, deren *Agency* und Eigensinn, erfassen zu können, fehlt es jedoch vielfach an Quellen, die darüber Auskunft geben. Hier setzte das Projekt „Open City Hamburg?“ an. Ziel war es, bisher nicht gehörte (Lebens-)Geschichten von Hamburger:innen zu sammeln, die persönliche oder familiäre Migrationserfahrungen haben, um damit Grundlagen für tiefergehende Forschungen zu legen. Im Oral-History-Archiv Werkstatt der Erinnerung, das 1989 als mündliches Gedächtnis der Stadt konzipiert wurde, ist nicht nur

⁸ Andrea Althaus/Linde Apel, Oral History, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 28.3.2023, http://docupedia.de/zg/Althaus_apel_oral_history_v1_de_2023 [5.7.2023].

⁹ Zuletzt: Barbara Lüthi, Was kommt nach dem „transnational turn“? Migration Studies und Migrationsgeschichte in der Zeitgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), H. 1, S. 8–17, bes. S. 15 f.

die inhaltliche und methodische Kompetenz für diese Art von Forschung, sondern auch die entsprechende Infrastruktur für eine professionelle Langzeitarchivierung und eine nachhaltige Zugänglichkeit verfügbar. Das Projekt wurde vom kürzlich abgeschlossenen partizipativen Vorhaben „IDEA. Inklusives Digitales Erinnerungsarchiv. Migrantinengeschichte als Teilhabe“ inspiriert, in dem Migrantinnen andere Migrantinnen interviewten.¹⁰ Wir luden Vertreter:innen von Migrant:innenorganisationen sowie Einzelpersonen mit Migrationsbezug dazu ein, sich interviewen zu lassen und selber in ihrem Umfeld Interviews durchzuführen oder anzuregen. Dazu rüsteten wir sie mit dem nötigen methodischen Know-how aus und begleiteten den Prozess. So viel vorweg: Das Projekt traf auf große Resonanz. Insgesamt entstanden 19 mehrstündige Interviews.¹¹ Um die Ergebnisse unmittelbar sichtbar zu machen, wurden Auszüge aus den Interviews zum Projektabschluss auf der Webseite der FZH präsentiert und mit den Interviewten auf einer öffentlichen Veranstaltung bekannt gemacht.¹²

Über Migration in der Stadt sprechen und schreiben

In Hamburg waren und sind Migrationen allgegenwärtig.¹³ Die damit einhergehende Diversität spiegelt sich nicht nur in allen Bereichen des städtischen Alltags wider, sondern ist – vor allem in Hamburg – zugleich ein Kernelement des Stadtmarketings, das nach wie vor das Bild des „Tors zur Welt“ pflegt.¹⁴ Die Normalität der Migration wirkt wiederum auf Geschichtsschreiber:innen in Hamburg und anderswo zurück. Grundsätzlich hat die geschichtswissenschaftlich arbeitende Migrationsforschung seit der Jahrtausendwende und insbesondere seit

10 Das Projekt IDEA wurde vom BMBF gefördert und von 2019 bis 2022 an der Katholischen Hochschule Freiburg und der Technischen Hochschule Furtwangen in Kooperation mit der Feministischen Geschichtswerkstatt Freiburg e. V. durchgeführt: <https://heridea.de/> [5.7.2023]. Die ehemaligen Mitarbeiterinnen Myriam Alvarez und Birgit Heidtke sowie David Templin (Institut für Migrationsforschungen und Interkulturelle Studien, Osnabrück) haben das Projekt „Open City Hamburg?“ beraten.

11 Im gleichen Zeitraum entstanden weitere Interviews mit Menschen mit Migrationsbezug im Hauptseminar „Zeitgeschichte als ‚Problemgeschichte der Gegenwart‘? Hamburg als Migrationsort in Geschichte und (mündlicher) Erinnerung“ an der Universität Hamburg. Für das Projekt „24/02/22, 5am: Testimonies from the War“ des Center for Urban History in Lviv interviewten Natalia Otrishchenko und Maria Gryshchenko ukrainische Geflüchtete in Hamburg, die ebenfalls in der Werkstatt der Erinnerung archiviert werden.

12 <https://zeitgeschichte-hamburg.de/open-city-hamburg.html> [5.7.2023].

13 Exemplarisch sei an dieser Stelle verwiesen auf Angelika Eder (Hrsg.), „Wir sind auch da!“ Über das Leben von und mit Migranten in europäischen Großstädten, München/Hamburg 2003; Nele M. Fahrenbrück / Johanna Meyer-Lenz (Hrsg.), Fluchtpunkt Hamburg. Zur Geschichte von Flucht und Migration in Hamburg von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Bielefeld 2018.

14 Lars Amenda / Sonja Grünen, „Tor zur Welt“. Hamburg-Bilder und Hamburg-Werbung im 20. Jahrhundert, München/Hamburg 2008.

2015/2016 einen bemerkenswerten quantitativen und qualitativen Schub erfahren. Migration wird nicht mehr nur als Aus- und Einwanderung gedacht, vielmehr geraten verschiedenste Wanderungsformen in den Blick, die sich mitunter überlagern. Dazu zählen beispielsweise Remigrationen und Weiterwanderungen ebenso wie saisonale Migration, berufliche Mobilität und Pendelbewegungen. Daraus ergeben sich neue Fragestellungen und methodische Impulse, die wiederum auf die Begrifflichkeiten zurückwirken.¹⁵ Am deutlichsten werden diese Verschiebungen im Begriff „Migration“ selbst, der längst nicht mehr nur permanente Immigrationen oder Emigrationen über Landesgrenzen erfasst, sondern als multidirektionale räumliche Mobilität gedacht wird.¹⁶ Jochen Oltmer versteht unter Migration „jene Formen regionaler Mobilität, die weitreichende Konsequenzen für Lebensverläufe der Wandernden haben und aus denen sozialer Wandel resultiert“, wofür weder Ziele noch Dauer ausschlaggebend sind.¹⁷

Dass der definitorische Maßstab sich nicht mehr allein auf staatliche Grenzen oder arbeitsmarktliche Strukturen bezieht, sondern Lebensverläufe ins Zentrum stellt, erlaubt und erfordert es, den Fokus auf die Biografien der Migrierenden zu legen. (Feministische) Biografieforscherinnen wie Bettina Dausien haben schon vor über 20 Jahren darauf hingewiesen, dass Migrationen nicht nur im geografischen Raum stattfinden, sondern auch Bewegungen im lebenszeitlichen Sinn sind. Biografische Hintergründe sind ausschlaggebend für Migrationsentscheidungen und -verläufe; zugleich prägen das *Erfahren* von Migration, der Ortswechsel, das Überschreiten kultureller und sozialer Grenzen sowie das Leben als Migrant:in biografische Perspektiven und verändern lebensweltliche Deutungen.¹⁸ Die Komplexität beginnt bereits beim Begriff „Migrant:in“ selbst, der Fremdzuschreibung, Selbstwahrnehmung oder eine Mischung aus beidem sein kann. Je nach eigenen Erfahrungen und gesellschaftlichen Stimmungen resultieren daraus positive und/oder negative Konnotationen, die sich im zeitlichen Verlauf wandeln können und stets auf verschiedenen

15 Siehe rückblickend für die Geschichtswissenschaft: Sylvia Hahn, *Historische Migrationsforschung*, Frankfurt a. M. / New York 2012, S. 61–70; ausblickend: Lüthi, Was kommt. Zu Konzepten und Begriffen siehe Maren Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58 (2018), S. 305–330.

16 Klaus J. Bade u. a., *Die Enzyklopädie. Idee – Konzept – Realisierung*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn u. a. 2007, S. 19–27, hier S. 19.

17 Jochen Oltmer, *Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart*, Bonn 2020, S. 20–22, hier S. 20.

18 Vgl. Bettina Dausien, *Migration, Biographie, Geschlecht. Zur Einführung in einen mehrwertigen Zusammenhang*, in: dies u. a. (Hrsg.), *Migrationsgeschichten von Frauen. Beiträge und Perspektiven aus der Biographieforschung*, Bremen 2000, S. 9–24.



Projektflyer. Grafik: Monika Sigmund

Ebenen mitzudenken sind: in der erzählten Zeit, der Erzählzeit und der Zeit der analytischen Betrachtung im Archiv. Die im Projekt „Open City Hamburg?“ entstandenen mündlichen Quellen ermöglichen es gegenwärtig und zukünftig, genau solche sprachlichen Nuancen, die in ihren Wirkungen prägend sind, herauszuarbeiten.

In Anlehnung an neuere Ansätze in der historischen Migrationsforschung ging es auch darum, die Vielschichtigkeit von menschlichen Wanderungen als nicht normative Gegenfolie zu Sesshaftigkeit herauszustellen.¹⁹ Damit verbunden ist die Abkehr von nationalen Perspektiven auf den Untersuchungsraum (gedacht in nationalstaatlichen Grenzen) und den Untersuchungsgegenstand (in national kategorisierten Gruppen). Statt die Geschichte einer – häufig als homogene Gruppe imaginierte – migrantischen Community oder einer spezifischen Migrationsbewegung in den Blick zu nehmen, gingen wir vom städtischen Raum aus. Basierend auf Überlegungen von Maria Alexopoulou folgte das Interviewprojekt einem mikrohistorischen Ansatz, der Migrationen im Lokalen verortet, um den Blick weg

¹⁹ Kijan Espahangizi, Migration, in: Inken Bartels u. a. (Hrsg.), Umkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar, Bielefeld 2023, S. 207–221; siehe außerdem: Isabella Lühr / Christiane Reinecke, Not a Given Object. What Historians can learn from the Reflexive Turn in Migration Studies, in: Migrant Knowledge, 27.10.2020, <https://migrantknowledge.org/2020/10/27/not-a-given-object/> [5.7.2023].

von politischen Rahmen und der Umgebungsgesellschaft hin auf konkrete Orte und migrierte Personen zu lenken.²⁰ Migrant:innen erscheinen darin als aktiv Handelnde in grenzüberschreitenden Kontexten zwischen Globalem und Lokalem.²¹ Die Stadt oder das Dorf ist für sie Lebenswelt und der Ort, an dem ihnen staatliche Regelungen begegnen.²²

Historische Migrationen ko-kreativ erforschen

Obwohl Hamburg eine stark migrantisch geprägte Metropole ist, finden sich in Archiven nach wie vor wenige Materialien von (und nicht über) Personen mit Migrationserfahrung. Daher gibt es seit längerem Bestrebungen, die Sammlungen der Werkstatt der Erinnerung gezielt um Einwanderungsgeschichten zu erweitern.²³ Wie ihr Online-Dossier „Migration und Mobilität“²⁴ verdeutlicht, sind dort bereits zahlreiche Geschichten von Hamburger:innen zu finden, die vom Vertriebenwerden, vom Zurückkehren und vom Wiederbeheimaten erzählen. Da die Interviews in Projekten erhoben wurden, die ein anderes Erkenntnisinteresse verfolgten und beispielsweise auf Verfolgungserfahrungen im Nationalsozialismus fokussierten, steht das Thema Migration zwar nicht im Zentrum, eine aufschlussreiche Sekundäranalyse ist aber dennoch möglich.²⁵ Das Projekt „Open City Hamburg?“ löste den Anspruch, gezielt Hamburger Migrationserzählungen zu sammeln, erstmals in größerem Umfang ein. „Migrantisch“ sollte dabei nicht ausschließlich als Differenzkategorie fungieren, sondern im Kontext von Selbstverständigung und Abgrenzung auf der Basis von biografisch-narrativen Interviews problematisiert werden.²⁶ Mit Erzählungen über das Nach-Hamburg-Kommen und In-Hamburg-Sein, die nicht

20 Maria Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 463–484, hier S. 475–484.

21 Damir Skenderovic, Vom Gegenstand zum Akteur. Perspektivenwechsel in der Migrationsgeschichte der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 65 (2015), H. 1, S. 1–14, hier S. 2, 7–12.

22 Siehe dazu den programmatischen Aufsatz von Erol Yildiz, Stadt ist Migration, in: Malte Bergmann / Bastian Lange (Hrsg.), Eigensinnige Geographien. Städtische Raumanweisungen als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe, Wiesbaden 2011, S. 71–80; Bettina Severin-Barboutie, Staging Immigration History as Urban History, in: Jason P. Coy / Jared Poley / Alexander Schunka (Hrsg.), Migrations in the German Lands, 1500–2000, New York / Oxford 2016, S. 227–246.

23 In einigen Museen, Archiven und Gedenkstätten werden bereits Interviews geführt und neben der behördlichen Überlieferung persönliche Dokumente der Migrant:innen gesammelt. Dazu zählt vor allem das Kölner Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD), daneben etwa auch das Münchner Stadtarchiv und -museum. Vgl. dazu: Philip Zölls, Migration bewegt die Stadt – und das Archiv!, in: Stadtgeschichten, 9.2.2023, <https://stadthist.hypotheses.org/1976> [5.7.2023]. Jüngst begann das Projekt „Einwanderungsarchiv im Stadtarchiv“ in Hannover, <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Bildung/Bibliothek-Archiv/Stadtarchiv-Hannover/>

auf Gruppenzuschreibungen oder Stereotypen basieren, sondern unterschiedlichste Facetten, subjektive Erfahrungen und komplexe Lebenswege ernst nehmen, wird ein weiteres Quellenfundament über Migrationserfahrungen in der Werkstatt der Erinnerung geschaffen.

In diesem Citizen-Science-Projekt konnte jede:r mitmachen, der oder die über einen Migrationsbezug verfügt und in oder um Hamburg lebt.²⁷ Der Wunsch, sich zu beteiligen, war die Voraussetzung für die individuelle Teilnahme und für das Gelingen des Vorhabens. Ähnlich wie in anderen Oral-History-Projekten – und verstärkt durch den Citizen-Science-Ansatz – erfolgte der Zugang zu den Interviewpartner:innen zum einen über offizielle Anfragen an migrantische Selbstorganisationen,²⁸ zum anderen über persönliche Kontakte und im weiteren Verlauf nach dem „Schneeballsystem“. Dabei erwies sich die kurze Laufzeit als problematisch, da für den Aufbau von Kontakten und für die notwendige Entwicklung von Vertrauen viel Zeit nötig war. Das war umso bedauerlicher, als das Projekt ein großes Echo hervorrief und schnell eine inspirierende Eigen-dynamik entwickelte, die zu spannenden Interviews und bei Interviewten zu Ideen für Folgeprojekte führte. Darüber hinaus entstand damit in der FZH ein Raum für Begegnungen unterschiedlichster Hamburger:innen, die sonst wohl nicht miteinander ins Gespräch gekommen wären.

Wer waren die Personen, die sich von unserem Konzept angesprochen fühlten und ein Teil davon sein wollten? Ein gemeinsames Merkmal bestand darin, dass sie oder ihre Eltern zwischen 1970 und 2022 nach Hamburg gekommen und für längere Zeit oder dauerhaft geblieben sind. Die Herkunfts- oder Bezugsländer der Befragten waren indes sehr unterschiedlich: Sie reichten von Lateinamerika und den USA über West- und Osteuropa und den Nahen

Veranstaltungen-und-Projekte/
Einwanderungsarchiv-im-Stadtarchiv
[5.7.2023].

24 https://zeitgeschichte-hamburg.de/WDE_migration-und-mobilitaet.html [5.7.2023].

25 Andrea Althaus, Migration und Mobilität. Neue Fragen an alte Interviews, in: *Zeitgeschichte in Hamburg 2016* (2017), S. 105–110; zur Sekundäranalyse von Oral-History-Interviews siehe Linde Apel, *Oral History reloaded. Zur Zweitauswertung von mündlichen Quellen*, in: *Westfälische Forschungen. Zeitschrift des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte* 65 (2015), S. 243–254.

26 Siehe dazu Janine Dahinden, *A Plea for the “De-migrantization” of Research on Migration and Integration*, in: *Ethnic and racial studies* 39 (2016), S. 2207–2225.

27 Zum Citizen-Science-Ansatz in den Geschichtswissenschaften vgl. Cord Arendes, *Historiker als „Mittler zwischen den Welten“? Produktion, Vermittlung und Rezeption historischen Wissens im Zeichen von Citizen Science und Open Science*, in: *Heidelberger Jahrbücher online* 2 (2017), S. 19–58, hier S. 22 f.; Elfi Vomberg, *Mythenbeschleuniger Oral History. Die Medienkulturgeschichte Düsseldorfs als Citizen-Science-Projekt*, in: René Smolarski / Hendrikje Carius / Martin Prell (Hrsg.), *Citizen Science in den Geisteswissenschaften. Methodische Perspektive oder perspektivlose Methode?*, Göttingen 2023, S. 187–203.

28 Vielen Dank an dieser Stelle an Yuliya Grechukhina von der Bürgerstiftung Hamburg.



Workshop im März 2023. Foto: Andrea Althaus

Osten bis nach Indonesien. Die Mehrheit der Interviewten hatte einen akademischen Hintergrund und/oder war gesellschaftlich engagiert. Außerdem beteiligten sich mehr Frauen als Männer. Die involvierten Personen waren durchschnittlich 49 Jahre alt, wobei die Jüngste 20, die Älteste 89 Jahre alt war.²⁹ Ihre Motivation für die Teilnahme reichte von inhaltlichem Interesse über den Wunsch, einen Beitrag zu einem gesellschaftlich relevanten Projekt zu leisten und Zeugnis abzulegen, bis hin zu Vorbereitungen für eine schriftliche Autobiografie. Ob und wie sie sich in das Projekt einbrachten, blieb ihnen überlassen. Konzipiert war ein Einbezug in allen Stufen des Forschungsprozesses, sei es als Interviewpartner:in, Multiplikator:in und/oder Interviewer:in, um selbst Interviews im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis, gegebenenfalls in einer anderen Sprache, anzuregen oder zu führen. Angesichts einer kurzen Laufzeit und geringer Zeitkapazitäten der mehrheitlich berufstätigen bzw. in der Ausbildung befindlichen beteiligten Citizen Scientists waren ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und ihr Einsatz beeindruckend. Fast alle Interessierten, auch die, die dem Vorhaben anfangs skeptisch gegenüberstanden, ließen sich interviewen, vermittelten Kontakte zu weiteren potenziellen Interviewpartner:innen und nah-

29 Damit unterscheidet sich „Open City Hamburg?“ (abgesehen vom akademischen Bias) von anderen Citizen Science-Projekten, in denen in der Regel männliche Akademiker über 50 Jahre mitmachen, vgl. Aletta Bonn u. a. (Hrsg.), Weißbuch Citizen Science-Strategie 2030 für Deutschland, Leipzig 2022, S. 44, <https://doi.org/10.31235/osf.io/ew4uk> [5.12.2023].

men die Möglichkeit an, sich als Interviewende ausbilden zu lassen. Einige vollzogen sogar den im Projekt vorgesehenen anspruchsvollen Rollenwechsel und wurden als Interviewer:innen aktiv. Zwar wurden die meisten Interviews von Projektmitarbeiterinnen geführt, das Vorhaben profitierte dennoch enorm von der Beteiligung der Citizen Scientists, ihren Kenntnissen und Kontakten und von gemeinsam entwickelten Ideen, die in Workshops und virtuellen Werkstätten diskutiert wurden.

Auch die Gestaltung der Webseite, auf denen Auszüge aus den Interviews präsentiert werden, wurde von den Wissenschaftlerinnen in Kooperation mit den Interviewten umgesetzt. Damit stellten die Offenheit, die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme und die kritische Begleitung durch die Citizen Scientists die wesentlichen Faktoren für das Gelingen des Projekts dar. Dafür sei allen Beteiligten herzlich gedankt.

Zoom in: Hamburger Migrationserzählungen

Einblicke in die Ergebnisse des Projekts liefert die eigens dafür konzipierte Website. Dort sind Ausschnitte aus den lebensgeschichtlichen Interviews zu hören, die im Projekt geführt wurden und nun die Sammlung der Werkstatt der Erinnerung bereichern. Sie werfen Schlaglichter auf unterschiedlichste Facetten von vergangenen und gegenwärtigen Migrationen nach Hamburg. Die erzählten Geschichten sind ebenso vielfältig wie individuell. In der Summe ergeben sie ein vielstimmiges Mosaik, das Komplexitäten und Ambivalenzen aufzeigt, auf neue Aspekte hinweist und dazu einlädt, gängige zeitgenössische und teils auch historiografische Annahmen zu hinterfragen und andere Perspektiven auf Migrationsgeschichte zu entwickeln. Das soll hier an ausgewählten Beispielen hervorgehoben werden.

Alle Interviewpartner:innen bewerten ihre Migration (oder die ihrer Familie) als biografisch fundamental und existenziell. Dieser gingen verschiedenste Motive und (Lebens-)Wege voraus, die maßgeblich vom Alter, Ausgangsort, Geschlecht und von der Staatsangehörigkeit abhingen. Dies bedingte, wie sich ihr Ankommen in Hamburg gestaltete, wie ihnen begegnet wurde und wie sie in der Rückschau auf ihr Herkunfts- oder Bezugsland blickten. Insbesondere die Europäische Union mit der in ihrem Binnenraum geltenden Aufenthalts- und Reisefreiheit lässt die Grenzen zwischen Migration und Mobilität verschwimmen. Darauf weist Elena Petrova hin,

die 2007 aus Bulgarien für ein Studium nach Hamburg kam und zwischenzeitlich für anderthalb Jahre in Mexiko lebte: „Ich hab’s dir bei dem Treffen letztes Mal gesagt, dass ich mich wirklich als privilegierte Migrantin fühle. Mir ist bewusst, dass ich, dadurch, dass Bulgarien schon Mitglied der EU war, kaum Probleme mit den Papieren hatte. Dadurch, dass ich die Sprache gut konnte, konnte ich mich auch gut integrieren.“³⁰ Zugleich betont sie, dass für Unionsbürger:innen eine dauerhafte oder temporäre Rückkehr ebenso wie eine Weiterwanderung problemlos möglich ist. Dies thematisiert auch Martine Becker, die in Paris geboren wurde, ihre Kindheit und Jugend in Marokko verbrachte und seit 1970 in Hamburg lebt. Sie reist regelmäßig nach Frankreich und besitzt ausschließlich einen französischen Pass.³¹ Vor größeren praktischen Herausforderungen bei Reisen stand hingegen Edyta Stock-Glienke, als sie 1993 aus Polen zu ihrem späteren Ehemann nach Hamburg zog. Dies änderte sich mit dem EU-Beitritt des Landes 2004 und dem Wegfall der Grenzkontrollen.³²

Über die Möglichkeiten, die sich durch die innereuropäische Freizügigkeit ergeben, verfügen freilich nicht alle. Hinzu kommt, dass für viele eine Rückkehr nicht erstrebenswert oder gar unmöglich ist. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die vor Kriegen, Verfolgung und Repressionen fliehen mussten. In den Interviews spielt die Abgrenzung von Migration und Flucht eine große Rolle und wirkt unmittelbar auf die Erzählungen und (Begriffs-)Deutungen zurück. So bezeichnet sich Alina Harahata aus der Ukraine (noch) als Geflüchtete, hat aber – im Unterschied zu vielen anderen der Interviewten – einen positiven Migrationsbegriff. Den Terminus „Migrantin“ versteht sie nicht als negativ konnotierte Fremdbezeichnung, sondern als anzustrebenden Status, der persönliche Stärke ausdrückt: „I feel more like a refugee. Just because this situation forced me to come here. But, I think in the future, I will think that I’m more like a migrant. I hope that one day I can also call myself migrant. So for me it’s not a bad word.“³³ Tatsächlich sind die Trennlinien zwischen Flucht und (mehr oder weniger) freiwilligen Migrationen ohnehin fließend. Dies wird deutlich im Interview von Baran Soleimani, der aus einer oppositionellen Teheraner Familie kommt

30 Forschungsstelle für Zeitgeschichte / Werkstatt der Erinnerung (im folgenden FZH/WdE) 2106, Interview mit Elena Petrova (Aliasname) am 7.2.2023. Interviewerinnen: Andrea Althaus und Jana Matthies, 00:36:48 bis 00:38:31. Alle Interviews wurden für eine bessere Lesbarkeit sprachlich leicht bearbeitet, ohne den Inhalt zu verändern.

31 FZH/WdE 2114, Interview mit Martine Becker am 16.5.2023. Interviewerin: Jana Matthies, 01:34:47 bis 01:37:37.

32 FZH/WdE 2125, Interview mit Edyta Stock-Glienke (Aliasname) am 9.6.2023. Interviewerin: Jana Matthies, 01:18:07 bis 01:19:55.

33 FZH/WdE 2108, Interview mit Alina Harahata am 21.2.2023. Interviewerin: Jana Matthies, 02:00:43 bis 02:07:38.

und dort Polizeigewalt erlebt hat. Er entschied sich, Geisteswissenschaften in Deutschland zu studieren, und verließ den Iran 2018. Dazu sagt er selbst: „Ich bin zum Beispiel vor keiner Katastrophe geflüchtet. Das war bei mir eine bewusste und individuelle Entscheidung und so ist es auch bei vielen anderen Menschen, nicht nur aus dem Iran, sondern aus vielen anderen Ländern.“³⁴ Anhand eines letzten Beispiels, der Geschichte von Abdul Khaliq Khaliqi aus Afghanistan, soll veranschaulicht werden, wie lang und verschlungen Migrations-Wege sein können. Bei Protesten gegen die Rote Armee, die dort 1979 einmarschiert war, wurde er inhaftiert und in der Haft gefoltert. Seine Flucht aus Kabul begann 1980 nach seiner Freilassung, führte ihn nach Pakistan, dann in den Iran, zurück nach Pakistan und von dort nach Indien. Fünf Jahre später konnte er schließlich mit einem gefälschten Pass von Nepal nach Deutschland fliegen. Im Interview hob er die vielfältigen Begegnungen auf seinem Weg hervor, die skurril, berührend oder lebensrettend waren.³⁵ All diese hier nur kurz angerissenen Beispiele zeigen exemplarisch, dass das Phänomen Migration in lebensgeschichtlichen Erzählungen vielfältiger und ambivalenter verhandelt wird, als es mediale Repräsentationen oder alltägliche Assoziationen suggerieren.

Fazit

Begegnungen spielen auch im Roman von Teju Cole eine wichtige Rolle und fungieren als zentrale Impulsgeber. So lässt der Autor seinen Protagonisten beispielsweise eine Kunstausstellung besuchen, wo er einem alten Mann begegnet, mit dem er einige Worte wechselt, um daraufhin festzustellen: „Überall in dieser Stadt trugen die Menschen unvorstellbar viele kleine Geschichten mit sich herum.“³⁶ Gleiches gilt wohl auch für Hamburg. Der überwiegende Teil dieser Geschichten wird aber auch hier nicht erzählt oder, wenn doch, nicht aufgezeichnet. Das Projekt „Open City Hamburg?“ bot die Möglichkeit, wertvolle und vielfältige Erinnerungserzählungen zu sichern, die zukünftig für eine Geschichtsschreibung zur Verfügung stehen. Es macht zudem darauf aufmerksam, dass in der archivalischen Überlieferung und der stadtgeschichtlichen Historiografie bisher zu wenig erkenn-

34 FZH/WdE 2123, Interview mit Baran Soleimani (Aliasname) am 28.2.2023. Interviewerin: Jana Matthies, 01:51:29 bis 02:16:44.

35 FZH/WdE 2119, Interview mit Abdul Khaliq Khaliqi am 13.6.2023. Interviewerin: Jana Matthies.

36 Cole, *Open City*, S. 198–202, Zitat S. 202.

bar ist, dass Hamburger:innen nicht nur „aus Hamburg in alle Welt“³⁷ gegangen oder geflohen sind, sondern dass sie auch auf den unterschiedlichsten Wegen und aus diversen Gründen aus aller Welt hierhergekommen sind und die Stadt und ihre Geschichte prägen. Es gibt also noch unendlich viele Geschichten zu erzählen – und es wird Zeit, dass Historiker:innen sie hören!

Dr. Andrea Althaus ist Mitarbeiterin in der Werkstatt der Erinnerung an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

Dr. Linde Apel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und Leiterin der Werkstatt der Erinnerung.

Jana Matthies, M. A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ). Bis Januar 2024 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

37 Linde Apel / Klaus David / Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Aus Hamburg in alle Welt. Lebensgeschichten jüdischer Verfolgter aus der „Werkstatt der Erinnerung“*, München/Hamburg 2011.

YVONNE ROBEL

Wissenschaftlerin in zweiter Reihe? Hildamarie Schwindrazheim und das Altonaer Museum

■ Hildamarie Schwindrazheim (1902–1998) war 35 Jahre am Altonaer Museum als Wissenschaftlerin tätig. Sie forschte, veröffentlichte, kuratierte Ausstellungen, pflegte die Sammlungen, bot Führungen und Vorträge an und repräsentierte das Museum nach außen – während des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Mehrfach fungierte die promovierte Kunsthistorikerin als Stellvertreterin der amtierenden Direktoren. Mit ihrer Tätigkeit von 1932 bis 1967 steht sie nicht nur für die personelle Kontinuität in der Museumsarbeit über politische Umbrüche hinweg. Sie war zugleich eine Wissenschaftlerin, die das Museum nachhaltig prägte, aber dennoch in der Wahrnehmung und Rezeption stets im Schatten ihrer männlichen Vorgesetzten oder Kollegen stand.

Mit ihr als Wissenschaftlerin und Museumsgestalterin befasst sich dieser Beitrag. Er zeichnet nach, welcher Themen sich Hildamarie Schwindrazheim mit Ausstellungen, Führungen, Vorträgen oder Publikationen von den 1930er Jahren bis in die 1960er Jahre annahm. An einzelnen Episoden, namentlich den Auseinandersetzungen um eine mögliche Flurbereinigung in der Hamburger Museumslandschaft und um die Restitution ehemals in jüdischem Besitz befindlicher Ausstellungsobjekte nach 1945, beleuchtet er, wie sie im Museum sowie (gegenüber Dritten) für das Museum agierte und ihre Interessen bzw. die der Institution verfolgte. Gefragt werden soll,

1

Personalbogen

für (Amts- oder Dienstbezeichnung) *Kanzleischreiberin*
(nur mit Exakt ausfüllen)

(Vor- und Zuname) *Dr. Hildesmarie Schwindrazheim*

Aufgenommen am *22.11.50*

A. Persönliche Verhältnisse

1. Personenstand

	Vornamen Familien- (s. Geburts-) name	Geburts- datum	Geburtsort	Staats- ange- hörigkeit	Familienstand (Ilg der Eheschließung)
a) des Bediensteten	<i>Hildesmarie Schwindrazheim</i>	<i>12.5.02</i>	<i>Hamburg</i>	<i>Deutsch.</i>	<i>ledig</i>
b) des Ehegatten (evtl. 2. Ehefrau)					

Personalbogen 1950. Staatsarchiv Hamburg

inwiefern sich die veränderten politischen Verhältnisse auf ihr Tätigkeitsfeld auswirkten. Die Überlegungen entstanden im Rahmen eines Projekts zur Geschichte des Altonaer Museums und des Museums für Hamburgische Geschichte von 1930 bis 1950, in dem ich Ausstellungsplanungen und -praktiken in beiden Häusern und deren Rolle für die Stadt Hamburg untersuche.¹ Sie beruhen mehrheitlich auf der Auswertung von Beständen des Altonaer Museums sowie des Hamburger Staatsarchivs, darunter Korrespondenzen, Tätigkeitsberichte, Personalunterlagen sowie Ausstellungsplanungen, aber auch Pressemeldungen und Publikationen. Selbstzeugnisse von Hildamarie Schwindrazheim liegen (fern selbst verfasster Lebensläufe) leider keine vor. Hier erweisen sich die Quellen als begrenzt, wenn es etwa darum geht, Einstellungen zum Nationalsozialismus und Handlungsmotivationen auszuloten.

Ziel dieses Beitrags ist es, Einblicke in das Agieren einer tief mit der Stadt Hamburg und deren Kultur verbundenen Wissenschaftlerin zu geben, die bisher kaum ins geschichtswissenschaftliche Interesse gerückt ist. Zugleich wirft der Beitrag ein Schlaglicht auf die Arbeit des Altonaer Museums, dessen Geschichte während des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit bisher auffallend

¹ Siehe <https://zeitgeschichte-hamburg.de/das-museum-fuer-hamburgische-geschichte-und-das-altonaer-museum-von-1930-bis-1950.html> [27.6.2023].

wenig beleuchtet worden ist. Schließlich soll an diesem Beispiel auch die Diskussion über die Rolle von Frauen während des Nationalsozialismus und in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgegriffen werden. Hildamarie Schwindrazheim repräsentierte alles andere als den offiziell propagierten Frauentypus, der sich auf Familie und Mutterschaft konzentrierte. Als promovierte Wissenschaftlerin und alleinstehende Frau gehörte sie auch in ihrem Berufsfeld bis weit in die Nachkriegszeit hinein zur Minderheit. Doch wie bewegte sie sich in einem männlich dominierten Arbeitsumfeld? Welche Aufgaben, die gegebenenfalls zuvor männlichen Kollegen vorbehalten gewesen waren, übernahm Hildamarie Schwindrazheim während des Krieges? Und inwiefern veränderte sich ihre Position, auch in Abhängigkeit zur Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, abermals in der Nachkriegszeit?

Von der Hilfsarbeiterin zur Hauptkustodin

Hildamarie Schwindrazheim war 30 Jahre alt, als sie 1932 eine Stelle als „wissenschaftliche Hilfsarbeiterin“ am Altonaer Museum antrat. Das Museum hatte 1901 erstmals seine Türen für Besucher:innen geöffnet und definierte sein Aufgabengebiet über die Region. Es sollte der Präsentation der schleswig-holsteinischen Landes- und Volkskunde dienen und vereinte naturkundliche mit kultur- und stadthistorischen Sammlungen.² Der 20 Jahre ältere Hubert Stierling, der bereits seit 1914 am Museum beschäftigt gewesen war, hatte seit der Pensionierung des Gründungsdirektors Otto Lehmann faktisch 1931, offiziell 1933 die Leitung des Hauses übernommen. Mit Schwindrazheim holte er sich die einzige weitere wissenschaftliche Kraft ans Museum. 1934 erfolgte die Einstellung eines zusätzlichen Wissenschaftlers. Schwindrazheim, die in Altona aufgewachsen war, hatte in Hamburg und Berlin Kunstgeschichte, klassische Archäologie und deutsche Volks- und Altertumskunde (u. a. beim Direktor des Museums für Hamburgische Geschichte, Otto Lauffer) studiert.³ Bereits 1928 promovierte sie sich an der Universität Hamburg mit einer kunstgeschichtlichen Arbeit zur

2 Torkild Hinrichsen (Hrsg.), In Ottos Kopf. Das Altonaer Museum 1901 bis 2001 und das Ausstellungskonzept seines ersten Direktors Otto Lehmann, Hamburg 2001; Gerhard Kaufmann, Konzept für den Wiederaufbau und die Neuaufstellung des Altonaer Museums, in: ders. (Hrsg.), Altonaer Museum in Hamburg. Norddeutsches Landesmuseum. Jahrbuch Bd. 20–26, Teil 1: Aufsätze, Hamburg 1989, S. 11–182.

3 Die Daten zu Hildamarie Schwindrazheim sind v. a. ihren Personalakten entnommen: Staatsarchiv Hamburg (StAHH) 363-4, 54; Archiv des Altonaer Museums (AM), Personalakte von H. Schwindrazheim, o. Sign.

„Plastik in Hamburg aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts“.⁴ Offenbar stand für sie nicht unmittelbar fest, dass sie den Weg ins Museum suchen würde. Im Anschluss an ihre Promotion meldete sie sich zunächst an der Landeskunstschule Hamburg an, an der sie vor allem Plastik und Holzbildhauerei studierte. Bereits 1921 bis 1923 hatte sie die Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Altona besucht, an der ihr Vater, der Künstler, Schriftsteller und Pädagoge Oskar Schwindrazheim, als Bibliothekar, Lehrer und Direktorialassistent angestellt war.

Die Tätigkeit an einem Museum dürfte Hildamarie Schwindrazheim vor allem auch wegen ihres familiären Umfelds nicht völlig fremd gewesen sein. Ihr Vater war in zahlreichen Kunst-, Geschichts- und Heimatvereinen aktiv; er hatte neben der eigenen künstlerischen Arbeit eine Expertise zu Bauernkunst, Trachten und zur Kultur der Vierlanden entwickelt. Weit vernetzt in Hamburg, Altona und darüber hinaus war er zum einen an verschiedenen Ausstellungsprojekten beteiligt und zum anderen mit Größen der lokalen Museumslandschaft wie Otto Lehmann, Justus Brinckmann oder Alfred Lichtwark gut bekannt.⁵ Ihre eigene berufliche Laufbahn im Museum begann Hildamarie Schwindrazheim 1929 mit einem zweieinhalbjährigen Volontariat am Hessischen Landesmuseum Kassel. Damit erweiterte sie ihr Tätigkeitsfeld zugleich von der Kunstgeschichte in die Kultur- und Landesgeschichte. Im Dezember 1931 kehrte sie in den Norden zurück und fing als Volontärin am Museum für Hamburgische Geschichte an, bis sie schließlich im Juni des folgenden Jahres ans Altonaer Museum wechselte. Als „wissenschaftliche Hilfsarbeiterin“ trat Schwindrazheim, formal betrachtet, in ein Angestelltenverhältnis ein. Eingangs erhielt sie 50 RM monatlich, diese weit unterdurchschnittliche Bezahlung wurde in den folgenden Jahren sukzessive aufgestockt. Seit 1937, nach Inkrafttreten des Groß-Hamburg-Gesetzes, wurde sie schließlich nach dem Preußischen Angestelltentarifvertrag bezahlt und in den Hamburger Verwaltungsdienst übernommen.

Wie viele andere wissenschaftliche Museumsmitarbeiter:innen war Hildamarie Schwindrazheim zunächst immer wieder kurzzeitig befristet angestellt; wiederholt wurde über ihre Vergütung und ihren Status verhandelt. Dies war nicht zuletzt der allgemeinen Stellensituation im Museum geschuldet. Überlieferte Gehaltsverhandlungen verdeutlichen, wie Schwindrazheim sich in eigener Sache

4 Ihre Dissertation erschien in vier Teilen in der Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte: Bd. 30 (1929), S. 1–80; Bd. 31 (1930), S. 123–160; Bd. 32 (1931), S. 167–196; Bd. 33 (1933), S. 157–187.

5 Anna-Sophie Laug, Oskar Schwindrazheim (1865–1952). Ein Künstler, Pädagoge und Kunstschriftsteller zwischen Tradition und Reform, Göttingen 2020.

positionierte und dass sie dabei auch Ungleichbehandlungen von Männern und Frauen argumentativ einsetzte, wenn es ihr geboten schien: Seit 1939 versuchte Schwindrazheim hartnäckig, in eine höhere Tarifgruppe eingestuft zu werden, der Museumsdirektor unterstützte sie darin. Ihr Anliegen wurde jedoch nach mehreren Nachfragen mit Verweis auf die finanzielle Belastung der Gemeindeverwaltung durch kriegswirtschaftliche Aufgaben abgelehnt. Im Laufe des Jahres 1941 argumentierte Schwindrazheim daraufhin: „Es haben noch Anfang 1941 (Feb.) in der Verwaltung verschiedene Beförderungen stattgefunden, so ist z. B. mein Kollege Dr. Schroeder in die Beamtenstellung überführt worden. [...] Ich habe es als selbstverständlich angenommen, daß mit Herrn Schroeders Beförderung auch meine Eingruppierung in Gruppe III, die mir nach dem Tarif zusteht, wenigstens endlich zum April 1941 erfolgen würde. Das [sic] ich das langsame Hinauszögern meiner Gehaltsangelegenheit und die Stellungnahme des Hauptverwaltungsamtes mir gegenüber als ungerecht und erbitternd empfinde, wird man mir nicht verübeln können.“⁶ Dass sie die Blockade ihrer Beförderung vor allem auch wegen der Ungleichbehandlung als Affront empfand, ist durchaus nachvollziehbar. Roland Schroeder, gleicher Jahrgang wie Schwindrazheim und aktives SA-Mitglied, war 1934 noch vor Abschluss seines Studiums für den Aufbau der vorgeschichtlichen Abteilung eingestellt worden. Seine Promotion im Fach Vor- und Frühgeschichte hatte er erst 1940, also ein Jahr vor seiner Verbeamtung, abgeschlossen. 1941 meldete der überzeugte Nationalsozialist sich freiwillig zur Wehrmacht, sodass er zum Zeitpunkt des zitierten Schreibens schon kaum mehr im Museum tätig war.⁷ Offensichtlich verschränkten sich hier politische und geschlechterspezifische Gründe, die für den weitaus schnelleren Aufstieg Schroeders verantwortlich waren. Schwindrazheim, die promoviert ans Museum gekommen war, inzwischen fast zehn Jahre zentrale Aufgaben versah und infolge der Einberufungen ihrer männlichen Kollegen zusätzlich beansprucht war, wurde nach ihrer Beschwerde immerhin der Aufstieg in die nächste Besoldungsgruppe zuerkannt.

Ins Beamtenverhältnis übernahm die Hamburger Verwaltung sie jedoch erst Ende 1945. Möglich wurde dies deshalb, da Roland Schroeder 1943 an der Ostfront gefallen war und Schwindrazheim – mit Unterstützung Stierlings – in die Kustodenstelle

⁶ StAAH 363-4, 54, Schwindrazheim an das Hauptverwaltungsamt – Organisationsabteilung, Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg, 22.8.1941.

⁷ Vgl. auch Rudolf Beckmann, Zwischen Wissenschaft und Nationalsozialismus. Hamburgs Museumswissenschaftler 1930–1960, Hamburg 2022, <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/9850/1/Dissertation.pdf> [13.6.2023], S. 295–297.

nachrücken konnte. Die britische Militärregierung stufte sie im Rahmen der Entnazifizierung als politisch unbedenklich ein. Laut Fragebogen war sie Mitglied in der Deutschen Arbeitsfront sowie in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt gewesen, ohne jedoch dort Ämter versehen zu haben; in die NSDAP war sie – anders als viele ihrer Kollegen – erst 1939 eingetreten.⁸ Abgesehen von einer dreiwöchigen Beurlaubung wegen einer eigenmächtigen und nicht genehmigten Rückführung von Museumsgut im Sommer 1945 versah Hildamarie Schwindrazheim damit ohne Unterbrechung ihren Dienst. Als Hubert Stierling aus Altersgründen 1949 offiziell in Pension ging und seine Nachfolge zeitweise ungeklärt blieb, übernahm sie für acht Monate die kommissarische Leitung des Altonaer Museums. Im Rückblick bescheinigte ihr der spätere Direktor Gerhard Kaufmann sowohl für das Jahr 1950 als auch beim nochmaligen Direktorenwechsel 1959 enttäuschte Hoffnungen auf die Direktorenstelle „ohne daß allerdings ihre Loyalität gegenüber der Museumsleitung und ihr Engagement für das Haus dadurch in Frage gestellt gewesen wären“.⁹ Aus den Akten lassen sich ihre Ambitionen jedoch nicht mehr rekonstruieren. Unter den über 40 Bewerber:innen auf Stierlings Nachfolge zumindest befand sie sich nicht, stattdessen wurde sie um Unterstützung anderer Kandidaten gebeten und sprach Empfehlungen aus.¹⁰ Nach der Berufung des neuen Direktors fungierte sie weiterhin als dessen Vertretung und als Leiterin der kulturhistorischen Abteilung. 1956 wurde sie zur Hauptkustodin befördert und 1967 – nachdem kurz zuvor noch die von ihr gestaltete stadtgeschichtliche Abteilung eröffnet worden war – vom Präses der Kulturbehörde, Senator Gerhard Kramer, unter Anwesenheit zahlreicher ehemaliger Kolleg:innen aus den Hamburger Museen in den Ruhestand verabschiedet.

Ob sie als wissenschaftliche Hilfsarbeiterin, Kustodin oder Hauptkustodin des Altonaer Museums geführt wurde, sagte zwar etwas über ihre Bezahlung aus. Ihr Tätigkeitsfeld und ihre Verantwortlichkeiten spiegelten sich darin jedoch kaum wider, im Gegenteil: Hildamarie Schwindrazheim bespielte bereits in den 1930er Jahren ein sehr breites Feld – sowohl im Hinblick auf ihre organisatorischen Aufgaben als auch inhaltlich. Anlässlich ihrer bevorstehenden Verabschiedung in den Ruhestand betonte

8 StAHH 221-11, F(P)496, Military Government of Germany – Fragebogen Hildamarie Schwindrazheim, 27.6.1945.

9 Gerhard Kaufmann, Hildamarie Schwindrazheim (1902–1998), in: Nordelbingen. Beiträge zur Kunst- und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins, 68 (1999), S. 6–8, hier S. 7.

10 StAHH 363-6, B 30. Unter den über 40 Bewerber:innen finden sich lediglich zwei Frauen. Auch Carl Schellenberg, der während des NS das beschlagnahmte jüdische Silber in Hamburg gesichtet und die Stadt beim Ankauf jüdischer Zwangsabgaben beraten hatte, bewarb sich um den Direktorenposten; wärmtens empfohlen wurde er von Axel Springer.

der damalige Direktor des Altonaer Museums: „Die Hauptkustodin Frau Dr. Schwindrazheim ist nicht allein die dienstälteste Mitarbeiterin unseres Museums, die in der Amtszeit von vier Direktoren tätig gewesen ist, sie hat zeitweilig auch – insbesondere während der Intervalle und Übergangszeiten – in praxi mehrfach die Geschicke des Museums allein in den Händen gehabt und Entscheidungen und Anordnungen treffen müssen, die über ihre normale Dienststellung hinausgingen.“¹¹ Worin genau bestanden diese Verantwortlichkeiten?

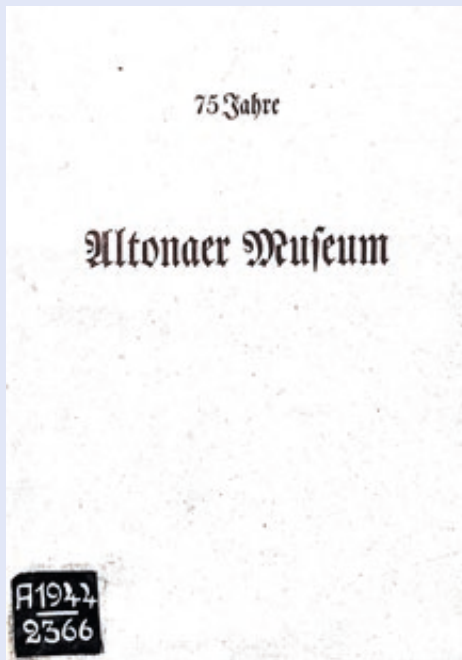
Passionierte Museumsgestalterin und Wissenschaftlerin

In Schwindrazheims Personalakte findet sich u. a. eine Einschätzung ihrer Tätigkeit aus dem Jahr 1940. Darin betonte der Direktor des Museums, dass sie nicht nur für Teile der Dauerausstellung verantwortlich sei und die monatlichen Wechselausstellungen betreue, sondern auch Inventarlisten pflege und häufig Führungen anbiete. Stierling hob zudem insbesondere Schwindrazheims Verdienste in der Abteilung Tracht und Schmuck sowie ihre eigenen, in die Museumsarbeit eingebrachten künstlerischen Fähigkeiten hervor.¹² Besetzte sie vor allem „weiblich“ konnotierte Gebiete, wie dies Rudolf Beckmann mit Hinweis auf den Themenbereich Kleidung und Mode konstatiert,¹³ um sich eine abgesteckte Expertise zu erarbeiten oder eine Nische zu schaffen? Ihre Stellung als zeitweise einzige weitere Wissenschaftlerin neben Stierling ließ, so möchte ich argumentieren, eine solche Verengung auf lange Sicht gar nicht zu. Zwar hatte sie sich während ihrer Volontariatszeit in Kassel und am Museum für Hamburgische Geschichte durchaus mit Trachten und städtischer Kostümkunde befasst, aber auch andere (insbesondere kunsthistorische) Themen nie aus dem Blick verloren. Am Altonaer Museum war ihre breitere kunst- wie kulturhistorische Expertise gefragt. Allein die Wechselausstellungen der 1930er/40er Jahre, die sie mitgestaltete oder durch die sie regelmäßig führte, umfassten Gemälde, Zeichnungen, Plastiken oder Fotografien von verschiedensten Künstler:innen sowie Handwerkserzeugnisse, Textilien, Wohnutensilien, Briefmarken oder Poststempel aus dem norddeutschen Einzugsgebiet. Hinzu kamen die verschiedenen Abteilungen der Dauerausstellung – auch hier bot Schwindrazheim eine beeindruckende kulturhi-

¹¹ StAHH 363-4, 54, Wietek an den Senator, 1.2.1967.

¹² StAHH 363-4, 54, Stierling an Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten, 19.12.1940.

¹³ Beckmann, Wissenschaft, S. 292.



Broschüre anlässlich des Jubiläums des Altonaer Museums 1938, hrsg. von H. Schwindraheim, Cover und S. 7. FZH-Archiv

historische Themenbreite an, führte etwa wiederholt (auch freiwillig an Sonntagen) durch die Bauernhausmodelle und -stuben, die Fayencen- und Zunftsäle oder durch die im Haus verteilten Exponate zur Stadtgeschichte Altonas.¹⁴

Das Jahr 1933 bedeutete für sie – wie auch für andere Kolleg:innen in volkskundlichen und kulturhistorischen Museen – nicht zwingend einen abrupten Wechsel der Themen oder der Herangehensweise. Die seit jeher verfolgten musealen Ziele, eine emotional unterfütterte Heimatverbundenheit zu fördern und das regionale Volks-, Bauern- und Brauchtum zu repräsentieren, erwiesen sich für die nationalsozialistische Ideologie als durchaus passförmig.¹⁵ Auch das institutionelle Selbstbild einer volksnahen Bildungsstätte, das bereits der Gründungsdirektor Otto Lehmann erfolgreich propagiert hatte,¹⁶ korrespondierte mit den erzieherischen Idealen des nationalsozialistischen Regimes.

¹⁴ Vgl. etwa die Tätigkeitsberichte des Museums aus den 1930er und 1940er Jahren: AM 10.3.4.

¹⁵ Dies verdeutlicht auch der Blick in: Hildamarie Schwindraheim, 75 Jahre Altonaer Museum, Festschrift des Hamburger Anzeigers, Hamburg 1938.

¹⁶ Hinrichsen, Ottos Kopf.

Das Museum öffnete sich zudem externen Ausstellungsmachern und Veranstaltern, darunter explizit nationalsozialistischen Organisationen und Institutionen.¹⁷ Jenseits dieser von ihr mitgestalteten Kooperationen scheint sich Schwindrazheim dem NS-Regime kaum aktiv angedient zu habe, etwa indem sie die Nähe zu nationalsozialistischen Organisationen oder Netzwerken gesucht hätte. Vielmehr baute sie auf bestehende lokale Kontakte, so auch auf ihre Mitgliedschaft im Verein für Hamburgische Geschichte.¹⁸ Dass sie im BDM-Werk „Glaube und Schönheit“ eine volkswundliche Arbeitsgemeinschaft leitete und die Beteiligten hierfür auch ans Museum lud, ließe sich aus heutiger Sicht als Versuch deuten, sich innerhalb von Systemzwängen eine Nische zu schaffen. Vorträge hielt sie zudem auch beim BDM oder dem Nationalsozialistischen Lehrerbund – wie oft und ob auf eigene Initiative, ist nicht belegt.¹⁹

Strukturelle Einschnitte in die Museumsarbeit ergaben sich für Schwindrazheim wie für das Haus insgesamt vor allem durch den Krieg. Das ohnehin schwach besetzte Personal dünnte wegen der Einberufungen in die Wehrmacht zunehmend aus. Restauratoren, Tischler und Büroangestellte fehlten bei alltäglichen Arbeitsabläufen.²⁰ Sonderausstellungen wurden während des Krieges nun wiederholt verlängert oder gleich über einen gedehnten Zeitraum präsentiert. Führungen durch die Ausstellungen boten Stierling und Schwindrazheim seit 1941 deutlich seltener an; ohnehin waren die Besucher:innenzahlen 1939 schlagartig zurückgegangen. In den Vordergrund des Museumsalltags traten nun logistische Probleme des Luftschutzes, des Heizens sowie der Bewachung. Hinzu kamen persönliche Herausforderungen der in Hamburg verbliebenen Museumsmitarbeiter:innen. Nachdem Schwindrazheim und ihr Vater wegen der Luftangriffe 1943 ihre Wohnung verloren hatten, kamen sie – ähnlich wie Stierling und dessen Frau²¹ – kurzzeitig im Altonaer Museum unter. In seinen Lebenserinnerungen spricht Oskar Schwindrazheim in Bezug auf diese Zeit von seiner Tochter als „Alleinherrscherin“ des Museums.²² Allein war sie nicht, aber Hildamarie

17 Das Altonaer Museum kooperierte dabei etwa mit der NSDAP, der DAF, dem Deutschen Frauenwerk, dem Deutschen Volksbildungswerk oder der KdF. Vgl. AM 24.2.26 und 24.2.28; StAHH 135-1 I-IV, 5042; „Woche des deutschen Buches in Hamburg“, in: Altonaer Nachrichten, 28.10.1937; „Niederdeutscher Abend in Altona“, in: ebd., 4.11.1937.

18 Gunnar B. Zimmermann, *Bürgerliche Geschichtswelten in einer modernen Metropole. Der Verein für Hamburgische Geschichte in den Jahren 1912 bis 1974*, Hamburg 2016, <https://ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/7763/1/Dissertation.pdf> [29.6.2023] S. 292.

19 StAHH 363-4, 54, Schwindrazheim an Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten, 11.12.1939.

20 AM 10.3.4.

21 StAHH 363-4, 36, Personalakte Hubert Stierling.

22 StAHH 622-1/175, 5, Lebenserinnerungen Oskar Schwindrazheim, S. 161.

Schwindrazheim übernahm während des Krieges zahlreiche zusätzliche Aufgaben, eben weil sie anders als ihre männlichen Kollegen vor Ort war und blieb.²³

In der Kriegs- sowie der unmittelbaren Nachkriegszeit war sie zeitweilig – wie bereits in ihren ersten beiden Jahren am Museum – die einzige wissenschaftliche Angestellte neben dem Direktor. So wurde ihr 1945 ganz offiziell nicht nur die Leitung der kulturhistorischen Abteilung, sondern auch die Vertretung des Direktors übertragen.²⁴ Gemeinsam mit Stierling begann sie direkt nach Kriegsende mit dem schrittweisen Wiederaufbau des zunächst in großen Teilen noch nicht nutzbaren Museums. Nachdem bereits 1948 neben der geologischen Abteilung die Bauernstuben und Bauernhausmodelle wieder zugänglich gemacht worden waren, veröffentlichte Schwindrazheim 1950 hierzu einen Katalog – der erste zu einer Dauerausstellungsabteilung des Altonaer Museums in der Nachkriegszeit.²⁵ Mit Wechselausstellungen startete das Museum schon Weihnachten 1945 wieder, es zeigte „Altes Spielzeug“, höchstwahrscheinlich aus Beständen des Hauses. Ähnlich wie auch andere städtische Museen versuchte man in Altona, das Haus schnell wieder attraktiv für Besucher:innen zu machen. 1947 wartete das Museum bereits mit mindestens acht Wechselausstellungen auf; spätestens seit Anfang 1949 boten die Mitarbeiter:innen wöchentliche Sonntagsführungen an; seit Mitte 1949 stand für Veranstaltungen auch der wiederhergestellte Hörsaal zur Verfügung. Schwindrazheim baute eigens eine „Interessentenkartei“ auf, um gezielt einladen, den Saal füllen und die Besucher:innenzahlen erhöhen zu können.²⁶ Sie selbst hielt zahlreiche Vorträge und Führungen – von Einblicken ins Altonaer Museum und dessen Sammlungen über Töpferkunst, Textilhandwerk, Kinderbücher oder Backwerk bis hin zum Leben in Blankenese, den Vierlanden, im Alten Land oder auf den Nordfriesischen Inseln.²⁷

Neben dem Ausstellen, Sammeln, Vortragen und Führen gehörte stets auch das Verfassen von Texten zum Tätigkeitsfeld Schwindrazheims. Rein quantitativ betrachtet stellten die 1950er und vor allem die 1960er Jahre den Höhepunkt ihrer wissenschaftlichen Publikationstätigkeit dar. In zahlreichen Beiträgen befasste sie sich nicht nur mit Ein-

23 1942 wurde Schwindrazheim etwa auch eine Kunstgeschichte-Vorlesung an der Hansischen Hochschule für bildende Künste übertragen, da Werner Kloos, Leiter der Hamburger Kunsthalle, zum Kriegsdienst eingezogen worden war. AM Personalakte von H. Schwindrazheim, o. Sign.

24 Kaufmann, Hildamarie Schwindrazheim, S. 7.

25 Hildamarie Schwindrazheim, Führer durch die Bauernstuben des Altonaer Museums, Hamburg 1950.

26 StAHH 363-6, A4, Bd. 1 und Bd. 2.

27 Ebd. sowie entsprechende Meldungen im Hamburger Abendblatt, etwa die Ausgaben vom 17.11.1950, 23.2.1951, 15.3.1951, 16.11.1951, 15.12.1951, 9.2.1952, 23.1.1953 sowie 26.2.1953.

zelaspekten zu Kunst- und Textilhandwerk, schleswig-holsteinischer und Altonaer Kulturgeschichte sowie regional verankerter Kunstgeschichte. Sowohl in Katalogen als auch in Aufsätzen präsentierte sie zudem – parallel zu deren Neueinrichtung – einzelne Abteilungen des Museums. Dabei mischte sie sich wiederholt auch aktiv in Diskussionen über den Stellenwert des Altonaer Museums im städtischen Gefüge ein.

Die Auseinandersetzung über eine Neuordnung der Hamburger Museumslandschaft lässt sich bis 1937/38 zurückverfolgen. Mit der großflächigen Erweiterung der Stadt durch das Groß-Hamburg-Gesetz gehörte auch das Altonaer Museum zur Hansestadt. In der Folge entbrannten Diskussionen über inhaltliche Abgrenzungen der Museen.²⁸ Bereits 1944 wurden sie wiederaufgenommen; nach Ende des Krieges stand angesichts der Schäden an den Gebäuden, ausgelagerter Sammlungen und Verlusten in den Beständen auch die mögliche Zusammenlegung einzelner Museen im Raum.²⁹ In den bis Ende der 1940er Jahre schwelenden, teils hitzigen Debatten positionierten sich nicht nur Lehmann als der ehemalige und Stierling als der amtierende Direktor, sondern ebenso Schwindrazheim fortwährend. Als es um die eventuelle Neuverteilung von Sammlungsgebieten ging, wurde sie nicht müde, die Bedeutung des Altonaer Museums als regional angelegtes Museum zu betonen, das in einzigartiger Weise Naturwissenschaften mit Kulturgeschichte miteinander verbinde. So schlug sie u. a. vor, es zu einem „Museum für Niederelbische Volks- und Landeskunde“ auszubauen.³⁰ Dabei stellte sie sich stark in die Tradition des Gründungsdirektors und verstand das Museum als Dienst an der Hamburger Bevölkerung und als „Verlebendigung“ ihres „heimatlichen Lebensraums“.³¹ Hierbei kamen nicht nur die hehren Vorstellungen zum Ausdruck, die sie mit der eigenen Arbeit verband. Es wird auch deutlich, dass Schwindrazheim sich als durchaus ebenbürtige Verhandlungspartnerin im städtischen Institutionen- und Politikumfeld begriff und sich nicht scheute, in museumspolitischen Belangen Position zu beziehen.

So sehr diese Diskussion für Aufregung sorgte, so wenig Folgen zeitigte sie. Die Museen blieben be-

28 Über den Platz des Altonaer Museums und dessen inhaltliche Ausrichtung als schleswig-holsteinisches Heimat- bzw. Landesmuseum hatte Schwindrazheim freilich auch zuvor publiziert – siehe z. B. dies., *Der Aufbau des Altonaer Museums*, Kieler Neueste Nachrichten, Manuskript 1933, in: AM 10.2.4.

29 Vgl. StAHH 363-6, 1017.

30 StAHH 363-6, 1017, Hildamarie Schwindrazheim, *Gedanken zur Neugestaltung des Altonaer Museums*, 1948.

31 Hildamarie Schwindrazheim, *Das Altonaer Museum in Hamburg*, in: *Der Städtetag. Zeitschrift für kommunale Praxis und Wissenschaft* 2 (1949), S. 115 f.; siehe auch dies., *Lebendiges Museum*. Aus der Wiederaufbauarbeit des Altonaer Museums in Hamburg, in: *Kulturarbeit. Zeitschrift für Kultur- und Heimatpflege* 1 (1949), S. 15 f.

stehen und gingen in hergebrachter Ausrichtung an den Wiederaufbau. Unter maßgeblicher Mitwirkung von Hildamarie Schwindrazheim eröffnete das Altonaer Museum 1954 seinen Trachtensaal, 1956 seine Keramik-, Textilien- und Spielzeugabteilung, 1956 die Vierländer Großkate und 1959 den Zunftsaal. Ein besonderer Höhepunkt in Schwindrazheims später Laufbahn dürfte die Eröffnung der von ihr verantworteten stadtgeschichtlichen Abteilung im Jahr 1963/64 gewesen sein.³²

Angesichts ihrer Positionierungen in museumspolitischen Diskussionen und ihrer umfassenden Tätigkeiten scheint es nicht so gewesen zu sein, dass Schwindrazheim in der Nachkriegszeit zugunsten ihrer männlichen Kollegen wieder einen Schritt zurücktrat. Im Gegenteil: Sie war in manchen Belangen öffentlich noch sichtbarer als in der NS-Zeit. Zwar stieg sie nicht zur Direktorin des Museums auf. Dennoch knüpfte sie direkt an ihre Position während der NS-Zeit an und baute diese aus. Das zeigt sich unter anderem an nachkriegstypischen Aufgabenfeldern.

Mit Durchsetzungskraft in besonderen Museumsbelangen

In der Nachkriegszeit waren Museen im Allgemeinen mit Belangen befasst, die unmittelbar aus der nationalsozialistischen Vergangenheit resultierten. Hierzu zählte die Rückführung und Neuordnung von während des Krieges ausgelagerten Museumsbeständen sowie der Umgang mit Objekten aus ehemals jüdischem Besitz bzw. diesbezüglichen Restitutionsverfahren. Im Altonaer Museum nahm Hildamarie Schwindrazheim in beiden Angelegenheiten eine wichtige Rolle ein.

Seit Kriegsbeginn war das Museum mit der Frage konfrontiert gewesen, wie mit der erhöhten Brandgefahr umzugehen sei. Bereits 1939 versuchten die Mitarbeiter:innen, durch Umräumarbeiten im Haus wertvolle Silberobjekte, Fayencen, Bilder und Urkunden in Sicherheit zu bringen. Mit der systematischen Auslagerung von Sammlungsbeständen zum Schutz vor Kriegsschäden begannen sie spätestens im Herbst 1941. Hierfür nutzten sie ein städtisches Lagergebäude in Blankenese, eigene Kellerräume sowie externe Luftschutzbunker und Keller, etwa im Altonaer Rathaus oder auf dem Heiligengeistfeld. Zudem lagerten sie Bestände in schleswig-holsteinische Gutshäuser sowie in die sächsischen

32 Kaufmann, Hildamarie Schwindrazheim, S. 6–8; Hildamarie Schwindrazheim, *Der Wiederaufbau der kulturhistorischen Abteilung des Altonaer Museums* (Zustand Januar 1957), Sonderdruck aus *Kunst in Schleswig-Holstein*, Flensburg 1958.

Schlösser Glauchau und Rochsburg aus.³³ Das Museum verzeichnete infolge der verheerenden Luftangriffe auf Hamburg im Juli/August 1943 erste größere Schäden.³⁴ Neben dem Dach, den Vitrinen, Modellen und ausgestopften Tieren wurde das im Haus integrierte Aquarium vollkommen zerstört. Das Museum beherbergte danach externe Firmen sowie Bestände der städtischen Theatersammlung.³⁵ Bei einem weiteren Angriff im April 1945 wurde das Gebäude stark in Mitleidenschaft gezogen, große Teile waren zunächst nicht mehr nutzbar.³⁶ Hubert Stierling bilanzierte 1945, dass 20 Prozent des Museumsguts unwiederbringlich vernichtet, 40 Prozent beschädigt sowie 40 Prozent unbeschädigt sei.³⁷ Dabei konnte es sich lediglich um eine erste Schätzung handeln, da es zu diesem Zeitpunkt hieß, sich zunächst einen Überblick über den Verbleib und Zustand der ausgelagerten Objekte sowie über die Möglichkeiten ihrer Rückführung ins Museum zu verschaffen. Diese Aufgabe, die parallel zur sukzessiven behelfsmäßigen Nutzbarmachung einzelner Museumsräume in Angriff genommen wurde, verantwortete neben Stierling zu wesentlichen Teilen auch Hildamarie Schwindrazheim.

Während der Museumsdirektor die Auslagerung der Bestände und die Besichtigungen potenzieller Unterbringungsmöglichkeiten zwischen 1941 und 1945 offensichtlich größtenteils selbst in die Hand genommen hatte, trat Schwindrazheim direkt nach Kriegsende bei der Suche nach Objekten sowie bei Rückfragen und Abholungen ebenfalls aktiv in Erscheinung. Bereits im Juli 1945 brachen beide gemeinsam zu einer Rückführungsaktion zum Gut Goldensee (nördlich des Schaalsees) auf, das sich an der Grenze zwischen der britischen und sowjetischen Besatzungszone befand. Ihr schnelles Handeln begründeten sie mit der fehlenden Sicherheit der weitgehend unbeaufsichtigten Möbelstücke, die 1943 dahin ausgelagert worden waren. In einem Bericht an die britische Militärregierung und städtische Kulturverwaltung resümierten sie: „Wie dringend diese Rückholung war, ist schon daraus klar ersichtlich, daß wir einige unserer Stücke aus den Wohnungen der Flüchtlinge und sogar aus den Wagen, die für die Abreise fertig gepackt und bereit standen, herausholen mußten.“³⁸ Dass die beiden in solchen Situationen kurzentschlossen Hand anlegten, zeigte sich auch auf der Rückfahrt von Goldensee. Auf halbem Wege kamen sie an einer Mühle im schleswig-holsteinischen Linau vorbei,

33 AM 21.3; 36-710.4.1; 10.3.4.

34 AM 10.3.4., Bericht 29.7.1943.

35 Ebd., Bericht 22.12.1943.

36 Kaufmann, Konzept, S. 41.

37 AM 10.2.9, Hubert Stierling, *Das Schicksal des Altonaer Museums seit der Katastrophe. Rückblick und Ausblick*, 1945.

38 AM 36-710.4.1, Bericht 3.8.1945.

wohin noch im November 1944 und März 1945 einige Museumsobjekte verschafft worden waren. Offensichtlich war noch genügend Platz auf den Transportwagen, sodass Stierling und Schwindrazheim einige Möbel, Schnitzereien und Textilien aufluden.³⁹ Da dafür jedoch anders als für die Rückholaktion aus Goldensee keine Genehmigung der britischen Militärregierung vorlag, wurden beide im August 1945 für drei Wochen vom Dienst beurlaubt; für diese Zeit erhielten sie offensichtlich keinerlei Vergütung.⁴⁰

Insbesondere im Herbst 1945 und im Jahr 1946 waren Stierling und Schwindrazheim intensiv damit befasst, eingelagerte Museumsobjekte aus Luftschutztürmen und -kellern in Hamburg sowie von den Gutshöfen in Schleswig-Holstein zurück ans Museum zu bringen. Schwieriger als die Rückholungen aus der näheren Umgebung gestalteten sich diejenigen aus den sächsischen Schlössern, die nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone lagen. Vonseiten der Kulturbehörde, die damit befasst war, hieß es 1948: „Bisher hat die Rückführung der nach Sachsen ausgelagerten Museumsgegenstände keinen Erfolg gehabt. Diese Angelegenheit wird sehr wesentlich durch die augenblickliche Berliner Situation beeinflusst.“⁴¹ Bisher kann nur aus einzelnen späteren Erwähnungen geschlossen werden, dass Schwindrazheim maßgeblich an der Rückführung der ausgelagerten Objekte aus Sachsen im Jahr 1956 beteiligt war, wobei einige Stücke offensichtlich bis mindestens in die 1980er Jahre dort verblieben.⁴²

Unter den ausgelagerten Sammlungsbeständen befanden sich auch Objekte aus ehemals jüdischem Besitz. Der Umgang mit ihnen warf nach 1945 besondere Fragen auf. Wie Schwindrazheim diesbezüglich agierte und argumentierte, fügte sich sichtlich in die allgemeine Museumspolitik. Das Altonaer Museum weigerte sich nicht per se, Objekte aus jüdischem Besitz zurückzuerstatten. Bereits 1945 hatte es Silbergegenstände, 1947 schließlich verschiedene Bilder und Kultgeräte sowie eine Beschneidungsbank an den Vorsitzenden der Hamburger Jüdischen Gemeinde Harry Goldstein übergeben.⁴³ Laut einer vermutlich von Stierling und Schwindrazheim er-

39 AM 36-710.4.1, Liste der mitgenommenen Objekte in einer Meldung des Altonaer Museums an die Kulturverwaltung, 8.8.1945.

40 StAHH 363-4, 54, Kulturverwaltung an Hildegard [sic] Schwindrazheim, 8.8.1945. Erwähnt ist die Episode zudem in: Hans H. Biermann-Ratjen, *Kultureller Neubeginn 1945*, in: *Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt 7*, hrsg. von Erich Lüth, Hamburg 1952, S. 42–57, hier S. 46.

41 StAHH 363-6, A4, Bd. 1, Bericht der Kulturbehörde, 14.7.1948.

42 StAHH 363-4, 54, Material für Ansprache (zur Verabschiedung), ca. 1967; siehe auch Kaufmann, Hildamarie Schwindrazheim, S. 7. Die Erwähnung, dass Objekte bis mind. 1988 in der DDR verblieben, findet sich in: Kaufmann, *Konzept*, S. 42. Um welche Objekte es sich handelte und wann sie ggf. zurück nach Hamburg überführt wurden, ist bisher nicht bekannt.

43 AM 36-715.8, Harry Goldstein an die Leitung des Altonaer Museums, 17.10.1947.

stellten Liste waren diese Objekte „auf eigene Verantwortung vor der damaligen Beschlagnahmung gerettet“ worden.⁴⁴ Während des Nationalsozialismus hatten sich kulturhistorische Museen immer wieder um die Bewahrung oder die Erweiterung ihrer Judaica-Sammlungen bemüht. Inwieweit damit verbundene Vorgänge als Rettungsgeschichten zu interpretieren sind und welche Interessen dabei handlungsleitend waren, ist auch im Fall des Altonaer Museums allerdings kaum mehr rekonstruierbar.⁴⁵ Noch problematischer ist es, aus heutiger Sicht den Erwerb von beschlagnahmten jüdischen Objekten während des Nationalsozialismus als Rettung zu interpretieren und entsprechende Eigendarstellungen von Museen bzw. Museumsmitarbeiter:innen zu reproduzieren. Das Altonaer Museum bereicherte seine Bestände sowohl durch den Erwerb von beschlagnahmtem Silber aus Synagogen- und Privatbesitz als auch durch Ankäufe bei den 1941 reichsweit stattfindenden Versteigerungen von jüdischem Besitz. Zur koordinierten Verteilung enteigneter Schmuck- und Kunstgegenstände wurden durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung „Sachverständige“ an den Museen und Bibliotheken berufen – unter ihnen auch Hubert Stierling. Die Stadt Hamburg stellte für den Ankauf besondere Mittel bereit.⁴⁶ Im Oktober 1941 vermeldete das Altonaer Museum an die Hamburger Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten: „Aus den jetzt in großer Zahl stattfindenden Auktionen ehemals jüdischen Besitzes konnten verschiedene wertvolle Gegenstände für das Altonaer Museum herangezogen werden, z. B. ein charakteristischer holländischer Schrank von etwa 1730 als Beispiel enger Beziehungen unserer norddeutschen Heimat zu den Niederlanden. Ferner eine Rokoko-Kommode, ein Empire-Nächtisch und drei Rokokosessel, die eine bereits im Museumsbesitz befindliche unvollständige Serie ergänzen.“⁴⁷ Auch im Folgemonat hieß es aus dem Museum: „Die Neuerwerbungen waren in diesem Monat recht zahlreich, vor allem durch die Zugänge aus Auktionen ehemaligen Judenbesitzes.“⁴⁸ Es ist angesichts der Personalsituation zu dieser Zeit nur zu vermuten, dass die monatlichen Berichte des Altonaer Museums an die Behörde durch Schwindrazheim verfasst worden sein könnten. Aus den zitierten Worten spricht mindestens eine pragmatische Einstellung.

44 StAHH 311-3I, Abl. 1989 305-2-1/171, Liste der Hamburger Museen über Objekte aus ehemals jüdischem Besitz, 1949.

45 Siehe dazu auch Karin Walter, *Der jüdische Kultraum im Altonaer Museum (1914–1933). Eine Spurensuche*, in: Gerhard Kaufmann (Hrsg.), *Schatten. Jüdische Kultur in Altona und Hamburg*, Hamburg 1998, S. 20–29, hier S. 25.

46 Archiv des Museums für Hamburgische Geschichte (MHG) II.5.1. Direktorenkorrespondenz 1941.

47 AM 10.3.4., Bericht 1.11.1941.

48 Ebd., Bericht 1.12.1941. Der Verfasser könnte allerdings ebenfalls Hubert Stierling gewesen sein.

Die Herkunft der Neuerwerbungen ist in beiden Fällen ausdrücklich benannt, sie zu verbrämen oder zu verschweigen schien nicht nötig. Der Erwerb enteigneten Besitzes jüdischer Menschen diente primär der Vervollständigung der eigenen musealen Sammlungen. Über etwaige Bedenken, etwa ob dies – angesichts der massiven Deportationen der jüdischen Bevölkerung Hamburgs vom Oktober bis Dezember 1941⁴⁹ – ein legitimes Vorgehen sei, geht aus den vorliegenden Akten nichts hervor.

In der Nachkriegszeit war gerade auch Hildamarie Schwindrazheim bemüht, die Interessen des Museums als sammelnde Institution weiterhin zu wahren. Dass sie darunter auch verstand, ehemals jüdischen Besitz nicht vorschnell zurückzugeben, verdeutlichen die von 1948 bis 1957 währenden Auseinandersetzungen über vier Leuchter aus zwei Altonaer Synagogen: 1940 hatte das Altonaer Museum von Julius Konietzko, der insbesondere durch den Handel mit Ethnografika in Hamburg bekannt war, seit 1933 ein eigenes Ladengeschäft in der Stadt betrieb und 1941 auch zahlreiche Objekte auf den Auktionen jüdischen Eigentums erwarb, drei Bronzekronleuchter gekauft.⁵⁰ Sie stammten aus der ehemals portugiesisch-sephardischen Synagoge in der Bäckerstraße, die 1940 von der Stadt abgerissen worden war. Konietzko hatte die Leuchter offensichtlich kurz zuvor der jüdischen Gemeinde abgekauft. Zwei Jahre darauf, 1942, gelangte ein weiterer Kronleuchter aus Messing in den Besitz des Museums, der zuvor in der Synagoge in der Kleinen Papagoyenstraße gehangen hatte, die bereits 1938 verwüstet und 1942 an die Stadt zwangsverkauft worden war. Die genauen Hintergründe, wie der 24-armige Messingkronleuchter seinen Weg ins Museum fand, sind ungeklärt. Nach dem Krieg hieß es von dessen Seite: „Dem Altonaer Museum von der Stadtverwaltung übergeben in völlig schadhaftem Zustand.“⁵¹ Schwindrazheim betonte später, er sei dem Altonaer Museum „zur Verwahrung“ übereignet worden.⁵² Noch in den 1980er Jahren vertrat sie in einem Interview, in dem sie als Expertin zur „jüdische[n] Geschichte in Altona“ befragt wurde, die Ansicht, dass das Museum Besitz aus Hamburger Synagogen „für eventuelle Wiederkehrer“ im Haus „verstaubt“ habe.⁵³

49 Vgl. Linde Apel (Hrsg.), In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945, Hamburg 2009.

50 Zu Konietzko siehe Jürgen Zwernemann, Julius Konietzko. Ein „Sammelreisender“ und Händler, in: Mitteilungen aus dem Museum für Völkerkunde Hamburg, Bd. 16 (1986), S. 17–39. Konietzkos Rolle beim Erwerb und Weiterverkauf ehemals jüdischen Besitzes wird hierin allerdings nicht thematisiert.

51 AM 36-715.8, Altonaer Museum an Kulturverwaltung, 30.6.1951.

52 AM 36-715.8, Schwindrazheim an die Finanzbehörde, 14.3.1953.

53 AM Interviewtranskript Hildamarie Schwindrazheim, o. Sign. Das Interview wurde 1984 von J.-P. Finkenhäuser geführt und 1997 von N. Hinrichsen transkribiert; die jeweiligen Anlässe sind unbekannt.

Es war ebenfalls Hildamarie Schwindrazheim, die 1948 die vier Leuchter als Erwerb aus jüdischem Besitz an das Amt für Wiedergutmachung meldete. Auf dieser Grundlage stellte die Jüdische Gemeinde Hamburgs 1950 schließlich einen Antrag auf Rückerstattung. Da die Jüdische Gemeinde nicht automatisch als Rechtsnachfolgerin galt, fungierte fortan die Jewish Trust Corporation als Antragstellerin, die als Treuhandgesellschaft dann entzogenes Vermögen rückbeanspruchte, wenn sich keine individuellen Eigentümer:innen gefunden hatten. Schwindrazheim, die bereits zuvor mehrfach das Interesse des Museums betont hatte, die Leuchter im Museum zu behalten, und hierfür deren stadtgeschichtlichen Wert hervorgehoben hatte, formulierte nun auch Befürchtungen, dass die Leuchter nach Amerika oder Palästina ausgeführt werden könnten. Hoffte sie dabei zunächst noch auf ein „Gesetz, das die Ausfuhr von historisch wertvollen Kunstgütern verbietet“, betonte sie fortan immer wieder bereits aufgebraachte Kosten für die Objekte.⁵⁴ Zum einen verwies sie dabei auf die geleistete Restaurierung des schadhaft ins Museum gebrachten Messingleuchters,⁵⁵ zum anderen führte sie akribisch den Ankaufspreis und Reparaturkosten etc. für die drei Bronzeleuchter auf. Gegenüber dem Landesamt für Vermögenskontrolle wies sie darauf hin, dass die Bronzeleuchter „von jüdischer Seite freiwillig an den Händler Konietzko verkauft und von diesem durch das Altonaer Museum erworben worden sind zum Preis von RM 3800,-. Den Juden ist also ein entsprechender Gegenwert zugekommen.“⁵⁶ Die Objekte als rechtmäßige Ankäufe zu deklarieren, missachtete freilich sowohl den Druck, der 1940 längst auf die jüdische Bevölkerung ausgeübt wurde, als auch die Tatsache, dass die Synagoge, aus der die Leuchter stammten, im selben Jahr an die Stadt übereignet und abgerissen worden war.

In der Kulturbehörde schienen diese besonderen Umstände nicht völlig unbeachtet geblieben zu sein, da sie im selben Jahr anregte, über einen nochmaligen Ankauf der Objekte nachzudenken.⁵⁷ Mit Verweis auf die notwendige – außeretatmäßige – Kostenübernahme durch die Behörde formulierte Schwindrazheim daraufhin im Namen des Museums entsprechende Kaufangebote.⁵⁸ Auch da-

54 AM 36-715.8, Altonaer Museum an Reusch, Rechtsamt, 21.8.1951. Im Briefkopf ist Schwindrazheim als Verfasserin angeführt, unterzeichnet ist das Schreiben vom damaligen Direktor Grundmann.

55 AM 36-715.8, Altonaer Museum an Kulturverwaltung, 30.6.1951.

56 AM 36-715.8, Schwindrazheim an Landesamt für Vermögenskontrolle, 20.9.1951. Die Gesamtkosten setzten sich nach ihren Angaben aus einem Grundpreis von 2.400 RM und Kosten für Spesen, Reparatur und Steuer von 1.400 RM zusammen.

57 AM 36-715.8, Kulturbehörde an Altonaer Museum, 12.7.1951.

58 AM 36-715.8, Schwindrazheim an Jewish Trust Corporation, 22.11.1951; ebd., Kulturbehörde an die Finanzbehörde, 9.2.1953. Für den Messingkronleuchter waren 2.000 DM veranschlagt, für die drei Bronzekronleuchter insgesamt 600 bis 800 DM.

ran lässt sich das starke Interesse des Museums an den Objekten erkennen. Der Wunsch nach ihrem Verbleib ließ sich indes nicht durchsetzen. 1953 stufte das Landgericht Hamburg die Objekte als entzogenes Eigentum ein und ordnete an, die drei Bronzekronleuchter an die Jüdische Gemeinde in Hamburg und den 24-armigen Messingleuchter an die Jewish Trust Corporation zu übergeben. 1957 schließlich wurde letzterer im Museum abgeholt, da er für das Israelische Religionsministerium in Jerusalem bestimmt war. Daran zeigt sich zugleich die besondere Bedeutung des Leuchters, weswegen auch Schwindrazheim offensichtlich nichts unversucht ließ, ihn für das Haus zu erhalten.

1951 beantragte die Jewish Trust Corporation außerdem die Rückerstattung verschiedener anderer Gegenstände aus ehemals jüdischem Besitz in Hamburger Museen. Darunter befanden sich auch die bereits erwähnte Rokoko-Kommode und der holländische Barock-Schrank, die 1941 im Zuge zweier Auktionen in den Besitz des Altonaer Museums gekommen waren. Von Museumsseite wurde auf die „besondere Bedeutung“ der Möbel „für die heimatkundlichen Zwecke des Museums“ verwiesen.⁵⁹ Für die Verhandlungen, die 1954 letztlich mit der Rückgabe des Schrankes und dem Verbleib der Kommode im Museum (gegen eine geringe Ausgleichszahlung) endeten, fungierte Hildamarie Schwindrazheim als wichtige Ansprech- und Auskunftsperson. Auch hierbei vertrat sie pragmatisch museale Interessen, verwies auf bereits geleistete Bezahlungen bei Ankauf und auf Unklarheiten bezüglich der jüdischen Herkunft der Objekte.⁶⁰

Für das Museum bedeuteten die jahrelang schwebenden Verfahren, dass die betreffenden Objekte vorerst in seinen Magazinen verblieben, es jedoch nicht über sie verfügen konnte. Veränderungen an den Kronleuchtern oder den Möbelstücken, die für die Präsentation in Ausstellungen gegebenenfalls notwendig gewesen wären, waren ebenso untersagt wie der Weiterverkauf. So ist es kaum verwunderlich, dass die Leitung mit der Zeit durchaus auch darauf drängte, einzelne Objekte an die Jewish Trust Corporation abzugeben.⁶¹ Als die Corporation dem Museum 1953 anbot, die drei Bronzeleuchter leihweise zur Verfügung zu stellen, bis sie von der Jüdischen Gemeinde in Hamburg für die neu zu errichtende Synagoge benötigt würden, formulierte Schwindrazheim recht deutlich: „An diesen Leihgaben haben wir jedoch kein Interesse, da wir in absehbarer Zeit noch nicht die Räumlichkeiten einrichten können,

⁵⁹ AM 36-715.8, Altonaer Museum an Kulturbehörde, 11.5.1948.

⁶⁰ StAHH 311-3I, Abl. 1989 305-2-1/177.

⁶¹ Siehe etwa den Schriftwechsel von 1954 über die bereits genannte Rokoko-Kommode, in: StAHH 311-3I, Abl. 1989 305-2-1/177.

für die diese Stücke in Frage kämen. Es handelt sich hier also nur um ein bequemes, unentgeltliches Lagern im Depot.“⁶² Auch hier mahnte sie eine baldige Abholung zur Entlastung der Sammlungsmagazine an.

Schwindrazheims Verweis auf Räumlichkeiten, die erst noch einzurichten waren, bezog sich auf einen bis 1933 im Museum bestehenden Raum mit jüdisch-religiösen Objekten, der 1964 schließlich wieder in die von ihr neu aufgebaute stadtgeschichtliche Abteilung integriert wurde. Sie erwähnte freilich nicht, dass es mit diesem Hinweis auch um den gezielten Rückbau jüdischer Ausstellungsobjekte während des Nationalsozialismus ging. Seit 1914 hatte das Altonaer Museum eine vermutlich aus dem 17. Jahrhundert stammende Glücksstädter Synagogeneinrichtung – angereichert um weitere Objekte – als „jüdischen Kultraum“ präsentiert. Unmittelbar nach Machtantritt der NSDAP wurde der Raum auf Anlass des Altonaer Magistrats geschlossen, Leihgaben wurden an jüdische Besitzer:innen sowie Hamburger Judaica-Sammler zurückgegeben. Diejenigen Objekte, die in Museumsbesitz waren, verblieben im Haus bzw. wurden am Kriegsende ausgelagert.⁶³ In der Nachkriegszeit wurde auch dieser Vorgang als Rettungsgeschichte präsentiert.⁶⁴

Hildamarie Schwindrazheim agierte im Kontext der Restitutionsverfahren ganz als Vertreterin ihrer Institution und hatte zuvörderst deren Sammlungen und Ausstellungsplanungen im Blick. Diese Priorität, weniger ein aus den Akten explizit ersichtlicher Antisemitismus, war es, die ihren pragmatischen, aus heutiger Sicht teils harsch wirkenden Ton in den Verhandlungen bedingte. Dennoch ist festzuhalten: Sie vertrat ungeachtet des zunehmenden Verfolgungsdrucks, dem die jüdische Bevölkerung im nationalsozialistischen Deutschland ausgesetzt gewesen war, die Ansicht, dass das Museum auch 1940 noch Objekte aus den Synagogen rechtmäßig und gegen adäquate Bezahlung von der jüdischen Gemeinde erworben hatte. Auch die Tatsache, dass die Jewish Trust Corporation erst beweisen musste, dass die auf Auktionen beschafften Möbel von jüdischen Eigentümer:innen stammten, hinterfragte sie nicht. Die Verhandlungen, die teilweise den Eindruck eines stetigen Feilschens vermitteln, waren in ihrer Zeit sicherlich keine Ausnahmerecheinung.

62 AM 36-715.8, Schwindrazheim an Kulturbehörde, 30.10.1953.

63 Walter, Kultraum.

64 Siehe dazu auch: AM, Helmut Scaruppe, Erinnerungsbericht 2013, o. Sign. Scaruppe, der 1942/43 am Museum als Werkstudent tätig war, beschreibt nicht nur die Einlagerung der Objekte aus dem „jüdischen Kultraum“ im Museumskeller als Rettung, sondern auch den Abtransport zahlreicher Gegenstände aus einer Altonaer Synagoge durch Hubert Stierling im Jahr 1942. Ob bei dieser Aktion eventuell auch der 24-armige Leuchter in den Besitz des Museums gekommen ist, kann nur vermutet werden.

Hildamarie Schwindrazheim verstand es mit ihrer robusten Interessenvertretung offenbar vortrefflich, sich in einem männlich dominierten Umfeld Gehör zu verschaffen. Mehrfach wurde sie irrtümlich von verschiedenen Ämtern als „Herr Schwindrazheim“ angeschrieben. Offenbar konnten sich einige Männer zu dieser Zeit kaum vorstellen, dass sich eine Frau in solch zentraler Position befand und entsprechende Entscheidungsbefugnisse hatte.

Fazit

Hildamarie Schwindrazheim hatte bereits vor dem Krieg ein breites Aufgabenfeld, da sie als Wissenschaftlerin eine zentrale Position hinter dem Direktor des Hauses einnahm. Sie war eine „Macherin“ und packte an. Aufgrund der Einberufungen ihrer männlichen Kollegen und mit der Übernahme besonderer Aufgaben, die aus dem Kriegsgeschehen resultierten, baute sie ihre zentrale Stellung am Museum weiter aus. Besonders nach Kriegsende machte sich dies bemerkbar, da Schwindrazheim das Museum in nahezu allen wichtigen Belangen – darunter städtische Umstrukturierungsdebatten, Rückführungen des ausgelagerten Museumsgutes und Restitutionsverfahren – offiziell nach außen vertrat. So lässt sich nicht beobachten, dass sie in der Nachkriegszeit einen Schritt zurücktreten und Aufgaben wieder an ihre männlichen Kollegen abtreten musste, wie das für Frauen in anderen Berufszweigen des öffentlichen Dienstes konstatiert worden ist. Zur Direktorin des Hauses freilich stieg sie ebenfalls nicht auf, gleichwohl ihre Qualifikation dies durchaus gerechtfertigt hätte. Ob sie sich von vornherein keine Chance auf diesen Posten ausrechnete und eine Bewerbung deshalb nicht für opportun hielt oder ob sie als Frau in einem männlich dominierten Arbeitsumfeld übergangen wurde, auch weil ihr eventuell die notwendigen Netzwerke fehlten, muss dahingestellt bleiben.

Der politische Umbruch 1933 wirkte sich kaum auf Schwindrazheims Tätigkeitsfeld aus. Zu sehr fügten sich die volks- und landeskundlichen sowie kunsthistorischen Themen des Altonaer Museums, die sie bespielte, in die nationalsozialistische Heimat- und Volkstumsideologie. Die besondere Situation des Krieges und das Jahr 1945 hingegen zeitigten größere Folgen für ihre Arbeit. Der jahrzehntelange Wiederaufbau des Museums, aber auch Rückführungen und Restitutionsvorgänge nahmen neben der fortlaufenden Sammlungspflege und den Wechsellausstellungen nun einen

breiten Raum ein. Auf inhaltlicher Ebene war Schwindrazheims Wirken auch nach dem Nationalsozialismus zugleich von sichtlichen Kontinuitäten geprägt. Bestimmte Themen wie etwa das künstlerische Werk des Hamburger Architekturmalers Jes Bundsen, die sie bereits in den 1930er Jahren verfolgte, begleiteten sie fortwährend bis zu ihrer Pensionierung und darüber hinaus. Ihre Tätigkeit am Altonaer Museum während des Nationalsozialismus lässt sich folglich nicht losgelöst betrachten, sondern ist in zeitlich breitere – museumsinterne, wie wissenschafts- und kulturhistorische – Zusammenhänge einzubetten. Zugleich sind Schwindrazheims Position und Wirken in der Nachkriegszeit nicht ohne den Blick auf die besondere Situation des Krieges und dessen langfristigen Folgen zu verstehen.

PD Dr. Yvonne Robel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

Emma gegen Kentler. Eine geplatzte Preisverleihung im Kontext der Deutungskämpfe um sexualisierte Gewalt an Kindern in den 1980er und 1990er Jahren

■ Am 14. Mai 1997 wurde in Berlin erstmals der Magnus-Hirschfeld-Emanzipations-Preis verliehen. Auf die Initiative der „Schwusos“, der Landesarbeitsgemeinschaft der schwulen Sozialdemokraten, sollte damit an die Gründung der ersten Selbsthilfeorganisation homosexueller Menschen in Deutschland durch den Arzt und Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld erinnert werden.¹ Drei Preise sollten vergeben werden – jeweils einer in den Kategorien „Frau“, „Mann“ und „Gruppe“ – für besonderes Engagement für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen. Geehrt wurden die feministische Aktivistin Käthe Weiß für ihre Initiative beim Aufbau Berliner Lesbenprojekte sowie die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) für ihr Engagement für die Gleichstellung am Arbeitsplatz. In der Kategorie „Mann“ war der Hannoveraner Sexualpädagoge Helmut Kentler nominiert für seinen „Einsatz beim Abbau von Vorurteilen innerhalb der Kirchen“.²

¹ Magnus Hirschfeld Emanzipationspreis, in: taz, 11.3.1997, online: <https://taz.de/11410408/> [16.11.2023].

² Magnus Hirschfeld-Emanzipationspreis verliehen, in: taz, 15.5.1997, online: <https://taz.de/11400775/> [16.11.2023].

Käthe Weiß und eine Vertreterin der ÖTV nahmen die Ehrung entgegen. Die Preisvergabe an Kentler wurde jedoch kurz vor der Übergabe gestoppt, nachdem ein Fax mit einem Artikel aus der aktuellen Ausgabe der *Emma* bei der Jury eingetroffen war.³ Unter dem Titel „Die Schreibtischtäter“ ging die Autorin des Artikels, Ursula Enders, eine der schärfsten Kritikerinnen am männlichen Blick auf kindliche Sexualität, mit einigen prominenten Sexualwissenschaftlern und Hochschuldozenten der damaligen Zeit hart ins Gericht. Unter den Angegriffenen befand sich auch Kentler, dem sie vorwarf, die These zu vertreten, dass „päderastische“ Verhältnisse die betroffenen Minderjährigen nicht schädigten, sondern im Gegenteil durchaus positive Effekte auf deren Entwicklung haben könnten.⁴ Enders zitierte ausführlich aus Kentlers Buch „Leihväter“ aus dem Jahr 1989, in dem dieser über sein ‚Berliner Experiment‘ berichtete: In den späten 1960er und 1970er Jahren hatte der Sexualpädagoge, zu dieser Zeit Abteilungsleiter am Pädagogischen Zentrum Berlin, jugendliche Obdachlose, die auf dem Strich lebten, bei verurteilten Pädosexuellen untergebracht, da sie angeblich nur dort das nötige Maß an Zuwendung und Hilfe erfahren würden, die andere Unterbringungsformen ihnen nicht geben könnten. Dass die Männer die Situation für sexuelle Übergriffe auf die Minderjährigen nutzten, nahm Kentler billigend in Kauf.⁵

Kentlers sogenanntes Experiment hat in den letzten Jahren hohe Wellen geschlagen, und inzwischen liegen mehrere Studien vor, welche die Vorgänge aufarbeiten, insbesondere auch im Hinblick auf die damalige Berliner Senatsverwaltung, die in die Initiativen Kentlers eingeweiht war.⁶ Spätestens seit der Veröffentlichung seines „Leihväter“-Buches war seine Haltung zur männlichen Pädosexualität bekannt. Auch die Jury wusste bereits davon, als der

3 Holger Wicht, Hirschfeld-Preis auf Eis gelegt, in: taz, 16.5.1996, online: <https://taz.de/Hirschfeld-Preis-auf-Eis-gelegt/!3205579/> [16.11.2023].

4 Ursula Enders, Die Schreibtischtäter – Was können wir tun?, in: *Emma*, März/April 1997, S. 48, online: <https://www.emma.de/lesesaal/45354#pages/pageId-0062789b416bfd492a046bcae3a5d-12c49a81ad> [16.11.2023].

5 Ebd.; Helmut Kentler, *Leihväter. Kinder brauchen Väter*, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 55–56, S. 137–143.

6 Auch nach Kentlers Weggang aus Berlin wurde das ‚Experiment‘, soweit bekannt, bis Anfang der 2000er Jahre weitergeführt, siehe: Institut für Demokratieforschung, Georg-August-Universität Göttingen, Die Unterstützung pädosexueller bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung. Am Beispiel eines „Experiments“ von Helmut Kentler und der „Adressenliste zur schwulen, lesbischen & pädophilen Emanzipation“ (11/2016 Abschlussbericht zu dem Forschungsprojekt) (online: <https://www.berlin.de/sen/bjf/aktuelles2/artikel.537776.php> [16.11.2023]); Meike S. Baader u. a., Ergebnisbericht: „Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe“, Hildesheim 2020 (online: ebd.); Meike Baader u. a., Zwischenbericht: „Helmut Kentlers Wirken in der Berlin Kinder- und Jugendhilfe – Aufarbeitung der organisationalen Verfahren und Verantwortung des Berliner Landesjugendamtes“, Hildesheim 2022 (online: ebd.). Zur Biografie und den Schriften Kentlers insgesamt: Teresa Nentwig: *Im Fahrwasser der Emanzipation? Die Wege und Irrwege des Helmut Kentler*, Göttingen 2021.

Enders-Artikel bei ihr eintraf. Das Jury-Mitglied Ida Schillen (damals Die Grünen) berichtete der Berliner *taz*, dass „die umstrittene Position Kentlers in ‚Hinsicht auf Päderastie und Pädophilie‘ [...] mehreren Juroren bekannt gewesen, jedoch nicht zur Sprache gebracht worden“ sei.⁷

In der Tat lässt sich die geplatze Preisübergabe an Kentler als eine Art Kipppunkt in der bundesrepublikanischen Diskursgeschichte um Pädosexualität und sexualisierte Gewalt an Kindern deuten. War in den Jahren zuvor die Position des Hannoveraner Professors in weiten Teilen der Öffentlichkeit noch mehr oder weniger unkritisch hingenommen worden – Kentler war zum Beispiel lange Zeit ein gern gesehener Gast auf Evangelischen Kirchentagen⁸ –, so wurde es ab den späten 1990er Jahren stiller um ihn. Er selbst hat die abgesagte Preisverleihung als tiefe Kränkung und ungerechtfertigten Angriff auf seine Person durch feministische Agitatorinnen verstanden. In einer Stellungnahme schrieb er in der *taz* einige Monate später: „Ich kann nur staunend zur Kenntnis nehmen, daß ein Mann erst dann des ‚Magnus-Hirschfeld-Emanzipations-Preises‘ würdig erachtet wird, wenn ihm keine Äußerungen nachzuweisen sind, die ‚feministische Standpunkte‘ verletzen können; er muß mit ‚Emma‘ glauben, daß Männer immer potentielle Verbrecher, Frauen aber immer gut sind. [...] Wäre es da nicht redlich, den Preis umgehend umzutaufen auf *Emma*?“⁹

Im Folgenden wollen wir die Vorgeschichte dieses eher unbekanntem, aber nichtsdestoweniger symptomatischen Vorfalls um die Preisverleihung an Kentler nachzeichnen.¹⁰ Dabei werden wir zunächst rekonstruieren, wie es überhaupt zur Nominierung Kentlers kam. In einem zweiten Schritt wollen wir den Angriff von Enders auf Kentler und andere prominente Stimmen aus dem propädosexuellen Lager in den Kontext feministischer Kritik und Beratungspraxis für Betroffene sexualisierter Gewalt einordnen.

7 Wicht, Hirschfeld-Preis auf Eis gelegt; siehe auch: Nentwig, Im Fahrwasser, S. 182 f.

8 Theresa Nentwig, Eng verbunden. Der Sexualpädagoge Helmut Kentler und die evangelische Kirche, in: *Zeitzeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft* 21 (2020), H. 7, S. 40–42.

9 Helmut Kentler, Ein Preis in der Kategorie Mann, in: *taz*, 9.8.1997, online unter: <https://taz.de/Ein-Preis-in-der-Kategorie-Mann/!1387728/> [16.11.2023], auch in *HuK-Info*, Nr. 125, Juli-August 1997, S. 61–63.

10 Siehe dazu auch Nentwig, Im Fahrwasser, S. 181–184.

Helmut Kentler und die Initiative „Homosexuelle und Kirche“¹¹

Kentler sollte, wie bereits erwähnt, mit dem Magnus-Hirschfeld-Preis für seinen „Einsatz beim Abbau von Vorurteilen innerhalb der Kirchen“ geehrt werden. Der Vorschlag dazu kam von der Hannoveraner Regionalgruppe der interkonfessionellen Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“. Die „HuK“ – wie sie von den Mitgliedern und in Kirchenkreisen genannt wurde – war im Umfeld des Evangelischen Kirchentags in Berlin im Jahr 1977 entstanden. Sie verstand sich zum einen als Selbsthilfeorganisation von kirchlichen Bediensteten, die als Lesben und Schwule von ihren kirchlichen Arbeitgebern Benachteiligungen erfuhr – bis hin zu Dispensierungen von Pfarrstellen –, zum anderen auch als Teil der allgemeinen Schwulen- und Lesbenbewegung mit dem Ziel, kirchlich wie gesamtgesellschaftlich zum Abbau von Vorurteilen gegen homosexuelle Menschen beizutragen. Der Anteil schwuler Männer überwog den Frauenanteil allerdings erheblich, ebenso – wenn auch nicht ganz so ausgeprägt – der Anteil evangelischer Christ:innen denjenigen der Katholik:innen. Ende 1985 wurde die HuK als gemeinnütziger Verein eingetragen. Zwei Jahre später zählte sie bereits fast 600 Mitglieder in 24 Regionalgruppen und war seit dieser Zeit als eigene Gruppierung auf den Kirchentagen präsent, auf den Katholikentagen allerdings über einen langen Zeitraum (bis 1994) nur im Rahmen der „Initiative Kirche von unten“ (IKvu).¹²

Zu den prominentesten Fällen, welche die HuK damals beschäftigte, zählt derjenige des schwulen Pfarrers Klaus Brinker, der sich seit 1979 in einem zermürbenden Rechtsstreit mit der Landeskirche Hannovers befand, die ihn zwei Jahre später aufgrund seiner offen gelebten Homosexualität aus dem kirchlichen Dienst entließ.¹³ Unterstützung für seine Position erfuhr Brinker – und mit ihm die HuK – maßgeblich durch den in kirchlichen Kreisen bekannten Hannoveraner Sexualpädagogen Helmut Kentler, der selbst seinen beruflichen Werdegang in kirchlichen Einrichtungen begonnen hatte.¹⁴ 1983 gab Kentler ein Buch zum ‚Fall Brinker‘ heraus,

11 Der folgende Abschnitt fasst Teilergebnisse zusammen, die im Zusammenhang mit dem an der FZH durchgeführten Forschungsprojekt „Der Verein ‚Homosexuelle und Kirche‘ und seine Haltung zu Fragen der Pädosexualität 1977 bis 2008“ (Klaus Große Kracht) stehen.

12 Zur Geschichte der HuK siehe: Michael Brinkschröder u. a. (Hrsg.), *Aufgehende Saat. 40 Jahre Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche*, Stuttgart 2017; Klaus Fitschen, *Liebe zwischen Männern? Der deutsche Protestantismus und das Thema Homosexualität*, Leipzig 2018, S. 61–74.

13 Siehe Fitschen, *Liebe zwischen Männern*, S. 107–113.

14 Nentwig, *Im Fahrwasser*, S. 55–73.

wodurch die Vorgänge um Brinkers Entlassung auch überregional bekannt wurden.¹⁵

Auch später blieb Kentler der Hannoveraner Regionalgruppe der HuK eng verbunden, war behilflich beim Aufbau einer Sachbibliothek und unterstützte die Gruppe in „aktuellen kirchenpolitischen Fragen“. Auf Anregung eines Berliner HuK-Aktivisten, der mit Kentler bereits bei der Errichtung einer Gedenksäule für Magnus Hirschfeld in Berlin im Jahr 1994 zusammengearbeitet hatte, schlug die HuK-Gruppe Hannover Kentler dann drei Jahre später für den neu ausgeschriebenen Emanzipationspreis vor.¹⁶ Da Kentler bereits bei der Einweihung der Berliner Gedenksäule für Hirschfeld die Festrede gehalten hatte,¹⁷ wird sich in der Jury kaum jemand dagegen ausgesprochen haben, dem bekannten Sexualpädagogen den nach dem Vorkämpfer der Schwulenbewegung benannten Preis zuzuerkennen.¹⁸

Ohne von der abgesagten Preisverleihung zu wissen, schrieb Brinker am Tag der vorgesehenen Ehrung an seinen langjährigen Mitstreiter und Unterstützer Helmut Kentler: „Wir haben, besonders in Hannover, als schwule und lesbische Christen allen Grund, Dir für die jahrelange, unermüdliche Unterstützung zu danken. [...] Gerade [wir], die wir im Bereich der Kirchen leben, mitarbeiten und mitgestalten, [...] wissen vom schwierigen Weg der Anerkennung und dem Kampf um unsere Christen- und Menschenrechte zu berichten. Da war und ist es ein Glücksfall und ein ‚Geschenk des Himmels[‘], daß Du uns mit Deinem Wissen und Deiner Lebenserfahrung helfend und ratend zur Seite gestanden hast.“¹⁹

Die Nominierung von Kentler durch die HuK erfolgte also nicht aufgrund seiner Positionen im Zusammenhang mit „Pädophilie“ und „Päderastie“ – Kentler legte Wert auf diese begriffliche Unterscheidung²⁰ –, sondern allein aufgrund seines Engagements für die Rechte schwuler und lesbischer Christ:innen in ihren jeweiligen Kirchen. Das heißt aber nicht, dass die heute zu Recht in die Kritik geratenen Positionen Kentlers zu Fragen der Pädosexualität in der HuK nicht bekannt gewesen und zumindest von Teilen der Arbeitsgemeinschaft nicht

15 Helmut Kentler (Hrsg.), Die Menschlichkeit der Sexualität. Berichte, Analysen, Kommentare ausgelöst durch die Frage: Wie homosexuell dürften Pfarrer sein?, München 1983.

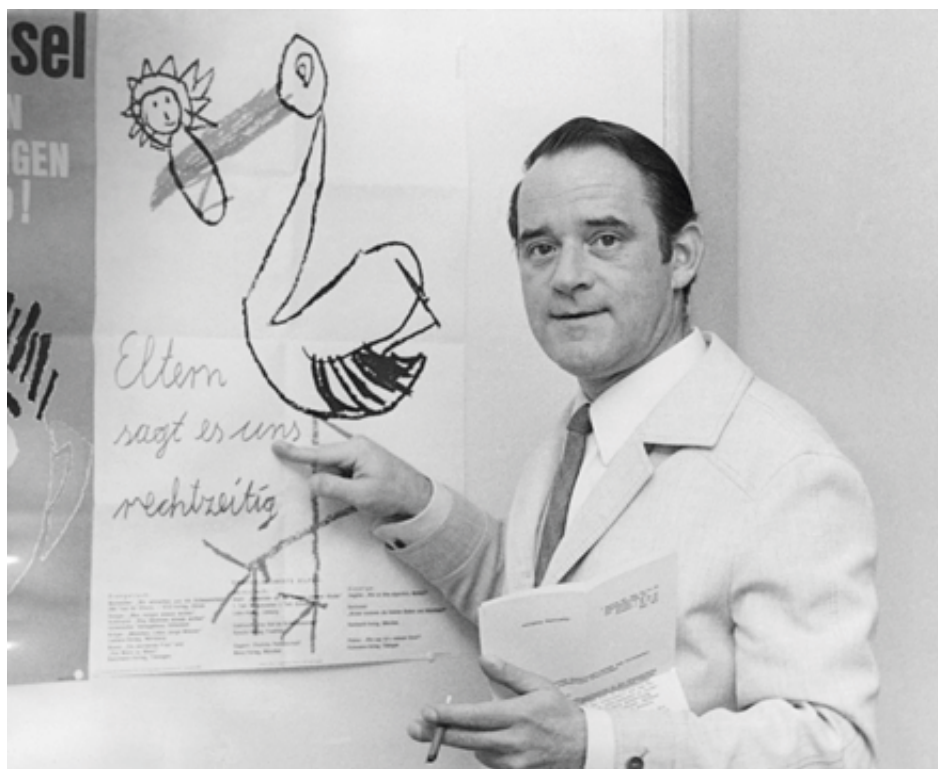
16 Siehe HuK-Info, Nr. 124, Mai/Juni 1997, S. 38; HuK-Info, Nr. 107/108, Juli–Oktober 1994, S. 50 f.

17 HuK-Info, Nr. 107/108, Juli–Oktober 1994, S. 52.

18 Über die Diskussionen innerhalb der Jury ist bislang wenig bekannt, siehe aber die durchaus selbstkritische Darstellung von Ida Schillen in der taz: Harry Nutt, Leicht verführbar, in: taz, 3.9.1997, online: <https://taz.de/11384221/> [16.11.2023].

19 Klaus Brinker (HuK-Hannover) an Helmut Kentler, 14.5.1997, in: HuK-Archiv, Nürnberg, Mappe Kentler.

20 Nentwig, Im Fahrwasser, S. 411–428. „Pädophilie“ bedeutete für Kentler die Fixierung auf vorpubertäre Kinder, „Päderastie“ auf pubertäre und postpubertäre Jugendliche – heute würde man in diesem Fall eher von „Ephobophilie“ sprechen.



Der bekannte Sexualpädagoge Helmut Kentler erhält 1997 keinen Preis.

© ullstein bild / Ingo Barth

auch gebilligt worden wären. In der Vereinszeitschrift, der *HuK-Info*, wurde jedenfalls immer wieder auf Veröffentlichungen und Vorträge des bekannten Sexualpädagogen hingewiesen, zudem wurden Texte von ihm abgedruckt – auch mit durchaus pädophilenfreundlichen Stellungnahmen. So konnten die HuK-Mitglieder beispielsweise im Jahr 1979 auf einen Aufsatz von Kentler stoßen, den dieser kurz zuvor in der populärwissenschaftlichen Zeitschrift *Psychologie heute* veröffentlicht hatte, und der – wie der verantwortliche Redakteur des Vereinsblatts handschriftlich hinzusetzte – auch für die in der Huk laufende „Pädophilen-Debatte“ „wichtig“ sei.²¹ In seinem Aufsatz führte Kentler aus, dass Kinder bereits im Kindergartenalter sexuelle Beziehungen eingehen könnten, „von denen mancher Erwachsener lernen könnte“.²² Und so fragte er sich und die Leser:innen, ob die landläufige Auffassung von der Schädlichkeit sexueller Kontakte zwischen Jugendlichen und Erwachsenen nicht revidiert werden müsse. Kentler verwies be-

²¹ Helmut Kentler, Sexualität ist ein Sozialprodukt, in: *Psychologie heute*, Januar 1979, abgedruckt in *HuK-Info*, Nr. 15, 1. Mai 1979, S. 21–24, hier S. 21.

²² Ebd., S. 22.

reits an dieser Stelle – also zehn Jahre vor seinem „Leihväter“-Buch – auf seine eigene mehrjährige Erfahrung, „daß schwer hospitalismuskranke Jungen arbeits- und ehefähig wurden, nachdem sie zwei bis drei Jahre bei pädagogisch besonders geschulten und ständig supervisierten Homosexuellen gelebt hatten“, womit Kentler im Grunde, wenn auch verklausuliert, auf sein Berliner ‚Experiment‘ anspielte.²³

Auch wenn Kentler hinzufügte, dass er damit keineswegs sexuelle Beziehungen zwischen Heranwachsenden und Erwachsenen propagieren wolle,²⁴ so tat er doch genau dies, zumindest drückte er seine, angeblich wissenschaftlich fundierte, Ansicht aus, dass solche Kontakte nicht per se als Straftat zu werten seien und durchaus positive Effekte haben könnten. Ende der 1970er Jahre konnte es insofern jedem HuK-Mitglied, das das vereinsinterne Mitteilungsblatt aufmerksam las, klar sein, dass Kentler zu den pädophilenfreundlichen Vertretern der deutschen Sexualpädagogik und Sexualwissenschaft zählte, womit er freilich keine Einzelerscheinung innerhalb des damaligen wissenschaftlichen Diskursfeldes darstellte.²⁵ Die Hannoveraner HuK-Gruppe scheint sich an diesen Positionen jedenfalls nicht gestört zu haben, als sie Kentler für den Magnus-Hirschfeld-Preis vorschlug.

Nach der geplatzten Preisverleihung wurde es Ende der 1990er Jahre dann allerdings etwas stiller um Helmut Kentler, zumindest in der HuK. Die geplatzte Preisvergabe blieb vom Bundesvorstand des Vereins jedenfalls öffentlich unkommentiert.²⁶ Auch gesamtgesellschaftlich ging das Renommee des 1996 emeritierten Hochschullehrers zurück. Zwar war er weiterhin in Beratung und Fortbildung aktiv, seit Mitte der 1990er Jahre stieß er bei seinen Vorträgen aber auch häufiger auf Unverständnis und Protest.²⁷ Nach der Jahrtausendwende finden sich in der *HuK-Info* dann nur noch gelegentliche Hinweise auf Kentlers Schriften, ohne besondere Bezugnahme zur Pädosexuellenfrage.²⁸

23 Ebd., S. 24.

24 Ebd.

25 Jens Elberfeld, Von der Sünde zur Selbstbestimmung. Zum Diskurs „kindlicher Sexualität“ (Bundesrepublik Deutschland 1960–1990), in: Peter-Paul Bänziger u. a. (Hrsg.), Sexuelle Revolution? Zur Geschichte der Sexualität im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren, Bielefeld 2015, S. 247–284; Jan-Henrik Friedrichs, Delinquenz, Geschlecht und die Grenzen des Sagbaren. Sexualwissenschaftliche Diskursstränge zur Pädophilie in ausgewählten Periodika, 1960–1995, in: Zeitschrift für Sexualforschung 30 (2017), S. 161–182; Katrin Kämpf, Pädophilie. Eine Diskursgeschichte, Bielefeld 2022.

26 Allerdings bekam Kentler die Möglichkeit, seine Sicht der Dinge in der Mitgliederzeitschrift zu präsentieren, siehe: Helmut Kentler, Zwischen den Jahren 1997/98, in: *HuK-Info*, Nr. 127, Januar–März 1998, S. 74.

27 Nentwig, Im Fahrwasser, S. 525–552.

28 Zur internen Auseinandersetzung um Akzeptanz bzw. Ablehnung der Pädosexualität innerhalb der HuK siehe: Klaus Große Kracht, „Pädofrage – unentschieden?“ Die ökumenische Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“, Helmut Kentler und der lange Weg zur Abgrenzung von sexualisierter Gewalt gegenüber Kindern (1977 bis 1997), demnächst online unter: <https://www.huk.org/>

Die Hannoveraner Regionalgruppe blieb allerdings weiterhin an seiner Seite. Zumindest kündigte Kentler an, seinen 70. Geburtstag im Jahr 1998 im Rahmen einer größeren Feier zu begehen, die er zusammen mit der HuK-Gruppe Hannover ausrichten wollte.²⁹ Als Ansprechpartner dafür stand der evangelische Pfarrer Hans-Jürgen Meyer zur Verfügung, den Kentler ähnlich wie im Fall von Klaus Brinker in seinen Auseinandersetzungen mit der Hannoveraner Landeskirche, die ihn aufgrund seiner gelebten Homosexualität gemaßregelt hatte, in den 1980er Jahren unterstützt hatte.³⁰ Meyer war es dann auch, der den Trauergottesdienst für den am 9. Juli 2008 verstorbenen Kentler hielt. In der später veröffentlichten Version der Traueransprache würdigte Meyer Kentler als einen „aufrichtige[n] Christ[en]“ und Vorkämpfer für die Rechte von Schwulen und „Zukurzgekommenen“: „Ja, er hat praktisch gelebt, was von Jesus zu lernen ist. Das Engagement für die Verlorenen und Ausgegrenzten. Der liebe Gott hat es gut gemeint mit unserem lieben Helmut.“³¹ Über Kentlers diverse Unternehmungen, pädosexuellen Aktivitäten gesamtgesellschaftlich Akzeptanz zu verleihen und damit Vorschub zu leisten, findet sich in der Traueransprache hingegen kein Wort.

Deutungskampf um Pädosexualität und sexualisierte Gewalt an Kindern – die feministische Intervention und die verhinderte Preisverleihung³²

Die Kritik an Helmut Kentler, die Ursula Enders im Vorfeld der Preisverleihung in der *Emma* äußerte und die die Preisverleihung schließlich verhinderte, kam nicht überraschend. Enders hatte als Gründerin und Leiterin von Zartbitter, einer Kölner Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen, Kentler in den Jahren zuvor immer wieder für seine Positionen zu Pädosexualität öffentlich kritisiert. So erschien in der *Emma* bereits 1993 ein zwar namentlich nicht gekennzeichnete Artikel, der allerdings Enders zugeschrieben wird. Unter dem Titel „Falsche Kinderfreunde“ sollte der Artikel pädosexuelle Netzwerke und ihre einflussreichen Unterstützerverkreise offen-

29 Helmut Kentler, Zwischen den Jahren 1997/1998, in: HuK-Info, Nr. 127, Januar–März 1998, S. 74.

30 Siehe Hans-Jürgen Meyer, *Leben – Leiden – Lachen*. Ein schwuler Pastor erzählt, Berlin 2011, S. 186.

31 Ebd., S. 302–307, hier S. 307.

32 Die folgenden Überlegungen stehen im Zusammenhang mit dem Dissertationsprojekt von Ruth Pope zur Geschichte der feministischen Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen in der Bundesrepublik zwischen 1980 und 2010.

legen: „angesehene Professoren, engagierte Väter, fortschrittliche Pädagogen und Alt-68er“ würden eine „Pro-Kindersex-Allianz aus gar zu liebevollen Kinderfreunden“ bilden.³³ Darunter auch Helmut Kentler, der als Gutachter in Missbrauchsprozessen durch „Parteinahme“ für des Missbrauchs beschuldigte Eltern aufgefallen war – nicht weiter überraschend, so die Argumentation des Artikels, denn Kentler „empfiehlt in seinen wissenschaftlichen Schriften die Unterbringung straffälliger Jungen ‚bei pädagogisch interessierten Päderasten“.“³⁴ Dementsprechend sei Kentler schon zuvor durch zweifelhafte Positionen in Bezug auf ‚Pädophilie‘ und sexuellen Missbrauch aufgefallen. In einem Nachwort zu ihrem neu aufgelegten Handbuch gegen sexuelle Gewalt führte Enders dann zwei Jahre später, im Jahr 1995, ihre Kritik an Kentler weiter aus und verband sie mit einer persönlichen Bemerkung: „Wie schwer es ist, sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen im eigenen Umfeld wahrzunehmen und zu glauben, konnte ich an mir selbst beobachten. Auch ich überhörte noch in der Mitte der achtziger Jahre während meiner ehrenamtlichen Tätigkeit beim Kinderschutzbund Aussagen eines Vereinskollegen, die mir Hinweise auf seine pädophilen Neigungen hätten sein können. [...] Seinerzeit wunderte es mich z. B. nicht, wie sehr mein Kollege auf die Schriften Helmut Kentlers schwor, hatte doch auch ich in den siebziger Jahren dessen Veröffentlichungen studiert und die latente Pädophilenfreundlichkeit des Sexualexperten nicht erkannt. In Abgrenzung zu der sehr rigiden Sexualerziehung in den meisten Elternhäusern wurde Prof. Dr. Helmut Kentler in den siebziger Jahren als Experte für Sexualerziehung gefeiert.“³⁵ Übersehen wurde dabei laut Enders aber das „teilweise äußerst unkritisch[e] Verhältnis des Autors zu sexuellen Übergriffen“. Anhand seiner Veröffentlichungen arbeitete Enders Kentlers Positionen zu kindlicher Sexualität und „Pädophilie“ heraus und warf ihm vor, Missbrauchstäter „als ‚Opfer kindlicher Verführung““ zu sehen und das „Ungleichgewicht im Machtverhältnis Erwachsener–Kind“ zu ignorieren. Auch verwies sie erneut auf Kentlers Position, „daß homosexuelle Beziehungen zwischen Pflegepersonen und Pflegekind nicht unbedingt eine Schädigung des Kindes zur Folge habe“. Kentler empfehle nicht nur, bedürftige Jungen bei „pädagogisch interessierten Päderasten“ unterzubringen, sondern behaupte darüber hinaus, „daß sich päde-

33 O. A., Falsche Kinderfreunde, in: Emma, September/Oktober 1993, S. 45–52, online: <https://www.emma.de/lesesaal/45332#pages/47> [16.11.2023]. Der Artikel erschien anonym, aber Teresa Nentwig schreibt die Autorenschaft Ursula Enders zu, siehe Nentwig, Im Fahrwasser, S. 180.

34 O. A., Falsche Kinderfreunde.

35 Ursula Enders, Statt eines Nachworts: Gibt es einen „Mißbrauch mit dem Mißbrauch“?, in: dies. (Hrsg.), Zart war ich, bitter war’s. Handbuch gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen, Köln 1995, S. 307–326, hier S. 308 f.

rastische Verhältnisse sehr positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung eines Jungen auswirken können, vor allem dann, wenn der Päderast ein regelrechter Mentor des Jungen ist“.³⁶ Unter der Zwischenüberschrift „Die Täterlobby formiert sich“ verortete Enders Kentler hier – wie schon im vorausgegangenen *Emma*-Artikel – in einem Netzwerk aus Einzelpersonen und Organisationen, die „pädophilenfreundliche Positionen vertraten“³⁷ oder sich als „Wissenschaftler von Täterlobbyisten instrumentalisieren lassen“.³⁸

Die Argumente, die Enders 1997 im Vorfeld der Preisverleihung gegen Kentler vortrug, waren also keineswegs neu. Kentler galt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre besonders für viele, die sich in einem feministischen Kontext gegen sexualisierte Gewalt an Kindern engagierten, als prominenter Gegner. Hatten Aktivistinnen wie Enders bis dahin kaum an seiner Reputation rütteln können, stieß die Kritik 1997 auf Gehör – und brachte die Jury dazu, ihre Entscheidung kurzfristig zu revidieren und Kentler den Magnus-Hirschfeld-Preis nicht zuzuerkennen. Damit steht die geplatzte Preisverleihung beispielhaft für einen Kipppunkt im Diskurs um sexualisierte Gewalt an Kindern, wie er in den 1980er und 1990er Jahren in der Bundesrepublik geführt wurde. Seit Anfang der 1980er Jahre hatten betroffene Frauen und Aktivistinnen im Kontext der Neuen Frauenbewegung mit zumeist männlichen Experten aus der Sexualpädagogik und -wissenschaft um die Deutungshoheit über kindliche Sexualität, Pädosexualität und sexualisierte Gewalt an Kindern gerungen.³⁹ Zum Zeitpunkt der Preisverleihung, so scheint es, hatte sich der gesellschaftliche Diskurs soweit verändert, dass ein bis dahin anerkannter und einflussreicher Wissenschaftler wie Helmut Kentler unter der öffentlich vorgetragenen Kritik an seinen Positionen deutlich an Achtung einbüßte.

Nachdem sich Feministinnen im Verlauf der 1970er Jahre intensiv mit Gewalt, auch sexualisierter Gewalt an Frauen befasst hatten, wurden Ende der 1970er Jahre die ersten Erfahrungsberichte von Frauen öffentlich, die bereits in ihrer Kindheit sexualisierte Gewalt erlebt hatten, oft innerhalb der eigenen Familie durch den Vater, Onkel oder Großvater. So veröffentlichte die *Emma* 1978 unter dem Titel „Das Verbrechen, über das niemand spricht“ einen

36 Ebd., S. 310.

37 Ebd.

38 Ebd., S. 314.

39 Siehe zur feministischen Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt in der Kindheit Johanna Klatt / Alexander Hensel / Oliver D'Antonio, *Andere Perspektiven, neue Fronten. Die Verdrängung der Pädophilie-Debatte ab den 1980er Jahren*, in: Franz Walter / Stephan Klecha / Alexander Hensel (Hrsg.), *Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte*, Göttingen 2015, S. 228–251, insb. S. 233–238; Ruth Pope, „Zartbitter“ und die feministische Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt an Kindern in den 1980er und 1990er Jahren, in: *Westfälische Forschungen* 72 (2022), S. 347–365.



Seit 1990 mehrfach aufgelegt – das von Ursula Enders veröffentlichte Handbuch über sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen, hier Cover der Ausgabe von 2003

Artikel über sexualisierte Gewalt in der Kindheit.⁴⁰ Im Zentrum stand der detaillierte Erfahrungsbericht einer 14-jährigen Jugendlichen aus Berlin, die über mehrere Jahre sexualisierte Gewalt durch ihren Vater erlebt hatte, bevor sie mit ihrer Stiefmutter ins Frauenhaus zog. „Drei Viertel aller sexuell mißbrauchten Kinder (überwiegend Mädchen)“, so schrieb die Autorin Sarah Nelson zum Kontext, „kannten den Täter schon vorher; bei mehr als jedem vierten Kind war es der eigene Vater oder Stiefvater“. Diese Erkenntnis verband sie mit einer gesellschaftspolitischen Analyse: „Daß ein Mensch sich an einem anderen Menschen, der ihm so ausgeliefert ist, in dieser Art vergehen kann, scheint schwer vorstellbar und kaum erträglich – und ist doch so. Ja, es ist sogar selbstverständlich in einer Welt, in der Beziehungen auf Macht und Ohnmacht basieren; in der Männer glauben, Frauen seien ihr Besitz: erwachsene Frauen und kleine Mädchen, die ihrem Vater ja doppelt – in ihrer Eigenschaft als Frau und als Kind – ausgeliefert sind.“⁴¹

40 Hier und im Folgenden Sarah Nelson, Das Verbrechen, über das niemand spricht, in: Emma, April 1978, S. 20–26, online: <https://www.emma.de/lesesaal/45147#pages/20> [16.11.2023].

41 Ebd.

Auch andere Zeitschriften griffen das Thema auf; gemeinsam war ihnen Anfang der 1980er Jahre der empathische Blick auf die Erfahrung Betroffener. Beispielsweise veröffentlichte die *Brigitte* 1982 einen Gastbeitrag der Psychologin Alice Miller über „Die einsame Not der kleinen Mädchen“, die „belästigt, genötigt, sexuell mißbraucht“ und unter den Folgen bis ins Erwachsenenalter leiden würden.⁴² Im Nachklang wandten sich zahlreiche Frauen an die Redaktion und schilderten in Briefen ihre eigenen Erfahrungen, die die *Brigitte* in einem Buch veröffentlichte.⁴³ Die Erfahrungen von betroffenen Frauen wurden auch zur Grundlage für die erste deutschsprachige Publikation über sexualisierte Gewalt an Mädchen: 1984 veröffentlichten die Soziologin Barbara Kavemann und die Rechtsanwältin Ingrid Lohstöter das Buch „Väter als Täter“, das in den folgenden Jahren zur wichtigsten publizistischen Grundlage für das feministische Engagement gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen, später auch an Jungen, wurde.⁴⁴

Die Leidens- und Erfahrungsberichte, die in diesen Jahren veröffentlicht wurden, deckten sich nicht mit dem, was bis dahin anerkannte Sexualexperten zu Unschädlichkeit, Gewaltlosigkeit und Einvernehmlichkeit sexueller Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern immer wieder behauptet hatten.⁴⁵ Daher fand die feministische Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt an Kindern von Anfang an in öffentlicher Auseinandersetzung mit und Abgrenzung zu den meist männlichen Experten statt.

So kritisierte Alice Schwarzer bereits 1980 in der *Emma*, dass „vor allem sich als progressiv verstehende Sexualwissenschaftler und Pädagogen engagiert für das Recht auf Pädophilie“ einträten, und verwahrte sich gegenüber allen Vereinnahmungsversuchen, Pädosexuelle und Frauen als gleichsam unterdrückte Minderheiten zu verstehen. „Ich halte Pädophile nicht für eine zu befreiende verkannte Minderheit, sondern für das willkommene Sprachrohr einer Männergesellschaft, die es schon immer gut verstanden hat, ungleiche Beziehung als ‚gleich‘ zu propagieren – um dann umso unbehelligter herrschen zu können ...“⁴⁶ Dem wissenschaftlich fragwürdigen Argument, sexuelle Kontakte mit Erwachsenen seien für die Kinder unschädlich und folgenlos, stünden „millionenfache körperliche und

42 Alice Miller, Die einsame Not der kleinen Mädchen, in: *Brigitte*, 19, 1982, S. 114–119.

43 Angelika Gardiner-Sirtl (Hrsg.), Als Kind mißbraucht. Frauen brechen das Schweigen, München 1983.

44 Barbara Kavemann / Ingrid Lohstöter, Väter als Täter. Sexuelle Gewalt gegen Mädchen, Reinbek bei Hamburg 1984.

45 Siehe beispielsweise Friedrichs, Delinquenz; Elberfeld, Von der Sünde, S. 266.

46 Alice Schwarzer, Emanzipiert Pädophilie?, in: *Emma*, April 1980, S. 5, online: <https://www.emma.de/lesesaal/45171#pages/5> [16.11.2023].

seelische Verletzungen gegenüber, die Mädchen erleiden mussten und müssen“.⁴⁷

Noch grundsätzlicher wurde Schwarzer in ihrer Kritik 1985 auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung, in der auch Kentler Mitglied war. Hier warf sie den versammelten Sexualwissenschaftlern (und wenigen Wissenschaftlerinnen) vor, in ihren Forschungen die Erfahrungen von Frauen vollkommen auszublenden. Sie behaupteten zwar, dass Sexualität immer durch den gesellschaftlichen Kontext geprägt sei, aber sie „setzten Mann gleich Mensch“.⁴⁸ Dabei seien, so betonte Schwarzer, sexuelle Beziehungen zwischen Männern und Frauen immer „objektive Machtbeziehungen“, die Sexualität bleibe „das Terrain, wo die beiden Geschlechter sich corps-à-corps gegenüberstehen: der Hauptexerzierplatz für männliche Dominanz und weibliche Erniedrigung“.⁴⁹ Das zu übersehen „geht nicht an [...], schon gar nicht in einem Bereich wie der Sexualität und der Erotik, wo es fundamental in jedem Moment zum Tragen kommt, ob der Mensch ein Mann ist oder eine Frau. Wenn ein Sexualwissenschaftler das heute immer noch nicht weiß, muß er es lernen, und zwar ganz schnell. Denn sonst ist er in den Augen der Frauen nicht nur nicht ernst zu nehmen – oder gar zu bekämpfen! –, sondern er kann auch überhaupt nicht konsequent und gründlich forschen und therapieren.“⁵⁰

Aus feministischer Perspektive fehlte es Anfang der 1980er Jahre also grundsätzlich an Expertise zu sexualisierter Gewalt an Frauen im Allgemeinen und sexualisierter Gewalt an Mädchen im Speziellen, von adäquaten Therapie- und Unterstützungsangeboten für die Betroffenen ganz abgesehen. Dieses Vakuum füllten seit Beginn der 1980er Jahre Frauen, die aus Betroffenheit oder aus Solidarität mit Betroffenen heraus begannen, sich mit sexualisierter Gewalt in der Kindheit auseinanderzusetzen und die Ausmaße, Hintergründe und vor allem Folgen öffentlich sichtbar zu machen. In Selbsthilfe-

47 Ebd. In der gleichen Ausgabe erschien außerdem ein Gespräch Schwarzers mit dem Sozialwissenschaftler und Sexualexperten Günter Amendt, der seinen sexualwissenschaftlichen Kollegen widersprach und Pädosexualität „nicht als logische Entwicklung einer einmal begonnenen Emanzipationsdiskussion“ begriff, vielmehr gehe es um „Beziehungen von Ungleichen, um Herrschaft und letztlich um Ausbeutung“. Damit steht Günter Amendt beispielhaft dafür, dass es auch im sexualwissenschaftlichen und -pädagogischen Diskurs um Pädosexualität und kindliche Sexualität kritische Stimmen gab, die sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern verurteilten. Siehe Alice Schwarzer im Gespräch mit Günter Amendt, *Wie frei macht Pädophilie?*, in: *Emma*, April 1980, S. 26–31, hier S. 27, online: <https://www.emma.de/lesesaal/45171#pages/27> [16.11.2023].

48 Alice Schwarzer, *Sexualität und Frauenkampf – oder auch: Ganz linker Sex*, in: Friedemann Pfäfflin / Eberhard Schorsch (Hrsg.), *Sexualpolitische Kontroversen. Ergebnisse der 15. Wissenschaftlichen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung*, Stuttgart 1987, S. 49–57, hier S. 49.

49 Ebd., S. 52.

50 Ebd., S. 55.

und Berufsgruppen tauschten sie ihre Erfahrungen aus, sammelten das Wenige, was es national und international an feministischen Publikationen zum Thema gab, veröffentlichten Erfahrungsberichte und suchten Kontakt zu weiteren Betroffenen. Aus den individuellen Erfahrungen zeichneten sich Gemeinsamkeiten und Muster ab, aus denen die Gruppen vor dem Hintergrund der feministischen Analyse von sexualisierter Gewalt als Ausdruck und Manifestation männlicher Herrschaft im Patriarchat kollektive Erkenntnisse über sexualisierte Gewalt an Mädchen, erst später auch an Jungen, ableiteten: Sie verorteten die Täter nicht am gesellschaftlichen Rand, sondern schichtenübergreifend im Nahfeld der Kinder, vor allem in den Familien. Durch einen ausgeweiteten Gewaltbegriff, der nicht auf physische, sondern auf strukturelle Gewalt abzielte, machten sie deutlich, dass es einvernehmliche und gewaltlose sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern aufgrund der gegebenen Machtverhältnisse zwischen den Generationen und den Geschlechtern nicht geben könne. Nicht zuletzt wiesen sie immer wieder auf die – oft massiven und langanhaltenden – psychischen und physischen Folgen für die betroffenen Kinder hin.

Aus diesen ersten Selbsthilfe- und Berufsgruppen entwickelten sich seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre anerkannte Beratungsstellen wie Wildwasser in Westberlin oder Zartbitter in Münster und in Köln, die nicht nur Anlaufstellen für betroffene Mädchen und Frauen, mitunter auch Jungen, waren, sondern durch Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildungsprogramme und Vernetzung mit lokalen Institutionen wie Polizei, Jugendämtern, Krankenhäusern etc. zu einem wichtigen Akteur in der lokalen Infrastruktur bei sexualisierter Gewalt an Kindern wurden.⁵¹

Insbesondere der parteilich-feministische Ansatz der Beratungsstellen und die politische Ausrichtung blieben aber nicht unumstritten. Anfang der 1990er Jahre formierten sich unter dem Schlagwort „Missbrauch mit dem Missbrauch“ Kritiker:innen der feministischen Beratungsstellen.⁵² Vorreiter:innen waren die Publizistin Katharina Rutschky und der Pädagogikprofessor Reinhart Wolff, die das Ausmaß sexualisierter Gewalt an Kindern in der öffentlichen Debatte für deutlich überschätzt hielten und vor einer neuen Sexualfeindlichkeit und „autoritären Eingriffspraxis“ warnten.⁵³ Die spezialisier-

51 Vgl. Pope, Zartbitter.

52 Die bisher umfangreichste Darstellung dieser Auseinandersetzung findet sich bei Nentwig, Im Fahrwasser, S. 518–549.

53 Hier und im Folgenden Katharina Rutschky / Reinhart Wolff, Vorwort, in: dies. (Hrsg.), Handbuch Sexueller Mißbrauch, Hamburg 1994, S. 10–15, hier S. 11. Siehe außerdem Katharina Rutschky, Erregte Aufklärung. Kindesmißbrauch: Fakten & Fiktionen, Hamburg 1992.

ten Beratungsstellen seien von „missionarischem Aktivismus“ getrieben und verweigerten sich einer öffentlichen Debatte und Reflexion ihrer eigenen Arbeit.⁵⁴

In der Debatte mischten sich deutlich antifeministische Töne mit kritischen Anfragen an die Fachlichkeit der feministischen Beratungsstellen und Auseinandersetzungen um konkurrierende Beratungs- und Interventionspraktiken vor allem seitens der familientherapeutisch ausgerichteten Beratungseinrichtungen aus der Tradition des Kinderschutzes. Auch Helmut Kentler, das hat Teresa Nentwig detailliert herausgearbeitet, positionierte sich in der Debatte um den „Missbrauch mit dem Missbrauch“ kritisch gegenüber der feministischen Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt an Kindern und den parteilich arbeitenden Beratungsstellen, vor allem in seiner Rolle als Gutachter in verschiedenen Missbrauchsprozessen. Auch er hielt sexuellen Missbrauch für seltener als bisweilen angenommen, vor allem Väter als Täter seien eine „Rarität“ und vorschnelle Verdächtigungen kämen einer „Hexenverfolgung“ gleich – eine gängige Metapher von Kritiker:innen der feministischen Beratungspraxis.⁵⁵

Die Feministinnen und Beratungsstellen reagierten unterschiedlich auf den Vorwurf, „Missbrauch mit dem Missbrauch“ zu betreiben. Eine Tagung zur „Evaluation der Praxis und Forschung des sexuellen Mißbrauchs“, die Rutschky und Wolff 1994 in Berlin ausrichteten, wurde von Aktivist:innen gestört. Schon im Vorfeld hatten „verschiedenste Frauen- und Lesbengruppen“ aus Berlin ein Flugblatt veröffentlicht und das Programm und das Ansinnen der Tagung kritisiert. „Beim Blick auf den Einladungstext zur Tagung, auf ReferentInnen- und Themenauswahl zeigt sich, daß hier eindeutig versucht werden soll, dem bisher hauptsächlich publizistisch geführten Angriff auf feministische Anti-Gewaltprojekte unter dem suggestiven Titel ‚Mißbrauch mit dem Mißbrauch‘ einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben.“ Deswegen riefen sie dazu auf, an dem „Schlußpodium der Tagung anwesend zu sein, um klar und entschieden sich zum sogenannten ‚Mißbrauch mit dem Mißbrauch‘ zu äußern“.⁵⁶ Tatsächlich kam es zu lauten Protesten und Tumulten. Die *taz* berichtete: „Mit Trillerpfeifen und Hupen, Transparenten, Buttersäure und kräftigem Einsatz ihrer Ellbogen verhinderten etwa einhundert Frauen und einige Männer über Stunden den Beginn des Forums, blockierten den Eingang und besetzten

⁵⁴ Ebd., S. 10.

⁵⁵ Siehe Nentwig, Im Fahrwasser, S. 522–528.

⁵⁶ Flugblatt „Verkehrte Aufklärung. Das Patriarchat schlägt zurück“, o.D., in: FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 20.22.5. Sammlung Dagmar Ohl, 10.

das Podium.“⁵⁷ Die Tagung wurde schließlich unter Polizeischutz in anderen Räumen fortgeführt.⁵⁸

Eine andere Strategie wählte die hannoversche Beratungsstelle Violetta, die im Februar 1994 zu der Tagung „Wir lassen uns nicht mundtot machen“ einlud. Dort setzten sich laut Veranstalterinnen über 250 Teilnehmer:innen mit der „Gegenbewegung“ und den Vorwürfen des „Missbrauchs mit dem Missbrauch“ auseinander und suchten nach Gegenstrategien. Ziel war es, „eine Reihe von Tips, Argumentationshilfen und Strategien [zu sammeln], damit wir auch in Zukunft nicht mundtot gemacht werden“.⁵⁹

Andere, darunter Ursula Enders, setzten sich publizistisch mit den Vorwürfen auseinander. In dem bereits zitierten Aufsatz von 1995 ermahnte Enders die feministischen Beratungsstellen, angesichts der öffentlichen Kritik „genau zu analysieren, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden und welche Impulse aus dem öffentlichen Diskurs für die Weiterentwicklung der Arbeit gegen sexuelle Gewalt gewonnen werden können“.⁶⁰ Hingegen könnten „Pfeifkonzerte und Handgreiflichkeiten, Polemiken und banale Schuldzuweisungen keine adäquate Antwort auf die Kampagne ‚Mißbrauch mit dem Mißbrauch‘“ geben.⁶¹ Stattdessen griff sie die gängigsten Vorwürfe der Debatte auf und setzte sich argumentativ mit ihnen auseinander – auch indem sie in diesem und weiteren Texten die Verstrickungen und die pädophilenfreundlichen Positionen der lautesten Kritiker aufzeigte, darunter Helmut Kentler.

1997 fand ihr Argument Gehör, die Jury verweigerte Kentler den Preis mit Hinweis auf seine Positionen zur Pädosexualität. Obwohl die feministischen Positionen zu sexualisierter Gewalt an Kindern und die Akteur:innen der feministischen Beratungsszene im Zuge der Debatte um einen „Missbrauch mit dem Missbrauch“ öffentlich unter Druck geraten waren, zeigt sich an diesem Beispiel, dass ein zentrales Argument schließlich verfiel: Gewaltfreie sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen und Minderjährigen kann es nicht geben. Behauptungen, solche Kontakte seien unschädlich, mitunter gar nützlich, sind nicht aufrechtzuerhalten und schützen Täter.

57 Jeannette Goddar, Sexueller Mißbrauch polemisch aufbereitet. Kongreß gegen eine „ideologisierte Mißbrauchspanik“ fand unter Polizeischutz statt, in: taz, 24.1.1994, online: [https://taz.de/Sexueller-Missbrauch-polemisch-aufbereitet/!](https://taz.de/Sexueller-Missbrauch-polemisch-aufbereitet/)1580454/ [16.11.2023].

58 Aus der Tagung ging der oben zitierte Sammelband hervor. Er umfasst auch einen Beitrag von Helmut Kentler: ders., Täterinnen und Täter beim sexuellen Mißbrauch von Jungen, in: Rutschky/Wolff (Hrsg.), Handbuch sexueller Mißbrauch, S. 199–217.

59 Violetta e. V. (Hrsg.), „Wir lassen uns nicht mundtot machen.“ Dokumentation der Fachtagung zur Bewegung gegen die Enttabuisierung des sexuellen Mißbrauchs am 17.2.1994 in Hannover, Hannover o. J.

60 Enders, Statt eines Nachworts, S. 318.

61 Ebd., S. 307.

Fazit

Die geplatzte Preisverleihung lässt sich also einordnen in eine seit den 1980er Jahren zu beobachtende Veränderung im Diskurs um Pädosexualität und sexualisierte Gewalt an Kindern. Im Kontext der feministischen Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt vor allem an Mädchen wurde die Perspektive der Betroffenen aufgewertet und erhielt im öffentlichen Diskurs neues Gewicht. Bisherige Experten auf dem Gebiet der Sexualität, die bis dahin immer wieder die Unschädlichkeit und Folgenlosigkeit sexueller Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern behauptet hatten, büßten darüber an Glaubwürdigkeit ein.

Akteurinnen wie Ursula Enders hatten Helmut Kentler und anderen vermeintlichen Experten wiederholt und öffentlich vorgeworfen, sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen als legitime und folgenlose Praktiken zwischen Erwachsenen und Minderjährigen zu bagatellisieren und damit pädosexuelle Netzwerke und ihre politischen Forderungen zu unterstützen. Eine wichtige Plattform, um diese Kritik öffentlich zu äußern, war die *Emma*, die seit 1978 mit einem dezidiert feministischen Standpunkt regelmäßig über sexualisierte Gewalt an Kindern schrieb.

Zugleich sahen sich die Akteurinnen im Kontext der feministischen Beratungsstellen wie Wildwasser oder Zartbitter Mitte der 1990er Jahre mit dem Vorwurf konfrontiert, „Missbrauch mit dem Missbrauch“ zu betreiben und aus Eigennutz – um die Frauenbewegung zu retten oder sich Arbeitsplätze zu schaffen – sexualisierte Gewalt an Kindern als gesellschaftliches Problem zu dramatisieren. Trotz einiger militanter Versuche, sich gegen die Anschuldigungen zu wehren, wurde die Auseinandersetzung vor allem publizistisch und medial geführt – eine Strategie, die sich im Fall Helmut Kentlers für die feministische Seite schließlich als erfolgreich erwies und öffentlichkeitswirksam die Preisverleihung verhinderte.

Helmut Kentler reagierte auf die geplatzte Preisverleihung in einem Gastbeitrag in der *taz* mit Groll gegenüber der *Emma* und der Jury, genommen deren weiblichen Mitgliedern.⁶² Er habe erfahren, dass sich alle Frauen in der Jury gegen die Preisverleihung an ihn ausgesprochen hätten, weil er dem feministischen Konsens widersprochen habe. Der *Emma* warf er vor, ihn mit den Anschuldigungen vor allem zukünftig als Gutachter in Gerichtsprozessen verhindern zu wollen, in denen Eltern beschuldigt wurden, ihre Kinder zu missbrauchen. Er sei „sehr stolz darauf, daß bisher alle

⁶² Hier und im Folgenden Kentler, Ein Preis in der Kategorie Mann.

Fälle, in denen ich tätig geworden bin, mit Einstellungen der Verfahren oder sogar Freisprüchen für die Eltern beendet worden sind“.⁶³

Kentlers Versuch der Ehrenrettung scheiterte, die Jury blieb bei ihrer Entscheidung. Auch innerhalb der HuK fanden sich nur noch wenige, die Kentlers Sicht auf die vermeintlich harmlosen Folgen des sexuellen Kontaktes zwischen Erwachsenen und Kindern teilen mochten. Noch vor der geplatzten Preisverleihung kam es auf der Frühjahrstagung der HuK im März 1997 zu einer intensiven Debatte zur Haltung des Vereins zu Fragen der Pädosexualität. Mit einer deutlichen Mehrheit von über zwei Drittel der abgegebenen Stimmen wurde schließlich eine Resolution verabschiedet, in der die HuK ihre Ablehnung der Pädosexualität deutlich zum Ausdruck brachte. „Sexualität“, so heißt es hier, könne „zwischen Menschen grundsätzlich nur im gegenseitigen Einvernehmen stattfinden“, da aber zwischen Kindern und Erwachsenen ein „strukturelles Machtgefälle“ bestehe, könne es hier kein „gleichberechtigtes Einvernehmen“ geben.⁶⁴ Im Grunde war Kentlers Sicht auf die Pädosexualität insofern schon in dem Moment in der HuK nicht mehr mehrheitsfähig, als die Hannoveraner Regionalgruppe ihn für den Magnus-Hirschfeld-Preis vorschlug. Kentlers bitterböse Reaktion auf die abgesagte Preisverleihung kommentierte die Redaktion des HuK-Info daher auch mit dem Hinweis, dass dessen Darstellung sicherlich bei „einigen HuK-Mitgliedern Widerspruch“ auslösen werde, die „Solidarität“ mit einem der engagiertesten Fürsprecher der Rechte Homosexueller in der Kirche es aber gebiete, ihn zu Wort kommen zu lassen. Die Missbrauchsdebatte sei in der HuK jedenfalls – zumindest vorläufig – abgeschlossen.⁶⁵

Das Beispiel der gescheiterten Preisverleihung kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass sich im Verlauf der 1990er Jahre auch in sich als progressiv verstehenden Kreisen die Überzeugung durchsetzte, dass es aufgrund des strukturellen Machtgefälles keine einvernehmlichen und gewaltfreien sexuellen Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern geben könne. Positionen, die von diesem Konsens abwichen – auch wenn sie von bis dahin hoch anerkannten Experten wie Helmut Kentler vorgetragen wurden – verloren an Unterstützung. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf das Engagement feministischer Akteurinnen und Beratungsstellen, die erstmals die Perspektive und die Bedürfnisse von Menschen, die von sexualisierter

63 Ebd.

64 Protokoll der Mitgliederversammlung 1997 der Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e. V. am 08.03.1997 in Mauloff / Taunus HuK-Info, Nr. 124, Mai–Juni 1997, S. 9–15, hier S. 9, 15.

65 Redaktionsnotiz, in: HuK-Info, Nr. 125, Juli–August 1997, S. 62.

Gewalt in der Kindheit betroffen waren, in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und ins öffentliche Bewusstsein rückten. Letztlich bleibt aber erklärungsbedürftig und Aufgabe zukünftiger Forschung, warum sich die Deutungshoheit über Pädosexualität und sexualisierte Gewalt an Kindern im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre so deutlich verschieben konnte. Dafür lohnt es sich, die Geschichte der sexualisierten Gewalt an Kindern stärker in die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik einzuordnen. Die oben dargestellten Debatten um sexualisierte Gewalt an Kindern inklusive der Warnungen vor einem „Missbrauch mit dem Missbrauch“ waren immer auch Kämpfe um das Erbe der ‚sexuellen Revolution‘, um Expertenkulturen und „knowledge from below“, geprägt von Medienlogiken und Aufmerksamkeitsökonomien. Eine solche Gesellschaftsgeschichte der Wahrnehmung von sexualisierter Gewalt an Kindern würde auch die aktuellen „Missbrauchsskandale“ in Kirchen, Sportverbänden und Bildungseinrichtungen seit 2010 in einen größeren Kontext rücken und diese nicht als Ausgangspunkt eines gesellschaftlichen Wandels, sondern als dessen Folge verstehen.

apl. Prof. Dr. Klaus Große Kracht ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

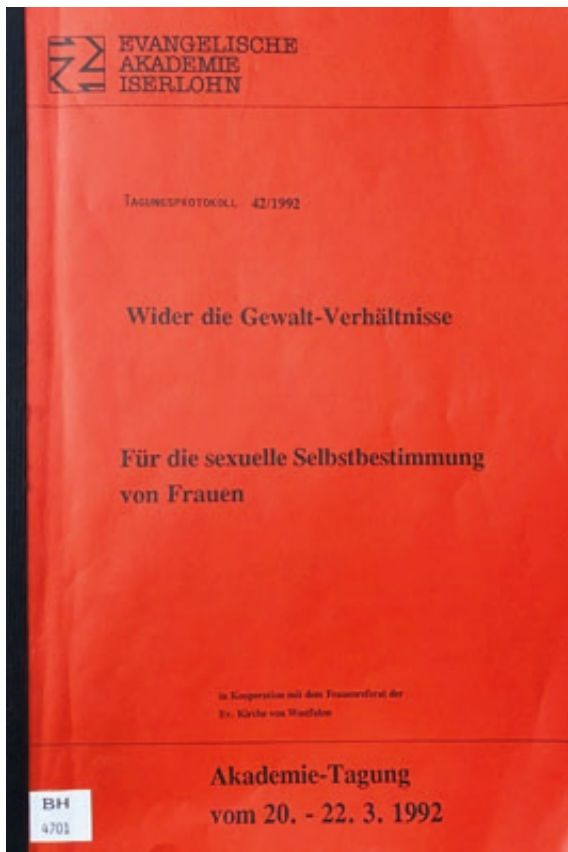
Ruth Pope (M. A.) ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

„Wider die Gewalt-Verhältnisse“. Sexualisierte Gewalt als Leerstelle der Ausbildung bundesdeutscher evangelischer Pfarrer*innen und die feministische Theologie in den 1980er und 1990er Jahren

■ „Wider die Gewalt-Verhältnisse. Für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen“ lautete der Titel einer Tagung in der Evangelischen Akademie Iserlohn, die diese im März 1992 in Kooperation mit dem Frauenreferat der Evangelischen Kirche von Westfalen durchführte.¹ Zu den Referentinnen zählten Pfarrerinnen – teilweise mit Erfahrung in der Arbeit von feministischen Beratungsstellen – und Psychotherapeutinnen ebenso wie Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern und Selbsthilfeprojekten. Die niederländische Teilnehmerin Janna van Loon berichtete aus der Arbeit eines 1991 gegründeten Netzwerks, das sexualisierte Gewalt² in den niederländischen Kirchen bekämpfen sollte. Dessen Aufgaben reichten von der Ausbildung von Vertrauenspfarrer*innen bis zur Aufklärung über sexualisierte Ge-

¹ Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.), *Wider die Gewalt-Verhältnisse. Für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen*. Tagungsprotokoll 42/1992, in Kooperation mit dem Frauenreferat der Ev. Kirche von Westfalen. Akademietagung vom 20.–22.3.1992, Iserlohn 1992.

² Der Begriff „sexualisierte Gewalt“ macht deutlich, dass es sich nicht um eine „aggressiv[e] Ausdrucksform[] von Sexualität, sondern vielmehr [um einen] sexuelle[n] Ausdruck von Aggression“ handelt. Helga Amesberger / Katrin Auer / Brigitte Halbmayr, *Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern*, Wien 2004, S. 19.



Titelblatt des durch die Evangelische Akademie Iserlohn herausgegebenen Tagungsbandes: „Wider die Gewalt-Verhältnisse“

walt durch Pfarrpersonen: So sollte in allen niederländischen Kirchen ein Faltblatt mit dem Titel „Wenn der Pfarrer dir zu nahe kommt“ ausliegen. Zudem setzte sich das niederländische Netzwerk dafür ein, „daß während der theologischen Ausbildungen den Fragen um Mann – Frau – Beziehungen, Macht, Gewalt, Intimität, Körperlichkeit und Sexualität Aufmerksamkeit geschenkt wird“. ³ Dass eine Niederländerin darüber sprach, war „kein Zufall“, wie im Vorwort des Bandes zur Tagung 1992 zu lesen ist: „Denn ungleich schärfer als in unserem Nachbarland wirkt gerade in Bezug auf die Gewaltverhältnisse in der Kirche das Sprechtabu in Deutschland“ – eine These, die nicht weiter begründet wird. ⁴

Fragen von Geschlechterverhältnissen, Sexualität oder Gewalt, die das niederländische Netzwerk ansprach, spielten in der Ausbildung evangelischer Pfarrer*innen in den Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu diesem Zeitpunkt ebenfalls so gut wie keine Rolle, wie die Pfarrerin Astrid Hannappel 1999 kritisierte: „Ich merkte,

3 Janna van Loon, Wider die Gewalt gegen Frauen in Kirchgemeinden, in: Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.), Gewalt-Verhältnisse, S. 41–46, hier S. 45.

4 Ulrike Eichler / Ursula August, Vorwort, in: Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.), Wider die Gewalt-Verhältnisse, S. 5.



Cover des Sammelbands:
„Sexuelle Gewalt gegen Mädchen
und Frauen als Thema der
feministischen Theologie“

daß das Thema ‚Gewalt gegen Frauen und Mädchen‘ ein ganz alltägliches ist. Und doch hatte das Thema in meinem Theologiestudium kaum einen Raum eingenommen.“⁵ Sie hatte nach ihrem Theologiestudium in einem autonomen Frauenhaus gearbeitet und war dort auf diese Leerstelle aufmerksam geworden. Anders als van Loon bezog sich Hannappel vor allem auf sexualisierte Gewalt unter Gemeindemitgliedern, etwa in Ehen oder Familien, und nicht unbedingt auf Gewalt durch die Mitarbeitenden der Kirche selbst. Dementsprechend argumentierte sie, warum es wichtig sei, sexualisierte Gewalt in der Pfarrausbildung zu thematisieren: Es „muss davon ausgegangen werden, dass in jedem Gottesdienst sowohl von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen als auch Täter anwesend sind. Denn die Kirche ist kein gewaltfreier Raum. Auch christliche Männer beuten Frauen sexuell aus, schlagen und misshandeln Frauen und Mädchen.“⁶ Diese Kritik formulierte sie in einem Beitrag für den Sammelband „Sexuelle

⁵ Astrid Hannappel, „Schweig still – nimm dir die Sache nicht so zu Herzen“... Die alltäglichen Gewalterfahrungen von Frauen und ihre Konsequenzen für die liturgische Praxis, in: Ulrike Eichler / Ilse Müller (Hrsg.), Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen als Thema der feministischen Theologie, Gütersloh 1999, S. 169–213, hier S. 173.

⁶ Ebd.

Gewalt gegen Mädchen und Frauen als Thema der feministischen Theologie“. In dem 1999 und damit sieben Jahre nach der Tagung in Iserlohn erschienenen Band finden sich vielfältige Rückbezüge auf diese Zusammenkunft, zudem offenbart ein Blick ins Autorinnenverzeichnis personelle Überschneidungen. Trotz des strukturellen Defizits, das Hannappel konstatierte, konnte sie selbst nach ihrem Vikariat 1991/92 ein „Spezialvikariat mit Schwerpunktthema ‚Gewalt gegen Frauen und Mädchen/Sexueller Mißbrauch‘“ in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau absolvieren. Dies hatten Maßnahmen im Zuge der Ökumenischen Dekade „Kirche in Solidarität mit den Frauen“ (1988–1998) ermöglicht.⁷

An den beiden Eingangsbeispielen wird dreierlei deutlich: Erstens waren es feministische Theolog*innen, die sexualisierte Gewalt in der evangelischen Kirche bzw. unter Gemeindemitgliedern bereits in den 1990er Jahren thematisierten.⁸ Dabei scheint ihr Austausch untereinander, transnational und zwischen verschiedenen Berufs- und Arbeitsfeldern – von Pfarramt bis Frauenhaus –, die Bestimmung und Artikulation ihrer eigenen Positionen maßgeblich befördert zu haben. Zweitens verorteten sie die Gewalt, mit der sie sich auseinandersetzten, in verschiedenen Kontexten, nämlich innerhalb beziehungsweise außerhalb der Kirche als Institution, und dementsprechend sahen sie die Rolle der Kirche unterschiedlich: als Beratungsinstitution oder Tatkontext. Und drittens schien bis zu ihrer Intervention das Sprechen über sexualisierte Gewalt oder Machtgefälle in der pastoralen Ausbildung keine bedeutende Rolle gespielt zu haben. Als These lässt sich formulieren, dass es ab den 1980er und 1990er Jahren zwar zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt in der EKD kam. Diese mündete jedoch zumeist weniger in die Reflexion des Pfarrberufs und der Macht- und Missbrauchspotenziale, sondern eher in die Weiterentwicklung der beraterischen Aufgaben der Kirche.

Was genau ist in diesem Sinne mit Feministischer Theologie gemeint? Die Kirchenhistorikerin Ute Gause beschreibt die aus der Befreiungstheologie hervorgegangene Feministische Theologie als Versuch, „durch die Forschung die Sicht auf die Vergangenheit zu verändern, vergessene Frauen sichtbar und ihre Unterdrückung offenbar zu machen“.⁹ Renate Jost sieht die Feministische Theologie im Zu-

⁷ Ebd., S. 170.

⁸ Vgl.: Mathias Wirth / Isabelle Noth / Silvia Schroer, Sexualisierte Gewalt und das Problem kirchlicher Separatwelten. Eine Hinführung, in: dies. (Hrsg.), Sexualisierte Gewalt in kirchlichen Kontexten. Neue interdisziplinäre Perspektiven, Berlin/Boston 2022, S. 1–27, hier S. 6 f., 12.

⁹ Ute Gause / Julia Paulus, Evangelische und katholische Gender-Forschung im Überblick, in: Ute Gause / Barbara Heller / Jochen Christoph Kaiser (Hrsg.), Starke fromme Frauen? Eine Zwischenbilanz konfessioneller Frauenforschung heute, Hofgeismar 2000, S. 5–23, hier S. 7.

sammenhang mit der Neuen Frauenbewegung ab den 1970er Jahren ebenso wie als Weiterführung der Ansätze theologischer und historischer Frauenforschung der ersten Frauenbewegung.¹⁰ Als Ziele Feministischer Theologie beschreibt sie die „Veränderung von [...] theologischen Vorstellungen, die traditionelle Rollenstereotype manifestieren“, aber auch „gerechtere Strukturen“, insgesamt also ein „verändertes Paradigma in Theologie und Kirche“.¹¹ Früh regte sich aber auch Kritik an der politischen Ausrichtung der Feministischen Theologie: Bereits im Jahr 2000 kritisierte Gause, dass es so auch zu „blinden Flecken“ kommen könne, etwa indem die Feministinnen Bereiche weniger beforschten, von denen sie sich „keine Identifikation für heutige Lebenskontexte“ versprachen.¹² Zum Zeitkontext der 1980er und 1990er Jahre ist auf die Dekade „Die Kirche in Solidarität mit den Frauen“ hinzuweisen, ausgerufen durch den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK): In diesem Rahmen wurden Stellen in Frauenreferaten oder -werken geschaffen, die eine Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt ermöglichten, und 1994 das Frauenstudien- und -bildungszentrum (FSBZ) Gelnhausen gegründet,¹³ in dem die EKD-Konsultation „Gewalt gegen Frauen – theologische Aspekte“ im Februar 1997 stattfand. Dennoch erlebten feministische Theolog*innen in diesem Zeitraum Gegenreaktionen, die vor allem von evangelikalischen Kreisen ausgingen.¹⁴

Mit Blick auf das heute bekannte Ausmaß von sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche mag überraschen, dass es bereits in den 1990er Jahren Vorstöße gab, das Thema sexualisierte Gewalt in der Pfarrausbildung zu etablieren. Es liegt daher nahe, diese feministischen Interventionen im Sinne einer Problemgeschichte der Gegenwart näher zu untersuchen und nach ihren Ursprüngen und Auswirkungen zu fragen. Das eröffnet gleichzeitig Perspektiven für eine Geschlechter- und Gewaltgeschichte, die über den kirchlichen Kontext hinausgeht. Es handelt sich zudem um ein bisher wenig geschichtswissenschaftlich erforschtes Thema. Eine maßgebliche Studie zu Veränderungen im bundesdeutschen Pfarrerberuf und -bild zwischen den 1950er und 1970er Jahren liegt mit Dimitrij Owetschkins Monografie „Die Suche nach dem Eigentlichen“ vor.¹⁵

10 Renate Jost, Erfolgsgeschichte Feministische Theologie – Initiativen, Kirchen, Universitäten, in: Gisela Matthiae u. a. (Hrsg.), Feministische Theologie. Initiativen, Kirchen, Universitäten – eine Erfolgsgeschichte, Gütersloh 2008 S. 13–21, hier S. 13 f.

11 Ebd., S. 14.

12 Gause/Paulus, Gender-Forschung, S. 8.

13 Gisela Matthiae, „Eine Vision hat ihren Ort gefunden“ – Das Frauenstudien- und -bildungszentrum der EKD (FSBZ), in dies. u. a. (Hrsg.), Feministische Theologie, S. 129–135, hier S. 129 f.

14 Vgl. ebd., S. 130.

15 Dimitrij Owetschkin, Die Suche nach dem Eigentlichen. Studien zu evangelischen Pfarrern und religiöser Sozialisation in der Bundesrepublik der 1950er bis 1970er Jahre, Essen 2011.

Für die DDR ist der Forschungsstand umfassender, vermutlich aufgrund der besonderen Situation kirchlicher Ausbildung in der DDR als einziger Bereich „ganz überwiegend außerhalb des sozialistischen Bildungssystems“.¹⁶ Zur Entwicklung der Feministischen Theologie haben vor allem die Akteurinnen selbst publiziert, darunter Gisela Matthiae, selbst langjährige Dozentin in der Feministischen Theologie und Studienleiterin am Frauenstudien- und -bildungszentrum der EKD. Als eine „Erfolgsgeschichte“ haben sie und ihre Mitherausgeberinnen in einem 2008 erschienen Überblick vor allem die Initiativen und Netzwerke feministischer Theologinnen und ihre Institutionalisierungsprozesse beschrieben.¹⁷

Im Folgenden soll in einem ersten Schritt überprüft werden, inwiefern sexualisierte Gewalt in der Pfarrausbildung ab den 1960er Jahren thematisiert wurde, ob also die Diagnose der Leerstelle zutrifft. In einem zweiten Schritt wird analysiert, auf welche Weisen sich feministische Theolog*innen mit sexualisierter Gewalt auseinandersetzten und welchen Bezug sie dabei auf die Pfarrausbildung nahmen. Anschließend soll ein Blick auf den transnationalen Austausch geworfen werden, bevor in einem Ausblick diskutiert wird, inwiefern der historische Befund für die Beschäftigung mit sexualisierter Gewalt in den Kirchen der Gegenwart relevant sein könnte.

Sexualisierte Gewalt als Leerstelle der evangelischen Pfarrausbildung

Grundsätzlich gliederte sich die pastorale Ausbildung in den 1980er und 1990er Jahren, ähnlich wie heute, in drei Teile: Zuerst war ein theologisches Studium zu absolvieren. Dazu gehörten Zugangsvoraussetzungen wie Kenntnis alter Sprachen, wissenschaftliche Qualifizierungsprüfungen und die Praxisvorbereitung.¹⁸ Als zweites folgte das Vikariat, eine praxisbezogene Ausbildung. Hier wechselten sich zwei bis zweieinhalb Jahre lang Phasen des praktischen Lernens in einer Pfarrgemeinde mit der Reflexion im Predigerseminar ab. Während das Studium an einer staatlichen Universität oder Kirchlichen Hochschule stattfand, lag das Vikariat in der Verantwortung der Landeskirchen. Nach dem Zweiten Theologischen Examen folgten die Ordination und der Probendienst, begleitet von der dritten Phase der Ausbildung, der Fortbildung in den ersten Amtsjahren. Prinzipiell

16 Uwe Grelak / Peer Pasternack, *Parallelwelt. Konfessionelles Bildungswesen in der DDR*. Handbuch, Leipzig 2019, S. 23.

17 Matthiae u. a. (Hrsg.), *Feministische Theologie*.

18 Owetschkin, *Suche*, S. 313.

sollten in allen drei Phasen Theorie und Praxis aufeinander bezogen werden, allerdings mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen.¹⁹ Zwischen den 1960er und 1990er Jahren wurde die theologische Ausbildung umfassend reformiert. Durch die Rezeption von Sozial- und Humanwissenschaften in der Theologie,²⁰ gesellschaftliche Veränderungen, auch im Raum des Religiösen, sowie innerkirchliche Reformen pluralisierten sich Vorstellungen davon, wie Pfarrpersonen sein und leben sollten. Welche Rolle die Reflexion von Sexualität und sexualisierter Gewalt in der pastoralen Ausbildung spielte, ist besonders entscheidend vor dem Hintergrund der Aufgaben der „Menschenführung“, die Pfarrer*innen obliegen. Pfarrer*innen begeben sich, etwa in der Seelsorge, in ein asymmetrisches Machtverhältnis zu den Gemeindemitgliedern, das in der Literatur als „Kontext sexualisierter Gewalt“ identifiziert wurde. Christoph Seibert hat argumentiert, dass das Selbst in zwischenmenschlichen Beziehungen grundlegend geformt wird und deshalb durch Übergriffe besonders verletztlich ist.²¹ Wirkten diese Fragen schon in den 1990er Jahren für feministische Theolog*innen drängend, sind sie dies heute, vor dem Hintergrund der zunehmenden Aufdeckung von Fällen sexualisierter Gewalt auch in der evangelischen Kirche seit dem Jahr 2010, umso mehr. Zwischen den einzelnen Landeskirchen unterscheiden sich die Inhalte der Ausbildung bis heute erheblich. Deshalb werden im Folgenden sowohl Entwicklungen auf Ebene der EKD insgesamt als auch exemplarisch auf landeskirchlicher Ebene in verschiedenen westdeutschen Landeskirchen beleuchtet. Die Geschichte der Frauenordination wird als Kontext für das Aufkommen Feministischer Theologie kurz umrissen.

Frauenordination und pastorale Reflexion in der Pfarrausbildung der 1960er und 1970er Jahre

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts stand Frauen das Theologiestudium offen und ab Ende der 1920er Jahre war ihnen in einigen Gliedkirchen ein Lehrvikariat ohne Besuch eines Predigerseminars und daraufhin die Einsegnung als Vikarin möglich.²²

19 EKD-Kirchenkanzlei (Hrsg.), Theologiestudium – Vikariat – Fortbildung. Gesamtplan der Ausbildung für den Pfarrerberuf. Empfehlungen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Stuttgart 1978, S. 11 f.

20 Vgl. für den Katholizismus: Benjamin Ziemann, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975. Göttingen 2007.

21 Christoph Seibert, Menschenführung als Kontext sexualisierter Gewalt. Von der Ambivalenz einer unverzichtbaren Praxis, in: Wirth/Noth/Schroer (Hrsg.), Sexualisierte Gewalt, S. 335–353, hier S. 339–341.

22 Cornelia Scharb, Die Theologinnenfrage und Pfarrbildung im Wandel der Zeit, in: Hartmut Aßmann / Adelheid Ruck-Schröder (Hrsg.), Pfarrbildung. Bilanz und Perspektiven aus Anlass des 200-jährigen Bestehens des Predigerseminars Loccum, Tübingen 2021, S. 387–398, hier S. 388–390.

Erst in den 1950er und 1960er Jahren ordinierten die ersten evangelischen Landeskirchen, darunter die damalige Evangelisch-lutherische Kirche in Lübeck, die Evangelische Kirche der Pfalz und die Evangelische Landeskirche Anhalts, letztere auf dem Gebiet der DDR, Frauen.²³ Anfang der 1950er Jahre wurden spezielle Vikarinnenseminare für Frauen, ab den 1960ern gemischte Predigerseminare eingeführt. In den Protokollen der Konferenz der gliedkirchlichen Ausbildungsreferenten fand die Aufnahme von Frauen in Predigerseminare zunächst wenig Aufmerksamkeit. 1960 wurde einerseits gewarnt: „Es spricht vieles dafür, das Predigerseminar männlich bestimmt sein zu lassen und keine Theologinnen mit Theologen einzuweisen“. Andererseits konnte aus den Landeskirchen im selben Jahr nichts Negatives berichtet werden: „Die Einweisung von Theologinnen in das Predigerseminar erfolgt in Hessen und Nassau seit längerem ohne Schwierigkeiten und mit gutem Erfolg.“²⁴ Dies mag angesichts der Umstrukturierung, die dies für die zuvor geschlossen männliche Gemeinschaft der Vikare bedeutete, zunächst überraschen, verdeutlicht aber die „lautlose Aufnahme“ von Frauen, die Gabriele Metzner beschrieben hat,²⁵ und die damit einhergehende mangelnde Reflexion von Geschlechterverhältnissen in der pastoralen Ausbildung. Obwohl es bis zur vollständigen Gleichstellung der Frauen im Pfarramt noch dauern sollte und der Weg zur Frauenordination zwischen den einzelnen Landeskirchen ein sehr ungleichzeitiger Prozess war, war ein Grundstein dafür gelegt, dass in den folgenden Jahrzehnten Frauen, darunter auch feministische Theolog*innen, Leitungspositionen einnahmen – und damit ein erster Schritt zu einem feministischen Sprechen über sexualisierte Gewalt getan.

Mit der Gründung der Gemischten Kommission zur Reform des Theologiestudiums 1965 trat die bereits in den 1950er Jahren begonnene Diskussion um eine Veränderung der theologischen Ausbildung in eine neue, zunehmend institutionalisierte Phase ein. Innerkirchliche Impulse, etwa die in der Bundesrepublik einsetzende Seelsorgebewegung, und der Einbezug von sozialwissenschaftlichem Wissen förderten eine Reflexion pastoralen Handelns in der Ausbildung. Sexualisierte Gewalt blieb jedoch ein Randthema: Es finden sich lediglich Positionen, die im Sinne „einer impliziten Gleichsetzung von Ho-

23 Ebd., S. 393-395.

24 Evangelisches Zentralarchiv (EZA) 2/5442, Konferenz der Ausbildungsreferenten 1960 in Berlin-Spandau, Verhandlungsniederschrift der Jahreskonferenz der landeskirchlichen Ausbildungsreferenten 9./11. Mai 1960 in Berlin, S. 3 f.

25 Gabriele Metzner, Die ersten Frauen im Predigerseminar Wittenberg. Beobachtungen auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Pfarramt, in: Hanna Kasparick / Hartmut Kühne / Birgit Weyel (Hrsg.), Gehrock, T-Shirt und Talar. 200 Jahre Evangelisches Predigerseminar Wittenberg, Berlin 2016, S. 117–132, hier S. 131 f.

mosexualität und Pädophilie“ sexualisierte Gewalt als „Verführung Minderjähriger“ durch homosexuelle Pfarrer diskutierten.²⁶ So warnte der Theologieprofessor Wolfgang Trillhaas 1969 in einer Monografie zur Sexualethik vor dem Einsatz homosexueller Pfarrer, die im Pfarramt Kontakt zu männlichen Jugendlichen pflegen würden: „Man kann eben eine Strohhütte nicht mit einer brennenden Fackel betreten.“²⁷ In diese Zeit fällt auch – dies ist besonders relevant für den universitären Teil der Ausbildung von Pfarrer*innen – die westdeutsche Studentenbewegung, die ihren Niederschlag in studentischen Publikationen und neuen Lehrmethoden fand²⁸ sowie in Forderungen nach einer neuen Sexualmoral, die in Teilen die bestehende Rechtslage zum Thema „Unzucht mit Minderjährigen“ kritisierten.²⁹ Ab den 1970er Jahren rückte die zunehmende Politisierung der Vikar*innen ins Blickfeld der Ausbildungsleitenden. Mit der drohenden „Theologenschwemme“, einem antizipierten Überschuss an Theolog*innen im Verhältnis zu den offenen Pfarrstellen, befürchteten die Vikar*innen eine politische Auslese.³⁰ Dass sie der Kirchenleitung durchaus zutrauten, diese Form der Auslese zu betreiben, weist auf ihre Wahrnehmung prägender Machtstrukturen in der Ausbildung hin.

Die 1980er Jahre zwischen ersten machtkritischen Reflexionen und „Missbrauch“ als Beratungsthema

Machtkritische Reflexionen über die Rolle des Pfarrers setzten in den 1980er Jahren ein. So formulierte der Göttinger Theologieprofessor und Pfarrer Manfred Josuttis 1982: Der Pfarrer „hat Macht und hat sie doch nicht; denn er darf nicht danach streben, er kann nicht damit umgehen, er will seine Möglichkeiten zur Beeinflussung anderer Menschen nicht einmal sehen.“³¹ In derselben Monografie übte er Kritik an der Vorstellung der „Verführung“ Minder-

26 Maïke Sophia Baader, *Der Diskurs um Pädosexualität und die Erziehungs-, Sozial-, und Sexualwissenschaften der 1970er bis 1990er Jahre*, in: Alexandra Retkoswki / Angelika Treibel / Elisabeth Tudier (Hrsg.), *Handbuch Sexualisierte Gewalt und pädagogische Kontexte. Theorie, Forschung, Praxis*, Weinheim/Basel 2018, S. 70–80, hier S. 74.

27 Wolfgang Trillhaas, *Sexualethik*, Göttingen 1969, S. 76.

28 Dietrich von Oppen u. a. (Hrsg.): *Lehrfreiheit und Selbstbestimmung. Bericht von einer neuen Seminarform; entwickelt und erprobt im Wintersemester 1968/69 vom Seminar für Sozialethik an der Theologischen Fakultät Marburg*, vorgelegt mit der Absicht, ähnliche Versuche anzuregen, Stuttgart 1968.

29 Baader, *Diskurs*; siehe für ein Beispiel: Tobias Sarx, *Reform, Revolution oder Stillstand? Die 68er-Bewegung an den Evangelisch-Theologischen Fakultäten Marburg, Bochum und der Kirchlichen Hochschule Berlin*, Stuttgart 2018, S. 499–502, 515–522.

30 Landeskirchliches Archiv Hannover (LkAH) E 40, Nr. 7, Handschriftliche Protokollnotizen [...], Aktennotiz zu VL-Konferenz am 6.11.75. zum Thema „Psychisch labile Vikare“.

31 Manfred Josuttis, „Der Pfarrer ist anders“. Aspekte einer zeitgenössischen Pastoraltheologie, München 1982, S. 70.

jähriger überwiegend durch männliche Homosexuelle, die Trillhaas über ein Jahrzehnt zuvor vertreten hatte³² – dies auch im Kontext der zu diesem Zeitpunkt an Fahrt gewinnenden Diskussion um Homosexuelle im Pfarramt, auch in der Konferenz der Ausbildungsreferenten.³³

Zudem begann ein erstes Sprechen über sexualisierte Gewalt in der Pfarrausbildung – allerdings mit verschiedenen Schwerpunkten inner- und außerhalb der Feministischen Theologie. Außerhalb der Kirche begann die Gründung feministischer Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt und damit gesellschaftlich ein neuer Diskurs.³⁴ Die erste Generation der Frauen, die Beratungsstellen gründeten, bezog sich zumeist auf sexualisierte Gewalt innerhalb der Familie. Bis sexualisierte Gewalt in pädagogischen Beziehungen zum Thema wurde, dauerte es größtenteils bis in die 1990er Jahre.³⁵ Betroffene, die über ihre Erfahrungen sexualisierter Gewalt sprachen, nahmen auch kirchliche Beratung in Anspruch, wie exemplarisch die Jahresberichte der Arbeitsgemeinschaft Lebensberatung (AGL) belegen, ein Zusammenschluss evangelischer Ehe- und Lebensberatungsstellen der Hannoverschen Landeskirche: Für die Jahre 1988 und 1989 findet sich eine gesonderte Statistik zu „Mißbrauch“ als Beratungsthema. Als Tatorte werden Familie sowie „Autoritätspersonen aus Schule, Freizeit usw.“ benannt, aber nicht die Kirche.³⁶ Auch die Jahrestagung der AGL 1989, die sich dem Thema sexualisierter Gewalt widmete, befasste sich mit Kirche als beratender Institution: Neben mehreren Vorträgen, die die psychischen Folgen sexualisierter Gewalt für Betroffene thematisierten, stand der „Umgang mit den seelischen Auswirkungen von sexuellem Mißbrauch in der Beratung“ auf dem Tagungsprogramm.³⁷ Anders als in feministischen Beratungsstellen zählten zu den „Betroffenen i. w. S.“ hier auch Beschuldigte.

32 Ebd., S. 180, Fußnote 34.

33 Lutherisches Kirchenamt der VELKD (Hrsg.), Gedanken und Maßstäbe zum Dienst von Homophilen in der Kirche. Eine Orientierungshilfe. Berlin, 9. Januar 1980; EZA 2/12439 Einladungen und Protokolle der Konferenz der Ausbildungsreferenten, Niederschrift über die Tagung der Konferenz der Ausbildungsreferenten der EKD in Bethel am 5. und 6. November 1980. Wiederum 15 Jahre später kritisierte Corinna Dahlgrün, zu diesem Zeitpunkt Assistentin am Lehrstuhl für Praktische Theologie in Göttingen, auf der EKD-Konsultation zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ das weiterhin dominant männliche Pfarrerbild bis Mitte der 1990er: So sei auch bei Josuttis nur der Pfarrer anders. Corinna Dahlgrün, „Gewalt gegen Frauen“ als Thema der Praktischen Theologie (PT), in: Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik e. V. (Hrsg.), Gewalt gegen Frauen – theologische Aspekte (1). Beiträge zu einer Konsultation im Gelnhausener Frauenstudien- und bildungszentrum der EKD, Frankfurt a. M. 1997, S. 55–58, hier S. 56.

34 Zur Geschichte der feministischen Beratungsstellen siehe Ruth Popes Promotionsprojekt, <https://zeitgeschichte-hamburg.de/wissen-von-unten-die-bedeutung-feministischer-beratungsstellen-fuer-die-produktion-und-zirkulation-von-wissen-ueber-sexualisierte-gewalt-an-kindern-in-der-bundesrepublik-zwischen-1970-und-2010.html> [28.9.23], sowie am Beispiel von „Zartbitter“ in Münster: Ruth Pope, „Zartbitter“ und die feministische Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt an Kindern in den 1980er und 1990er Jahren, in: Westfälische Forschungen 72 (2022), S. 347–365.



Bericht zur EKD-Konsultation „Gewalt gegen Frauen – theologische Aspekte“

Zudem wurde in den frühen 1990er Jahren versucht, Fortbildungen zu sexualisierter Gewalt anzubieten, wie aus einem Vermerk eines AGL-Berichts deutlich wird: „Es fällt auf, daß Kurse [...] zu ‚angstbesetzten Themen‘ (sexueller Mißbrauch) ausfallen, daß aber Vortragsveranstaltungen zu den gleichen Themen meist stark besucht sind.“³⁸ Auch wenn unklar bleibt, was die Gründe dafür waren: Deutlich wird, dass sexualisierte Gewalt nicht als Problem der Institution Kirche, sondern als Problem der sonstigen Gesellschaft betrachtet wurde – eine Position, die feministische Theologinnen zunehmend infrage stellten.

35 Felicitas Söhner / Heiner Fange-
rau, Medizinhistorische Perspektive
auf die Wandlung des Verständnisses
von sexualisierter Gewalt gegen
Kinder im 20. Jahrhundert, in:
Retkowski/Treibel/Tudier (Hrsg.),
Handbuch Sexualisierte Gewalt,
S. 81–86, hier S. 86.

36 LkAH E 81, Nr. 24, Arbeitsge-
meinschaft Seelsorge Jahresberichte,
1974–1989, Jahresbericht der AGS
1989, S. 52.

37 LkAH E 81, Sozialmedizinisch-
Psychologisches Institut – Fortbil-
dungsarbeit, 1973–1990, Karl-Horst
Wrage an die LeiterInnen der Bera-
tungsstellen, an alle Mitarbeiter-
Innen der Beratungsstellen sowie an
die Mitglieder der AGL mit beratender
Stimme und an die Ausbildungs-
teilnehmerInnen, an die Mitglieder
der AGS, 1.6.1989; LkAH E 81, Nr. 24,
Arbeitsgemeinschaft Seelsorge
Jahresberichte, Jahresbericht der
AGS 1989, 1974–1989, S. 39 f.

38 LkAH E 81, Nr. 9, Arbeitsgemein-
schaft Seelsorge Fortbildungs-
angebote 1975–1996, Protokoll der
gemeinsamen Tagung der Fortbil-
dungsträger für Pastorinnen und
Pastoren sowie für kirchliche Mitar-
beiterinnen und Mitarbeiter der
Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
(Auswertungs- und Planungstagung
1994) und der ständigen Konferenz
für Fortbildung am 25.05.1994, S. 2.

Feministisch-theologische Auseinandersetzungen mit sexualisierter Gewalt

Neben dem Bericht zur Tagung „Wider die Gewalt-Verhältnisse“ von 1992 zählen zu den hier ausgewerteten Quellen vor allem der Bericht der EKD-Konsultation 1997 sowie Publikationen aus dem Sammelband „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen als Thema der feministischen Theologie“. Die beiden Tagungen setzen unterschiedliche Schwerpunkte: Die Tagung in Iserlohn 1992 setzte – mit Vertreterinnen von Beratungsstellen und Frauenhäusern auf der Redeliste – eher bei der praktischen Bekämpfung der „Gewalt-Verhältnisse“ an.³⁹ Im Rahmen der EKD-Konsultation setzten sich Vertreter*innen verschiedener theologischer Fachgebiete mit dem Thema „Gewalt gegen Frauen“ aus Sicht der Exegese des Alten und Neuen Testaments, der Dogmatik und der Praktischen Theologie auseinander – zu einem Zeitpunkt, an dem Diskussionen um sexualisierte Gewalt, etwa durch die Diskussion um die Strafbarkeit von Vergewaltigungen in der Ehe, die wenige Monate später im Bundestag beschlossen wurde, sehr präsent waren.⁴⁰ Nicht alle Beiträge zu dieser Tagung stammten von feministischen Theolog*innen. Dass das Thema aber überhaupt in diesem Rahmen auf die Tagesordnung kam, weist auf die wachsende Bedeutung hin, die ihm nun auch außerhalb feministischer Kreise innerhalb der EKD zuerkannt wurde. Dies zeigen auch die beiden Tagungsorte. Sowohl das FSBZ als auch die evangelischen Akademien im Allgemeinen bezeichnet Gisela Matthiae als „herausragende Orte feministisch-theologischer Bildung“.⁴¹ Das FSBZ stellte dabei eine eigens geschaffene Struktur für frauenbezogene Themen in der EKD dar, während die Akademien eher für die Verbreitung Feministischer Theologie in bereits existente Strukturen und für ein breiteres Publikum standen.⁴² An den Titeln der Veröffentlichungen wird deutlich, dass es nicht nur um „Missbrauch“ und „sexuelle Gewalt“, so damals geläufige Begriffe, sondern häufig um „Gewalt gegen Frauen“ ging. Dies stellte einerseits eine gegenüber jenen Begriffen weitere Fassung des Gegenstandes dar – so nutzten viele Referent*innen auf der EKD-Konsultation 1997 einen strukturellen Gewaltbegriff,

39 Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e. V., Theologische Aspekte der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, in: epd-Dokumentation 17a/97, S. 1–8.

40 Siehe dazu: Jane Freeland, Marital Rape and Women's Rights in the Federal Republic of Germany, in: History, Sexuality, Law vom 6.5.2021, <https://hsl.hypotheses.org/1685> [16.5.2023].

41 Gisela Matthiae, Einführung, in: dies. u. a. (Hrsg.), Feministische Theologie, S. 98 f., hier S. 98.

42 Gisela Matthiae, Frauenbildungsarbeit in der Evangelischen Kirche: Fazit, in: dies. u. a. (Hrsg.), Feministische Theologie, S. 155–157, hier S. 156.

der von physischer oder sexualisierter Gewalt bis hin zu patriarchalen Körpernormen reichte.⁴³ In diese Richtung deutete der Titel der Tagung 1992 in Iserlohn, der auf „die Gewalt-Verhältnisse“ verwies. Andererseits handelte es sich damit um eine Verengung, da als Täter sexualisierter Gewalt ausschließlich Männer ins Blickfeld rücken, als Betroffene größtenteils Mädchen und Frauen, teilweise auch Jungen.

Der Beitrag feministischer Theolog*innen zum Diskurs über sexualisierte Gewalt in den 1990er Jahren lässt sich als Dreischritt verstehen: erstens das Aufzeigen einer Leerstelle, zweitens die theologische Analyse sexualisierter Gewalt und drittens der Umgang damit. Vor allem der zweite und der dritte Schritt entsprechen den theologischen Disziplinen, die für die Feministische Theologie zentral sind: „Hermeneutik, Bibelauslegungen und -übersetzungen, sowie ein verändertes Verständnis systematisch-theologischer (z. B. Gotteslehre, [...]) und ethischer Inhalte (Anthropologie, Gewalt)“.⁴⁴

Das Aufzeigen einer Leerstelle

Ein Beispiel für den ersten Schritt ist der Beitrag von Corinna Dahlgrün auf der EKD-Konsultation. Anhand einer Analyse von Fachzeitschriften der Praktischen Theologie des vorangegangenen Jahrzehnts stellte sie fest, dass das Thema so gut wie nie aufgegriffen wurde und wenn überhaupt, dann eher durch Theologinnen als Theologen. Anhand der *Jahrbücher für Religionspädagogik* konstatierte sie, dass nicht nur Gewalt gegen Frauen kaum erwähnt wurde, sondern „Frauen (Mädchen) überhaupt nur zweimal – von Frauen thematisiert – vor[kamen]“.⁴⁵ In einer Abwandlung eines Zitats von Eleonore von Rotenhan kam sie zum lakonischen Schluss, die Praktische Theologie sei „nicht frauenfeindlicher als der Rest der Gesellschaft [...], allerdings leider auch nicht weniger“.⁴⁶ Auf Beiträge zu Gewalt gegen Frauen stieß sie vor allem in theologisch-feministischen Publikationen wie der ab 1983 erscheinenden Zeitschrift *Schlangenbrut*, bezweifelte aber deren Rezeption im Fach. Dahlgrün kam zu dem Schluss, dass das Schweigen über Gewalt „manifeste Gewalt [toleriert und ermöglicht] – und

43 Andrea Eickmeier, Gewalt gegen Frauen – in der Perspektive feministisch-theologischer Ethik, in: Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik e. V. (Hrsg.), Gewalt, S. 46–51, hier S. 46.

44 Claudia Janssen / Renate Jost, Einführung, in: Matthiae u. a. (Hrsg.), Feministische Theologie, S. 236–240, hier S. 238.

45 Dahlgrün, „Gewalt gegen Frauen“, S. 56.

46 Zit. n. ebd.

[...], bei konsequenter Anwendung der Definition [struktureller Gewalt, LH], selbst als Gewaltausübung anzusehen“ sei.⁴⁷ Dabei bedachte sie auch die Auswirkungen auf die theologische Ausbildung: „Denn so wird eine Theologie betrieben, die mindestens in der Ausrichtung ihres Bli[c]kes auf Seiten der Täter steht; diese Perspektive wird an künftige Pfarrer/innen und Religionspädagog/innen vermittelt, so daß das Nicht-Vorkommen der Opfer fortgeschrieben wird.“⁴⁸

Befürchtet wurde, dass die Kirche kein angemessener Ort für Betroffene sexualisierter Gewalt sei – eine ähnliche Motivation, sich mit sexualisierter Gewalt auseinanderzusetzen, wie sie in dem eingangs zitierten Text von Astrid Hannappel erkennbar ist. Diese schrieb: „Als ich dann Pfarrerin in einer Gemeinde wurde und Gottesdienste hielt, warfen die Erfahrungen in der Frauenhausarbeit Fragen und Probleme für meine liturgische Praxis auf. Gebetsformulierungen [...], die ich als Amtsträgerin und Liturgin auszuführen hatte, waren festgeschrieben. So jedenfalls wurde es mir in meiner Vikariatsausbildung vermittelt.“⁴⁹ Dieses Defizit in der theologischen Ausbildung erkannten auch die Teilnehmenden einer Diskussionsgruppe bei der EKD-Konsultation: Im Diskussionsteil des Tagungsberichts ist zu lesen, dass sich dies ändern sollte, sodass angehende Pfarrer:innen „zumindest befähigt sind, Opfer, Zeugen und Täter zur Suche nach qualifizierter Hilfe zu befähigen und ihnen bei dieser beizustehen“.⁵⁰ Die Diskutierenden befanden zudem, dass es an „einer Seelsorgetheorie, die das Thema ‚Gewalt gegen Frauen und Kinder‘ ausreichend reflektiert“,⁵¹ fehle und damit an theologischen Angeboten zur Fort- und Weiterbildung für Seelsorgende. Auch für die Religionspädagogik wurde das Fehlen von Konzepten zur Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen kritisiert. Hier lag der Fokus verstärkt auf der Ausbildung zur Hilfe und Beratung statt auf einer kritischen Reflexion der Pfarrrolle.

47 Ebd., S. 57.

48 Ebd.

49 Hannappel, „Schweig still“, S. 174.

50 Corinna Clasen, Bericht der Gruppe 1, in: Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik e. V. (Hrsg.), Gewalt, S. 68.

51 Corinna Clasen, Aspekte aus den Diskussionen zu den Vorträgen, in: Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik e. V. (Hrsg.), Gewalt, S. 62–67, hier S. 66.

Feministische Bibelauslegung

Vor dem Hintergrund dieser Leerstellen begannen feministische Theolog*innen, sich der Auslegung biblischer Texte zu widmen, um damit, wie die katholische Theologin Ilse Müllner schreibt, „eine der Grundlagen des Lebens“ in christlichen Gemein-

schaften neu zu interpretieren.⁵² Feminist*innen griffen biblische Texte auf, die Szenen sexualisierter Gewalt beschrieben, zum Beispiel die Vergewaltigung der Tamar (2 Sam 13,1-22),⁵³ und lasen sie aus feministischer Perspektive gegen den Strich. Die feministische Exegese scheint an vielen Stellen ihren Ausgangspunkt in Lesekreisen und Arbeitsgemeinschaften gefunden zu haben – dies könnte angesichts der eingangs konstatierten Fehlzanzeige als eine selbstorganisierte Erweiterung der theologischen Ausbildung gedeutet werden.⁵⁴

Zur theologischen Arbeit im engeren Sinne zählt auch die Auseinandersetzung mit dem männlichen Gottesbild sowie mit dem Bild von Gott als Vater. Inwiefern diese Vorstellung für Personen, die in der Kindheit sexualisierte Gewalt durch ihren eigenen Vater erlebt hatten, problematisch sein könne, ist ein häufiges Thema der feministischen Texte, so in der erwähnten Stellungnahme des Dachverbandes der landeskirchlichen Frauenarbeit, der EFD: Auf knappen acht Seiten beschrieben die Verfasserinnen verschiedene theologische Aspekte, darunter das männliche Gottesbild und die Assoziation von Gott und Vater. Sie zitierten eine Betroffene sexualisierter Gewalt durch ihren Vater: „Gott ist der Vater: mächtig, ein Beschützer und Versorger. Mein Vater war ein bißchen Gott.“⁵⁵ Die Stellungnahme war das Ergebnis einer Arbeitsgruppe zu „Theologischen Aspekten der Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, einem der feministisch-theologischen Schwerpunktthemen der EFD zu diesem Zeitpunkt.⁵⁶ Eine Theologin und Betroffene sexualisierter Gewalt, ausgeübt durch ihren Vater, einen Pfarrer, promovierte in den 1990er Jahren zu dem Verhältnis von Töchtern und Vätern im Alten Testament und berichtete davon, wie schwer es war, eine wissenschaftliche Betreuung dafür zu finden. Sie schilderte, wie ihr Dissertationsthema und ihre Positionierung als feministische Theologin sie ins „wissenschaftliche Aus“ beförderten.⁵⁷ Zur Auseinandersetzung mit dem männlichen Gottesbild zählte auch der Versuch, eine neue Sprache zu finden, etwa im Sprechen von einer „Heili-

52 Ilse Müllner, Sexuelle Gewalt im Alten Testament, in: dies. / Ulrike Eichler (Hrsg.), Sexuelle Gewalt, S. 40–98, hier S. 42.

53 Hannappel, „Schweig still“, Müllner, Sexuelle Gewalt im Alten Testament, S. 67–72.

54 TP A_Expert*inneninterview (15.02.2023, Interviewerin Lisa Hellriegel), Gause/Paulus, Gender-Forschung, S. 66.

55 Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Theologische Aspekte, S. 3.

56 Hildburg Wegener, Feministische Theologie in den (westdeutschen) Dachverbänden EFD und EFHiD, in: Gisela Matthiae u. a. (Hrsg.), Feministische Theologie, S. 102–106, hier S. 104.

57 Elke Seifert, Tochter und Vater im Alten Testament. Eine ideologiekritische Untersuchung zur Verfügungsgewalt von Vätern über ihre Töchter, Neukirchen-Vluyn 1997; Elke Seifert, Eine Response, in: Johann Hinrich Claussen (Hrsg.), Sexualisierte Gewalt in der evangelischen Kirche. Wie Theologie und Kirche sich verändern müssen, Freiburg im Breisgau 2022, S. 189–213, hier S. 190.

gen Geistin“. Wie dem Diskussionsteil des Berichts von der EKD-Konsultation zu entnehmen ist, bestand allerdings schon zu diesem Zeitpunkt Sorge, damit „neue reduktionistische Zuschreibungen“ auszulösen und „das zwanghafte Konzept der Zweigeschlechtlichkeit“ weiterzuschreiben.⁵⁸

Zu weiteren häufig thematisierten theologischen Aspekten beim Thema Gewalt zählt die Rolle der Vergebung. So hielt die Pfarrerin Rita Klemayer bei der Tagung in Iserlohn 1992 ein Referat über „Gottesbilder, Leidensethos und Vergebungszwang“.⁵⁹ Diskussionsteilnehmer*innen der EKD-Konsultation betonten das Potenzial der biblischen Klage zum Umgang mit erlittener Gewalt und äußerten zugleich die Sorge, dass es bei einer Klage ohne Folgen bliebe. Angerissen wurde die Bedeutung von Rache Wünschen in den biblischen Klagen, die der christlichen zentralen Stellung der Vergebung widersprachen.⁶⁰ Kritisch bezogen sich die Autorinnen der EFD-Stellungnahme auf das christliche Leidensideal sowie den Zusammenhang von Schuld, Sühne und Vergebung. Sie kritisierten kirchliche Mitarbeiter*innen, die aktiv Vergebung gegenüber Tätern und Täterinnen einforderten.⁶¹

Umgang mit sexualisierter Gewalt

Zur Auseinandersetzung feministischer Theolog*innen mit sexualisierter Gewalt zählte in einem dritten Schritt der konkrete Umgang mit Betroffenen. Eine wichtige Rolle auf der theologischen Seite nahmen Rituale und Gottesdienste ein. Dass dafür angemessene liturgische Konzepte fehlten, war auf der EKD-Konsultation beklagt worden.⁶² Im Sammelband „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen als Thema der feministischen Theologie“ machten Autorinnen wie Astrid Hannappel konkrete Vorschläge für die Gestaltung von Gottesdiensten. Zur Vorbereitung schlug sie vor, das Thema im Voraus anzukündigen und zu überlegen, ob der Gottesdienst nur unter Frauen stattfinden sollte. Außerdem plädierte sie dafür, Kontakt zu örtlichen Beratungsstellen und Frauenhäusern bezüglich einer professionellen Begleitung zu suchen.⁶³ Es scheint, als ob auch solche Überlegungen davon ausgingen, es mit Betroffenen außerkirchlicher sexuali-

58 Clasen, Aspekte, S. 65.

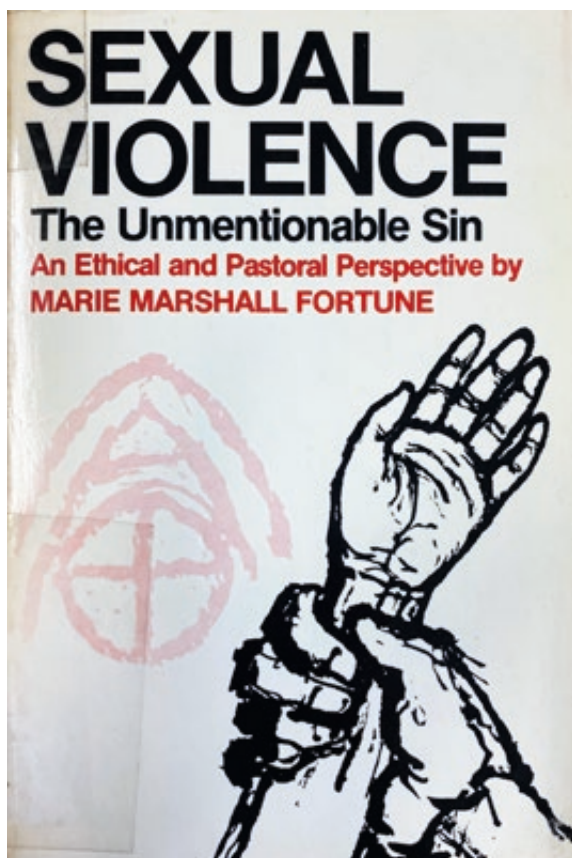
59 Ulrike Eichler / Ursula August, Tagungsüberblick, in: Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.), Wider die Gewalt-Verhältnisse, S. 6.

60 Clasen, Aspekte, S. 62.

61 Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Theologische Aspekte, S. 5.

62 Clasen, Aspekte, S. 66.

63 Hannappel, „Schweig still“, S. 190 f.



Marie M. Fortunes „Sexual Violence. The Unmentionable Sin“ von 1983

sierter Gewalt zu tun zu haben, welche die Kirche als helfende Instanz wahrnehmen konnten. Denn die Frage, ob Betroffene, die sexualisierte Gewalt innerhalb der Kirche erfahren hatten, diese also als Täterorganisation erlebt hatten, überhaupt Interesse an christlichen Mitteln der Vergemeinschaftung hatten, taucht kaum in den Texten auf.

Auf der Tagung in Iserlohn wurden Beispiele ausgetauscht, wie man Betroffene sexualisierter Gewalt unterstützen könne: So berichtete die Pfarrerin Lisa Jung, die nach ihrer theologischen Ausbildung ein Praktikum bei Wildwasser e. V. Berlin absolviert hatte, von dem parteilichen Ansatz und aus der Gründungsgeschichte dieser feministischen Beratungsstelle, weitere Vortragende aus der Arbeit im Frauenhaus Iserlohn und aus der gewerkschaftlichen Arbeit gegen sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz.⁶⁴ Christa Frielingsdorf-Appelt fokussierte auf sexualisierte Gewalt in der Psychotherapie, die sie als besonders folgenreich für die Betroffenen erachtete. Mit Bezug zu anderen Beratungsverhältnissen, die sie von der Psychotherapie differenziert sehen wollte, schrieb sie: „Aus Beratungsverhältnissen im

⁶⁴ Eichler/August, Tagungsüberblick.

weitesten Sinne ist uns die prinzipielle Gefahr der Ausbeutung von Frauen bekannt, denken Sie an die Geistlichen, Rechtsanwälte, Lehrer, ärztliche Berater; und sicherlich kennt jede von Ihnen Geschichten speziell der sexuellen Ausbeutung durch derartig einflußreiche Personen [...].“ Interessant an ihrer Analyse ist hier, dass sie die „Geistlichen“ der Kategorie anderer Berufe zuordnet, statt Seelsorge und Psychotherapie zu parallelisieren, die trotz ihrer unterschiedlichen Ziele und Methoden beide auf eine enge und vertrauensvolle Zweierbeziehung setzen.⁶⁵ Frielingsdorf-Appelt setzte auf verstärkte Ausbildung und Supervision zum „Abstinenzgebot“, also dem Verbot privater Beziehungen zwischen Therapeut*innen und Klient*innen – auch dies Forderungen, deren Übertragbarkeit auf die Pfarrausbildung diskutiert werden könnte.

Auch wenn der Fokus der Auseinandersetzung meist auf den Tatkontexten Familie oder Ehe lag, wurde daneben doch immer wieder ein kritischer Blick auf die Institution Kirche geworfen. So findet sich in den Diskussionen zur EKD-Konsultation die Forderung: „Auch die Kirche muß sich kritisch der Gewaltanalyse stellen“ und einen Blick auf die eigenen Strukturen werfen.⁶⁶ Bezogen auf die theologische Ausbildung hieß es, dass die Universität „kein gewaltfreier Raum“ sei.⁶⁷ Auch die Stellungnahme der EFD benannte „Mißbrauch [von] Autorität und Vertrauen [...] in der Seelsorge, in der Diakonie und im Unterricht“⁶⁸ und verwies darauf, dass Gewalt innerhalb der Kirche häufig verschwiegen werde, um „dem Ansehen der Kirche [nicht zu] schaden“.⁶⁹ Eben dieses Schweigen in Fällen, in denen die Beschuldigten Amtspersonen seien, deutete die katholische Theologin Mary E. Hunt als einen Teil der „Doppelmoral“ der Kirche, wie die ebenfalls katholische Andrea Eckmeier in einem Beitrag zur Perspektive der feministisch-theologischen Ethik im Tagungsbericht der EKD-Konsultation ausführte.⁷⁰ Diese Doppelmoral müsse Hunt zufolge aufgegeben werden, wenn die Kirchen sich mit Gewalt gegen Frauen auseinandersetzen wollten. An Eckmeiers Beitrag wird zum einen die ökumenische Kommunikation zu dem Thema deutlich – wie auch

65 Sie ging davon aus, dass sexualisierte Gewalt in anderen Beratungsbeziehungen wie etwa Erziehungs- und Lebensberatung eher selten vorkam, denn „gerade in diesem Tätigkeitsfeld [sind] Frauen in der Mehrzahl tätig bzw. die Berater sind selbst in Abhängigkeitsverhältnissen beschäftigt, die sie vor größeren Unkorrektheiten bewahren“. Christa Frielingsdorf-Appelt, Gewalt gegen Frauen in der psychotherapeutischen Beratung, in: Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.), Gewalt-Verhältnisse, S. 34–40, hier S. 35.

66 Clasen, Aspekte, S. 66.

67 Ebd., S. 67.

68 Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Theologische Aspekte, S. 1.

69 Ebd., S. 5.

70 Andrea Eckmeier, Gewalt gegen Frauen – in der Perspektive der feministisch-theologischen Ethik, in: Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik e. V. (Hrsg.), Gewalt, S. 46–50, hier S. 49.

an dem Sammelband, den mit Ilse Müllner und Ulrike Eichler eine katholische und evangelische Theologin herausgegeben hatten. Zum anderen stellte Eckmeier mit ihrem Verweis auf Hunt auch einen Bezug zu US-amerikanischen feministischen Theologinnen her – ein Bezug, der im folgenden Absatz genauer diskutiert werden soll.

Transnationale Bezüge in die USA und Niederlande – drei Beispiele

Im Sammelband „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen“ finden sich mehrfach Bezüge auf das Buch „Sexual Violence: The Unmentionable Sin“, veröffentlicht 1983 von der US-amerikanischen Pastorin Marie Marshall Fortune.⁷¹ Seit 1976 Pfarrerin der United Church of Christ, die in den USA zu den protestantischen *Mainline Churches* zählt,⁷² hatte Fortune 1977 das Center for Prevention of Domestic and Sexual Violence (heute: Faith Trust Institute) in Seattle gegründet. Ähnlich, wie Astrid Hannappel es in der eingangs zitierten Passage beschrieb, hatte sie in der Arbeit bei Seattle Rape Relief festgestellt, wie wenig ihre theologische Ausbildung sie auf den Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt vorbereitet hatte.⁷³ Das Zentrum, das seine Arbeit als „angewandte Feministische Theologie und Ethik“ verstand, spezialisierte sich unter anderem auf die Bildung und Ausbildung von Pastor*innen. Marie Fortune und ihre Mitarbeiter*innen gingen von folgendem Grundsatz aus: „If theological education takes seriously the experiences of victims and offenders of sexual and domestic violence, it will be fundamentally changed.“⁷⁴ Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Centers war die kritische Auseinandersetzung mit Beziehungen zwischen Gemeindegliedern und Pfarrer*innen in der Seelsorge. Dies hatte Fortune bereits 1983 in „The Unmentionable Sin“ kritisiert – ein Buch, das sie geschrieben hatte, während das Zentrum finanziell nicht gefördert wurde. Sie schrieb: „Most people in counseling are feeling vulnerable to begin with and the therapist or pastor represents a role of authority and power which can be easily be misused to coerce a

71 Marie M. Fortune, *Sexual Violence. The Unmentionable Sin. An Ethical and Pastoral Perspective*, New York 1983.

72 Ausführlich dazu: Jana Kristin Hoffmann, *Die Sexualisierung der Religion im 20. Jahrhundert. Diskurse um Sexualität, Familie und Geschlecht in der Methodistischen Kirche in den USA*, München/Wien 2021, S. 5.

73 Marie M. Fortune / Frances Wood, *The Center for the Prevention of Domestic and Sexual Abuse. A Study in Applied Feminist Theology and Ethics*, in: *Journal of Feminist Studies in Religion* 4 (1988), H. 1, S. 115–122, hier S. 117.

74 Ebd., S. 119.

sexual encounter.“⁷⁵ Fortune, in deren Sexualethik Konsens eine zentrale Rolle spielte, argumentierte, dass Personen, die eine Therapie oder Seelsorge in Anspruch nahmen, aufgrund des Machtungleichgewichts, das der dafür nötigen Beziehung innewohne, schlicht nicht fähig seien, innerhalb dieser einen Konsens einzugehen. Aus derselben Position sprach sie sich klar gegen sexuelle Kontakte Erwachsener mit Minderjährigen aus. Dieses Machtgefälle sei Fortune zufolge bei Pfarrer*innen durch ihre Rolle als Repräsentant*innen Gottes besonders ausgeprägt: Für Betroffene könnte die erlebte sexualisierte Gewalt den Eindruck erwecken, nicht nur durch den individuellen Pastor, sondern auch von Gott und der Kirche an sich betrogen worden zu sein, und damit eine Hürde zum individuellen Glauben darstellen.⁷⁶ Umso mehr monierte sie das Fehlen klarer „Guidelines“ für Pfarrer*innen, die es für andere Professionen schon lange gebe.⁷⁷ Auch außerhalb der Beziehung von Pastor*innen und Gläubigen vertrat sie eine klare Sexualethik des Konsens und analysierte die materiellen Bedingungen von Gewalt gegen Frauen. Andrea Eckmeier kommentierte, dass Fortunes klare Ethik „uns etwas fremd erscheinen“ möge, aber ein Versuch sei, konkrete „Lebensbedingungen“ in die Theologie einzubringen.⁷⁸

Die feministischen Theolog*innen in der Bundesrepublik warfen jedoch nicht nur einen Blick auf die andere Seite des Atlantiks, sondern tauschten sich auch mit ihren europäischen Nachbar*innen aus, wie am eingangs zitierten Beispiel der niederländischen Theologin Janna van Loon sichtbar wurde. Ähnlich wie Fortune argumentierte sie: „Sexualmißbrauch bei der pastoralen Seelsorge ist Mißbrauch von Macht und ein Akt der Gewalt und Ungerechtigkeit. a) Weil sehr unsorgfältig mit der Verletzlichkeit des Gemeindemitgliedes umgegangen wurde. b) Weil dieses Gemeindemitglied [...] zu einem sexuellen Objekt gemacht wurde und als Person vor dem Pfarrer verschwindet.“⁷⁹ Letzteres Argument macht einen weiteren Aspekt der „Ungerechtigkeit“ auf: Nicht nur handelte es sich, wie beide argumentierten, um „Mißbrauch von Macht“, sondern auch um eine unangemessene Sexualisierung der Situation, durch die das Anliegen der Ratsuchenden, „als Person“ gesehen zu werden, hinter ihrer Objektifizierung durch den Pastor verschwinde. Janna van Loon beließ es nicht bei der Analyse, ging also im skizzierten Dreischritt bis zum letzten Punkt, dem Umgang mit sexualisierter Gewalt: Wie eingangs geschildert, berichtete sie bei ihrem Vortrag auf der Tagung von der Gründung eines

⁷⁵ Fortune, *Sexual Violence*, S. 102.

⁷⁶ Ebd., S. 107.

⁷⁷ Ebd., S. 108.

⁷⁸ Eckmeier, *Gewalt*, S. 49.

⁷⁹ Van Loon, *Wider die Gewalt*, S. 45.

Netzwerks gegen sexualisierte Gewalt in den Niederlanden. Dieser war ein ökumenischer Lehrgang für Vertrauenspfarrer*innen zur Betreuung Betroffener sexualisierter Gewalt in Kirchgemeinden vorausgegangen, an dem sie mit elf weiteren Personen, vor allem Pfarrer*innen, im Vorjahr teilgenommen hatte.⁸⁰ Neben einer Auseinandersetzung mit eigenen lebensgeschichtlichen Erfahrungen und ihrer eigenen Sexualität sammelten die Teilnehmenden Ideen, wie mit Beschuldigten umzugehen sei, vor allem unter Kolleg*innen. Auch konkrete Fragen wie die nach der Rechtsposition des Vertrauenspfarrers und der Möglichkeit, ohne Beschluss der Kirchenleitung zu handeln, wurden diskutiert. Van Loon berichtete von starken Abwehrreaktionen, die ein Aufsatz über sexualisierte Gewalt in der Seelsorge hervorgerufen habe. Dass dieser aber überhaupt veröffentlicht worden war, galt den Herausgeberinnen als Beleg dafür, dass über sexualisierte Gewalt in Kirchengemeinden in den Niederlanden eher als in der Bundesrepublik gesprochen wurde.

Ein Beispiel für konkrete transnationale Zusammenarbeit bei der Weiterbildung kirchlicher Mitarbeiter*innen waren Seminare mit dem Titel „Lots Töchter – sexueller Mißbrauch in der Kirche, ein Tabu“, die Jenny Schneider-van Egten, Mitbegründerin der niederländischen Arbeitsgruppe „Religion und Inzest“, anbot. Diese hatte sie gegründet, nachdem sie in ihrer damaligen Gemeinde von sexualisierter Gewalt an einem Mädchen durch dessen Vater erfahren hatte und ihn darauf ansprach, da sie zu diesem Zeitpunkt „noch ganz naiv glaubte [...], man könne so etwas im Familiengespräch klären“.⁸¹ Die sexualisierte Gewalt endete jedoch nicht. Als sie dies Jahre später erfuhr und „massive Schuldgefühle“ empfand, gründete sie gemeinsam mit anderen Frauen die erwähnte Arbeitsgruppe. Gemeinsam mit der Mädchenreferentin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Christiane Meiners, bot sie in den Jahren 1994 und 1995 mehrere Seminare im Evangelischen Jugendhof Sachsenhain (Verden) zu diesem Thema an. Im Mittelpunkt stand „neben der Arbeit mit Fallbeispielen die Auseinandersetzung mit eigener und fremder, insbesondere sakraler Macht“.⁸² Im Interview mit *Donna Lotta*, einer Zeitschrift für Mädchenarbeit in Niedersachsen, machte Schneider-van Egten auf sexualisierte Gewalt in der Seelsorge aufmerksam. Sie betonte, wie zentral das Erleben der betroffenen Person für die Definition eines Übergriffs ist: „Ist zum Beispiel den Arm um jemanden legen schon

⁸⁰ Ebd., S. 43 f.

⁸¹ o. A., Sexueller Mißbrauch im kirchlichen Kontext, in: Donna Lotta. Zeitung zur Mädchenarbeit in Niedersachsen 1994, H. 4, S. 5. Für den Hinweis danke ich Ruth Pope.

⁸² Ebd.

eine unerwünschte Intimität? Es kommt darauf an, wie die Person [...] dies erfährt, wann also die Grenze der Gegenseitigkeit überschritten ist.“⁸³ Dementsprechend forderte sie einen klaren „Berufskodex“ für Seelsorger*innen.⁸⁴ Sie stellte Spezifika sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext heraus: So drohe den Betroffenen der Verlust ihres grundlegenden Vertrauens in Gott und sie seien zusätzlich durch die christliche „Vergebungspflicht“ belastet. Zudem benannte sie spezifische – wie man heute sagen würde – Risikofaktoren für sexualisierte Gewalt in der Kirche: etwa die „rigide christliche Sexualmoral“ oder das Bild der Pfarrfamilie als idealer Familie, über die nichts Negatives nach außen dringen dürfe. Aus dem Artikel geht auch hervor, dass ein Netzwerk zu dem Thema in Niedersachsen gegründet werden sollte. Der kurze Text und sein Veröffentlichungsort belegen, dass Vernetzungen nicht nur transnational zwischen Theologinnen, sondern auch mit feministischen Institutionen stattfanden.

Ausblick

Auch wenn die Aufnahme von Frauen in den Pfarrberuf zunächst „lautlos“ erfolgt war, ist festzuhalten, dass sie nicht lautlos blieben: Feministische Theolog*innen gehörten zu den ersten, die Machtbeziehungen und sexualisierte Gewalt kritisierten. Einige warfen dabei einen kritischen Blick auf die eigene Institution und zogen daraus Konsequenzen für die Pfarrerausbildung. Andere fokussierten eher auf Gewalt gegen Frauen an anderen gesellschaftlichen Orten und vernetzten sich dabei mit anderen Feminist*innen, die innerhalb und außerhalb der EKD, teils auch in anderen Ländern aktiv waren.

Als eine Folge der Debatten der 1990er Jahre ist die Studie „Gewalt gegen Frauen als Thema der Kirche“ zu nennen, die EKD-Kirchenamt und -Rat im Jahr 2000 veröffentlichten.⁸⁵ Neben einer Diskussion theologischer Aspekte findet sich hier auch eine Bestandsaufnahme von landeskirchlichen und EKD-Organisationen sowie landeskirchlichen Werken, die das Thema aufgegriffen hatten. Zudem wurden Handlungsempfehlungen gegeben. Die Einführung thematisiert die „Schwierigkeiten“, innerkirchliche Gewalt gegen Frauen zu erörtern, da es an Zahlen und Daten mangle.⁸⁶

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ EKD-Kirchenamt und -Rat (Hrsg.), *Gewalt gegen Frauen als Thema der Kirche*. Ein Bericht in zwei Teilen, Gütersloh 2000.

⁸⁶ Ebd., S. 19.

Feministische Theologie als Teil der Pfarrausbildung wurde in verschiedenen Landeskirchen und Disziplinen unterschiedlich schnell aufgenommen: Während die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau ab 2002 „Gesichtspunkte und Probleme der theologischen Frauenforschung“⁸⁷ bzw. „feministische Fragestellungen und Gender-Forschung“⁸⁸ als Querschnittsthema für alle Fächer in der Ersten bzw. Zweiten Theologischen Prüfung vorschrieb, monierte Gisa Bauer 2006 die marginale Position der Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Kirchengeschichte.⁸⁹ Als Reaktion auf die teilweise weiterhin randständige Stellung der Feministischen Theologie in der kirchlichen und universitären Ausbildung wurden Langzeitfortbildungskurse am FBSZ eingeführt. Seit 2004 gibt es einen Fernkurs Feministische Theologie.⁹⁰ Einfluss auf die Pfarrausbildung nahmen Feminist*innen in der AG „Frauen in Schule und Gemeinde“ der Religionspädagogischen Institute der evangelischen Landeskirchen, die zentral für pädagogische Aspekte der Ausbildung zuständig sind. Auf die ÖRK-Dekade zur Solidarität mit den Frauen folgte die Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001–2010). In diesem Rahmen organisierte die AG 2003 eine Tagung zum Thema „Gewalt gegen Frauen“.⁹¹ Infolge des massenhaften Bekanntwerdens von Fällen sexualisierter Gewalt in den 2010er Jahren begannen die meisten Landeskirchen, ein Präventionsmodul gegen sexualisierte Gewalt in der Pfarrausbildung zu verankern. Eine grundlegend machtkritische Reflexion der Pfarrrolle zum Querschnittsthema der Ausbildung zu machen, wird hingegen weiterhin gefordert.

Zwar ist es ein umstrittenes Postulat, aus der Geschichte zu lernen, doch es lässt sich argumentieren, dass die Analyse sexualisierter Gewalt in der Gegenwart von den Texten der feministischen Theolog*innen der 1980er und 1990er Jahre profitieren könnte. Zuerst ist da der Befund, dass viele Mechanismen bekannt erscheinen – etwa die Abwehrreaktionen nach Bekanntwerden von Fällen sexualisierter Gewalt, wie sie Janna van Loon schilderte. Aber

87 Fachinformationssystem Kirchenrecht, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau: 467-2002 ProI, Rechtsverordnung über die Erste Theologische Prüfung (Prüfungsordnung I) vom 25. Juni 2002, <https://www.kirchenrecht-ekhn.de/pdf/20162.pdf> [4.5.2023], S. 14.

88 Fachinformationssystem Kirchenrecht, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau: 468-2002 Pro II, Rechtsverordnung über die Zweite Theologische Prüfung (Prüfungsordnung II) vom 25. Juni 2002, <https://www.kirchenrecht-ekhn.de/pdf/21161.pdf> [4.5.2023], S. 16.

89 Gisa Bauer, Die Genderfrage in der theologischen Ausbildung. Ein Erfahrungsbericht aus dem Fachbereich Kirchengeschichte, in: *Praktische Theologie* 41 (2006), H. 1, S. 5–11.

90 Heute „Fernstudium Theologie geschlechterbewusst“, <http://www.fernstudium-ekd.de/theologie/theologie-geschlechterbewusst.php> [23.5.2023].

91 Annabelle Pithan, „Frauen in Schule und Gemeinde“. Eine Arbeitsgemeinschaft der Religionspädagogischen Institute der evangelischen Landeskirchen in Deutschland (1990–2005), in: Gisela Matthiae u. a. (Hrsg.), *Feministische Theologie*, S. 163–169, hier S. 165 f.

auch verschiedene Aspekte feministischer Analyse scheinen bis heute relevant: Dazu zählt die Betonung der Erfahrungsdimension, die, wie Elke Seifert argumentiert, die Feministische Theologie in die theologische Wissenschaft einbrachte.⁹² Ebenso wichtig scheint die grundlegende Analyse von Machtbeziehungen: Bis heute sind sexuelle Beziehungen zu erwachsenen Klient*innen in der Seelsorge, anders als in der Psychotherapie, nicht gesetzlich verboten – auch wenn, wie van Loon und Fortune in den 1980er und 1990er Jahre schrieben, das Machtungleichgewicht aufgrund der Verletzlichkeit der Klient*innen offensichtlich ist. Die seit 2019 geltende Gewaltschutzrichtlinie der EKD führte ein Abstinenzgebot in Bezug auf Seelsorgeverhältnisse ein.⁹³ Im November 2022 stimmte die EKD-Synode auf Wunsch von Betroffenenvertretungen zu, auf eine Änderung des entsprechenden Strafrechtsparagrafen hinzuwirken.⁹⁴

Nichtsdestoweniger bleibt wichtig, kritisch mit Positionen feministischer Theolog*innen umzugehen, die, wie kurz im Teil zum männlichen Gottesbild erwähnt, dazu beitragen können, tradierte Normen von binärer Geschlechtlichkeit weiter zu zementieren. Vor allem in Anbetracht der Kritik aus queerer Perspektive an der zweiten Welle der Frauenbewegung bleibt diese Problematik relevant. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund unseres heutigen Wissens über sexualisierte Gewalt in beiden großen Kirchen ist die Intervention feministischer Theolog*innen in den 1980er und 1990er Jahren indes ein relevanter Teil der Kirchengeschichte wie auch der Zeitgeschichte feministischer Gewaltabwehr, die bislang nur in ersten Ansätzen geschrieben ist.

Lisa Hellriegel, M. A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Bereich Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Bremen. Bis Juli 2023 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

92 Seifert, Response, S. 212.

93 Richtlinie der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Schutz vor sexualisierter Gewalt vom 18. Oktober 2019, §4, Abs. 2, <https://www.uek-recht.de/document/44830> [16.6.2023].

94 Beschluss der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 3. Tagung zur Erweiterung § 174c StGB vom 9. November 2022, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/09-Beschluss-zu-Erweiterung-Paragrah-174c-StGB.pdf [4.5.23].

Schmuddelecken in der Provinz. Zur Konstruktion von „Schmutz“ in der mittelstädtischen Gesellschaft, 1970–2000

Einleitung

„Erbrochenes, Uringestank, benutzte Spritzen, leere Schnaps- und Bierflaschen, und das an jeder Stelle des Bahnhofs“. Diese Beschreibung, die vertraut klingt und vielen Bahnhöfen gelten könnte, erhitzte die Gemüter im ostwestfälischen Gütersloh im Frühling 2023. Kein anderer als der amtierende Landrat des Kreises Gütersloh höchstpersönlich, Sven-Georg Adenauer (CDU), monierte in einem Leserbrief an eine Lokalzeitung öffentlich die Zustände am Bahnhof – dem „dreckigsten Bahnhof“, noch vor Berlin, Köln oder München, den er je gesehen habe.¹ Das veranlasste auch die Deutsche Bahn prompt zu einer Reaktion, die eine Ausweitung der Putzdienste ankündigte, zugleich aber auf die mit dem Ort verbundenen sozialen Probleme verwies, die die Bahn nur gemeinsam mit der Stadt Gütersloh zu lösen imstande sei.² Das Lamento über Verunreinigungen an

¹ Michael Delker, Adenauer beklagt verdreckten Hauptbahnhof, Die Glocke, 19.4.2023.

² Bahn weitet Putzdienst am Gütersloher Bahnhof aus, Radio Gütersloh, 21.4.2023, <https://www.radioguetersloh.de/nachrichten/kreis-guetersloh/detailansicht/bahn-weitet-putz-dienst-am-guetersloher-bahnhof-aus.html> [30.6.2023].

Bahnhöfen ist fürwahr kein auf Gütersloh beschränktes Phänomen. Die Kritik durch den Landrat selbst, die unverzügliche Reaktion der Bahn sowie die sich anschließende Diskussion in der Lokalpresse und in Leserbriefen sind hingegen auffällig und erklärungsbedürftig.

Wenn wir im Folgenden von Schmutz in der Stadt sprechen, so geht das Verständnis weit über liegengelassene Bierflaschen und anderen Unrat hinaus. Mit Mary Douglas nehmen wir an: „Wo es Schmutz gibt, gibt es auch ein System“.³ Die britische Anthropologin hat das Verständnis von „Schmutz“ damit deutlich erweitert, begreift sie es nicht allein als etwas Materielles, sondern als soziale Praktik: Gesellschaftliche Strukturen bringen demnach Hygienemaßnahmen als besondere „symbolische Handlungen“ hervor, die wiederum dazu dienen, die betreffende Gemeinschaft von ordnunggefährdenden Elementen „reinzuhalten“.⁴ Von diesen Überlegungen ausgehend fragen wir danach, was uns die zeitgenössischen Konstruktions- und Umgangsweisen von und mit „Schmutz“ über die mittelstädtische Gesellschaft Güterslohs verraten. Die Untersuchung des Phänomens Schmutz in einem mittelstädtischen Setting erscheint insofern reizvoll, als doch Schmutz gerade in diesem weiten Sinne gemeinhin als Marker des Großstädtischen gilt, oder anders formuliert: je größer, desto schmutziger – je kleiner, desto sauberer.⁵ Steht die Mittelstadt nach wie vor im Schatten der Großstadt- und Metropolenforschung,⁶ begünstigen diese Zuschreibungen, dass in kleineren Städten ein geringeres Bewusstsein für soziale Schieflagen besteht als in Großstädten und weniger gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden. So verweisen die kanadischen Politologen Christopher Walmsley und Terry Kading auf die ungleiche Verteilung finanzieller Hilfen zur Bekämpfung beispielsweise von Obdachlosigkeit und Armut und liefern damit gleichzeitig erste Befunde zum Umgang mit Sozialproblemen in kleineren Städten.⁷ Mit Dreck, Fremdheit und Unordnung verbundene Orte können allerdings als integraler Be-

3 Vgl. Mary Douglas, Reinheit und Gefährdung. Eine Studie zu Vorstellungen von Verunreinigung und Tabu, Berlin 1985, S. 59.

4 Vgl. ebd., S. 79 f.

5 Siehe im Hinblick auf Kriminalität dazu bspw. Renate Ruhne, Urbane „Angsträume“ – Die Stadt als ein geschlechtliches Bedrohungsszenario, in: Ingrid Breckner / Albrecht Göschel / Ulf Matthiesen (Hrsg.), Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2020, S. 429–440.

6 Die Randständigkeit kleinerer Stadttypen in der Forschung ist wiederholt thematisiert und jüngst verstärkt durch Projekte der Wiener Forschungsgruppe um Birgitta-Schmidt Lauber angegangen worden. Siehe z. B. Birgitta Schmidt-Lauber, Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole, Frankfurt a. M. / New York 2011; Georg Wolfmayr / Birgitta Schmidt-Lauber, Doing City. Andere Urbanitäten und die Aushandlung von Stadt in alltäglichen Praktiken, Zeitschrift für Volkskunde 112 (2016), H. 2, S. 187–208; Birgitta Schmidt (Hrsg.), Andere Urbanitäten. Zur Pluralität des Städtischen, Wien/Köln/Weimar 2018.

7 Christopher Walmsley / Terry Kading, Introduction, in: dies. (Hrsg.), Small Cities, Big Issues. Reconciling Community in a Neoliberal Era, Edmonton 2018, S. 3–20.

standteil einer jeden urbanen Geografie gelten; sie werden durch Zuschreibungen hervorgebracht und als unliebsame Orte perpetuiert.⁸ Mit diesem Zugriff tragen wir dem wachsenden Interesse der Geschichtswissenschaft an der Verräumlichung des Sozialen Rechnung, wonach soziale Gruppen, Personen und Gegenstände nicht einfach beliebig existieren, sondern absichtsvoll in einem Beziehungsgefüge positioniert werden und so in diesem ein Gesamtensemble ergeben, die Stadt.⁹

Mit Gütersloh steht eine Stadt im Mittelpunkt der Untersuchung, die sich innerhalb eines Jahrhunderts von einer dörflich anmutenden Kleinstadt zu einer prosperierenden Großstadt mit globalen Bezügen entwickelt hat. Anhand dreier Vertiefungen – erstens die Zuschreibung von Dreck und Lärm, zweitens die Konstruktion sozialer „Randgruppen“ als die „Anderen“ im „Eigenen“ sowie drittens der Umgang mit Sex und Erotik im (öffentlichen) Stadtraum – spüren wir den Zuschreibungen von und Verfahrensweisen mit „Schmutz“ nach. Der Blick richtet sich auf eben jenen Zeitraum des verdichteten Wachstums und Aufbruchs seit den 1970er Jahren, der eine Zunahme auch unliebsamer Merkmale des Urbanen wie Schmutz und Fremdheit erwarten lässt und damit gleichzeitig den Umgang mit diesen Merkmalen, ihre Aushandlung greifbar werden lässt. In Abgrenzung zum Konzept der gefährlichen Orte, das (polizei-)rechtliche Implikationen umfasst, stehen die sogenannten *Incivilities*, also gesellschaftlich unerwünschte, störende, aber nicht illegale Verhaltensweisen, sowie andere Phänomene der Abweichung im Zentrum der Betrachtung.¹⁰ Anhand der drei genannten Vertiefungen diskutieren wir die Beschaffenheit und Konstruktion zeitgenössischer Ordnungsvorstellungen und Selbstverständigungsprozesse über städtische (An-)Ordnungen des Sozialen und des Moralischen. Die Konstruktionen können also als Gradmesser sozialer (Un-)Erwünschtheit interpretiert und nach ihrer Funktionalisierung befragt werden. Ein solcher konzeptioneller Zugriff über eben jene Orte kann dabei helfen, Urbanisierung nicht als bloße Erfolgsgeschichte zu erzählen, sondern vielmehr Stadtgeschichte von ihren Rändern her zu denken, um dadurch fundamentale Ambivalenzen sowie Inklusions- und Exklusionsmechanismen zu fassen.¹¹

8 Vgl. zu diesen Zusammenhängen aus der Verräumlichung des Sozialen und dem Entstehen sozialer Images bestimmter Gegenden und ihrer Bewohnerschaft Benita Luckmann, Politik in einer deutschen Kleinstadt, Stuttgart 1970, S. 113 f.

9 Vgl. Martina Löw, Raumsoziologie, Frankfurt a. M. 2019, siehe insbesondere die S. 158–161 zu Spacing und Syntheseleistung.

10 Peter Ullrich / Marco Tullney, Die Konstruktion ‚gefährlicher Orte‘. Eine Problematisierung mit Beispielen aus Berlin und Leipzig, in: sozialraum.de 4 (2012), Ausgabe 2, <http://www.sozialraum.de/die-konstruktion-gefaehrlicher-orte.php> [30.6.2023].

11 Vgl. Christoph Bernhardt, Urbanisierung im 20. Jahrhundert – Perspektiven und Positionen, in: IMS (2012), 2, S. 5–12.

Mittelstädtische (Selbst-)Bilder

Während die Großstadt als Verdichtungsraum von Kultur, Diversität, Innovation, aber auch als Ort des Anonymen, Fremden und Gefährlichen gilt, werden kleinere Städte in Abstufung in der Regel als sicher, ruhig, übersichtlich, nachbarschaftlich und verbindlich gerahmt¹² – Zuschreibungen, die zwar durchaus auf tatsächlichen Gegebenheiten fußen, aber Folgen haben. Die relative Unsichtbarkeit sozialer Problemlagen in der Wahrnehmung von Klein- und Mittelstädten ist nach Kading und Walmsley nicht zuletzt das Resultat von eben diesen verfestigten, kollektiven Zuschreibungen.¹³ Die Stadt Gütersloh wird nicht nur in ihrer Eigenschaft als Mittelstadt mit den entsprechenden Attributen assoziiert, vielmehr nahm und nimmt die Stadt diese Zuschreibungen selbst aktiv vor. Erst 1825 mit Stadtrechten versehen, erfuhr die junge Stadt im ländlichen Ostwestfalen im 19. Jahrhundert wie andernorts einen wesentlichen Entwicklungsschub im Zuge der Industrialisierung. Eingemeindungen, die Ernennung zur Kreisstadt und anhaltende Wirtschaftskraft begründeten auch nach 1945 das dynamische Wachstum der Stadt.¹⁴ Besonders die 1970er und 1980er Jahre erwiesen sich in Gütersloh als Phase städtischen Aufbruchs – mithin gerade der Zeitraum, der in der bundesrepublikanischen Gesamtschau demgegenüber für den Beginn sozioökonomischer Krisenjahre stand.¹⁵ Aufbrüche in Gütersloh lassen sich in demografischer, politisch-administrativer, städtebaulicher, kultureller und vor allem wirtschaftlicher Hinsicht feststellen. Diese waren zwar nicht ausschließlich, aber doch wesentlich durch ökonomische Erfolge und die fortschreitende Expansion der Familienunternehmen Miele und Bertelsmann zu Weltunternehmen geprägt, die beide in der industriestarken und branchendiversen Stadt eine Sonderstellung einnahmen. Mit der knappen Formel „Vom

12 Vgl. Kading/Walmsley, Introduction, S. 9 f.; Rolf Lindner, „Maß und Mitte“ – Middletown Revisited, in: Birgitta Schmidt-Lauber (Hrsg.), Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole, Frankfurt a. M. / New York 2010, S. 37–50, S. 48 f.

13 Vgl. Kading/Walmsley, Introduction, S. 15.

14 Zählte die Stadt um 1950 rund 43.000 Einwohner:innen, waren es 1980 bereits 80.000. In den 2000er Jahren bewegte sich die Zahl um 96.000, ehe Gütersloh 2018 den Großstadtstatus erhielt. Vgl. Werner Freitag (Hrsg.), Geschichte der Stadt Gütersloh, Bielefeld 2003. Dieses Wachstum verlief allerdings nicht ausschließlich linear und war zeitweise auch durch Stagnationen und leichte Rückgänge geprägt.

15 Siehe Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019; Ralf Ahrens, Eine alte Industrie vor neuen Herausforderungen. Aufbrüche und Niedergänge im ost- und westdeutschen Maschinenbau seit den 1960er Jahren, in: Werner Plumpe / André Steiner (Hrsg.), Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960 bis 1990, Göttingen 2016, S. 55–119, außerdem den jüngst erschienenen Sammelband Matthias Frese / Thomas Küster / Malte Thießen (Hrsg.), Varianten des Wandels. Die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020, Paderborn 2023.

Heidedorf zur florierenden (Groß-)Stadt“ wird bis in die Gegenwart hinein diese Entwicklungsleistung in der eigenen Selbstbeschreibung gewürdigt. Das rasche Wachstum und die Veränderungen seit den 1970er Jahren veranlassten aber ebenso Such- und Verortungsprozesse zwischen Kleinstadtvergangenheit und Großstadtzukunft, was verdichtet in städtischen Imagebroschüren, Porträts und Reden zu städtischen Ereignissen zum Ausdruck kommt.¹⁶ Während auf der einen Seite das pulsierende Leben, die Kultur- und Freizeitmöglichkeiten in Großstadtformat unterstrichen wurden, blieb das Selbstbild im Kern auf die Kleinstadtidylle gerichtet. Die Verbindung dieser klein- und großstädtischen Vorzüge wurde in den 2000er Jahren zu einem Leitbild der Mittelstadt verdichtet, die „Überschaubarkeit jenseits großstädtischer Anonymität sowie in vielen Bereichen Erprobtes und Bewährtes, aber zugleich auch Weltläufigkeit sowie Räume für Experimente“ bietet.¹⁷ Die Selbstcharakterisierungen der Stadt betonen insgesamt räumliche wie soziale Nähe, Sicherheit und Verlässlichkeit und verweisen damit auf die prägenden Eigenschaften kleinerer Stadttypen. Gleichzeitig kann sich hinter diesen durchaus attraktiven, für Lebensqualität stehenden Merkmalen ein exkludierendes Moment verbergen – transportierten die genannten Vorzüge doch nicht nur ein Bild von Vertrautheit und sozialer Nahbeziehungen, sondern auch ein hohes Maß an sozialer Harmonisierung, was bestimmte unterprivilegierte Gruppen wie Migrant:innen, Senior:innen, Arbeits- oder Obdachlose und damit verbundene gesellschaftliche Herausforderungen tendenziell verdeckt.¹⁸

Während es sich dabei um Kennzeichen handelt, die Klein- und Mittelstädten eigen zu sein scheinen, weist Gütersloh auch stadtspezifische Charakteristika auf, die den Mechanismus zusätzlich begünstigen: Die Stadt definierte sich traditionell als Industrie- und ökonomisch prosperierende Stadt. Wirtschaftskraft und Arbeitsethos, deren Ursprung oft in der pietistischen Vergangenheit der Stadt verortet wurde und die sich mit Eigenschaften wie Fleiß, Genügsamkeit, Gehorsamkeit und Sparsamkeit verbanden, dominieren seit dem 19. Jahrhundert und bis heute Selbst- und Fremdzuschrei-

16 Vgl. Joana Gelhart / Christoph Lorke / Tim Zumloh, Zwischen Provinztradition und Großstadtsehnsucht. (Selbst-)Verortungen Güterslohs in den 1970er und 1980er Jahren, Berliner Debatte Initial 33 (2022), H. 3, S. 63–75.

17 Gütersloh – unterwegs in eine gute Zukunft. Bürgerforum in der Stadthalle am 27.5.2000, hrsg. v. Fachbereich Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung, Stadtarchiv Gütersloh (StA G.), DS 6325, vgl. dazu auch Gelhart/Lorke/Zumloh, Provinztradition.

18 Vgl. Kading/Walmsley, Introduction, S. 9 f. Die Autoren verdeutlichen dies am Beispiel der räumlichen Überschaubarkeit, die als Vorzug gerahmt wird, indirekt aber oft mit einem unzureichenden ÖPNV-System einhergeht, und zwar zulasten verschiedener immobilier Gruppen.

bungen Güterslohs.¹⁹ Die Behauptung des Stadtgeografen Rolf Lindemann, die soziale Differenzierung Güterslohs sei innerstädtisch gering ausgeprägt, gründet wohl nicht ausschließlich auf derlei Narrativen, verweist aber gleichwohl auf die Wirkmächtigkeit solcher Zuschreibungen und ihrer Tendenz, bestimmte, in dieses Narrativ nicht integrierbare Umstände zu marginalisieren.²⁰ Gleichzeitig bietet das Selbstbild erste Orientierungspunkte, um den Umgang mit den beschriebenen, die städtischen Ordnungsvorstellungen bedrohenden *Incivillities* zu erklären, wie das Beispiel des Bahnhofs zeigt.

Drei Facetten mittelstädtischer Schmutzdiagnosen

Dreck und Lärm

Eine erste Annäherung an mittelstädtische Schmutzdiagnosen bietet der Umgang mit und die Funktionalisierung von Dreck und Lärm als Faktoren von Schmutz im engeren Sinne. Dass Verunreinigungen und Krach zum Alltag nicht nur großstädtischer Lebenswelten gehören, beweisen nicht zuletzt die zahlreichen Hinweise auf Missstände, die entweder an das Gütersloher Ordnungsamt herangetragen oder aber selbst von dessen Mitarbeiter:innen registriert wurden: von Hundekot, Abfall auf der Straße, über nächtliche Ruhestörungen, Beschwerden über das Autowaschen im Fluss hin zu vermüllten Vorgärten.²¹ Die Einordnung dieser Befunde gestaltet sich allerdings schwierig, handelt es sich doch zunächst einmal um individuell wahrgenommene Störfaktoren, die sich im Wesentlichen nicht von anderen Städten zu unterscheiden scheinen. Selbst wenn sich die Beschwerden quantifizieren ließen, so ist unklar, worüber sie eigentlich Auskunft geben: über den Grad der Verschmutzung oder den Ordnungssinn der Bürger:innen? Dennoch verdichten sich bei genauerem Hinsehen Tendenzen, die Aufschluss über die mittelstädtische bzw. Gütersloher Gesellschaft geben.

19 Vgl. diese von Norbert Dieste als „besondere Mentalitätsprägungen“ beschriebenen Tugenden spiegeln sich nicht zuletzt bis heute in Formeln „Die Gütersloher können auf dem Eise grasen“ oder die Bezeichnung der „vir industrii“. Vgl. Norbert Dieste, *Wirtschaft und kommunale Selbstverwaltung. Zu Bedeutungsallokation industrieller Großbetriebe im politischen Prozess der Stadt Gütersloh (1973–1990)*, Sinzheim 1996, S. 175–179; für zeitgenössische Selbst- und Fremdbezeichnungen s. exemplarisch Gütersloh. Die Stadt am Eingang zum Minden-Ravensberger Lande, hrsg. v. Verkehrs- und Verschönerungsverein, Gütersloh 1934; Walter Vollmer, *Westfälische Städtebilder. Berichte und Betrachtungen*, Gütersloh 1963, S. 199–204; Können die Gütersloher auf dem Eise grasen?, *Gütersloher Beiträge* 1 (1965), S. 2–7.

20 Vgl. Rolf Lindemann, Gütersloh, in: Rudolf Grothues / Heinz Heineberg / Rolf Lindemann (Hrsg.), *Städte und Gemeinden in Westfalen: Der Kreis Gütersloh*, Münster 2009, S. 77–130, hier S. 108.

21 Siehe dazu die diversen Beschwerden in StA G., E 3941 (Verschmutzung der Gehsteige, ungepflegte Grundstücke, Autowaschen in Gewässern) und E 3879 wie E 3865 (Schmutz und Lärm durch Feste und Tiere).

In einer Stadt, die sich selbst als wirtschaftsorientiert und -stark rahmte, verwundert es zunächst kaum, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Beschwerden auf Lärm- und Geruchsbelästigungen und Schmutzablagerungen durch Unternehmen zielte, etwa durch die Holzverarbeitenden Wirus-Werke, das Textilunternehmen Vossen oder das Betonwerk Grün-Weiß-Beton.²² Tatsächlich aber waren es weniger die Lamenti über Abgase, Ruß und Motorengeklapper der Unternehmen, die von individuellen Beschwerden zum öffentlichen Ärgernis und Politikum avancierten. Befunde von Verunreinigungen, allen voran in der Innenstadt, die als Abweichungen von Sittlichkeitsvorstellungen gelten können, waren es, die im öffentlichen und politischen Raum die Aufmerksamkeit auf sich zogen. In einer Umfrage zur neu eröffneten Fußgängerzone 1975 beispielsweise spielte Sauberkeit eine zentrale Rolle. Wenngleich prozentual gesehen die Befragten weniger den Dreck monierten als vielmehr ein fehlendes Straßencafé, so dominierte letztlich die Verunreinigung die Diskussion im Bauausschuss: Es bestehe die „einhellige Meinung, durch die Presse die Bevölkerung zu bitten, auf mehr Sauberkeit in der Fußgängerzone zu achten,“²³ dem im Protokoll, rot unterstrichen und mit „Ja!“ kommentiert, Nachdruck verliehen wurde. 1977 wurde auch der Verkehrs- und Gewerbeausschuss von einzelnen Ratsmitgliedern als Forum genutzt, um Klagen über die City und Fußgängerzone vorzubringen, in der Passanten ihre Notdurft verrichten, wodurch neben die ohnehin „ärgerliche Verschmutzung der Stadt durch Hundekot“ nun weitere Verunreinigungen treten würden.²⁴ Beschwerden über „herumlungernde Jugendliche“, kaputte Flaschen und Musik²⁵ stellen sicherlich keine stadtspezifische Besonderheit dar, wohl aber die Kontinuität, mit dem das Thema in der Öffentlichkeit stand. Für die Wahlperiode von 1999 bis 2004 schien es der FDP sogar opportun, ihren Wahlkampf auf derartige „Schmuddel-ecken“ auszurichten. In einem Flyer konterkarierte die FDP-Ratsfraktion den Anspruch Güterslohs, „eine gepflegte Stadt im Grünen zu sein“, mit Abbildungen von aus ihrer Sicht problematischen Zuständen: keine Müllberge, dafür aber von Unkraut befallene Pflastersteine, ein mit Graffiti besprühtes Haus und mäßig ausgebesserte Straßen – durch all diese Orte fühle man „sich stark an die ehemalige DDR erinnert“. Vernachlässigung und Vandalismus sorgte dafür, dass man sich mit Scham abwende.

22 Siehe dazu vor allem die Sammlungen zu Beschwerden über die Unternehmen E 1111, E 3879, E 3941, E 6492 im StA G.

23 Sitzung des Bauausschusses, 17.7.1975, StA G.

24 Sitzung Verkehrs- und Gewerbeausschuss, 20.9.1977, StA G., E 8276.

25 Vgl. Beschwerde des Presbyteriums an das Ordnungsamt, betr. Verunreinigungen und Lärm an der Martin-Luther-Kirche, undat., StA G., E 3941.



Ausschnitt aus einem Flyer der Gütersloher FDP zur Kommunalwahl 1999 unter dem Titel „Unsere Ansicht zur Sauberkeit und Ordnung“. Stadtarchiv Gütersloh

Dabei legt der Inhalt des Flyers zwei Verbindungen nahe, die sich auch in anderen Konstruktionen von Schmutz widerspiegeln: von Sauberkeit und Sicherheit auf der einen, Schmutz und als problembehaftet geltende Personen und Gruppen auf der anderen Seite: „Übrigens: Wo Vernachlässigung herrscht, sammeln sich auch fragwürdige Elemente. Viele – Frauen und ältere Mitbürger – fühlen sich in Gütersloh nicht sicher genug. Gepflegte, gut beleuchtete Wege sind eine Antwort zur Erhöhung der Sicherheit.“²⁶

Auch wenn der Konnex in der Wahlwerbung nicht explizit gemacht wurde, so war er doch überdeutlich. Das zeigt sich auch bei einem genauen Blick in die Beschwerden an das Ordnungsamt: Ein frühes Beispiel ist die seinerzeit so genannte „Lärm- und Geruchsbelästigung durch das China-Restaurant“ in der Gütersloher Kökerstraße direkt im Stadtzentrum. Ein Nachbar – ein Arzt, der angrenzend praktizierte und auch wohnte – beschwerte sich seit der Eröffnung der Gaststätte im Jahr 1965, die Nähe des Lokals zu seiner Praxis und seinem Wohnhaus sei „zu einer nicht länger zu ertragenden Strapaze geworden“. An die Nachtruhe sei, so beschwerte er sich beim städtischen Ordnungsamt, bei dem „stetigen Geklapper und Gerap-

²⁶ Kommunalwahlprogramm der F.D.P. Gütersloh 1999–2004, 12. September 1999, StA G., ZGS 142.

pel von Geschirr, Bestecken und Töpfen sowie dem Schlagen von Pfannen, Türen und Tellern, den Unterhaltungen, Gespräch und Rufen [...] bis nach Mitternacht nicht zu denken“. Gewissermaßen zeittypisch verband der Anwalt des Mannes die Unzufriedenheit seines Mandanten mit dem Benennen einer unliebsamen Fremdheit: „Wer aber erwartet, in Deutschland nicht schlechter gestellt und nicht schlechter behandelt zu werden als ein Deutscher, der muß sich auch den deutschen Gesetzen und Gepflogenheiten anpassen und darf die Großzügigkeit der Bewohner und Behörden nicht in einer solch zynischen Weise mißbrauchen.“²⁷

Abgesehen von der Innenstadt war es allen voran der im Nordwesten der Stadt gelegene Ortsteil Blankenhagen, dem immer wieder ein Schmutzproblem diagnostiziert wurde. Wurden beispielsweise Beschwerden über Lärm etwa im Stadtrat zunächst noch neutral vorgetragen,²⁸ verbanden sie sich schon bald mit Zuschreibungen aufgrund der Herkunft der mutmaßlichen Verursacher:innen. Ein Anwohner bemerkte über die Bewohner:innen der in Blankenhagen gelegenen Dresdner Str. und Umgebung im Jahr 1975, sie pflegten „zum Teil Lebensgewohnheiten die nicht mit normalen Maßstäben zu messen sind“. Beispielsweise seien „Anpflanzungen die ich durchführte zerstört, Abzäunungen niedergerissen, Mauern umgeworfen, und frisch geputzte Wände bemalt“ worden.²⁹ Ähnlich hatte im Jahr zuvor eine Frau argumentiert, indem sie eine „Art von Verunreinigung“, die ihr „nun wirklich keinerlei Freude bereitet“ habe, auf die Herkunft der aus ihrer Sicht verantwortlichen Personen zurückführte: Menschen, „die leider nicht in ihrer alten Heimat leben können“. Sie bat die Behörden darum, „diesem Übel“ mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen.³⁰

Die Artikulation von „Schmutz“, so zeigen die Beispiele, gehen regelmäßig mit der Verortung im Anderen einher, weshalb ganze Stadtteile wie Blankenhagen als Schmutzdecken galten. In der Innenstadt wie in der städtischen Peripherie markieren die Diagnosen einerseits Abweichungen und transportieren Gefühle von Unsicherheit, andererseits sind sie zugleich Selbstversicherungen über erwünschte Ordnungen. Wie eng Konstruktionen von Schmutz mit wahrgenommener Fremdheit einhergehen, zeigt sich nicht zuletzt in dem Umstand, dass Störpotenziale von städtischen Unternehmen in einer über Wirtschaft definierten Stadt wie Güters-

27 Vgl. die Korrespondenzen in: StA G., E 747.

28 Ratssitzung 31.1.1969, S. 2982, StA G.

29 Korrespondenz Egon B. und Ordnungsamtes wegen Grundstück in der Dresdner Straße, 7.4.1975, StA G., E 3941. Orthografie und Interpunktion sind originalgetreu übernommen worden.

30 Korrespondenz Gisela K. und Ordnungsamtes, 23.6.1974, StA G., E 3941.

loh letztlich noch keine größere mediale oder politische Aufmerksamkeit erfuhren und sich individuelle Beschwerden nicht zu kollektiven Schmutzdiagnosen auswuchsen.³¹

Die „Anderen“ im „Eigenen“

Diese Befunde zur Konstruktion und Verortung von Dreck und Lärm bieten Anlass, einen genaueren Blick auf marginalisierte Gruppen und damit verbundene Zuschreibungen zu richten. Denn deutlicher fassbar werden Schmutzdiagnosen und zeitgenössisches Unsicherheitsempfinden bei Verweisen auf verschiedene marginalisierte Bevölkerungsgruppen, allen voran migrantische Gruppen und Obdachlose.³² Wie anderswo in der früheren Bundesrepublik war es auch in Gütersloh zeittypisch, Obdachlose von der übrigen Bevölkerung räumlich zu trennen. Die betreffenden Personen sollten „an einer abseits gelegenen Stelle“ – konkret ging es um den Lorenkamp im Westen der Stadt, nur mit einem Zaun vom angrenzenden NATO-Flughafen getrennt – angesiedelt werden, und zwar in „zweckmäßigen“ Räumen, in denen nach dem Dafürhalten der städtischen Verantwortlichen im Sozialamt sowie im Sozialausschuss „irgendwelche Bequemlichkeit [...] auf jeden Fall vermieden werden“ musste. Städtische Fürsorgerinnen wurden beauftragt zu überprüfen, inwiefern sich die Familien bemühten, „Ordnung und Sauberkeit zu halten“. Diese seinerzeit gängigen Überprüfungen dienten dazu, einen möglichen Tausch mit anderen Räumungsschuldnern, denn um solche handelte es sich bei den unterbrachten Menschen, in Erwägung zu ziehen. Die Bildung einer „geschlossenen Siedlung von Asozialen“ – die tradierte problematische Bezeichnung, im Nationalsozialismus Grundlage der Verfolgung und Ermordung Zehntausender, war in Sozialdiagnosen der frühen Bundesrepublik durchaus geläufig – sollte durch diese kommunale Regulierungs- und Disziplinierungspolitik vermieden werden.³³ Diese Ausrichtung der frühen städtischen Obdachlosenpolitik war Maßgabe bis weit in die 1970er Jahre hinein. Die betreffenden Unterkünfte blieben sozialräumlich wie symbolisch randständig, so etwa auch die barackenartigen Steinhäuser in der ebenfalls im Westen der Stadt an einer Ausfallstraße gelegenen Holzheide, die laut Einschätzung aus dem Jahr 1972 „völlig

31 Im Zuge der Umweltbewegung rückten in den 1980er Jahren gewiss auch Verschmutzungen wie Abgase oder Müllentsorgung durch Unternehmen in das Interesse der Öffentlichkeit. Allerdings verweisen diese Diskurse auf ein insgesamt gestiegenes Problembewusstsein im Umgang mit der Umwelt und sind damit nicht primär unter den hier verwendeten Schmutzbegriff als Konstruktionen und Indikatoren von Sittlichkeits- und Ordnungsvorstellungen zu subsumieren.

32 Ullrich/Tullney, Konstruktion.

33 Errichtung von Obdachlosenunterkünften, 13.1.1956, StA G., E 2956



Die Obdachlosensiedlung an der Holzheide am westlichen Stadtrand Güterslohs in unmittelbarer Nähe zum NATO-Flughafen (ca. 1970).
Stadtarchiv Gütersloh

verschmutzt und unordentlich“ waren, und zwar durch „schuldhaftes“ Verhalten der Bewohner:innen – eine Bewertung, die auf überkommene Wahrnehmungen vom „unwürdigen Armen“ rekurriert. Darüber hinaus wurden Nässe und Ungezieferbefall festgestellt.³⁴ Wenige Jahre zuvor schon war eine Lausplage in der Holzheide mit der mangelnden Hygiene zweier „asozialer“ Familien in Verbindung gebracht worden. Da diese nach Einschätzung der städtischen Verwaltung von sich aus nichts gegen die Verlausung unternahmen, wurden gezielte Maßnahmen des Gesundheitsamtes und eines Desinfektors beschlossen, um die Lage in den Griff zu bekommen.³⁵ Solche Beobachtungen wurden von den Beschwerden von Anwohnern aus den Unterkünften selbst gewiss verstärkt. So beschwerten sich 1966 verschiedene Bewohner:innen einer anderen städtischen Obdachlosenunterkunft im Osten der Stadt über durch Trinkgelage und erheblichen Lärm gestörte Nachtruhe,³⁶ wenige Jahre später waren es laute Musik, laute Unterhaltungen, Hundegebell sowie ein erhöhter Alkoholkonsum, der den Lärmpegel ansteigen ließ, wie ein Bewohner 1976 klagte: „Es vergeht kein Tag oder Nacht wo diese Leute nicht betrunken sind. Auf der Straße schreien, beschimpfen und schlagen sie sich, im betrunkenen Zustand und im Haus geht dies aber weiter, so das die Wände wackeln.“³⁷

34 Oberkreisdirektor des Kreis Wiedenbrück an den Stadtdirektor und Ordnungsamt der Stadt Gütersloh 23.8.1972, Besichtigung der Obdachlosenunterkünfte und -wohnungen der Stadt Gütersloh am 23.8.1972, StA G., E 8783.

35 Ungeziefer in der städt. Obdachlosenunterkunft Holzheide 143, 26.3.1969, StA G., E 3883.

36 Stadtrechtsrat Westerfellhaus, Verhalten in der Obdachlosenunterkunft, 14.10.1966, StA G., E 946.

37 Lärmbelästigung, Doheermanns Höhe 46c, Tatbestand, 10.7.1976, StA G., E 491. Orthografie und Interpunktion sind originalgetreu übernommen worden.

All dies und zahlreiche weitere Beschwerden veranlassten das Diakonische Werk, das Problem der Missstände in den Obdachlosenunterkünften Ende 1977 grundsätzlich zu thematisieren. Die bauliche Qualität („minderwertig“, feuchte Wände, Hellhörigkeit), die Abgeschiedenheit der Unterkünfte sowie die damit verbundenen Schmutzvorstellungen übertrügen sich beinahe zwangsläufig auf die dortigen Bewohner. Diese bezögen beispielsweise ihr Wasser von einer Handpumpe einer Waschküche, die damals von „Landfahrern“, die ebenda ihren Lagerplatz zugewiesen bekamen, mitgenutzt werde. Die Toiletten ohne Wasserspülung hätten vor allem im Sommer für eine „enorme Geruchsbelästigung“ gesorgt.³⁸ Schmutzdiagnosen samt rassifizierender Dimension dieses Ortes wurden durch die mediale Berichterstattung reproduziert, als von „dunkelhäutige[n] Männer[n], Frauen und Kinder[n]“, ja gar von einer „Zigeunerhorde“ im – zynisch charakterisierten – „Idyll“³⁹ die Rede war.⁴⁰

Solche Beobachtungen verstärkten den Wunsch der städtischen Verwaltung, an dafür infrage kommenden Orten eine Konzentration von „Problemfamilien“, wie der damalige, kaum hinterfragte Ausdruck auch in den Ratssitzungen lautete, zu verhindern. Vielmehr sollten jene spätestens mit den ausgehenden 1970er Jahren so dezentral wie möglich im Stadtgebiet untergebracht werden. Denn nach Auffassung des Sozialausschusses sowie des Sozialamtes war in einigen Bereichen der Stadt bereits eine zu große Ansammlung dieser „Problemfamilien“ zu verzeichnen. Künftig wollte sich das Sozialamt bemühen, freiwerdende Wohnungen vorrangig mit „intakten Aussiedlerfamilien“ zu belegen, damit sich, „die bestehenden Probleme zumindest nicht noch weiter [...] verschärfen“.⁴¹

Wegen der drohenden „Konzentration von Problemfamilien“ sollten insbesondere Unterbringungen im Stadtteil Blankenhagen vermieden werden.⁴² Neu geschaffene Wohnsiedlungen standen in jenen Jahren immer wieder im Fokus städtischer Politik. Hier verband sich am deutlichsten die gesellschaftliche Konstruktion einzelner Stadtteile mit der Konstruktion „abweichender“ bürgerlichen Norm- und Wertvorstellungen, die sich wiederum in Schmutzdiagnosen äußerte. Das in den mittleren und späten

38 Diakonisches Werk: Information zur Situation von Obdachlosen in der Stadt Gütersloh, Dezember 1977, StA G., E 1598.

39 „Ein Zigeunerwort gilt wie ein Dienstsiegel...“ Wie manche Landfahrer mit Güterslohern umgehen, in: Die Glocke, 9./10.10.1976; vgl. dazu 1964/65: Abstellen von Wohnwagen am Lorenkamp, StA G., E 5471.

40 Diakonisches Werk: Information zur Situation von Obdachlosen in der Stadt Gütersloh, Dezember 1977, StA G., E 1598, siehe auch Obdachlose in Gütersloh: Dokumentation fordert eine langfristige Lösung des Problems, in: Neue Westfälische, 21.12.1977

41 Niederschrift über die Besprechung, 10.1.1978, StA G., E 8783.

42 Niederschrift über die Besprechung der Ämter 32, 51, und 50 mit dem DW, 17.4.1978, StA G., E 1598.



Der Gütersloher Stadtteil Blankenhagen im April 1968: Blick auf die frisch errichteten Wohnblocks in der Dresdner und Leipziger Straße.
Stadtarchiv Gütersloh

1960er Jahren zunächst hoffnungsvoll gestartete Wohnprojekt „auf der grünen Wiese“, gut drei Kilometer vom Stadtkern entfernt in der Nähe einer alten Bauernschaft, sorgte kommunalpolitisch wie bei der alteingesessenen Blankenhagener Bevölkerung schon bald für herbe Ernüchterung. Sollten hier ursprünglich vor allem junge Familien wohnen, änderte sich das Sozialgefüge zusehends. Bereits in den frühen 1970er Jahren lebten hier überdurchschnittlich viele Sozialhilfeempfänger, kinderreiche Familien und Alleinstehende; später waren es „Übersiedler“ aus Polen, der Sowjetunion oder der DDR. Ende der 1980er Jahre wies Blankenhagen den mit Abstand höchsten Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Gütersloh auf. In einem Leserbrief aus dem Jahr 1973 wurde der Ortsteil als „ohnehin danebengeraten“ und von Fluglärm „verseucht“ beschrieben. Weil dort „soziologisch gesündigt“ worden sei, sei es „wenig verwunderlich [...] wenn aufgrund schlechter Kommunalpolitik Blankenhagen ver-slumt“. ⁴³ Um dieser Gefahr einer vermuteten „Verstumung“ des Stadtteils entgegenzutreten, gründete sich im Jahr 1975 eine Bürgerrunde durch Alteingesessene, die damit eine deutliche Grenzziehung zu den Bewohnerinnen und

43 Heißes Eisen. Leserbriefe, in: Neue Westfälische, 15.6.1973.

Bewohnern der neuen Hochhaussiedlungen markierten. Damit verfestigte sich die Außenseiterstellung des Stadtteils, der in einem Zeitungsartikel als „Stiefkind“ Güterslohs und, wie es in einem weiteren Pressebeitrag hieß, von manchem gar als „Infektionsherd sozialer Seuchen“ bezeichnet wurde.⁴⁴

Der Stadtteil blieb im Blickpunkt städtischer Sozialpolitik, zumal in den frühen 1980er Jahren immer wieder Befürchtungen geäußert wurden, hier könne sich aufgrund der Vielzahl von „Problemgruppen und Problemwünschen“ ein „Getto“⁴⁵ herausbilden. Das Konstatieren einer möglichen Entstehung von „Gettos“ und damit verbundene Diagnosen von „Fremdheit“ deutet auf spezifische „Sicherheits- und Moralpaniken“.⁴⁶ Diese gingen mit der Unterstellung einher, dass ein großer Teil der bedrohten urbanen „Sicherheit“ gewissermaßen von außen „eingeschleppt“ worden sei. Diese Perpetuierung der Blankenhagener Außenseiterrolle in Zeitungsartikeln und im Rahmen von Bürgerdiskussionen und -foren befeuerten die Gettoisierungsängste zusätzlich.⁴⁷ So wurden beispielsweise Vergleiche mit West-Berlin und hier konkret den imaginierten Zuständen im migrantisch geprägten Kreuzberg bemüht,⁴⁸ die ein „Breitmachen“ der Ausländer bzw. „Verdrängen“ der Deutschen konstatierten. Die diffuse Beobachtung einer aus Blankenhagen gebürtigen Frau transportiert Bedrohungsnarrative, die der Stabilisierung des eigenen Bildes gewissermaßen ex negativo dienen: Es sei „nicht mehr so ordentlich wie früher“.⁴⁹ Ähnliches diagnostizierten die Teilnehmenden einer „Begehung“ aus dem Jahr 1989, die vom damaligen Vorsitzenden des Bürgervereins Blankenhagen gemeinsam mit CDU-Ratsherren organisiert wurde. Die etwa ein Dutzend Damen und Herren, nicht wenige von ihnen aus alteingesessenen Blankenhagener Familien stammend und in der Regel Eigenheimbesitzer,

44 Blankenhagen will nicht länger Stiefkind der Dalkestadt sein. Umstrittener Stadtteil von Gütersloh von seinem Ruf bald reingewaschen?, in: Die Glocke, 21.8.1975; „Wir wollen nicht länger scheel angesehen werden.“ Schlechter Ruf des Wohngebietes Blankenhagen wird nun aufpoliert, in: Westfalen-Blatt, 21.8.1975.

45 Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 25.2.1980, StA G., E 2455.

46 Helga Cremer-Schäfer, Was sichert Sicherheitspolitik? Über den politischen Nutzen steigender Kriminalität und ausufernder Gewalt, in: Eva Kampfmeyer / Jürgen Neumeyer (Hrsg.), Innere Unsicherheit. Eine kritische Bestandsaufnahme, München 1993, S. 13–40, siehe auch Klaus Ronneberger, Gefährliche Orte – unerwünschte Gruppen. Zur ordnungspolitischen Regulation städtischer Räume in den 90er Jahren, in: Welt-Trends 17 (1997), S. 31–46, hier S. 42.

47 Siehe nebst anderen die Artikel Blankenhagen ist viel besser als sein Ruf, nur: Ausländeranteil darf nicht weiter wachsen! Bei einer wichtigen Podiumsdiskussion im Gütersloher Norden kam Interessantes heraus, in: Neue Westfälische, 15.1.1981.

48 Vgl. Auf dem Weg zum zweiten Kreuzberg? Ausländer zieht es in den Gütersloher Stadtteil Blankenhagen / Versuch einer Bestandsaufnahme, WB, 4.2.1981; Ausländer dürfen nicht die Deutschen verdrängen. Blankenhagen doch kein „Gütersloher Kreuzberg“, in: Die Glocke, 4.2.1981.

49 „Wenn Ausländer kochen, riecht es so komisch!“. Aussprache ergab: Blankenhagen will kein „Kreuzberg“ werden, in: Neue Westfälische, 5.2.1981.

vermerkten Schmierereien, ein Verdecken der Straßenbeleuchtung durch Pflanzen, generell eine Verwahrlosung, „total verdreckte“ und seit vielen Monaten nicht mehr gesäuberte Parkplätze, einen ungepflegten, „schlimmen Zustand“, allgemein sei das Bild „trostlos“.⁵⁰ All diese Beispiele aus der zeitgenössischen Presse und politischen Diskussionen, Bewertungen und Beobachtungen vor Ort spiegeln einen befürchteten Verlust räumlicher und damit verbundener sozialer Kontrolle und ein Abhandenkommen bestimmter Werte- bzw. Normalitätsstandards wider; dies kann als Abgrenzungsmechanismus interpretiert werden. Die medial verarbeiteten Diskussionen verraten dann zweifellos mehr über die Bezeichnenden als über das so Bezeichnete, sind in ihrer langfristigen Wirkung auf die Bewohner:innen und Beobachter:innen aber kaum zu unterschätzen.

Kommerzieller Sex und Erotik im (öffentlichen) Stadtraum

Konzentrierte sich die Untersuchung bisher auf zeitgenössische Schmutzdiagnosen von deutlich bestimmbareren Orten, die sich in der Regel in den Außengebieten oder an den Rändern der Stadt befanden, rücken mit kommerziellen Erotik- und Sexangeboten Beispiele in den Vordergrund, die für diverse Standorte, und zwar solche innerhalb der Stadt, diskutiert wurden. So wie sich die Diagnosen von Dreck und Lärm wie auch von Gefahr und Unsicherheit durch als fremd wahrgenommene Bevölkerungsgruppen nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt in der Stadtgeschichte beschränken lassen, waren auch kommerzielle Formen von Sex und Erotik ein fester Bestandteil der Stadtlandschaft. Viele Jahre lang duldete die Stadt etwa die Nachtclubs „Rends-Ici“ und „Datscha-Bar“. Um die Jahrtausendwende allerdings bündelten sich die Auseinandersetzungen im Stadtkosmos um neue Einrichtungen im Erotiksektor und die Regulierung bzw. Verhinderung von Prostitution in Gütersloh. 1998 geriet das Bordell „Relax“, offiziell ein Appartementhaus, im Nordosten der Stadt in das Visier des Ordnungs- und Bauamtes. Wo zuvor eine gutbürgerliche Gaststätte geführt worden war, Treffpunkt zahlreicher Gütersloher Vereine, befand sich nunmehr „eine gigantische rosa Venusmuschel – in ihrem Inneren ein auf Satin gebettetes Videogerät“, die zum Sinnbild eines Gütersloher Rotlichtbezirks avancierte.⁵¹ Die durch die Nutzung der Wohneinheiten durch Prostituierte zunächst aufgeworfenen bau- und gewerberechtlichen Fragen rückten allerdings im öffentlichen Diskurs rasch in den Hintergrund.

50 Ortsbegehung in Blankenhagen. Protokoll, 21.10.1989, StA G., E 1795.

51 Anette Isringhausen, Entspannung mit Pool und Venusmuschel, in: Neue Westfälische, 11.11.1998.



Großes Interesse der Presse am „Relax“: die Innenräume mit Pool und Venusmuschel. *Neue Westfälische*. Foto: Raimund Vornbäumen / *Neue Westfälische*, 11.11.1998.

Der Lokaljournalist Ludger Osterkamp veröffentlichte dazu einen Kommentar in der *Neuen Westfälischen Zeitung*, in dem er zwischen Moral und Recht differenzierte, womit er ein Gespür für die diskussionsbestimmenden Linien bewies: „[A]us moralischen Bedenken“ könne man nach seinem Dafürhalten eine Genehmigung bzw. Duldung nicht verwehren; Gefühle von Anstand und Sitte, die „Sauberkeit der Stadt“ seien rechtlich nicht relevant. Zwar könne die Stadt Lizenzen verweigern, „Prostitution gänzlich von ihrem Boden fernzuhalten“ sei aber eine allzu realitätsferne Forderung – denn „daß sich Frauen und Männer verkaufen wollen, ist ein Fakt, auch in Gütersloh“. Dass vergleichbare und seit über 20 Jahren bestehende Etablissements bisher unbehelligt von den Behörden Steuern in die Kassen gebracht hätten, sei das eine – die drohende Illegalität solcher Einrichtungen das andere, wie er mit Verweis auf eine Äußerung des Beigeordneten Michael Hammon unterstrich: „Jede Stadt braucht ein ordentliches Klärwerk“. Zwar maß Osterkamp in diesem Fall dem Recht größeres Gewicht als der Moral bei, gleichzeitig nahm er damit jedoch selbst eine moralische Be- bzw. Abwertung vor. Die Stadt sei dennoch gut beraten, so warnte Osterkamp, „den derzeit auffälligen Andrang anderer Rotlichtanbieter im Auge zu haben“. Daher lautete sein Fazit: „Wachsamkeit ist geboten“.⁵²

⁵² Ludger Osterkamp, Stadt muß wachsam sein, in: *Neue Westfälische*, 19.9.1998.

Besonders die Anwohner:innen und Unternehmen in der Nachbarschaft fühlten sich in ihrem Ordnungssinn durch das „Relax“ und später durch das „Pink House“, einer zu jenem gehörenden angrenzenden Nachbar, empfindlich gestört: Bewegliche rote Lichter in der Nacht, die geräuschvolle Nutzung der Feuertreppe zu Ruhezeiten und von der Straße aus einsehbare Striptease-Vorführungen auf einem Billardtisch führten zu Beschwerden beim Ordnungsamt, dem allerdings das sie prägende Distanzierungsbedürfnis nicht entging: Anlass der Beschwerden sei wohl weniger die Störung selbst als die Befürchtung, mit dem angrenzenden Betrieb in Verbindung gebracht zu werden, wie der Prüfer resümierte.⁵³ Seitens der Betreiber war man indes bemüht, den Betrieb mit Verweis auf die Größe der Stadt zu normalisieren: Unter einem „betriebswirtschaftlichen Aspekt von Angebot und Nachfrage [...] wäre für eine aufstrebende Stadt wie Gütersloh (mit einem großen ländlichen Einzugsbereich) ein viertes ‚Bordell‘ wohl nicht zu viel“.⁵⁴ Damit reagierte das Inhaberpaar einerseits auf Befürchtungen bereits ansässiger Barbetreiber vor unliebsamer Konkurrenz und andererseits auf die Kriminalisierung durch Presse und Polizei. Denn während oder besser: weil auch Gütersloh die Augen nicht vor den Zeichen der Zeit verschließen und eine Ansiedlung mit moralischen Argumenten abwehren könne, wie Osterkamp andeutete, wurden das Bordell und die Inhaber zunehmend in die Nähe krimineller Machenschaften gerückt.⁵⁵ Polizei und Medien zeichneten das Bild einer bedrohlichen Rivalität in der Rotlichtszene: „Da werden Leute auf die Höfe geschickt, um sich Kennzeichen der Autos zu notieren, da werden Taxifahrer geschmiert, da werden Hausverbote ausgesprochen für frühere Kunden, die jetzt zur Konkurrenz gewechselt sind. Der Wettbewerb ist in vollem Gange.“⁵⁶ Der damalige Betreiber des „Rends-Ici“ befeuerte Befürchtungen, mit dem neuen Etablissement halte die Kriminalität Einzug, womit er zugleich das eigene Unternehmen als ordentlich geführtes Haus mit geordneten Verhältnissen von dem der Konkurrenz abhob: „Wenn die Stadt das nicht unterbindet, haben wir hier bald eine Rotlichtszene wie in Großstädten“.⁵⁷ Wenngleich den Pächter wohl andere Motive bewegten, so zeigt seine Aussage doch deutlich sein Gespür für die Stimmung und Ängste in der Stadt. Letztendlich wurde gegen zwei Betreiber des „Relax“ ein Untersuchungsverfahren wegen „gewerbsmäßiger Einschleusung von Ausländerinnen

53 Gesprächsnotiz, 22.12.1999, StA G., E 10163.

54 Entspannung, in: Neue Westfälische, 27.3.1999.

55 Ludger Osterkamp, Stadt muß wachsam sein, in: Neue Westfälische, 19.9.1998.

56 Bordell im Haus Niemuth – Pension in Spexard, in: Westfalen-Blatt, 11.11.1998.

57 Osterkamp, Stadt.

und wegen Förderung der Prostitution und Zuhälterei“⁵⁸ eingeleitet. Zumindest einige der Anschuldigungen erwiesen sich später als unbegründet. Die Inhaber hatten den zuständigen Stellen in der Verwaltung bereits frühzeitig eine Verzögerungstaktik unterstellt, weil man „der Stadt Gütersloh ein Dorn im Auge“⁵⁹ sei. Nach jahrelangem Streit konnte der Betrieb letztlich nicht in Gütersloh Fuß fassen.

Nur wenige Jahre später entzündete sich eine neuerliche Debatte am geplanten Bau eines Eros-Centers. Auch an diesem Konflikt lässt sich die Wirksamkeit moralischer und sittlicher Vorstellungen von Ordnung und Reinheit aufzeigen. Ein Investor und Bordellbetreiber aus dem nahegelegenen Paderborn beabsichtigte eine Niederlassung im gutbürgerlichen Stadtteil Sundern zu errichten, womit er auf heftige Abwehrreaktionen ansässiger Bürger:innen stieß, die rund 1.000 Unterschriften gegen das Bordell sammelten.⁶⁰ Relativ schnell zeichnete sich ab, dass auch an anderen infrage kommenden Standorten keine konfliktfreie Lösung zu erwarten war: „Gleich welcher Ort vorgeschlagen worden sei, stets habe sich sofort Widerstand formiert“, zitierte *Die Glocke* den Stadtplaner Michael Zirbel. Allein die Ankündigung der Standortsuche sorgte selbst in einem Gewerbegebiet unter den dort ansässigen Gewerbetreibenden für besorgte Anfragen und die Gründung einer Bürgerinitiative.⁶¹ Die Suche nach einem geeigneten Standort wurde von der Lokalpresse schon bald als „unendliche Geschichte“ bezeichnet, da überall Proteste zu erwarten seien.⁶²

Die Skepsis gegenüber Einrichtungen des Rotlichtsektors, die vor allem dann in konkrete Abwehrreaktionen mündete, wenn diese in den Nahbereich der jeweiligen Einwohner:innen rückten (*Not in my backyard*), ist sicherlich keine Besonderheit in Mittelstädten. Das Engagement aber, mit dem sich auch die Verwaltung und die amtierende Bürgermeisterin Maria Unger in die Diskussion einbrachten, verweist auf die heftigen Reaktionen in der Bevölkerung: Im März 2003 bezeichnete die SPD-Politikerin die geplante Ansiedlung als ein „sehr stark emotionalisierendes Thema“ und sicherte den betroffenen Menschen in Sundern zu, dass die Verwaltung bestrebt sei, ein solches Center dort nicht zuzulassen und Gespräche über mögliche Alternativen

58 Razzia im „Relax“: Zuhälter gefasst, in: Zeitung für Gütersloh, 22.4.1999.

59 Trotz Verbot der Stadt: „Der Laden bleibt offen“, in: Westfalen-Blatt, 1.12.1998.

60 978 Unterschriften gegen Bordell. Anlieger bei Bürgermeisterin Maria Unger, in: Neue Westfälische, 5.3.2003.

61 Sitzung Hauptausschuss, 5.5.2003; Rathaus setzt Standortsuche für Eros-Center unbeirrt fort, in: Die Glocke, 27.8.2003.

62 Eros-Center: Neues Areal an der Bundesstraße 61 gefunden – Stadt soll verkaufen. Politiker haben „Schwarzen Peter“, in: Westfalen-Blatt, 28.10.2003.

zu führen.⁶³ Unger wie auch der damalige Stadtbaurat Löhr zeigten Verständnis für die Bedenken der Anwohner, die insbesondere Angst vor Kriminalität geltend machten.⁶⁴ Das Vorhaben verlief letztendlich im Sande. Im Jahr 2005 ließ der Bordellbesitzer verlauten, dass er „keine Lust“ mehr habe und den Standort Gütersloh aufgebe. Wie zuvor der Besitzer der Rends-Ici-Bar nahm der Investor die Ordnungsvorstellungen und Ängste der Stadtgesellschaft deutlich wahr und warnte davor, dass sich in der Stadt die „Hinterzimmer-Prostitution“ weiter durchsetzen werde.⁶⁵ Tatsächlich boten nach einer Recherche der *Neuen Westfälischen* von Anfang 2003 immer mehr Frauen sexuelle Dienstleistungen in Privatwohnungen an, doch resümierte die Zeitung schließlich: „Was in Gütersloh passiert, ist in jeder größeren Stadt normal“.⁶⁶

Wenngleich die Zustände in Blankenhagen oder in der Holzheide in der städtischen Öffentlichkeit teils für Naserümpfen sorgten, konnten diese Orte am Rand der Stadt relativ mühelos als Problembezirke konstruiert werden. Eine Abgrenzung von diesen „Schmuddelecken“ fiel nicht schwer, im Gegenteil: Diagnosen sozialer und moralischer Abweichung konnten dazu dienen, das Selbstbild zu stabilisieren. Die Abgrenzung von den Angeboten des Rotlichtsektors war aufgrund von deren räumlicher Nähe und mangelnder Einhegung durch eine klare räumliche Zuweisung weitaus schwieriger. Der Skandal um die Werbung einer Erotikmesse in der Gütersloher Stadthalle 2001 ist ein Beispiel für die weitere Diffusion dieser ordnungsbedrohenden Elemente im Stadtgebiet und zeigt, dass Konstruktionen von und Reaktionen auf Schmutz umso heftiger ausfielen, je näher und unbestimmter der betreffende Ort war. Anlässlich der Messe waren an rund 80 Standorten im Stadtgebiet und in angrenzenden Kommunen Plakate angebracht worden, die für Diskussionsstoff sorgten. Viele Bürger:innen nahmen Anstoß an der Abbildung eines unbekleideten, weiblichen Gesäßes, das der Veranstalter daraufhin mit Papierstreifen überklebte. In der politischen Diskussion dominierten die Vorwürfe, die Darstellung sei sexistisch und frauenverachtend. Zahlreiche Beschwerden seien bei der Bürgermeisterin Unger „von Frauen eingegangen, die sich durch die Plakate der Erotik-Messe in ihrer Würde als Frau verletzt fühlten“. Auch die Gleichstellungsstellen schalteten sich ein und bestärkten die Bürgermeis-

63 Vgl. Stellungnahme der Bürgermeisterin im Hauptausschuss betr. Eros-Center, 5.5.2003, StA G., E 8489.

64 978 Unterschriften.

65 Bordellbesitzer verliert die Lust. In Gütersloh wird kein Erotik-Center gebaut, in: *Neue Westfälische*, 27.4.2005.

66 Prostitution in privaten Wohnungen nimmt zu. Polizei und Stadt sind die Hände gebunden, in: *Neue Westfälische*, 4.2.2003.

terin schließlich in ihrer Entscheidung, eine Stellungnahme zu veröffentlichen, in der Unger die Plakate als „nicht erotisch, sondern aus Sicht einer Frau eher entwürdigend“ bezeichnete.⁶⁷ Abseits dieser offiziellen Verlautbarungen zeichneten sich jedoch vor allem moralische Bedenken ab.

Eine kurzfristig initiierte Anrufaktion der *Neuen Westfälischen* rief eine große Bandbreite an Reaktionen hervor, die von Vorwürfen, die Darstellung sei „eine Art sexueller Missbrauch“, über Relativierung und Sich-Justigmachen („Alice Schwarzer lässt grüßen“, „Die hat doch ein Höschen an. Was soll denn die Aufregung?“) hin zu *Whataboutism* („Es gibt zur Zeit wirklich wichtigere Sachen“) reichten. Besonders deutlich aber traten Sittlichkeitsvorstellungen hervor, etwa in den der kulturpessimistischen Klagen einer 83-jährigen Dame: Es sei „ganz schlimm, dass unsere Kultur immer weiter abwärts geht“. Erotik gehöre zwar zum Leben, „aber nicht in öffentlichen Darstellungen [sic!]“ Sie im Stadtraum zu dulden, schien bedrohlich: „Wenn man da nicht eingreift, passiert Schlimmeres“.⁶⁸ Vor allem die Plakatierung in unmittelbarer Nähe zu Schulen und Kindergärten empfand einige besorgte Anrufer:innen, die „die Entfernung der Plakate zum Schutz der Kinder und Jugendlichen forderten“.⁶⁹

Das moralische Moment wurde dann auch zum Ziel von Spott, der sich über Gütersloh ergoss, der Umgang mit den Plakaten zum Ausweis der vermeintlichen Provinzialität der Stadt – „Provinzposse“, „Gütersloh ist wirklich tiefste Provinz“, „Ganz Köln lacht über Gütersloh“.⁷⁰ Wenngleich die Plakate überwiegend als Störfaktoren von Moral- und Ordnungsempfinden wahrgenommen wurden, lässt sich erneut das Bemühen konstatieren, die *Incivillites* in die Sphäre der Illegalität zu rücken und um damit das Vorgehen rechtlich zu begründen: Das Handeln wurde letztlich mit Verweis darauf gerechtfertigt, dass nicht für alle Standorte Genehmigungen zur Plakatierung vorgelegen hätten.⁷¹ Tatsächlich waren es weniger die Beschwerden an sich als die behördliche Reaktion darauf, die auch aus Sicht des Messeveranstalters bemerkenswert war: „Es gibt

67 Stellungnahme der Bürgermeisterin betreffs Plakatierung Erotikmesse, 19.9.2001, StA G., E 8459; Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsstellen im Kreis Gütersloh an die Bürgermeisterin, 25.9.2001, StA G., E 8459.

68 Sebastian Lange, Erotik-Plakate: „Eine Art sexueller Missbrauch“, *Neue Westfälische*, 21.9.2001.

69 Vermerk zu den Beschwerden aufgrund der Plakatierung der Erotik-Messe, undatiert, StA G., E 8459; Schreiben von N. an Bürgermeisterin betr. Erotik-Messe, 25.9.2001, StA G., E 8459. Ein weiterer aufgebrachter Bürger richtete sich direkt an den Landrat und die Bürgermeisterin: „Durch die Aufmachung des Plakates haben Sie wiederum eine derartige Animierung zur Befriedigung der sexuellen Wohlfähigkeit vorgenommen und auch unseren lieben Kindern Anhaltspunkte gegeben.“ Schreiben von D. an den Landrat und die Bürgermeisterin, 12.10.2001, StA G., E 5461.

70 Zit. in: Lange, Erotik-Plakate.

71 Vgl. Stellungnahme der Bürgermeisterin betreffs Plakatierung Erotikmesse.

immer Moralisten, die sich über die Offenherzigkeit der Werbung beschweren. Mir ist aber kein Ort bekannt, wo wir Plakate abhängen oder überkleben mussten.“⁷²

Synthese

Die vertieften Untersuchungen von Dreck und Lärm, des Umgangs mit marginalisierten Gruppen und dem Erotik- und Sexsektor offenbaren das Funktionieren von Moralregimen und Schmutzdiagnosen im mittelstädtischen Setting: Die Produktion und Reproduktion „schmutziger“ Orte und ihre Funktionalisierung erlauben Rückschlüsse auf urbane Aushandlungsprozesse zu Sitte, Moral, Anstand, Reinheit und Ordnung; sie verraten einiges über den Umgang mit „Fremdheit“ und „Abweichung“, und zwar bezogen auf städtische Selbstverständigungsprozesse und Bemühungen, jene Abweichungen mit dem städtischen Selbstbild in Beziehung zu setzen. Das Diagnostizieren von Schmutz diente zu bestimmten Zeiten der Abgrenzung und sozialen Kontrolle und Disziplinierung ebenso, wie es dabei helfen konnte, moralische Standards zu setzen und zu zementieren. Drängt „Fremdes“ und „Randständiges“ von außen in die Stadt und gefährdet so das zur Gemeinschaft Gehörende bzw. das städtische Selbstbild, wird es zum einen benannt und beklagt, zum anderen kann dieses Benennen zugleich das zuvor geschaffene städtische Selbstbild regulieren und stabilisieren. Identifizierungen des „Abweichenden“ können folglich der Orientierung und Selbstverortung dienen.

Was aber bedeutet das konkret für die Mittelstadt im Allgemeinen und Gütersloh im Besonderen? Wie lassen sich die teils heftigen Reaktionen bei vergleichsweise geringfügigen Störungen vorherrschender Ordnungsvorstellungen – wie im Falle der Erotikmesse – in Bezug auf das mittelstädtische Setting erklären? Bereits die Verhandlungen innerhalb Gütersloh ließen darauf schließen, dass der Ort eine zentrale Rolle spielt: je näher, je diffuser der Bereich der Stadt, in dem eine Abweichung wahrgenommen wird, desto bedrohlicher und damit entschiedener das Vorgehen. Die stärker ausgeprägten Nahbeziehungen der Mittelstadt in Relation zur Großstadt – seien sie persönlich oder räumlich – befeuern also diese Abgrenzungsbemühungen. Räumliche Nahbeziehungen bestehen offensichtlich auch in Großstädten, allerdings innerhalb von Straßenzügen oder Stadtvier-

⁷² Zit. in: Sebastian Lange, Schluss mit nackten Tatsachen, Neue Westfälische, 19.9.2001.

teln⁷³ – Schmutzdiagnosen wachsen sich aber hier in der Regel nicht zu gesamtstädtischen Debatten aus. Die anhand der Tiefenbohrungen gezeigten Konstruktionen von Schmutz lassen sich nicht zuletzt auch auf das (Selbst-) Bild einer Mittelstadt zurückführen – denn ein solches Selbstbild bestimmt auch, was als Schmutz gilt bzw. als solcher wahrgenommen wird und wodurch sozial akzeptable Grenzen überschritten werden. Typisch für eine Mittelstadt und deren „Zwischenposition“ zwischen Klein- und Großstadt resultiert indes in einem weniger stabilen Bild, was in Gütersloh in doppelter Hinsicht zuzutreffen scheint: Durch das rasche Wachstum und politisch-administrative Veränderungen befand sich die Stadt in einem „Dazwischen“, das vielfach Anlässe für Unsicherheiten bot. Wie explizit Klagen über „Schmutz“ mit der Verortung und Größe der Stadt einhergingen, offenbarte sich am Beispiel der Erotikmesse, bei der die Empörung selbst als Marker des Provinziellen gewertet wurde. Moralisierungen wurden schließlich mit etwas „Unmodernen“ verbunden, was sich nicht zuletzt in den Versuchen ausdrückt, diese besonderen Formen der *Incivilities* in den Bereich der Kriminalität zu rücken – was eine bemerkenswerte Form kommunikativer „Reinigung“ darstellt.

Joana Gelhart, M. Ed., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

PD Dr. Christoph Lorke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte.

73 Vgl. dazu auch Knud Andresen, *Wo ist der Großstädter zuhause?* Hamburger Stadtteilgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, *Zeitgeschichte in Hamburg*. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) 2021 (2022), S. 13–34.

Unbeachtet und unterschätzt?

Zur Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre

■ „Operation geglückt – Patient tot!“ So charakterisierte die Kunstkritikerin und langjährige *Zeit*-Redakteurin Petra Kipphoff im Herbst 1966 den kurz zuvor erschienenen „Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft“. Das über 600 Seiten umfassende „Kilo Frauenenquete“ müsse ein „echtes *Made in Germany*“ sein und lege den Schluss nahe, bei der deutschen Frau handle es sich „um ein besonders kompliziertes Wesen“. Immerhin war das US-amerikanische Pendant, der 1963 unter Präsident John F. Kennedy erstellte Bericht „American Women“, nur knapp 50 Seiten lang. Qualität und Quantität schienen allerdings nicht zwangsläufig zusammenzuhängen. Während der amerikanische Report die Sachverhalte und Problemlagen nüchtern schildere und vor allem konkrete Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen unterbreite, sei die zu diesem Zeitpunkt zweitumfangreichste Parlamentsdrucksache der Bundesrepublik praktisch nicht nutzbar: „Auf 639 Seiten haben Registrierwut und Vollständigkeitswahn Orgien gefeiert.“ Kipphoff kritisierte den Bericht als deskriptiven Zahlenwust ohne nützliche Interpretationen der Sachverhalte, der zudem ein überholtes

Leitbild „der“ Frau vermittele und den an die Bundesregierung gestellten Auftrag nicht erfülle.¹

Mit ihrem teils beißend sarkastischen Verriss des Frauenberichts fügte Kipphoff sich ein in eine Reihe von sehr kritischen Stimmen aus Medien und Wissenschaft. So kritisierte etwa die Soziologin Helge Pross, eine Pionierin der Geschlechterforschung,² an dem „Koloß ohne Geist“, dass er nur vorhandenes Material bündle und das nicht immer effizient. Existierende Statistiken, die Aufschlüsse über die Situation von Frauen geben könnten, seien nicht systematisch oder gar wissenschaftlich fundiert ausgewertet worden, weshalb es viele Lücken und verzerrte Interpretationen gebe. Es handle sich um einen reinen „Beamtenbericht“, der die konservative Einstellung seiner Verfasser und damit stereotype Vorstellungen von Frauen unreflektiert vermittele: „Wer sich mit der Familienrolle nicht begnügt, so muß man folgern, und für Sachaufgaben mehr als für kleine Kinder interessiert, verstößt gegen die Natur.“³ Der Frauenbericht erfuhr in der Öffentlichkeit größere und teils kontroversere Aufmerksamkeit als erwartet.⁴ In der geschichtswissenschaftlichen Forschung wird er bisweilen unterschiedlich bewertet, etwa als „Wegmarke für behutsame Veränderungen in den Entwürfen zur Geschlechterordnung“⁵ oder gar als „Wendepunkt zwischen traditioneller und moderner Frauenpolitik“⁶. All diese Interpretationen beschränken sich jedoch auf die Inhalte des Berichts, während dessen Entstehungskontext und Konsequenzen bislang weitestgehend unbeleuchtet sind.

Generell scheinen staatliche frauenpolitische Entwicklungen in der heutigen öffentlichen Wahrnehmung und geschichtswissenschaftlichen Forschung eher eine Randstellung einzunehmen. Langwierige, von Bürokratie geprägte Debatten erwecken auf den ersten Blick weniger Interesse als aufsehen-erregende feministische Proteste, etwa gegen den § 218 StGB in den 1970er Jahren. Das hier vorgestellte Dissertationsprojekt versucht hingegen zu zeigen, wie lohnenswert ein genauerer Blick auf die Ent-

1 Petra Kipphoff, Ein Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft. Die restlos ausgewertete Frau, in: Die Zeit, 30.9.1966.

2 Siehe etwa Sigrid Metz-Göckel, Helge Pross, Prof. Dr. phil. (1927–1984). Eine Pionierin der Frauenforschung in der Nachkriegszeit, in: Anne Schlüter (Hrsg.), Pionierinnen, Feministinnen, Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland, Pfaffenweiler 1992, S. 247–253.

3 Helge Pross, Koloß ohne Geist. Der Frauenbericht der Bundesregierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12 (1967), H. 4, S. 338–343, hier S. 393–341.

4 Ute Gerhard, Frauenbewegung, in: Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 187–217, hier S. 200.

5 Elisabeth Zellmer, Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München, München 2011, S. 21.

6 Carmen Leicht-Scholten, Das Recht auf Gleichberechtigung im Grundgesetz. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1949 bis heute, Frankfurt a. M. 2000, S. 50.

wicklung staatlicher Frauenpolitik ist – nicht nur als Beitrag zur Politik- und Geschlechtergeschichte der Bundesrepublik. Vielmehr waren frauenpolitische Entwicklungen in kontroverse und durchaus lebhaft Diskussions- einbindungen, wie der erste Frauenbericht zeigt. Auf ihn folgten auf Bundes- und Länderebene bis Anfang der 1980er Jahre weitere, die einen wichtigen Teil staatlicher Frauenpolitik ausmachten. Im Folgenden wird zunächst der Entstehungskontext des ersten Frauenberichts der Bundesregierung näher betrachtet, bevor das Dissertationsprojekt in seinen Grundzügen skizziert und abschließend ein Blick auf den Hamburger Frauenbericht von 1978 geworfen wird.

Ein langer Weg: Der erste Frauenbericht der Bundesregierung 1962–1966

Im Dezember 1962 forderte die SPD-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung „eine umfassende Untersuchung über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft“, wobei ein Großteil der zu untersuchenden Aspekte in Bezug zur Erwerbstätigkeit von Frauen stand.⁷ Hintergrund war, dass die vom „Leitbild der christlich bürgerlichen Kernfamilie“ geprägte Sozial- und Familienpolitik der 1950er Jahre, die eine Rollenverteilung in „Familienernährer“ und Hausfrau/Mutter zu forcieren versuchte, zunehmend mit sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen kollidierte.⁸ Im Kontext des Wirtschaftsbooms waren Frauen als Arbeitskräfte gefragt und gestiegene Konsumbedürfnisse erforderten für viele Familien einen Zweitverdienst. Auch wenn sich die in Westdeutschland zunehmende Teilzeitarbeit für Frauen in das vorherrschende Geschlechterrollenmodell ohne radikale Umbrüche einfügte, ergaben sich neue Probleme und „Frauenfragen“ rückten immer drängender auf die politische Agenda.⁹

Dies zeigte sich in der Bundestagsdiskussion des Antrags im April 1963. Die SPD-Politikerin Käthe Strobel argumentierte, dass die steigende außerhäusliche Berufstätigkeit von Frauen, insbesondere von Ehefrauen und Müttern, „in starkem Maße die Struktur unserer Gesellschaft“ beeinflusse und für deutliche Spannungen Sorge. Dem Arbeitskräftebe-

⁷ Antrag der SPD-Fraktion betr. Enquete über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft (Drs. 4/837), 11.12.1962.

⁸ Christopher Neumaier, *Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland*, Berlin 2022, S. 19.

⁹ Ebd., S. 124–134; siehe auch Christine Oertzen, *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienenden. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969*, Göttingen 1999.

darf der Wirtschaft stünden gesellschaftliche Vorurteile und Skepsis gegenüber, vor allem bezüglich erwerbstätiger Mütter mit kleinen Kindern. Generell herrschten große Wissenslücken, sowohl über die bestehende Situation als auch über notwendige (gesetzgeberische) Maßnahmen, um den gestiegenen Anforderungen und Belastungen vieler Frauen entgegenzuwirken: „Man muß sich darüber klar sein, daß die traditionelle Idee ‚die Frau gehört ins Haus‘ überholt ist. Ebenso wenig darf man aber leugnen, daß Kinder und Familie im Lebensgefühl der Frau eine andere Rolle spielen als in dem des Mannes. Die doppelte Rolle der Frau muß die Gesellschaft akzeptieren, sich aber dann auch der Probleme annehmen [sic], die sich daraus ergeben.“ Die CDU/CSU-Fraktion begrüßte den Antrag und die Einrichtung einer Enquete, stellte jedoch einen Änderungsantrag, um die zu behandelnden Fragekomplexe zu erweitern, u. a. mit einem Fokus auf in der Landwirtschaft tätige Frauen. Margot Kalinke erläuterte, dass die Situation „der“ Frau vor einem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund und sich wandelnder Rollenerwartungen von Frauen und Männern betrachtet werden müsse; die steigende Erwerbstätigkeit sei nur ein Faktor, der zu Belastungen führe. Auch die FDP sah Handlungsbedarf, jedoch bezweifelte Emilie Kiep-Altenloh, dass die Sammlung von Statistiken Lösungen erbringen würde, und plädierte für eine deutliche Reduzierung der Untersuchungsfragen: „Es kann doch nicht darauf ankommen, daß wir ein Buch ‚Die Frau von der Wiege bis zur Bahre in allen Lebenslagen‘ veröffentlichen.“¹⁰

Dass sich Kiep-Altenlohs vielfach zitierte Befürchtung nahezu bewahrheiten sollte, lag ironischerweise an arbeitsökonomischen Überlegungen. Der geforderte Bericht drohte zwischenzeitlich, zu einem langwierigen und kostspieligen Projekt auszufern. Nach der Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familien- und Jugendfragen dauerte es rund ein- und einhalb Jahre, bis eine Empfehlung vorlag, die der Bundestag im November 1964 einstimmig beschloss. Ziel war es nun, „einen umfassenden Überblick über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft zu erhalten“, wobei zunächst bereits vorhandenes Material ausgewertet und gemeinsam mit bereits geleisteten frauenpolitischen Maßnahmen und Verbesserungsvorschlägen dargestellt werden sollte. In einem nächsten Schritt sollten notwendige weitere Untersuchungen veranlasst werden, um Wissenslücken zu schließen.¹¹ Dies war das Ergebnis einer mehrmonatigen, kontroversen Diskussion auf Ausschuss- und Behördenebene, in

10 Plenarprotokoll des Bundestags (4/72), 24.4.1963, S. 3316–3336.

11 Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen betr. Enquete über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft (Drs. 4/2771), 12.11.1964.

der das Bundesarbeits- und das Bundesinnenministerium nicht nur um Inhalte, sondern auch um Zuständigkeiten rangen. Im Innenministerium war das Referat für Frauenfragen federführend – bis 1963 unter Leitung von Dorothea Karsten, gefolgt von Dorothea Frandsen. Karsten und einige Politikerinnen sprachen sich zunächst deutlich für eine umfassende Untersuchung unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise nach US-amerikanischem Vorbild aus.¹² In den Vereinigten Staaten hatte Präsident Kennedy Ende 1961 die „Commission on the Status of Women“ eingesetzt, in der unter Leitung von Eleanor Roosevelt Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Kirchen den eingangs erwähnten „American Women“-Report erarbeiteten.¹³ In der Bundesrepublik mehrten sich hingegen die Stimmen für ein stufenweises Vorgehen, in dem zunächst vorhandene Statistiken und Studien in den Ministerien zusammengestellt werden sollten. In einer im Mai/Juni 1964 vom Familien- sowie dem Arbeitsausschuss des Bundestages gemeinsam durchgeführten Sachverständigenanhörung wiesen etwa die Vertreter:innen des Statistischen Bundesamts auf reichhaltiges vorhandenes Material zu den gestellten Fragen, etwa zur Art und Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen, hin. Die Soziologin Elisabeth Pfeil, die bis 1968 Referentin an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) war, stellte klar, dass es noch große Wissenslücken hinsichtlich der Motivationen von Müttern gebe, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Gleiches gelte für die Auswirkungen dieses Schritts auf das Familienleben. Studien zu diesem Thema bedürften jedoch einer komplexen wissenschaftlichen Methodik und seien entsprechend zeitaufwendig. Die Anhörung ergab, dass eine umfassende Untersuchung mit neuer soziologischer Forschung vier bis fünf Jahre dauern würde.¹⁴

Neben dem Zeit- und Kostenfaktor spielten für die Konzeption des deutschen Berichts auch die Vorarbeiten eine wichtige Rolle. Bereits parallel zu den Ausschussberatungen wurden erste Arbeitskreise innerhalb der Ministerien zu einzelnen Themenkomplexen des Frauenberichts gebildet, um relevantes Material zusammenzutragen.¹⁵ Nach Beschluss des Antrags Ende 1964 erarbeiteten ins-

12 Schreiben von Dorothea Karsten an Margot Kalinke, 28.3.1963, Bundesarchiv (BArch), B 106/48561.

13 Dorothy Sue Cobble, Labor Feminists and President Kennedy's Commission on Women, in: Nancy A. Hewitt (Hrsg.), *No Permanent Waves. Recasting Histories of U.S. Feminism*, New Brunswick, NJ 2010, S. 144–167.

14 Protokoll der 38. Sitzung des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen, 5.5.1964, BArch, B 106/48561; Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen (39. Sitzung) und des Ausschusses für Arbeit (82. Sitzung), 26.5.1964, BArch, B 106/48561; Jürgen Friedrichs, Nachruf auf Elisabeth Pfeil, in: *Zeitschrift für Soziologie* 4 (1975), H. 4, S. 403–405.

15 Protokoll der Ressortbesprechung im BMA, 29.5.1963, BArch, B 106/48561.

gesamt zehn Arbeitskreise in eineinhalb Jahren den über 600 Seiten umfassenden Bericht, wobei ein Großteil von den Ressorts Inneres und Arbeit geliefert wurde. Thematische Schwerpunkte der Arbeitskreise waren u. a. Frauenerwerbstätigkeit, soziale Sicherung, Bildung und die Frau im Öffentlichen Dienst. Ursprünglich angedacht und von Unions-Seite gewünscht war die Fertigstellung des Berichts für Sommer 1965, um die darin hervorgehobenen vorhandenen frauenpolitischen Maßnahmen für den Bundestagswahlkampf nutzen zu können. Bereits nach wenigen Wochen war jedoch klar, dass der Zeitrahmen nicht einzuhalten war, da für die Erarbeitung des Berichts kaum zusätzliche Stellen geschaffen wurden.¹⁶ Die Entscheidung für eine behördeninterne Lösung ohne zusätzliches externes Gremium führte schlussendlich zu den genannten Defiziten des Berichts, derer sich auch die Bearbeiter:innen selbst bewusst waren. Da alle Arbeitskreise einzelne Teilberichte nach einer vorgegebenen Struktur abliefern, ohne dass diese zusammengeführt oder Synthesen gebildet wurden, waren inhaltliche Redundanzen unausweichlich. Dass Kürzungen sinnvoll gewesen wären und der Bericht – entgegen seiner Zielsetzung – keine nennenswerten Verbesserungsvorschläge enthielt, wurde auf mehreren Arbeitskreisbesprechungen thematisiert. Im Hinblick auf die Personalsituation und die bereits mehrfach überschrittenen Abgabefristen sahen die Verantwortlichen jedoch keine Alternative und legten Mitte 1966 den sperrigen Bericht vor.¹⁷

Um der zu erwartende Kritik von vornherein zu begegnen, versuchten die Verantwortlichen, die Gestaltung des Berichts inhaltlich zu begründen. So erklärte Bundesarbeitsminister Hans Katzer im Vorwort etwa, dass inhaltliche Überschneidungen und Redundanzen „bewußt in Kauf genommen [...] [wurden], um den Zusammenhang der Darstellung am jeweiligen Ort nicht zu stören“.¹⁸ Dieser hilflos wirkende Verteidigungsversuch gelang nicht wirklich. Auch involvierte Politiker:innen, die den Bericht als gute Materialsammlung und Arbeitsgrundlage für zukünftige Gesetzgebungen lobten, mussten seinen Wert insofern einschränken, als dass die zugrundeliegende Datenbasis teilweise schon wieder veraltet

16 Vermerk zur 43. Sitzung des Ausschusses für Familien- und Jugendfragen, Bundesfamilienministerium, 5.11.1964, BArch, B 189/764; Brief des Bundesarbeitsministeriums an die an der Frauenenquete beteiligten Ressorts, 19.2.1965, BArch, B 106/48563; Vermerk von Dorothea Frandsen zur Fertigstellung des Frauenberichts, 4.5.1965, BArch, B 106/48563; Sprechzettel BMI von Dorothea Frandsen für Kabinettsitzung am 26.8.1966, 23.8.1966, BArch, B 106/48563.

17 Vermerk von Dorothea Frandsen betr. Erster Bericht der Bundesregierung, 2.8.1965, BArch, B 106/48563; Protokoll der Sitzung der Arbeitskreisvorsitzenden, 8.11.1965, BArch, B 106/48563; Vermerk Bundesinnenministerium zur Frauenenquete, 15.6.1966, BArch, B 106/48563.

18 Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft (Drs. 5/909), 14.9.1966, S. II f.



Spott über den Bericht: Karikatur zum Artikel „Eva unter der Lupe. Die Enquete der Bundesregierung ist politisch ohne Wert“ in der Welt vom 6.9.1966

war. Da die zusammengetragenen Statistiken maximal bis 1964 reichten, der Bericht jedoch erst im Januar 1967 im Bundestag diskutiert wurde, konnte auf seiner Grundlage im Prinzip nur eine Bestandsaufnahme des vergangenen Jahrzehnts erfolgen.¹⁹ Schlüsse auf zukünftige Entwicklungen ließ der Bericht nur in Ansätzen zu und sein Umfang erwies sich als wenig dienlich für die praktische Arbeit, weshalb das Plenum auf Antrag der FDP umgehend eine Kurzfassung von der Bundesregierung forderte. Allerdings lieferte der Bericht zumindest einen Ansatzpunkt, über konkrete frauenpolitische Probleme wie ungleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, Altersversorgung und den Mangel an flexibleren Arbeitsmodellen zu diskutieren. Die CDU-Abgeordnete Christa Schroeder betonte, dass ein Wert des Berichts „in der Wirkung auf die öffentliche Meinung“ liege. Die Gesellschaft werde dadurch „erst einmal auf die starke Wandlung in der Situation der Frau in genügender Weise aufmerksam gemacht“.²⁰

Wenngleich das Echo auf den Frauenbericht in Fachkreisen und Publizistik geradezu desaströs war, kann die hohe Aufmerksamkeit, die er erhielt, nicht bestritten werden. Die *Bild* landete gar einen Coup, indem sie im August 1966, noch vor der offiziellen Vorstellung, ausgewählte Inhalte in einer mehrteiligen Serie veröffentlichte, was behördenintern für deutliche Verärgerung sorgte.²¹ Wenngleich die *Bild*-Autorinnen kritisierten, dass die Verfasser:innen des Berichts an einigen Stellen wohl mit „einer rosaroten Brille“ Entwicklungen beschönigt hätten, nutzten sie die Artikelreihe, um an prominenter Stelle auf Diskriminierungen von Frauen hinzuweisen. „Deutschlands Hausfrauen sind die unbezahlten Arbeitskräfte ihrer Familien, und daran wird sich vermutlich auch in den nächsten Jahrzehnten nichts ändern“, prognostizierten sie beispielsweise und verwiesen auf die im Bericht dargestellten Anforderungen an und fehlende Entlastungen für Frauen im Haushalt.²² Über ähnliche Befunde berichtete das *Hamburger Abendblatt*, da der Frauenbericht u. a. einen „bedeutenden Mangel“ an Kindergartenplätzen aufdeckte, die für berufstätige Mütter wichtig seien.²³ Auch wenn dies keine wirklich neue Erkenntnis war, hatte der Bericht damit zumindest zeitweise erreicht, dass frauenpolitische Angelegenheiten stärker in den medialen Fokus rückten. Auch

19 Plenarprotokoll des Bundestages (5/87), 25.1.1967, S. 4027 f.

20 Ebd., S. 4023 (Hervorhebung im Original).

21 Schreiben des Staatssekretärs des BMA Kattenstroth an Bundeskanzleramtschef Westrick, 19.8.1966, BAArch, B 136/8919 Bd. 2.

22 Hausfrauen sind Schwerstarbeiter ohne festen Lohn, in: *Bild*, 17.8.1966. Die Serie unter dem Titel „Bundesregierung – Vertraulich! Frauenreport“ von Dr. Marianne Koch und Ursula Zachow wurde vom 15. bis 22.8.1966 abgedruckt.

23 Report der Bundesregierung. Das Bild der Frau in unserer Zeit, in: *Hamburger Abendblatt*, 6.9.1966.

politische Frauenorganisationen trugen ihren Teil dazu bei. Beispielsweise organisierte die Landesfrauengruppe der FDP Hamburg im November 1966 eine Diskussion mit Vertreter:innen der „Frauenredaktionen“ der wichtigsten Zeitungen in der Stadt, um über Fragen und Streitpunkte des Berichts zu sprechen.²⁴

So berechtigt die Kritik an der Form und die Zweifel am Mehrwert des Frauenberichts auch gewesen sein mögen, stellte er in den folgenden Jahren immer wieder Bezugspunkt und Legitimationsgrundlage für frauenpolitische Initiativen und Gesetzesvorhaben dar.²⁵ Selbst in seiner wohl berühmtesten Regierungserklärung verkündete Willy Brandt nicht nur, mehr Demokratie wagen, sondern auch die Frauenenquete „beschleunigt“ fortführen zu wollen.²⁶ Was daraus wurde, stand jedoch bislang ebenso wenig im Fokus geschichtswissenschaftlicher Forschung wie auch die Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik generell.

Die Entwicklung staatlicher Frauenpolitik als Gegenstand der Forschung

Staatliche Frauenpolitik, verstanden als ein eigenständiges Politikfeld²⁷, wird in der Geschichtswissenschaft häufig nur als Nebenaspekt anderer Themen- und Forschungsfelder betrachtet. Sie erscheint als Reaktion auf die außerparlamentarische Neue Frauenbewegung und als Folge von Institutionalisierungstendenzen dieser sozialen Bewegung. Nicht selten wird eine recht geradlinige Entwicklung von den aufsehenerregenden feministischen Protesten in den 1970er Jahren hin zur Einrichtung von staatlichen Gremien wie den Gleichstellungsstellen Anfang der 1980er Jahre skizziert.²⁸ Zwar trugen Vertreterinnen der Frauenbewegung als „Thematisierungsagentinnen“²⁹ zweifelsohne zur gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung und Sensi-

24 Einladung der Landesfrauengruppe der FDP Hamburg, 1.11.1966, Archiv des Liberalismus, ÜP 27/2016-434.

25 Gerhard, Frauenbewegung, S. 200.

26 Regierungserklärung von Willy Brandt, in: Plenarprotokoll des Bundestages (6/5), 28.10.1969, S. 29.

27 In Rückgriff auf politikwissenschaftliche Definitionen kann ein Politikfeld als eine „spezifische und auf Dauer angelegte Konstellation sich aufeinander beziehender Probleme, Akteure, Institutionen und Instrumente“ verstanden werden: Kathrin Loer / Renate Reiter / Annette Elisabeth Töller, Was ist ein Politikfeld und warum entsteht es?, in: dms - der moderne staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 8 (2015), H. 1, S. 7–28, hier S. 9 f.

28 Siehe etwa Ilse Lenz, Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung, Wiesbaden 2008, S. 327–331, 581 f.; Rosemarie Nave-Herz, Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Hannover 1997, S. 78–85.

29 Elisabeth Zellmer, Protestieren und Polarisieren. Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München, in: Julia Paulus / Eva-Maria Silies/Kerstin Wolff (Hrsg.), Zeitsgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2012, S. 276–296, hier S. 295.

bilisierung für frauenpolitische Belange bei – die Entwicklung einer eigenständigen staatlichen Frauenpolitik in der Bundesrepublik setzte jedoch bereits früher ein, wie nicht zuletzt die Entstehungsgeschichte des Frauenberichts von 1966 zeigt, auf den in den 1970er Jahren weitere folgten. Warum also wurde die Lebenssituation von Frauen in diesem Zeitraum, auch bereits vor der Entstehung der Neuen Frauenbewegung, zunehmend zum Diskussionsgegenstand staatlicher Institutionen?

Dieser Frage widmet sich das im Folgenden skizzierte Dissertationsprojekt, welches frauenpolitische Debatten auf Bundesebene und anhand der regionalen Fallstudie Hamburg untersucht. Unter anderem mit der ersten Gleichstellungsstelle auf Länderebene 1979 nahm Hamburg eine Vorreiterrolle in der staatlichen Frauenpolitik ein und bietet als Stadtstaat die Möglichkeit, politische Prozesse auf verdichtetem Raum zu betrachten.³⁰ Zudem wird durch die gewählte Kombination aus Bundes- und Länderperspektive der Föderalismus als prägender Faktor des demokratischen Systems der Bundesrepublik besonders berücksichtigt. Im Fokus der Arbeit stehen vor allem Aushandlungsprozesse, insbesondere deren Akteur:innen und Argumentationen. Ziel ist es, die Konjunkturen frauenpolitischer Debatten herauszuarbeiten und nicht allein staatliche Strukturen zu rekonstruieren. Vielmehr soll auch die diskursive Ebene der Debatten in den Blick genommen werden: Welche Ansätze und damit verbundenen Leitbilder standen sich in den frauenpolitischen Debatten gegenüber? Lässt sich im Untersuchungszeitraum ein „tiefgreifende[r] [...] Einstellungswandel“³¹ von staatlicher Seite im Hinblick auf Lebensentwürfe von Frauen feststellen oder ist eher von pluralisierten Ansichten auszugehen? Inwiefern finden sich prägende Zäsuren?

Mit den 1960er/1970er Jahren steht ein Zeitraum im Fokus, in den die „langen 60er Jahre“ geprägt von Wirtschaftswachstum, Demokratisierungsgedanken und Aufbruchssignalen fallen, gefolgt von der Phase „nach dem Boom“ mit wirtschaftlichen und politischen Strukturbrüchen sowie mit soziokulturellen Veränderungen.³² Die Krisen der 1970er Jahre scheinen auf die Entwicklung staatlicher Frauenpolitik in der Bundesrepublik indes keine unmittelbar

30 Rita Bake, *Die Ersten und das erste Mal... Zum 50. Geburtstag des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz. Was hat er Hamburgs Frauen gebracht?* Hamburg 1999, S. 61.

31 Monika Mattes, *Ambivalente Aufbrüche. Frauen, Familie und Arbeitsmarkt zwischen Konjunktur und Krise*, in: Konrad Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 215–228, hier S. 218.

32 Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

negativen Auswirkungen gehabt zu haben. Vielmehr verstetigten sich in diesem Jahrzehnt institutionelle frauenpolitische Strukturen. Neben der Gleichstellungsstelle in Hamburg, auf die ähnliche Einrichtungen in anderen Bundesländern folgten, erhielt das Bundesfamilienministerium 1972 per Organisationserlass von Kanzler Brandt die Zuständigkeit für Frauenfragen. Das daraufhin eingerichtete Frauenreferat wurde 1979 zu einem Arbeitsstab Frauenpolitik ausgeweitet.³³ Die Umstände dieser Institutionalisierung sowie die Ziele und Tätigkeiten der Einrichtungen in ihrer Anfangszeit werden im Rahmen dieser Dissertation genauer betrachtet. Darüber hinaus stehen auch die nahezu durchgängig vorhandenen frauenpolitischen Kommissionen im Fokus.

Auf den ersten Frauenbericht von 1966 folgte unter Kanzler Brandt sechs Jahre später ein Bericht über bereits getroffene und geplante „Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau“. Fanden sich im ersten Bericht noch deutliche stereotype Geschlechterrollenzuschreibungen, wurde 1972 die „Situation der Frau“ im zunehmenden Maße auch abseits von Familienangelegenheiten betrachtet. So war als erstes Ziel des Kapitels „I. Bildung“ formuliert, dass sich Erziehungsgedanken an der „Fähigkeit, das Leben selbst zu gestalten“, orientieren sollten, „um es den Frauen zu ermöglichen, sich vom traditionellen weiblichen Rollenbild zu lösen und frei und kritisch ihren Standort und ihre Aufgabe in der Gesellschaft zu wählen“. Helfen sollte hierbei u. a. das 1971 verabschiedete Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), das mit finanzieller Unterstützung bessere Ausbildungschancen für Mädchen ermöglichen sollte.³⁴

1973 wurde wiederum auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion die Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ eingesetzt, um „Entscheidungen, die zur Verwirklichung der vollen rechtlichen und sozialen Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft führen sollen“, vorzubereiten und Bestandsaufnahmen zu machen.³⁵ Hierbei schien man aus den Fehlern des ersten Frauenberichts gelernt zu haben und berief neben Politiker:innen auch wissenschaftliche Sachverständige in das Gremium, darunter mit Helge Pross eine der schärfsten Kritikerinnen des ersten Berichts.³⁶ Bis 1980 erarbeitete die Kommission sowohl Überblicke zu vorhandenen Problemfeldern als auch konkrete Empfehlungen zur Durchsetzung von Gleichberechtigung, darunter

33 Nave-Herz, Geschichte, S. 82.

34 Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau (Drs. 6/3689), 1.8.1972, S. 1 f.

35 Antrag der Fraktion CDU/CSU betr. Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ (Drs. 7/367), 20.3.1973.

36 Protokoll der 1. Sitzung der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“, 19.6.1974, BArch, B 189/8073.

beispielsweise die Prüfung von diskriminierenden Arbeitsschutzbestimmungen oder die Verbreitung von partnerschaftlichen Leitbildern in Lehr- und Unterrichtsmaterialien.³⁷

Wie diese Beratungen abliefen, wer sie prägte und welche Konsequenzen daraus folgten, wird ihm Rahmen des Dissertationsprojekts näher erforscht. Festzuhalten ist schon jetzt, dass die gesamte Entwicklungsphase der staatlichen Frauenpolitik hin zu einem eigenständigen Politikfeld von einem Drang nach Bestandsaufnahmen geprägt war, auf die längerfristige politische Initiativen folgen sollten. Als schwierig erwies sich hierbei die lange Zeit auch explizit von Politiker:innen verhandelte Vorstellung einer Lebenssituation „der“ Frau, die im Kontrast zur zunehmenden „Individualisierung und Pluralisierung von Leitbildern, Lebensentwürfen und Weltanschauungen“ der 1970er Jahre stand.³⁸ Am Beispiel Hamburgs zeigt sich, dass, insbesondere gestärkt durch die Neue Frauenbewegung, in diesem Zeitraum zunehmend auch Akteur:innen öffentlich auf Probleme aufmerksam machten, die zuvor von der Politik wenn überhaupt nur am Rand thematisiert worden waren. Darüber hinaus fand das bundespolitisch erprobte Vorgehen, sich vor konkreten Maßnahmen erst einmal detailliert den Ist-Zustand aufzeigen zu lassen, auch auf Landesebene Nachahmer.

Der Bericht über die Situation von Frauen in Hamburg 1978

1976 forderten die sieben Frauen der SPD-Fraktion³⁹ vom Hamburger Senat „einen umfassenden Bericht über die Situation der Frauen“ in der Stadt, der neben statistischen Angaben auch Informationen über die Arbeitsmarktsituation und sozialpolitische Aspekte, etwa bereits bestehende Maßnahmen für ältere oder alleinerziehende Frauen, umfassen sollte. Anlass war die auf Bundesebene vorangetriebene Reform des Ehe- und Familienrechts, die, wie die Antragstellerinnen bemerkten, eine „grundsätzliche Veränderung der rechtlichen Stellung der Frau“ in der Bundesrepublik beinhaltete und die Individualrechte von Familienmitgliedern – und damit insbesondere der Frauen – stärkte.⁴⁰ Der Antrag wurde

37 Bericht der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft (Drs. 8/4461), 29.8.1980.

38 Gabriele Metzler, Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Historische Zeitschrift 275 (2002), S. 57–103, hier S. 102 f.

39 Hierbei handelte es sich um die Abgeordneten Friederike Büscher, Helga von Hoffmann, Elisabeth Kiausch, Helga Kutz-Bauer, Frauke Martin, Elisabeth Ostermeier und Ingrid Seeler. Die SPD-Fraktion bestand aus insgesamt 56 Abgeordneten und hatte damit einen Frauenanteil von 12,5 Prozent.

40 Antrag der SPD-Fraktion betr. Situation der Frauen in Hamburg (Drs. 8/2039), 19.11.1976; zur Reform

von allen Fraktionen begrüßt. Der FDP-Politiker Klaus Troitzsch vertrat jedoch die Auffassung, dass erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen auch ohne Bericht ergriffen werden könnten und mit den Statistischen Jahrbüchern sowie dem aktualisierten Frauenbericht der Bundesregierung bereits ein Großteil der im Antrag geforderten Daten vorlagen. Eleonore Rudolph (CDU) schloss sich dieser Kritik an und befand zudem, dass die „Form der Fragestellung der Frauen-Enquete der sechziger Jahre“ mittlerweile veraltet sei und es differenziertere Zugänge gebe.⁴¹ Trotz dieser Einwände wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die Arbeits- und Sozialbehörde erhielt den Auftrag, den Bericht zu erstellen, und forderte die benötigten Daten und Beiträge bei den jeweiligen Behörden und Senatsämtern an. Sie orientierte sich dabei explizit am Frauenbericht der Bundesregierung von 1972, der auf den ersten Bericht gefolgt war, wobei der Hamburger Bericht auch „Entstehungsursachen und voraussehbare[...] Entwicklungen“ thematisieren sollte.⁴² Im November 1977 lag der Textentwurf vor, der manchen Beteiligten jedoch an vielen Stellen verbesserungswürdig schien. Aus internen Anmerkungen geht hervor, dass Sachverhalte allzu verkürzt dargestellt und Kausalzusammenhänge falsch hergeleitet wurden. So wertete eine Bearbeiterin die Aussage, dass „die bisherigen Bemühungen, Mädchen auf Ausbildungsplätzen in herkömmlichen Männerberufen unterzubringen, [...] häufig daran gescheitert [sind], daß etwa die zwingend vorgeschriebenen sanitären Anlagen, Umkleideräume usw. nicht vorhanden waren“, als „unglückliche Verknüpfung“. Sie befand: „[A]n Toiletten allein wird es wohl kaum liegen[.]“⁴³ Darüber hinaus wurde die Grundaussage des Berichts als zu einseitig kritisiert: Hauptverantwortlich für die Problemlagen erschien das „herkömmliche Rollenverständnis von und für Mann und Frau. Dieses muß endgültig abgebaut werden. Der Frau muß auf jede denkbare Weise dazu verholfen werden, daß sie im Beruf, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Leben wie ein Mann behandelt wird. Demgegenüber muß jede andere Rolle als geringerwertig zurücktreten.“⁴⁴

An diesem Beispiel zeigt sich, dass ein Jahrzehnt nach dem ersten Frauenbericht Geschlechter-

des Ehe- und Familienrechts siehe Christopher Neumaier, *Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken*. Berlin/Boston 2019, S. 379–404.

41 Plenarprotokoll der Bürgerschaft (8/71), 16.2.1977, S. 4292, 4296.

42 Rundschreiben der Arbeits- und Sozialbehörde betr. Situation der Frauen in Hamburg, 14.4.1977, Staatsarchiv Hamburg (StAHH) 131-13_475.

43 Kommentierter Entwurf des Hamburger Frauenberichts aus dem Bestand des Senatsamts für den Verwaltungsdienst, 21.11.1977, StAHH 131-13_476, S. 16.

44 Schreiben [des Personalamts] an Staatsrätin Braasch-Eckert betr. Entwurf des Hamburger Frauenberichts, 22.2.1978, StAHH 351-10 II_658.

rollenvorstellungen nach wie vor heftig umstritten waren, sich inhaltliche Positionen jedoch verschoben hatten. Für längere Zeit ein „reines“ Hausfrauen- und Mutterdasein zu pflegen, galt in der Bundesrepublik zunehmend als rückständig, wenngleich sich gerade die CDU/CSU für den Schutz der Familie und die Aufwertung von Hausarbeit und Mutterschaft aussprach. SPD und auch FDP versuchten dagegen verstärkt, Gleichberechtigung vor allem mit arbeitsmarktpolitischen Konzepten, etwa zur Verringerung von Frauenarbeitslosigkeit oder Lohnunterschieden, durchzusetzen.⁴⁵ Hingegen ähnlich wie ein Jahrzehnt zuvor wurde auch der Hamburger Frauenbericht erst verspätet, im April 1978, vorgelegt. Rund die Hälfte der 60 Seiten war Aussagen über die Bildungs- und Arbeitssituation von Frauen in der Stadt gewidmet. Zudem fanden sich Angaben zu Problembereichen, die im ersten Frauenbericht der Bundesregierung noch ausgespart geblieben waren, darunter Hilfen für alkohol- und drogenabhängige Frauen oder Frauen im Strafvollzug.⁴⁶ Im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl im Juni kritisierte Birgit Breuel (CDU) den Frauenbericht als „reines Wahltheater“, mit dem Bürgermeister Hans-Ulrich Klose zeigen wolle, dass die SPD, wie im Wahlprogramm vor vier Jahren angekündigt, die Lage der Frauen verbessern wolle. Konkrete Maßnahmen lägen aber nicht vor. Der Arbeits- und Sozialsenator Ernst Weiß (SPD) befand hingegen, dass der Bericht eine „solide Arbeitsgrundlage für alle Behörden“ darstelle und die Verzögerung nichts mit Wahlkampfaktik zu tun habe.⁴⁷ Vielmehr habe die Materialfülle mehr Zeit in Anspruch genommen und es habe keine Vorlagen gegeben, da Hamburg vorangeschritten sei und als erstes Bundesland „eine solche Fundgrube und auch eine solche analytische Aussage über die Situation der Frauen in einem Stadtstaat“ erstellt habe.⁴⁸

Nichtsdestotrotz blieb auch die „Fundgrube“ die Antwort auf viele Fragen schuldig. Nach Überweisung des Berichts hielt der sozialpolitische Ausschuss im Februar 1979 ein öffentliches Anhörverfahren ab, zu dem Expert:innen aus Frauen- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und weiteren Organisationen geladen waren, um Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten. Außerdem hatten Zuschauer:innen die Möglichkeit, selbst zu

45 Neumaier, Hausfrau, S. 60; Birgit Meyer, Frauenpolitik und Frauenleitbilder der Parteien in der Bundesrepublik, in: APuZ 40 (1990), S. 16–28, hier S. 22; Kathrin Schäfgen, Frauen- und Familienpolitik, in: Clemens Burcher / Detlef Nakath / Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006, S. 852–893, hier S. 858–860.

46 Bericht über die Situation der Frauen in Hamburg (Drs. 8/3582), 11.4.1978.

47 „Eine Pflichtausübung ohne praktische Konsequenzen“. Politiker:innen attackieren Frauen-Report des Senats, in: Die Welt, 24.4.1978.

48 Plenarprotokoll der Bürgerschaft (8/108), 11.5.1978, S. 6699.

Wort zu kommen. Indem sie auch „soziale Problemfelder“ wie Frauenhäuser oder die Situation „ausländischer“ Frauen auf die Agenda setzten, schienen die Parlamentarier:innen auf die zunehmende Politisierung von frauenpolitischen Angelegenheiten zu reagieren, die von Initiativen der Neuen Frauenbewegung vorangetrieben wurden. Deutlicher Unmut machte sich breit, als am zweiten Hearing-Tag absehbar war, dass nicht genügend Zeit für diese Themenfelder bleiben würde, nachdem zuvor stundenlang über die Bedeutung von Statistiken sowie über bildungs- und arbeitsmarktpolitische Themen diskutiert worden war. Ein Kolumnist des *Hamburger Abendblatts* mutmaßte, dass die „sozialen Problemfelder“ die „Volksvertreter doch so [beunruhigten], daß sie diese Themen [...] nicht ungern hätten wegfallen lassen“. Der Ausschuss beugte sich indes am Ende dem Druck der Anwesenden und setzte einen zusätzlichen Termin drei Monate später an, der sich ausschließlich diesen „Problemfeldern“ widmete und bei dem verstärkt auch Vertreter:innen von „nicht etablierten Frauengruppen“ zu Wort kamen. Sie einte die Forderung nach größerer finanzieller Unterstützung von Beratungsgruppen für verschiedene Problemlagen, etwa für psychisch kranke oder auch ältere Frauen sowie für Betroffene von Gewalterfahrungen.⁴⁹

Auf die öffentliche Anhörung folgten längere parlamentarische und behördliche Beratungen, die ihren vorläufigen Abschluss 1982 in einem Bericht fanden, in dem der Senat über realisierte, anstehende und offene frauenpolitische Maßnahmen berichtete. Schwerpunkte fanden sich in bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen, zum Beispiel die Finanzierung von Modellversuchen zur Förderung von Frauen und Mädchen in gewerblich-technischen Berufen oder Bildungsurlauben. Viele bekannte Ungleichheiten ließen sich jedoch nicht mit einfachen Maßnahmen beseitigen, da die Ursachen vielfältig waren. Dass beispielsweise die Beförderungspraxis im Öffentlichen Dienst der Hansestadt nicht immer dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprach und Frauen in höheren Positionen unterrepräsentiert waren, wurde präzise benannt. Mit Frauenförderplänen und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung über verdeckte Diskriminierungen hatte insbesondere die 1979 eingerichtete Gleichstellungsstelle erste Ansätze geschaffen, die einem der Hauptgründe für die Unterrepräsentanz von Frauen jedoch nicht entgegenwirken konnten: „Frauen [haben] auch im öffentlichen Dienst durch die Zuordnung von Familienaufgaben eine

49 Frauen-Hearings. Nur ein Alibi für die Politiker?, in: *Hamburger Abendblatt*, 24.7.1979; „Mehr tun für ältere Frauen und Witwen“. Ende des Anhörverfahrens im Rathaus, in: *Hamburger Abendblatt*, 23.5.1979.

andere Berufsentwicklung als Männer [...], deren Ursache in den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten zu sehen ist.“⁵⁰

Fazit

Staatliche frauenpolitische Debatten und Initiativen waren oftmals langwierig und von Bürokratie geprägt. Es vergingen fast vier Jahre, bis der erste Frauenbericht der Bundesregierung Mitte der 1960er Jahre vorlag, auf den weitere auf Bundes- und Länderebene folgten. Die darin verhandelten Problemfelder waren so komplex, dass keine konkreten Ergebnisse, sondern nur Maßnahmenbündel, wie verschiedene Gesetzesinitiativen oder Förderprogramme, als Folgen benannt werden können. Es ist daher nicht überraschend, dass in der geschichtswissenschaftlichen Forschung und öffentlichen Wahrnehmung greifbarere Aktionen der Neuen Frauenbewegung bis heute mehr Aufmerksamkeit erfahren.

Dass sich Regierungen und Parlamente in den 1960er und 1970er Jahren jedoch zunehmend mit der Lebenssituation von Frauen befassten, und zwar auch ohne direkte Impulse der Frauenbewegung, ist eine bislang zu wenig beachtete Erkenntnis. Um nachzuvollziehen, wie sich in der Bundesrepublik ein frauenpolitisches Bewusstsein auch auf Staatsseite verbreitete und sich institutionelle Strukturen zur Gleichstellung nachhaltig implementieren konnten, beschäftigt sich diese Dissertation gezielt mit diesen Entwicklungen. Dabei zeigt sich, wie ergiebig die Analyse von Aushandlungsprozessen rund um frauenpolitische Institutionen sein kann. So lässt sich beispielsweise mit Blick auf die Debatten im Vorfeld und Nachklang der Frauenberichte viel über Veränderungen in Geschlechterrollenerwartungen und politische Prozesse erfahren. Darüber hinaus verweisen die überlieferten kontroversen Auseinandersetzungen auf die zeitgenössische Beachtung, die den frauenpolitischen Entwicklungen geschenkt wurde – diese gilt es anzuerkennen.

Hannah Rentschler, M. A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

50 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Drs. 9/4519), 20.4.1982, S. 10.

„Himmlische Ruhe“ im Vernichtungslager. Selbstdarstellung eines NS-Täters und mediale Berichterstattung im I. Treblinka-Prozess 1950/51

■ Im Mai 1942 begann die SS in einem Wald rund 75 Kilometer nordöstlich von Warschau mit dem Bau eines Lagers¹, das – so formulierte es die jüdische Schriftstellerin Rachel Auerbach – „das Undenkbare und Ungeheuerliche wirklich [...] Wahrheit“ werden ließ.² Mit diesen Worten charakterisierte Auerbach das Vernichtungslager Treblinka, das im Juli 1942, neben Belzec und Sobibor, als dritter Vernichtungsort der „Aktion Reinhardt“ fertiggestellt wurde. Bis November 1943 ermordeten die Deutschen in Treblinka annähernd eine Million Jüdinnen und Juden.³ Nach der Ankunft der Züge rissen deutsche SS-Männer und ukrainische Wachleute die Menschen aus den Waggons, zwangen sie sich auszuziehen und trieben sie unter schweren Misshandlungen zur Ermordung in die im oberen Teil des Lagers befindlichen Gaskammern. Die Leichen

1 Vgl. Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Belżec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*, München 2017, S. 56.

2 Vgl. Rachel Auerbach, *Auf den Feldern von Treblinka*, in: Frank Beer / Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), *Nach dem Untergang. Die ersten Zeugnisse der Shoah in Polen 1944–1947, Berichte der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission*, Berlin 2014, S. 393–456, hier S. 409. Auerbachs Bericht basiert auf einer Besichtigung des Lagergeländes mit einer polnischen Untersuchungskommission am 7.11.1945. Vgl. ebd., S. 394 f.

3 „Aktion Reinhardt“ war der NS-Tarnname für die Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement und im Raum



Josef Hirtreiter, undatiert,
vermutlich bei seiner
Gefangennahme durch
US-Truppen im Frühjahr 1945.
Hessisches Hauptstaatsarchiv
Wiesbaden

ließen die Täter zunächst verscharren, später verbrennen.⁴ Einige wenige der Deportierten wurden zur Zwangsarbeit selektiert. Zu diesen zählte auch Kalman Taigman, der im September 1942 vom Warschauer Ghetto nach Treblinka verschleppt worden war und im Zuge des Aufstands am 2. August 1943 aus dem Lager fliehen konnte. Zu seinen Aufgaben hatte u. a. die Kleidersortierung gehört. Leiter des Arbeitskommandos, so erinnerte sich Taigman 1960 im Ermittlungsverfahren zum II. Treblinka-Prozess, sei ein SS-Unterscharführer namens Josef „Sepp“ Hirtreiter gewesen, der in der BRD zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden sei.⁵

Tatsächlich war Josef Hirtreiter im März 1951 in Frankfurt am Main wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden.⁶ Der Prozess gegen ihn war eines der ersten drei Verfahren, die in der frühen Bundesrepublik gegen Täter der „Aktion

Bialystok. In den dazugehörigen Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka wurden 1942/43 mindestens 1,8 Millionen Jüdinnen und Juden ermordet. Vgl. Lehnstaedt, Kern, S. 8 u. S. 84 f.

4 Vgl. Sara Berger, Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg 2013, S. 118 f; Lehnstaedt, Kern, S. 81, 88 f.

5 Vgl. Aussage von Kalman Taigman am 25.8.1960 in Tel-Aviv, in: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland, Rep. 388, Nr. 755, Bl. 37–39 u. 42. Der II. Treblinka-Prozess gegen Kurt Franz u. a. fand 1964/65 vor dem LG Düsseldorf statt.

6 Josef Hirtreiter (1909–1978), Schlosser, 1932 NSDAP u. SA, 1940/41 „Aktion T4“, „Euthanasie“-Anstalt Hadamar, 1942/43 „Aktion Reinhardt“, Treblinka, SS-Unterscharführer, 1943–1945 Operationszone „Adriatisches Küstenland“, 1945 Kriegsgefangenschaft, 1946 Verhaftung, 1951 lebenslange Haftstrafe im I. Treblinka-Prozess.

Reinhardt“ geführt wurden. Im Mai 1950 hatte das Landgericht West-Berlin den ehemaligen SS-Oberscharführer Erich Bauer wegen seiner Taten in Sobibor zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde später in lebenslanges Zuchthaus umgewandelt.⁷ Kurz darauf folgte im August 1950 in Frankfurt am Main der II. Sobibor-Prozess gegen Hubert Gomerski und Johann Klier. Während Gomerski wegen Mordes zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, sprach das Landgericht Klier vom Vorwurf der Beihilfe zum Mord frei.⁸

Diese Angeklagten waren wie die meisten der „Aktion Reinhardt“-Täter vor ihrem Mordeinsatz im besetzten Polen bereits bei der „Euthanasie“ tätig gewesen. Josef Hirtreiter kam im Herbst 1940 zur „Aktion T4“ und war fortan in der Tötungsanstalt Hadamar aktiv. Im August 1942 erfolgte seine Versetzung nach Treblinka, wo er in verschiedenen Bereichen des Lagers eingesetzt wurde.⁹ Hirtreiter zählte zu jenen 121 „Experten der Vernichtung“, die zunächst die massenhafte Ermordung von psychisch kranken Menschen und anschließend von Jüdinnen und Juden realisierten.¹⁰

Von 1950 bis 1985 mussten sich rund 30 von ihnen für ihre Verbrechen in den Vernichtungslagern vor westdeutschen Gerichten verantworten. In den Verfahren präsentierten sie persönliche Deutungen ihrer vergangenen Vernichtungstätigkeit, die von Gerichtsreporter*innen aufgegriffen und in die Öffentlichkeit getragen wurden. Der Beitrag befasst sich mit dem I. Treblinka-Prozess gegen Josef Hirtreiter und untersucht, welche Darstellungen des Angeklagten und seiner NS-Verbrechen, von ihm selbst in Verhören und in der Presse produziert worden sind. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, inwieweit die mediale Repräsentation des historischen Tatgeschehens und damit zeitgenössische NS-Deutungsmuster durch die Aussagen der Täter mitgeprägt worden sind.¹¹

7 Vgl. Justiz und NS-Verbrechen (JuNSV), Bd. 6, Nr. 212, S. 545; Bericht des Generalstaatsanwalts vom 15.12.1950, in: Landesarchiv Berlin, B Rep. 058, Nr. 1568, Bl. 48 f.

8 Vgl. JuNSV, Bd. 7, Nr. 233, S. 277.

9 Vgl. Berger, Experten, S. 119 f., 406.

10 Vgl. Berger, Experten, S. 308 f.; Patricia Heberer, Eine Kontinuität der Tötungsoperation. T4-Täter und die „Aktion Reinhardt“, in: Bogdan Musial (Hrsg.), „Aktion Reinhardt“. Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944, Osnabrück 2004, S. 285–308, hier S. 292.

11 Der Verfasser arbeitet an einer Dissertation zum Thema, Arbeitstitel: Die „Aktion Reinhardt“ vor Gericht. Selbstdarstellungen von NS-Tätern und ihre mediale Rezeption in Westdeutschland 1950–1985.

Ermittlungen: Von Hadamar nach „Malkinia“

Im Juni 1946 wurde Josef Hirtreiter in Frankfurt erstmals von der Kripo aufgesucht und zum Tatkomplex Hadamar vernommen. Seiner kurz darauf veranlassten Verhaftung versuchte sich der Beschuldigte am 2. Juli 1946 erfolglos durch Flucht zu entziehen.¹² In den Verhören der folgenden Tage vermittelte er den Untersuchungsbehörden nun seine Sicht der Vergangenheit. Die Aussagen Hirtreiters spiegeln das in NS-Prozessen evidente Bedürfnis der Beschuldigten nach Schuldabwehr wider. Diese verfolgten bewusst oder unbewusst bestimmte Strategien in ihren Erzählungen, um ein möglichst geringes Strafmaß oder Straffreiheit zu erlangen.¹³ Die Selbstdarstellungen der NS-Täter stellten auch eine Reaktion auf den Wandel des gesellschaftlich-normativen Referenzrahmens nach Kriegsende dar. Die vom NS-Staat geförderten und ungestraften Gewalttaten konnten nun strafrechtlich sanktioniert werden.¹⁴

In diesem Bewusstsein äußerte sich auch Josef Hirtreiter gegenüber den Ermittlern. Im Hinblick auf seine Tätigkeit in Hadamar behauptete er, „nur mit Aufräumungsarbeiten“ und später in der Küche beschäftigt gewesen zu sein.¹⁵ Die Frankfurter Staatsanwaltschaft konnte ihm nichts Gegenteiliges nachweisen und stellte das Verfahren, in dem er der Beihilfe zum Mord an psychisch Kranken beschuldigt worden war, ein.¹⁶ Mit seinen Aussagen im Juli 1946 hatte Hirtreiter die Ermittlungsbehörden indes auf einen weiteren NS-Tatort aufmerksam gemacht. Im Laufe der Vernehmungen erwähnte der Beschuldigte ein Lager namens „Malkinia“, in das er nach seiner Tätigkeit in Hadamar gekommen sei. Den vernehmenden Beamten erklärte er, dass dort Jüdinnen und Juden in Gaskammern getötet worden seien.¹⁷ Hirtreiters Aussagen bezogen sich auf Treblinka, das nur wenige Kilometer von der Ortschaft und Bahnstation Malkinia entfernt lag. Der Bahnhof auf der Strecke Warschau-Bialystok diente als Zwischenstation für Deportationszüge in das nahegelegene Vernichtungslager.¹⁸

12 Vgl. Äußerung von Kriminal-Assistent Ludwig Rausch am 10.5.1949, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 27; Vernehmung von Josef Hirtreiter in HV am 9.11.1950 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 192.

13 Vgl. Gunilla Budde / Dagmar Freist, Verfahren, Methoden, Praktiken, in: Gunilla Budde / Dagmar Freist / Hilke Günther-Arndt (Hrsg.), Geschichte. Studium – Wissenschaft – Beruf, Berlin 2008, S. 158–172, hier S. 168.

14 Vgl. Harald Welzer, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2005, S. 30 f.

15 Vgl. Vernehmung von Josef Hirtreiter am 2.7.1946 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 28.

16 Vgl. JuNSV, Bd. 8, Nr. 270, S. 262; Spruch der Spruchkammer Darmstadt Lager vom 5.7.1948, in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 11.

17 Vgl. Vernehmung von Josef Hirtreiter am 3.7.1946 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 28.

18 Vgl. Yitzhak Arad, The Operation Reinhard Death Camps. Belzec, Sobibor, Treblinka, Indiana 2018, S. 62; Lehnstaedt, Kern, S. 56.

Ungeachtet der geografischen Ungenauigkeit wurde Josef Hirtreiter Anfang Juli 1948 von der Spruchkammer des Internierungslagers Darmstadt auch für seinen Dienst im „Lager Malkinia“ als Hauptschuldiger zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt.¹⁹ Im Frühjahr 1949 nahmen deutsche Behörden dann die Ermittlungen zu Hirtreiters Tätigkeit in – nun korrekt – Treblinka auf.²⁰ Im Dezember desselben Jahres gelang es die Aussage eines Überlebenden einzuholen. In Hannover wurde Sewek Warszawski angehört, der in der Tischlerei und bei den Massengräbern des Lagers hatte arbeiten müssen. Seine Angaben erhärteten den Tatverdacht gegen Hirtreiter. Warszawski erinnerte sich umgehend an den SS-Mann, der die nackten Menschen zu den Gaskammern getrieben und dabei mit einem alten Säbel auf sie eingeschlagen habe. Der Beschuldigte sei „genauso grob und roh wie alle anderen“ seiner SS-Kameraden auch gewesen. Zudem, so der Zeuge weiter, habe er beobachtet, wie Hirtreiter mit einer Peitsche auf die Häftlinge des Leichenkommandos eingeschlagen und mehrere von ihnen erschossen habe.²¹

Bei einer Gegenüberstellung im Juli 1950 in der Frankfurter U-Haftanstalt Hammelsgasse konnte Warszawski den Beschuldigten identifizieren. In der anschließenden Vernehmung ergänzte der Zeuge seine Angaben dahingehend, dass Hirtreiter und seine Kameraden Kinder mit den Köpfen gegen die Wand geschlagen und auf diese Weise ermordet hätten.²² Damit bestätigte Warszawski die Ergebnisse der polnischen Untersuchungskommission über die deutschen Verbrechen im besetzten Polen.²³ Die darin dokumentierten Verbrechen waren Josef Hirtreiter im März 1950 erstmals vorgehalten wurden. Der Beschuldigte hatte die Angaben als Erfindung bezeichnet.²⁴

Die Aussagen von Sewek Warszawski blieben zunächst die einzigen eines Überlebenden, auf die der Frankfurter Oberstaatsanwalt Hans-Krafft Kostertlitz seine Mordanklage (§211 StGB) vom August 1950 stützen konnte. Die Anklage warf Hirtreiter – weitere Täter waren nicht ermittelt worden – vor, 1942/43 im Vernichtungslager Treblinka teils allein, teils gemeinschaftlich, in einer unbestimmten An-

19 Vgl. JuNSV, Bd. 8, S. 262; Spruch, 5.7.1948, Bl. 10–12.

20 Vgl. Vernehmung von Josef Hirtreiter am 8.4.1949 in Darmstadt, in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 19–21. Die Untersuchungen starteten fast zeitgleich mit dem II. Sobibor-Verfahren gegen Gomerski und Klier.

21 Vgl. Aussage von Sewek Warszawski am 9.12.1949 in Hannover, in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 91 f.

22 Vgl. Aussage von Sewek Warszawski am 14.7.1950 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 143.

23 Vgl. Central Commission for Investigation of German Crimes in Poland (Hrsg.), German Crimes in Poland, Bd. 1, Warsaw 1946.

24 Vgl. Vernehmung von Josef Hirtreiter am 15.3.1950 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 109.

zahl von Fällen jüdische Häftlinge durch Vergasen und Erschießen getötet zu haben.²⁵ Die Zuständigkeit des Frankfurter Landgerichts resultierte aus der Ende 1948 von der US-Militärregierung an die deutsche Justiz erteilten Berechtigung, nun auch NS-Straftaten an Nichtdeutschen zu verhandeln.²⁶ Eine neue Prozesswelle setzte dies freilich nicht in Gang. Die ausgehenden 1940er Jahre zeichneten sich vielmehr durch ein in der westdeutschen Öffentlichkeit deutlich vernehmbares Bestreben aus, die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen endgültig einzustellen.²⁷ Im Frankfurter Treblinka-Verfahren und auch in den beiden ersten Sobibor-Prozessen zeigte sich hingegen eine andere Entwicklung und ein nachhaltiger Einfluss der alliierten Entnazifizierungspolitik. Die Verfahren wurden – mit Ausnahme des NS-Richters Hans Hofmeyer²⁸ – von unbelasteten Staatsanwälten und Richter:innen geführt, die in den Justizdienst zurückgekehrt oder neu eingesetzt worden waren.²⁹ Einige der Verfahrensbeteiligten hatten selbst eine NS-Verfolgungsgeschichte. Kosterlitz etwa war aufgrund seiner jüdischen Herkunft 1933 zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden und musste anschließend Zwangsarbeit leisten.³⁰ Bei ihm trafen die Aussagen der Überlebenden auf Verständnis und die Bereitschaft, NS-Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen.

Hauptverhandlung und Urteil

Am 9. November 1950 wurde die Hauptverhandlung unter Vorsitz von Richter Alexander Wirtzfeld, der zweieinhalb Monate zuvor bereits den II. Sobibor-Prozess geführt hatte, am Landgericht Frankfurt eröffnet. Wirtzfeld wollte anhand der vorliegenden Beweise jedoch kein Urteil fällen und gab die Strafsache am gleichen Tag an die Staatsanwaltschaft zu-

25 Vgl. Anklageschrift vom 23.8.1950, in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 152.

26 Vgl. Edith Raim, *Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945–1949*, München 2013, S. 629.

27 Vgl. Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz*, München 2007, S. 109; Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2012, S. 52 f.

28 Hofmeyer (1904–1992) amtierte ab 1936 als Amtsgerichtsrat in Gießen, wo er bis 1939 am Erbgesundheitsgericht für Zwangssterilisierungen verantwortlich war. Während des Krieges fällt er als Oberstabsrichter der Wehrmacht zahlreiche Todesurteile. 1946 wurde er wieder als Richter am Frankfurter Landgericht eingesetzt. Er hatte den Vorsitz im I. Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965) inne. Vgl. Gerhard Ziegler, *Fanatiker der Sachlichkeit*, in: *Die Zeit*, 27.8.1965; Alexander Hanke, *Der Richter und sein Geheimnis*, in: *FAZ Sonntagszeitung*, 31.3.2019.

29 Vgl. Dagmar Knellessen, *Transnationale Zeugenschaft. Jüdische Überlebende in den ersten Sobibor-Verfahren 1949/50 in Frankfurt am Main und West-Berlin*, in: Jörg Ganzenmüller (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach der Shoah. Neubeginn – Konsolidierung – Ausgrenzung*, Köln 2020, S. 181–194, hier S. 181.

30 Vgl. HHStAW (Hrsg.), „Die historische Wahrheit kund und zu wissen tun.“ Die justizielle Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Hessen. Katalog zur Wanderausstellung des Hessischen Hauptstaatsarchivs 2014/15, Wiesbaden 2014, S. 76.

rück.³¹ Diese konnte in den folgenden Wochen weitere Treblinka-Überlebende in der Bundesrepublik ausfindig machen und befragen. Am 22. Februar 1951 wurde die Verhandlung von Landgerichtsdirektor Hans Hofmeyer erneut eröffnet.³² Mit Sewek Warszawski, Aron Sucharewicz, Leo Lewi, Kalman Jankowsky, Abraham Bomba und Robert Levi sagten sechs Überlebende als Zeugen aus. Lewi, Bomba und Jankowsky, die in unterschiedlichen Sortierkommandos hatten arbeiten müssen, erklärten unabhängig voneinander, dass der Angeklagte in Treblinka Menschen in das „Lazarett“ – eine als Krankenstation getarnte Erschießungsstelle im unteren Lagerbereich – geführt habe. Lewi berichtete, gesehen zu haben, wie Hirtreiter dort drei oder vier jüdische Arbeitshäftlinge erschossen habe.³³

Nach drei Verhandlungstagen befand das Gericht den Angeklagten am 3. März 1951 des Mordes in einer unbestimmten Anzahl von Fällen für schuldig und verurteilte ihn zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe.³⁴ Das Gericht stufte ihn als Mittäter ein, der sich die Anschauungen des NS-Regimes völlig zu eigen gemacht, Jüdinnen und Juden als minderwertig betrachtet und die Vergasungen aus eigenem Interesse gewollt habe.³⁵ Die Richter*innen sahen es als erwiesen an, dass Hirtreiter gelegentlich das Leichenkommando im Vernichtungsbereich zur Arbeit angetrieben und sonst überwiegend die Entkleidung der Deportierten überwacht habe. Dabei und auf dem Weg zu den Gaskammern habe er häufig mit einer bleibesweren Peitsche auf die jüdischen Menschen eingeschlagen. Mehrfach habe er Alte und Kinder in das „Lazarett“ geführt, wo diese dann erschossen worden seien. In vier Einzelfällen habe der Angeklagte zudem eigenhändig Menschen erschossen. Eine Beteiligung an den Vergasungen habe ihm hingegen nicht nachgewiesen werden können.³⁶

Gleichwohl betonten die Richter*innen, dass der Angeklagte auch für die während seiner Dienstzeit durchgeführten Vergasungen Verantwortung trage. Das Gericht kam zu ähnlichen Ergebnissen, wie sie bereits im Sobibor-Urteil gegen Gomerski und Klier festgehalten worden waren.³⁷ Das Vernichtungslager Treblinka sei einzig zu dem Zweck errichtet worden, eine möglichst große Zahl Jüdinnen und Juden zu töten. In welcher Weise sich die Deutschen

31 Vgl. Protokoll der HV vom 9.11.1950 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 181 u. 199.

32 Vgl. Protokoll der HV vom 22.2.1951 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 312.

33 Vgl. Aussage von Leo Lewi in HV am 27.2.1951 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 318 f.; Aussage von Abraham Bomba in HV am 27.2.1951 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 319; Aussage von Kalman Jankowsky in HV am 27.2.1951 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 319 f.

34 Vgl. JuNSV, Bd. 8, S. 261.

35 Vgl. ebd., S. 270 f.

36 Vgl. ebd., S. 264 f.

37 Vgl. JuNSV, Bd. 7, S. 281.

dort betätigt hätten, sei für die Frage der Tatbestandsmäßigkeit ihres Tuns irrelevant, eine Unterscheidung zwischen Handlungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Morden standen und solchen, die es scheinbar nicht taten, müsse nicht getroffen werden. Ob der Angeklagte Menschen in die Gaskammern getrieben oder die Verpflegung der Wachmannschaften gesichert habe, sei bedeutungslos.³⁸ Das Gericht machte damit deutlich, dass der Massenmord durch diverse Tatbeiträge realisiert worden war und auch scheinbar untergeordnete Aufgaben wie die Arbeit in der Küche ursächlich für seine Umsetzung gewesen waren. Nach dieser Lesart bedurfte es keines Nachweises einer konkreten Einzeltat, um Vernichtungslager-Täter zumindest wegen Beihilfe zum Mord zu verurteilen. 14 Jahre später revidierte Hans Hofmeyer – nun Vorsitzender des I. Frankfurter Auschwitz-Prozesses – diese Linie.³⁹ Im Fall des in Auschwitz aktiven SS-Zahnarztes Dr. Willi Schatz bezweifelte Hofmeyer eine Kausalität zwischen dessen Anwesenheit auf der Rampe und den Vergasungen.⁴⁰ Der BGH ging 1969 in seiner Bestätigung des Urteils noch weiter und betonte, dass die bloße Zugehörigkeit zum Lagerpersonal und die Kenntnis vom Vernichtungszweck des Lagers nicht ausreichend seien, dem Angeklagten, die während seiner Dienstzeit in Auschwitz begangenen Tötungen zuzurechnen. Zudem könne in der zahnärztlichen Behandlung des SS-Personals weder objektiv noch subjektiv eine Beihilfe zu den Massenmorden gesehen werden.⁴¹ Diese Argumentation widersprach nicht nur den Feststellungen des Hirtreiter-Verfahrens, sie bereitete auch einer Rechtspraxis den Weg, die auf einen konkreten Einzeltatnachweis insistierte und zu zahlreichen Verfahrenseinstellungen führte.⁴²

³⁸ Vgl. JuNSV, Bd. 8, S. 269 f.

³⁹ Vgl. Matias Ristic, Hans Hofmeyer – Widersprüche eines Richters „von Format“ oder: ein Blick auf den Auschwitz-Prozess-Vorsitzenden im Lichte bislang unberücksichtigter Rechtsprechung, in: KJ 53 (2020), Nr. 1, S. 98–113, hier S. 107–112.

⁴⁰ Vgl. JuNSV, Bd. 21, Nr. 595, S. 756 f.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 883; Hans-Christian Jasch / Wolf Kaiser, Der Holocaust vor deutschen Gerichten. Amnestieren, Verdrängen, Bestrafen, Bonn 2018, S. 148–150.

⁴² Vgl. Thilo Kurz, Paradigmenwechsel bei der Strafverfolgung des Personals in den deutschen Vernichtungslagern?, in: ZIS 3 (2013), S. 122–129, hier S. 124 f.

Selbstdarstellung des Angeklagten

Verschleierung

Auf ein solches Entgegenkommen der Justiz konnte Josef Hirtreiter 1946 nicht hoffen. Die strafrechtliche Relevanz seiner Aussagen musste ihm spätestens bei der Verhaftung bewusst geworden sein. Kurz zuvor hatte er noch relativ unbedarft über eine Beteiligung an „Vernichtungsaktionen“ gegen Jü-

dinnen und Juden im polnischen Malkinia gesprochen.⁴³ Nach der Festnahme leugnete er, „an einer solchen Aktion“ beteiligt gewesen zu sein.⁴⁴ Nachdem er sich mit seinen ersten Äußerungen aber selbst belastet hatte, sah sich Hirtreiter fortan gezwungen, seine frühere Funktion im Generalgouvernement zu erklären. Das plumpe Leugnen schien keine erfolgversprechende Verteidigungsstrategie mehr darzustellen, sondern vielmehr eine Anpassung der ersten Erzählung in den folgenden Verhören gefragt zu sein. Die Evidenz der Verbrechen versuchte Hirtreiter in der Folge durch ein intransparentes Aussageverhalten zu verzerren. Dafür griff er immer wieder auf bereits in der NS-Zeit verwendetes, die Massenmorde sprachlich verschleiern des Vokabular zurück.

Im zweiten Verhör nach seiner Verhaftung bezeichnete er Malkinia als „Arbeitslager“, in dem er für die ankommenden Transporte und die Bewachung von Arbeitskommandos eingesetzt gewesen sei.⁴⁵ Ein anderer Zweck des Lagers sei ihm nicht bekannt gewesen. Erst später habe er erfahren, dass „hinter dem Lager“ Gaskammern gebaut und „Häftlinge umgesiedelt“ werden sollten. Seine vermeintliche Unwissenheit bekräftigend, führte Hirtreiter aus, dass ihm und seinen Kameraden die Bedeutung anfangs unklar gewesen sei, wenn es geheißsen habe, die Menschen würden „umgesiedelt“. Später hätten sie jedoch gewusst, dass diese in den Gaskammern getötet würden.⁴⁶ Die Chiffrierung der antisemitischen Massenvernichtung als „Umsiedlung“ nutzte Hirtreiter in den folgenden Verhören immer wieder.⁴⁷ Auch im Februar 1951 behauptete der Angeklagte vor dem Landgericht, dass er bis zu seinem Dienstantritt in Treblinka nur gehört habe, dass sich dort „ein Umsiedlungslager“ befinde. Auf die Nachfrage von Richter Hofmeyer, was er denn unter „umsiedeln“ verstehe, antwortete er, „dass die Leute neu angesiedelt werden“ sollten.⁴⁸

Die kontinuierliche Wiederholung des verkläuternden Euphemismus verwendete Hirtreiter, um sich selbst als Getäuschten darzustellen, der von der tatsächlichen Funktion des Lagers zunächst nichts gewusst haben wollte. „Umsiedlung“ klang auch nach Kriegsende angenehmer als Massenmord, vernebelte das grausame Geschehen der „Aktion Reinhardt“ und diente der Verdrängung per-

43 Vgl. Vernehmung Hirtreiter, 2.7.1946, Bl. 28.

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Vernehmung Hirtreiter, 3.7.1946, Bl. 28.

46 Vgl. ebd.

47 Vgl. Vernehmung von Josef Hirtreiter am 12.7.1946 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 29; Vernehmung von Josef Hirtreiter in Spruchkammerverhandlung am 5.7.1948 im Internierungslager Darmstadt, in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 10.

48 Vgl. Vernehmung von Josef Hirtreiter in HV am 22.2.1951 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35254, Bl. 313.

sönlicher Verantwortung für die Vernichtung von Millionen jüdischer Menschen. Hier spiegelte sich eine Sprachpraxis wider, die weniger von der Notwendigkeit geleitet wurde, Geheimnisse vor Außenstehenden – wie den Ermittlungsbehörden – zu bewahren, als vielmehr das eigene Gewissen zu beruhigen.⁴⁹

Verharmlosung

Die Tendenz zur Verschleierung der historischen Wirklichkeit zeigte sich auch in Hirtreiters Versuchen, seine frühere Wachfunktion als möglichst harmlose Tätigkeit darzustellen. Bei der Bewachung eines Bau- und Waldkommandos von 20 bis 30 Mann wollte er keine physische Gewalt, sondern lediglich psychologische Anreize angewandt haben, um die Zwangsarbeit voranzutreiben. So erklärte er im Juli 1946, dass er „als Aufsichtsführender bei dem Arbeitskommando keinen Häftling geschlagen“ habe. Es sei wohl vorgekommen, dass er die Menschen angeschrien, mit dem Entzug des Essens oder einer Verlängerung der Arbeitszeit gedroht habe. Die Drohungen habe er aber nicht wahr gemacht, da er selbst darauf bedacht gewesen sei, „früh mit der Arbeit fertig zu werden“.⁵⁰ Im November 1950 knüpfte er an diese Aussagen an und behauptete vor Gericht: „Ich musste die Leute nie antreiben, sondern nahm mir einen Laib Brot mit und versprach, diesen zu verteilen, wenn gearbeitet würde. Ich kann nicht anders vorgehen. Bei mir gab es keine Treiberei, sondern jeder arbeitete selbst, wie es verlangt wurde.“⁵¹

Das Verhältnis zu den Arbeitshäftlingen sollte so zu einer gleichwertigen, zwanglosen und auf Freiwilligkeit basierenden Beziehung umgedeutet werden. Die Aussagen vermittelten den Eindruck einer Art Opfergemeinschaft zwischen Aufsehern und Häftlingen, die auf einer Stufe stehend die gleichen Interessen geteilt hätten.⁵² Die hierarchische, rassistisch-repressive Relation zwischen den für die Funktion des Vernichtungslagers verantwortlichen Wachmännern und den dort nur zeitweise vor der Vernichtung verschonten, unter permanenter Todesangst eingesperrt lebenden jüdischen Arbeitshäftlingen wurde in diesen Aussagen vollständig verwischt.⁵³ Die beschönigende Beschreibung der Arbeitsbedingungen Letzterer leugnete die Hierar-

49 Vgl. Raul Hilberg, *Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren*, Frankfurt a. M. 2002, S. 131.

50 Vgl. Vernehmung von Josef Hirtreiter am 6.7.1946 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 35253, Bl. 29.

51 Vgl. Vernehmung Hirtreiter, 9.11.1950, Bl. 186.

52 Vgl. John Cramer, *Belsen Trial 1945. Der Lüneburger Prozess gegen Wachpersonal der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen*, Göttingen 2011, S. 206.

53 Vgl. Berger, *Experten*, S. 223 f.

chien dieses Beziehungsgefüges, in dem sich Hirtreiter als kumpelhafter Vorgesetzter zu verorten versuchte.

Dieser Strategie folgend sagte der Beschuldigte weiter aus, dass er Häftlinge nie an seine Vorgesetzten gemeldet und damit verhindert habe, dass diese bestraft oder „in die Gaskammer zur Vernichtung“ gebracht worden seien.⁵⁴ Damit deutete Hirtreiter an, dass es für das deutsche Wachpersonal in Treblinka gängige Praxis gewesen war, sich missliebiger oder geschwächter Arbeitshäftlinge kontinuierlich durch Ermordung zu entledigen.⁵⁵ Ausgesprochen wurde dieses Faktum freilich nicht. Überhaupt vermied es der „Aktion Reinhardt“-Täter, Gewalttaten explizit zu benennen. In der Präsentation seiner Erinnerungen waren sie nicht existent. Der Massenmord blieb eine dem geschilderten Geschehen abstrakte Äußerlichkeit, während sich das davon scheinbar unberührte eigene Handeln in konkreten Unterstützungstaten für die Verfolgten zu zeigen schien. Mithilfe solcher Erzählungen versuchte er Staatsanwaltschaft und Gericht von seiner Unschuld zu überzeugen.

Im Februar 1951 antwortete Hirtreiter auf die Frage von Richter Hofmeyer, ob er überhaupt einmal gesehen habe, dass ein Mensch in Treblinka geschlagen wurde: „Ja, dass mal einer aufs Ohr bekam.“⁵⁶ Er selbst aber habe niemals eine Person geschlagen und weder Peitsche noch Knüppel besessen.⁵⁷ Schon im November 1950 hatte Hirtreiter in Bezug auf die Verhältnisse in Treblinka unumwunden erklärt: „Ich gebe zu, dass manche Sachen vorgekommen sind. Sonst war himmlische Ruhe.“⁵⁸

Welche „Sachen“ er damit meinte, blieb unausgesprochen. Damit suggerierte Hirtreiter einen sich faktisch gewaltfrei vollziehenden Vernichtungsablauf, einschließlich eines passiven Verhaltens von Tätern und Verfolgten. Letztere – so die implizite Botschaft seiner Aussagen – schienen sich Zwangsarbeit und Vernichtung freiwillig gefügt zu haben. Diese Strategie sprachlicher Vermeidung, in dem der NS-Massenmord in Treblinka euphemistisch umschrieben oder ausgeklammert wurde, entsprach einem gesamtgesellschaftlichen Bedürfnis nach Verdrängung, dem Wunsch sich von den Verbrechen der Vergangenheit buchstäblich lossagen und freisprechen zu können. Durch seine Aussagen unterstützte Hirtreiter jenen Prozess der „Abstrahierung und Entwirklichung“ des Vergangenen, der die deutschen Massenverbre-

54 Vgl. Vernehmung Hirtreiter, 6.7.1946, Bl. 29.

55 Vgl. Berger, Experten, S. 140, 232; Samuel Willenberg, Treblinka. Lager, Revolte, Flucht, Warschauer Aufstand, Münster 2009, S. 44–47, 73–75.

56 Vernehmung Hirtreiter, 22.2.1951, Bl. 314.

57 Vgl. ebd.

58 Vernehmung Hirtreiter, 9.11.1950, Bl. 189.

chen zu einer fernen und nebulösen Realität werden ließ.⁵⁹ Insofern ist auch davon auszugehen, dass er den tatsächlichen Tatort seiner Verbrechen bewusst verschleierte und von Malkinia statt Treblinka sprach, um die Ermittlungsarbeit gegen ihn zu erschweren. Die Strafverfolgungsbehörden jedenfalls schienen seine Taktik zu durchschauen. Der vernehmende Kriminalbeamte hatte schon nach der ersten Befragung den Eindruck, dass ihn Hirtreiter belüge und die Wahrheit verheimliche.⁶⁰

Selbstmarginalisierung

Dies gab der Beschuldigte am 12. Juli 1946 schließlich selbst zu. Zuvor hatte er die Gefängnisleitung gebeten, eine neuerliche Aussage machen zu dürfen. In der anschließenden Vernehmung beteuerte er, „die volle Wahrheit“ sagen und nichts mehr verschweigen zu wollen.⁶¹ Doch seine Angaben blieben vage. Hirtreiter versuchte nun durch sukzessive Teilgeständnisse, Kooperationsbereitschaft zu signalisieren und die drohenden strafrechtlichen Konsequenzen einzudämmen. Er bemühte sich, seinen persönlichen Tatbeitrag unerheblich erscheinen zu lassen. Zwar räumte er ein, nicht nur Arbeitskommandos, sondern auch das Auskleiden der deportierten Jüdinnen und Juden beaufsichtigt zu haben, er sei aber nur vier bis fünf Tage im oberen Lager tätig gewesen und anschließend wieder zu einem Arbeitskommando in das untere Lager gekommen. Den oberen Teil habe er lediglich noch einmal „bei einer Wachstreife“ betreten.⁶²

Der Lagerbereich, in dem die jüdischen Menschen in Gaskammern ermordet wurden, blieb in der Erzählung Hirtreiters ein abstrakter Ort. Die Behauptung, nicht gewusst zu haben, welche Vorgänge sich bei den Gaskammern abgespielt hätten ergänzte die Selbstdarstellung als unbedeutender und unwissender Akteur des Lagers. Nur aus Erzählungen, so behauptete Hirtreiter vor Gericht, wisse er letztlich, dass es Gaskammern in Treblinka gegeben habe. Grundsätzlich hätten sie im Kameradenkreis darüber „nicht so ausführlich“ gesprochen. In dem entsprechenden Lagerteil sei er „niemals“ gewesen.⁶³ Damit widersprach der Angeklagte nicht nur seinen vier Jahre zuvor gemachten Aussagen. Ende 1950

⁵⁹ Vgl. Ulrich Herbert, *Drei deutsche Vergangenheiten. Über den Umgang mit der deutschen Zeitgeschichte*, in: Arnd Bauerkämper / Martin Sabrow / Bernd Stöver (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 376–390, hier S. 379; Gerhard Paul, *Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und „ganz gewöhnlichen“ Deutschen. Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung*, in: ders. (Hrsg.), *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?*, Göttingen 2002, S. 13–90, hier S. 16.

⁶⁰ Vgl. Äußerung Rausch, 10.5.1949, Bl. 27.

⁶¹ Vgl. Vernehmung Hirtreiter, 12.7.1946, Bl. 29.

⁶² Vgl. ebd.

⁶³ Vgl. Vernehmung Hirtreiter, 9.11.1950, Bl. 188; Vernehmung Hirtreiter, 22.2.1951, Bl. 313.

zeigte sich auch, dass er sich in seiner Selbstdarstellung vor Gericht bereits meilenweit von der vergangenen Vernichtungstätigkeit entfernt hatte.

Die Taktik sprachlicher Vermeidung, das Bekannte zum Unbekannten, Wissen zu Unwissen zu transformieren und die eigene Person retrospektiv aus dem Ablauf der Vernichtung zu entfernen, blieb eine Konstante in der Aussagepraxis von Josef Hirtreiter. Die sprachlich-räumliche Distanzierung von Gaskammern und Massengräbern kann dabei als Teil des Prozesses der Selbstrechtfertigung betrachtet werden, der bereits mit dem Morden begann und den Tätern – vor, während und nach ihren Taten – die Möglichkeit bot, sich der eigenen Unschuld zu vergewissern.⁶⁴ Indem die Verbrechen in der eigenen Erinnerung – auf die räumliche Struktur des Lagers bezogen – nach „vorne“, „oben“ oder „hinten“⁶⁵ verlegt wurden, verschwanden sie aus der unmittelbaren Wahrnehmung und dem persönlichen Verantwortungsbewusstsein. Damit schufen sich die Täter der „Aktion Reinhardt“ ein spezifisches Vernichtungsvokabular, mit dem sich auch in Vernehmungen die individuelle Tatbeteiligung marginalisieren ließ.

Mediale Berichterstattung

Dekonstruktion der Entlastungsversuche

Das verschleierte Aussageverhalten des Angeklagten wurde in der Prozessberichterstattung durchaus kritisch rezipiert. Die Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, *Frankfurter Rundschau (FR)*, *Frankfurter Neue Presse (FNP)* und das Frankfurter Boulevardblatt *Abendpost* berichteten von allen Verhandlungstagen und zogen die Selbstdarstellung Hirtreiters in Zweifel. Für die *Frankfurter Rundschau* erkannte Rudolf Eims⁶⁶ im Februar 1951 das hartnäckige Bemühen Hirtreiters, „seine Tätigkeit in Treblinka zu bagatellisieren“. Dem Gericht sei es jedoch mitunter gelungen, „das

64 Vgl. Christina Ullrich, „Ich fühle mich nicht als Mörder.“ Die Integration von NS-Tätern in die Nachkriegsgesellschaft, Darmstadt 2011, S. 68; Konrad Kwiet, Von Tätern zu Befehlsempfängern. Legendenbildung und Strafverfolgung nach 1945, in: Jürgen Matthäus (Hrsg.), Ausbildungsziel Judenmord? „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Kontext der „Endlösung“, Frankfurt a. M. 2003, S. 114–138, hier S. 124.

65 Vgl. Vernehmung Hirtreiter, 5.7.1948, Bl. 8; Für Sobibor: Vgl. u. a. Vernehmung von Hubert Gomerski in HV am 5.12.1973 in Frankfurt a. M., in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 36346/26, Bl. 57 u. 63; Vernehmung von Erich Bauer in HV am 15.2.1974 in West-Berlin, in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 36346/27, Bl. 316.

66 Rudolf Eims (1897–1975), 1923 SPD, 1927–1933 Redakteur Frankfurter Volksstimme, 1933 KZ „Perlenfabrik“, 1938 Korrektor Frankfurter Zeitung, später Soldat, 1945 Kriegsgefangenschaft, 1946–1964 Redakteur Frankfurter Rundschau. Vgl. Hans-Holger Paul, Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung. Für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin, München 1993, S. 118; Katja Irle, Entnazifizierung und NS-Strafprozesse im Spiegel der Presse. Die Berichterstattung des Frankfurter Gerichtsreporters Rudi Eims 1945–1950, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 67 (2001), S. 11–59, hier S. 12–15.

Gesang vor den Gaskammern

Ein Wachmann von Treblinka vor Gericht

Im November vorigen Jahres begann vor dem Frankfurter Schwurgericht der Moroprozess gegen den 41jährigen Schlosser Josef Hirtreiter, der beschuldigt wurde, sich in dem Vernichtungslager Treblinka in Ostgalizien nicht nur an der Vergasung jüdischer Häftlinge beteiligt, sondern auch Angehörige jüdischer Arbeitskommandos erschossen zu haben. Das Gericht vertrat damals, um der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit zu geben, weitere Ermittlungen durchzuführen. Am Donnerstag begann nun unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Hofmeyer der Prozess zum zweitenmal.

Hirtreiter schilderte seine Kindheit und Jugend und berichtete, wie er 1932 in die NSDAP und SA eintrat und 1940 in die Landesbrandtall Hadamar dienstverpflichtet wurde, als man dort begann, sogenanntes „Lebenswertes Leben“ zu vermitteln, indem man Kranke und Gesunde vergaste. Nach Beendigung dieser Aktion wurde Hirtreiter 1942 in Lublin eingekleidet und dem „Sonderkommando Treblinka“ zugeteilt. Er lebte nach dem Kriegerisch Frankfurt zurück wurde am 2. Juli 1945 verhaftet und 1948 in Darmstadt als Hauptschuldiger für zehn Jahre in ein Arbeitslager eingewiesen.

Der Angeklagte, ein verschlossener und primitiver Mensch, benahm sich hastnäckig, seine Tätig-

keit in Treblinka zu bagatelisieren. Auf verhängliche Fragen erklärte er stereotyp: „Das weiß ich nicht“. In dem durch einen Stacheldrahtzaun vom Lager getrennten Tötungslager will er nie Dienst gemacht haben, sondern nur in der Küche beschäftigt gewesen sein und als Wachmann Arbeitskommandos beaufsichtigt haben.

Landgerichtsdirektor Hofmeyer gelang es jedoch mitunter, das Schweigen des Angeklagten zu brechen. Hirtreiter gab zu, daß man nach der Ankunft der jüdischen Häftlingstransporte den unglücklichen Opfern die Wertsachen abnahm. Man sprach vom Baden und Entlassen, als sie sich entkleiden mußten, und man jagte sie nackt durch den „Schlauch“, einen schmalen, durch Stacheldrahtzäune und Posten gesicherten Weg, der in die Gaskammern führte. Hirtreiter wußte auch von dem schrecklichen Geruch, und er hatte die Flammen gesehen, wenn man die Leichen verbrannte.

Staatsanwalt Seitz wies darauf hin, daß in Treblinka 700 000 Menschen umgebracht wurden. Eine Kolonne von 60 Friseurinnen habe den Frauen die Haare abgeschnitten. Nach einem Besuch Hummel seien Bagger ins Lager gebracht worden, um die Gräberfelder wieder noch einmal geöffnet, um die früher beerdigten Leichen zu verbrennen.

Der Zeuge Robert Levy, der in einem nicht weit von Treblinka eingerichteten Arbeitslager beschäftigt war, berichtete, daß nach dem Eintreffen seines Transportes die früheren Inmates des Lagers totgeschlagen und erschossen wurden. Er hatte mitunter auch in dem Vernichtungslager zu tun und sah, daß man auf dem zur Tarnung errichteten Bauhof bei der Ankunft neuer jüdischer Häftlinge alle bittige Joden singen ließ und daß eine jüdische Kinderkapelle spielte. Drei Züge kamen mitunter an einem Tag, und in jeden der mehr als 20 Wag-



Hirtreiter zeigt seinem Verteidiger an Hand eines Lagerplanes von Treblinka, in welcher Baracke er getötet hat. (FR-Bild: Klotz)

gons hatte man mehr als hundert Juden hineingepfercht. Levy gelang es, aus Treblinka zu flüchten. Er wurde später wieder verhaftet und in anderen Konzentrationslagern untergebracht. „Auschwitz und Buchenwald waren Gold gegen Treblinka, und jeder, der in Treblinka bei der SS war, ist schuldig“, erklärte der Zeuge.

Gegenüber seinen früheren Aussagen verwickelte sich Hirtreiter immer wieder in Widersprüche, aber er konnte nicht leugnen, daß er im Juli 1946 zu Protokoll gab: „Ich habe den Häftlingen die Kleider ausziehen lassen und wir dabei, wenn sie durch die Baracken und durch den getarnten Gang nackt in das Vernichtungslager getrieben wurden. In vier bis fünf Tagen wurden vier- bis fünftausend Häftlinge vergast.“ (Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt.) R. E.

10 zur Frühjahrsmesse

Der Artikel von Rudolf Eims zum Prozessaufakt in der Frankfurter Rundschau vom 23.2.1951

Schweigen des Angeklagten zu brechen“. Hirtreiter habe zugegeben, dass er den Deportierten nach ihrer Ankunft im Lager die Wertsachen abgenommen habe. Der Autor verwies zudem auf die Widersprüchlichkeit der Aussagen gegenüber früheren Angaben. So habe Hirtreiter nicht leugnen können, im Juli 1946 zu Protokoll gegeben zu haben, beim Entkleiden der Ankommenden und beim Treiben der Menschen zu den Gaskammern zugegen gewesen zu sein.⁶⁷

Die *Abendpost* stellte die selbstmarginalisierenden Aussagen des Angeklagten infrage, der trotz seiner Zugehörigkeit zur SS-Wachmannschaft des Vernichtungslagers vorgebe, von allem nichts gewusst und nur Kaffee und Essen für seine Kameraden zubereitet zu haben. Auch hier wurde die Diskrepanz der gerichtlichen Aussagen zu vorangegangenen Vernehmungen herausgestellt.⁶⁸ Das Bemühen des ehemaligen SS-Mannes, sich von den Vorgängen im oberen Lager zu distanzieren, kontrastierte die Zei-

⁶⁷ Vgl. Rudolf Eims, Gesang vor den Gaskammern, in: Frankfurter Rundschau, 23.2.1951.

⁶⁸ Vgl. SS-Unterscharführer, „der nur Kaffee kochte“, in: *Abendpost*, 23.2.1951.

tung mit der Aussage des Überlebenden Leo Lewi. Dieser hatte der Darstellung Hirtreiters, das Wachpersonal habe nie zu den Verbrennungsgruben gedurft, ausdrücklich widersprochen. Die *Abendpost* sah die Behauptungen des Angeklagten dadurch widerlegt.⁶⁹

Die *FAZ* konstatierte, dass sich dessen Vernehmung einmal mehr „äußerst schwierig“ gestalte, da er bei entscheidenden Fragen angebe, sich nicht mehr erinnern zu können oder sich für „diese Dinge“ nicht interessiert zu haben. Die Aussage des Zeugen Robert Levi zitierend, der im benachbarten Arbeitslager Treblinka inhaftiert und zum Aufbau des Vernichtungslagers eingesetzt worden war, verwies die *FAZ* jedoch auf die Verantwortung des Angeklagten für die Verbrechen von Treblinka.⁷⁰ Levi hatte erklärt, dass „alle SS-Leute“ des Vernichtungslagers „als Mörder anzusehen“ seien. Der dortige Terror, so Levi, habe „selbst Auschwitz und Buchenwald in den Schatten gestellt“.⁷¹

Die Individualisierung der „Hölle von Treblinka“

Die Berichterstattung war von dem Umstand geprägt, dass in Frankfurt nur einer der Täter von Treblinka auf der Anklagebank saß. Die Artikel vermittelten den Eindruck individueller NS-Täterschaft – historische Hintergründe und weitere Tatbeteiligte wurden größtenteils ausgeblendet. Im Fokus der Öffentlichkeit stand allein Josef Hirtreiter. Die *Frankfurter Neue Presse* identifizierte ihn als den „Kindermörder des Lagers“, der sich nach übereinstimmenden Zeugenangaben durch „besondere Brutalität“ ausgezeichnet habe und bereits aus der Literatur über das Vernichtungslager Treblinka bekannt gewesen sei.⁷² Neben den Berichten der polnischen Untersuchungskommission wurde damit auf die vom sowjetischen Kriegsreporter Wassilij Grossmann verfasste Broschüre „Die Hölle von Treblinka“ aufmerksam gemacht.⁷³ Darin erschien Hirtreiter als SS-Mann „Zepf“ – eine phonetische Abwandlung seines Spitznamens „Sepp“. Grossmanns Schilderungen zufolge hatte sich dieser in Treblinka „als Kindermörder spezialisiert“, Kinder durch die Luft geschwenkt, auf dem Boden erschlagen oder „mit-

69 Vgl. Die grauenhaften Vorgänge im Lager Treblinka, in: *Abendpost*, 28.2.1951.

70 Vgl. Aussage von Robert Levi am 18.12.1950 in Schlangen, in: *HHStAW*, Abt. 461, Nr. 35254, Bl. 262–264.

71 Vgl. Der Unterscharführer entsinnt sich nicht auf seine Uniform, in: *FAZ*, 23.2.1951.

72 Vgl. Die Hölle von Treblinka, in: *Frankfurter Neue Presse*, 28.2.1951; Lebenslänglich für Hirtreiter, in: *Frankfurter Neue Presse*, 5.3.1951.

73 Vgl. Wassilij Grossmann, *Die Hölle von Treblinka*, Hamburg/Wien 2020. Die Broschüre beruht u. a. auf den Aussagen jüdischer Überlebender, polnischer Anwohner*innen und Trawniki-Männern. Der Text wurde im November 1944 erstmals veröffentlicht und 1945 ins Deutsche übersetzt. Vgl. Dieter Pohl, Wassilij Grossmann und das Wissen um das Vernichtungslager Treblinka, in: Wassilij Grossmann, *Die Hölle von Treblinka*, Hamburg/Wien 2020, S. 9–25, hier S. 19–21.

ten entzwei“ gerissen.⁷⁴ Der Text übte einen nachhaltigen Einfluss auf die Prozessberichterstattung aus, was sich nicht zuletzt an der in mehreren Artikeln reproduzierten Charakterisierung Treblinkas als „Hölle“ widerspiegeln sollte.⁷⁵

Hiermit verknüpfte sich eine dämonisierende Darstellung des Angeklagten, wie sie sich schon in der von projektiver Schuldabwehr gekennzeichneten Berichterstattung zu den ersten Nachkriegsprozessen gegen NS-Direktäter*innen gezeigt hatte.⁷⁶ Die FAZ etwa zitierte Staatsanwalt Carl Selz, der es bedauert habe, dass für „solche Bestien in Menschengestalt“ die Todesstrafe abgeschafft sei.⁷⁷ Die sprachliche Stigmatisierung Hirtreiters als „Bestie“ und seine damit verknüpfte gesellschaftliche Exklusion gründeten sich primär auf die ihm angelasteten Gewalttaten gegen Kinder. Der *FR*-Redakteur Rudolf Eims erkannte hierin – auf das Plädoyer der Staatsanwaltschaft bezugnehmend – „das Viehischste, was man sich denken könne“. Um die Taten des Angeklagten zu erklären, attestierte ihm Eims eine krankhafte Veranlagung, es habe „offenbar seiner Natur entsprochen, bei jeder Gelegenheit zu morden“.⁷⁸ Hier dürfte sich auch die Deutung Grossmanns widerspiegeln haben. Eims kannte dessen Broschüre, in der die Verbrechen Hirtreiters als „Greuelthaten einer menschenähnlichen Kreatur“ bezeichnet worden waren.⁷⁹

Die Konstruktion der Mordmaschine

Die journalistische Rezeption des unfassbaren Geschehens im Vernichtungslager äußerte sich aber nicht nur in einer individualisierenden, sondern paradoxerweise auch in einer anonymisierenden Darstellung des Tatgeschehens. Während die Presse die konkreten Taten eines konkreten NS-Täters behandelte, blieb das Tatumfeld ein eigentümlich gestaltloser Gegenstand. Zum einen dürfte dies dem fehlenden Wissen über die Struktur und das Personal des Lagers geschuldet gewesen sein. Zum anderen

⁷⁴ Vgl. Grossmann, *Hölle*, S. 48 u. S. 97.

⁷⁵ Vgl. u. a. Richard Kirn, *Die Hölle*, in: *Frankfurter Neue Presse*, 24.2.1951; „Einer der brutalsten und gefürchtetsten Henker“, in: *FAZ*, 28.2.1951; *Die Hölle von Treblinka*, in: *Frankfurter Neue Presse*, 28.2.1951; Rudolf Eims, „Hirtreiter stand auf dem Todesweg“, in: *Frankfurter Rundschau*, 28.2.1951; *Lebenslänglich Zuchthaus für Hirtreiter*, in: *FAZ*, 5.3.1951; *Lebenslänglich für Hirtreiter*, in: *Frankfurter Neue Presse*, 5.3.1951.

⁷⁶ Vgl. John Cramer, *Der erste Bergen-Belsen-Prozess 1945 und seine Rezeption durch die deutsche Öffentlichkeit*, in: Jörg Osterloh / Clemens Vollnhals (Hrsg.), *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR*, Göttingen 2011, S. 75–92, hier S. 91 f.

⁷⁷ Vgl. Eine Bestie, in: *FAZ*, 5.3.1950.

⁷⁸ Vgl. Rudolf Eims, *Sühne für zahllose Morde in Treblinka*, in: *Frankfurter Rundschau*, 5.3.1951.

⁷⁹ Vgl. Rudolf Eims, *Ein Wachmann von Treblinka*, in: *Frankfurter Rundschau*, 10.11.1950; Grossmann, *Hölle*, S. 48 f. Die aus dem Bereich des Übernatürlichen entlehnten Beschreibungen Grossmanns waren auch ein Versuch gewesen, die ihm zunächst undenkbar erscheinenden Augenzeugenberichte sprachlich fassbar zu machen. Vgl. ebd.

zeigten sich hier gesellschaftlich verbreitete Vorstellungen einer modernen Arbeitswelt, die den Vernichtungsablauf als maschinell-fabrikatorisch verfassten Vorgang rezipierten.

Im Kontext des II. Sobibor-Prozesses hatte der Überlebende Kurt Thomas zur Beschreibung des Vernichtungslagers Sobibor bereits eine Fabrik-Metapher verwendet, die von der medialen Berichterstattung aufgegriffen worden war. In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft hatte Thomas das Lager ursprünglich als „Fabrik zum Morden“ bezeichnet.⁸⁰ Nachdem Ende August 1950 eine Erklärung von ihm vor Gericht verlesen worden war, betitelten die Zeitungen Sobibor als „Mordfabrik“ oder „Todesfabrik“.⁸¹ Zudem kursierten Deutungen, die von einer „Fabrik des Todes“ sprachen.⁸² Damit war die von Thomas initiierte und in der Presse reproduzierte Assoziation eines Lagers, in dem „der“ Tod wie in einer Fabrik am Fließband produziert wurde, zu einem bestimmenden Narrativ in der diskursiven Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Sobibor geworden. Im I. Treblinka-Prozess zeigte sich dann die interredaktionelle Übernahme sprachlicher Interpretationsmuster für die Massenmorde in den Lagern der „Aktion Reinhardt“. Rudolf Eims, der auch vom Frankfurter Sobibor-Verfahren berichtet hatte, bezeichnete das Vernichtungslager Treblinka Anfang März 1951 in der *FR* – unter Bezugnahme auf das Plädoyer des Staatsanwalts – ebenfalls als „Mordfabrik“ und trug zur medialen Etablierung des Begriffs als Vernichtungs-Metapher bei.⁸³ Die Charakterisierung der Shoah mittels industriell konnotierter Sprache setzte sich auch in anderen Blättern durch. Die *FAZ* sprach von einer „Vernichtungsmaschinerie“⁸⁴ und der Redakteur Richard Kirn⁸⁵ schrieb in einem Kommentar für die *Frankfurter Neue Presse*, dass die „Menschenvernichtungsfabrik“ unablässig gearbeitet habe.⁸⁶ Diese Neologismen festigten einen Interpretationsrahmen, in dem die von einzelnen Individuen in einzelnen Handlungen – als Aneinanderreihung stets neu ausgeführter Handgriffe, Körperbewegungen und

80 Vgl. Schreiben von Kurt M. Thomas an Oberstaatsanwalt beim LG Frankfurt a. M. vom 15.12.1949, in: HHStAW, Abt. 461, Nr. 36346/2, Bl. 118.

81 Vgl. Das Lager Sobibor war eine Mordfabrik, in: *FAZ*, 24.8.1950; Rudolf Eims, „Sobibor – Mordfabrik hinter Stacheldraht“, in: *Frankfurter Rundschau*, 24.8.1950; Die Bestie Gomerski, in: *Abendpost*, 24.8.1950.

82 Vgl. L. B.: Gerechte Sühne für Sobibor, in: *Frankfurter Neue Presse*, 26.8.1950; „Sobibor, die Fabrik des Todes“, in: *Die Tat*, 2.9.1950.

83 Vgl. Eims, Sühne, in: *Frankfurter Rundschau*, 5.3.1951.

84 Unterscharführer, in: *FAZ*, 23.2.1951.

85 Richard Kirn (1905–1979), 1927 Redakteur *Wormser Volkszeitung*, 1934 *Polizeigefängnis Worms* u. *KZ Osthofen*, 1935 Redakteur *Frankfurter General-Anzeiger*, 1943 Redakteur *Frankfurter Anzeiger*, 1946 Redakteur *Frankfurter Neue Presse*. Vgl. Sabine Hock, Kirn, Richard, in: *Frankfurter Personenlexikon* (Onlineausgabe), <https://frankfurter-personenlexikon.de/node/2907> [26.6.23].

86 Vgl. Kirn, Hölle, in: *Frankfurter Neue Presse*, 24.2.1951.

-posen⁸⁷ – verübten Verbrechen zu einem anonym-mechanischen Prozess verschwammen. Dieser Deutung zufolge schien die Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden von einer riesigen Maschine automatisch „produziert“ worden zu sein.

Die Anonymisierungstendenz zeigte sich auch im Hinblick auf den Angeklagten selbst. Richard Kirn schrieb in der *FNP*, dass in einem Frankfurter Gerichtssaal „ein Jemand“ angeklagt sei, „zu den Höllenwächtern und Menschenvergäsern von Treblinka gehört zu haben“.⁸⁸ Der von den Zeugen als konkreter Täter identifizierte Josef Hirtreiter verflüchtigte sich durch diese Darstellung zu einem nebulösen, in ein anonym ablaufendes Mordverfahren eingegliederten Statisten. Kirn schilderte eine Szenerie ohne Akteur*innen, in der sich das Tatgeschehen faktisch ferngesteuert vollzog. Diesen Eindruck erweckte auch seine spekulative Beschreibung der Ankunft der deportierten Jüdinnen und Juden im Lager: „Eine seltsame, furchtbare Stille empfing sie. Dann brüllten Lautsprecher. Die schwarzen Gesellen der SS tauchten auf. Die Menschen quollen aus den überfüllten Zügen.“⁸⁹

Die Initiierung der Vernichtung wurde Lautsprechern – also Maschinen – zugeschrieben, die den Deportierten durch eine unsichtbare Stimme Befehle übermittelten. Erst dann traten SS-Leute als amorphe Masse in Erscheinung. Ihre Anwesenheit an der Rampe schien keine aktiven Handlungen nach sich gezogen zu haben, schließlich wurden die Menschen wie von selbst aus den Waggons gedrängt. Die von Kirn suggerierte Passivität der Tatbeteiligten und Verfolgten hatte auch die Aussagen Hirtreiters durchgezogen, der dieses Narrativ nutzte, um sich dem historischen Geschehen retrospektiv zu entziehen und den Vernichtungsablauf zum gewaltfreien Vorgang zu erklären. In seiner Darstellung reproduzierte Kirn eine Vorstellung willfähriger Opfer, die „wie in einem bösen Traum“ gewankt und widerspruchslos „in den Tod“ gegangen seien.⁹⁰ Das aus diesen Formulierungen sprechende sprachlich-metaphorische Unvermögen, die Shoah in Worte zu fassen, leistete einer Entpersonalisierung und Entsinnlichung der Verbrechen Vorschub,⁹¹ die auch durch die Strategie des Angeklagten, explizite Gewalt- und Mordbeschreibungen zu vermeiden, mitgeprägt worden waren. Und so überlagerte die von Hirtreiter kons-

87 Vgl. Alf Lüdtkke, *Der Bann der Wörter: „Todesfabriken“*. Vom Reden über den NS-Völkermord – das auch ein Verschweigen ist, in: *Werkstatt-Geschichte* 5 (1996), H. 13, S. 5–18, hier S. 15.

88 Vgl. Kirn, *Hölle*, in: *Frankfurter Neue Presse*, 24.2.1951

89 Ebd.

90 Vgl. ebd.

91 Vgl. Birthe Kundrus, *„Vergangenheitsbewältigungen“*. Dimensionen des Falles Veit Harlan, in: *GWU* 55 (2004), H. 2, Seite 68–82, hier, S. 79.

truierte und von der *FNP* rezipierte „himmlische Ruhe“⁹² die historische Wirklichkeit des Vernichtungslagers Treblinka, in dem deutsche Täter täglich Jüdinnen und Juden angeschrien, geschlagen und ermordet hatten.

Fazit

Der Frankfurter Treblinka-Prozess war eines der ersten Verfahren, die Anfang der 1950er Jahre die juristische Aufarbeitung der „Aktion Reinhardt“ in Westdeutschland einleiteten. Die Ermittlungsbehörden stützten sich vor allem auf die Aussagen weniger Überlebender.⁹³ Die Angeklagten hingegen – das hat die Aussagepraxis von Josef Hirtreiter beispielhaft bewiesen – versuchten die juristischen Ermittlungen mindestens zu erschweren. Nachdem die Täter schon an den Tatorten nahezu alle Spuren ihrer Verbrechen verwischt hatten, agierten sie auch nach 1945 in einem Kontinuum nationalsozialistischer Verschleierungstaktik, die nun primär in einer sprachlichen Selbstentlastung zum Ausdruck kommen sollte. Dafür nutzte Josef Hirtreiter bereits zur NS-Zeit verwendetes und die antisemitische Massenvernichtung verschleiernendes Vokabular und inszenierte sich als humaner und unbedeutender Wachmann. Die mörderische Realität des Vernichtungslagers versuchte er durch die bewusste Aussparung der in Treblinka allgegenwärtigen Gewaltszenen rückblickend zu befrieden. Mit ihrer auf Entlastung zielenden Sprache formten die Angeklagten in den frühen NS-Verfahren einen Schuldabwehrmechanismus mit, der sich zu einem kollektiven Merkmal der deutschen Nachkriegsgesellschaft in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit entwickeln sollte.⁹⁴

Dass die Direktäter der Shoah ein immanenter Bestandteil dieser Gesellschaft waren, lässt sich auch an den Prozessberichten ablesen. Zwar bedeuteten die kritischen und zum Teil dämonisierenden Darstellungen des Angeklagten eine öffentliche Stigmatisierung Hirtreiters, eine Reproduktion seiner Entlastungsnarrative war dadurch aber nicht ausgeschlossen. Die sprachliche Anonymisierung des Tatumfeldes bedeutete eine Ergänzung der verschleiern den Aussagen des Angeklagten. Denn auch in der medialen Repräsentation schien sich der Massenmord als lautloser und verselbstständigter Vorgang vollzogen zu haben. Dadurch hatten die Jour-

92 „Friede auf Erden“ in Treblinka, in: Frankfurter Neue Presse, 10.11.1950.

93 Vgl. Knellessen, Zeugenschaft, S. 192 f.

94 Vgl. Heidrun Kämper, Der Schuld diskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945, Berlin 2005, S. 234–236.

nalist*innen weniger zur „Basis für eine kritische Auseinandersetzung“⁹⁵ mit der NS-Zeit, als vielmehr zur ihrer retrospektiven Verzerrung beige-tragen.

Die Interpretation der Shoah als Automatismus ohne aktive Täter*innen, die ihren sprachlichen Ausdruck in der – primär mit Auschwitz assoziierten – „Todesfabrik“-Metapher fand, ist ein bereits Anfang der 1950er Jahre im westdeutschen NS-Täter*innen-Diskurs verankertes Narrativ.⁹⁶ Im Hinblick auf die frühen „Aktion Reinhardt“-Prozesse lässt sich die damit einhergehende Verschleierung der Direkttäter und ihrer Gewaltpraxis als ein von den Angeklagten durch ihr medial rezipiertes Aussageverhalten mitbestimmtes Entlastungsmoment der postnationalsozialistischen Gesellschaft bezeichnen.

Adrian Stumpp, M. A., ist Doktorand an der Universität Hamburg.

95 Irle, Entnazifizierung, S. 59.

96 Gerhard Paul datiert die Entstehung der Fabrik-Metapher in die 1960er Jahre. Vgl. Paul, Psychopathen, S. 20 f.



DANIEL GERSTER / KERSTIN THIELER

Das Winterhuder Fährhaus nach 1945. Zwischen bürgerlichem Boulevard und Veranstaltungsort für die extreme Rechte

■ „Spaß und Unterhaltung in allen Facetten“ verspricht die Komödie Winterhuder Fährhaus ihren Gästen.¹ Das 1988 gegründete Boulevardtheater stellt sich mit diesem Anspruch in die Tradition seiner Vorgängerinstitution, des Ausflugs- und Tanzlokals Winterhuder Fährhaus. Dieses hatte seit dem späten 19. Jahrhundert an der Hudtwalckerstraße, Ecke Winterhuder Kai, gestanden und war 1979 abgerissen worden. Das Etablissement an der

¹ Vgl. <https://www.komoedie-hamburg.de/profil/> [8.9.2023].



Die Anlegestelle „Winterhuder Fährhaus“
1959. Staatsarchiv Hamburg

Alster mit seinem markanten Ecktürmchen dürfte älteren Hamburgerinnen und Hamburgern noch in (guter) Erinnerung sein, denn es war in den Jahrzehnten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ein äußerst beliebter Veranstaltungsort.² Neben Tanzveranstaltungen, Theateraufführungen und Künstlerfesten fanden hier private Familienfeiern statt. Auch Berufsverbände und die Polizei tagten im Fährhaus, genauso wie die jüdische Gemeinde oder Vertriebenenorganisationen. Hinzu kamen die politischen Parteien und Organisationen, die sich dort ebenfalls einmieteten und das Haus zu einer wichtigen Institution der bürgerlichen Hamburger Stadtgesellschaft machten.

1946 war das Winterhuder Fährhaus durch Otto Friedrich Behnke (1899–1964) übernommen worden, der es neben der Schiffsbegrüßungsanlage „Willkommenshöft“ an der Elbe zu seinem bekanntesten gastronomischen Projekt machte. Eigentlich wollte Behnke nach Kriegsende seine Weimarer Karriere als „Film-Organisator“ fortsetzen und ein Kino eröffnen. 1933 war Behnkes Arbeitgeber, der Henschel Film- und Theater-Konzern, wegen seiner jüdischen Besitzer zur Geschäftsaufgabe gezwungen worden, die fehlende NSDAP-Mitgliedschaft hinderte Behnke fortan am Fortkommen im Filmgeschäft.³ Nach Kriegsende gab er gegenüber den britischen Besatzungsbehörden an, mehrmals in einem Konzentrationslager inhaftiert gewesen zu sein.⁴ Auch der Nachruf im *Hamburger Echo* führte eine Inhaftierung im Jahr 1944 wegen eines vermutlich defätistischen Witzes auf, aus der Haft sei Behnke schwer gezeichnet zurückgekehrt.⁵ Weitere Informationen über seinen Werdegang in der NS-Zeit sind nicht bekannt.

2 Vgl. Helmut Alter, Eppendorf. Wohnen und Leben im Hamburger Vorort, Hamburg 1976, S. 28–30.

3 Lebenslauf Behnkes, Dammstorstr. 14, Film-Organisator, 10.7.1945, in: Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 622-2/76 Otto Friedrich Behnke, 1: Korrespondenzen 1945–47.

4 Ebd.

5 Vgl. Otto Friedrich Behnke ist tot. Erst nach dem Krieg begann seine Karriere als Gastronom, in: *Hamburger Echo*, 30.1.1964.

Für das Winterhuder Fährhaus hatte Behnke jedenfalls große Pläne: Nach dem Ausbau des Flughafens Fuhlsbüttel sollte es ein „Superhotel amerikanischen Stils mit 800 bis 1000 Betten“ werden.⁶

Daraus wurde bekanntlich nichts. Populär war das Winterhuder Fährhauses in den 1950er und 1960er Jahren dennoch – gerade auch bei Parteien und Organisationen der extremen Rechten. Sie hielten dort regelmäßig Versammlungen ab, was angesichts der Biografie Behnkes verwundern mag, vielleicht aber als Beispiel dafür gelten kann, dass auch NS-Verfolgte die Konfrontation mit der jüngsten Vergangenheit scheuten – allerdings aus anderen Gründen als der Rest der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die später vom Bundesverfassungsgericht verbotene Sozialistische Reichspartei (SRP) hielt beispielsweise in den frühen 1950er Jahren wiederholt öffentliche Veranstaltungen im Fährhaus ab, bei denen unter anderem das Thema „Generalvertrag – ein neues Versailles“ diskutiert wurde.⁷ Die Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) traf sich in den 1950er Jahren monatlich und veranstaltete im Juni 1953 sogar einen Sommernachtsball. Zuvor hatte auch der Stahlhelm ein Gartenfest samt Zapfenstreich und „deutschem Tanz“ ausgerichtet, das „sehr gut“ besucht war.⁸ Die Deutsche Reichspartei lud im Februar 1958 zu einem Vortrag des ehemaligen Luftwaffenobersts Hans-Ulrich Rudel, einem hochdekorierten Kampfflieger der NS-Zeit, der Ende 1944 zuletzt von Hitler persönlich ausgezeichnet worden war und immer noch hunderte Zuschauer anlockte. Auch andere, dem Militär bzw. der Wehrmacht verbundene Organisationen wie der Kyffhäuserbund oder die Ludendorff-Gesellschaft trafen sich im Fährhaus. Nicht immer waren die Veranstaltungen gut besucht, aber das Fährhaus war nach 1945 für viele Jahre einer der beliebtesten Versammlungsorte der extremen Rechten in Hamburg – zudem war es eine Ausweichoption, wenn andere Vermieter kurzfristig ihre Zusagen zurückzogen.

Die Veranstaltungen und Vorträge rechtsextremer Organisationen provozierten von Beginn an zu staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen: Verbote, Tumulte, Gegendemonstrationen und sogar Bombendrohungen erlebte dieser ansonsten recht gediegene Ort. So berichtete die Hamburger Kriminalpolizei in Zusammenhang mit dem geplanten Verbot der SRP durch die Bundesregierung über eine Versammlung im April 1950, auf der der ehemalige

6 Pluspunkte für Hamburg, in: Hamburger Echo, 19.8.1959.

7 Vgl. Allgemeiner Monatsbericht des Kriminalamts, 3.7.1952, in: StAHH, 331-1 II Polizeibehörde, Nr. 1397, Monatsberichte des Kriminalamts mit polizeilicher Kriminalstatistik 1952, S. 6.

8 Allgemeiner Monatsbericht des Kriminalamts, 3.7.1952, in: ebd., S. 5 f.



WINTERHUDER FÄHRHAUS AM 18. JANUAR. Die DRP-Versammlung ist überfüllt, aber es sind — gottlob — durchaus nicht nur Anhänger dieser Partei, die den Saal füllen und heftige Diskussionen auslösen. (Bild: Conti-Press)



DIE POLIZEI — WESSEN FREUND UND HELFER? Am 18. Januar war es jedenfalls sehr umstritten, ob die — zum Teil berittene — Polizei nun den Demokraten oder vielmehr jenen, die mit der Pflege eines falschen Geschichtsbildes antidemokratische Kräfte fördern, geschützt hat. Das veranlaßte viele unserer Leser zu kritischen Äußerungen. (Bild: Conti-Press)

Versammlung der Deutschen Reichspartei 1960 im Winterhuder Fährhaus [o.] sowie Gegendemonstration und umstrittener Polizeieinsatz, bebildert und kommentiert im Hamburger Echo, 30. Januar 1960

Wehrmachtsoffizier und zweite Vorsitzende der Partei, Otto Ernst Remer, von „starker Empörung bei den politisch Andersdenkenden“ sprach.⁹ Auch bei Versammlungen der Deutschen Partei und der Deutschen Reichspartei waren wiederholt Proteste vor dem Winterhuder Fährhaus zu verzeichnen.

Der Winterhuder Bürgerverein von 1872 schwieg sich in seinen monatlichen Mitteilungen über die Tumulte ebenso aus wie über die Treffen der extremen Rechten insgesamt, während er über andere politische Veranstaltungen im Fährhaus fortlaufend berichtete. Dies galt auch dann noch, als es im Januar 1960 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen um eine Veranstaltung der Deutschen Reichspartei kam. Die Reichsgründungsfeier der DRP vom 18. Januar 1960 stellte einen Wendepunkt in der Frage dar, wie die städtische Gesellschaft die Versammlungen der extremen Rechten im Winterhuder Fährhaus wahrnahm und wie sie damit umging. Die Veranstaltung mit etwa 700 Gästen wurde von massiven Protesten begleitet, zu denen der Hamburger Jugendring aufgerufen hatte. Die circa 300 bis 400 Demonstrantinnen und Demonstranten skandierten vor dem Gebäude laute Sprechchöre wie „Nazis raus!“. Einzelne schafften es, in den Saal vorzudringen und mit Zwischenrufen und Stinkbomben die Veranstaltungen zu stören.¹⁰ Die Polizei ging mit großer Härte gegen diese Proteste vor, was ihr im Nachgang heftige Kritik vonseiten des Jugendrings und Teilen der Hamburger Presse einbrachte. Auch der Landesvorstand der regierenden SPD und der Senat zeigten sich solidarisch mit den Protesten und drängten auf eine interne Ermittlung der Vorgänge.¹¹

Wenngleich diese Ermittlungen keine unmittelbaren Konsequenzen nach sich zogen, so wurden weitere Veranstaltungen häufiger von Protesten begleitet. Schließlich war es dem Betreiber des Fährhauses – Otto Friedrich Behnke war im Januar 1964 gestorben, die Nachfolge übernahm sein Sohn Uwe – doch zu risikoreich, potenziell konfliktreiche Veranstaltungen durchzuführen. 1966 kündigte das Fährhaus einen Veranstaltungsvertrag mit der NPD wohl auch wegen der angekündigten GegenDemonstrationen. Die NPD wehrte sich zwar juristisch, unterlag aber vor Gericht. Trotzdem fanden sich am 29. November 1966 noch 250 Personen vor dem Fährhaus ein, die die Veranstaltung besuchen

9 Kriminalabteilung E, Schreiben betr. Antrag der Bundesregierung, 21.2.1952, in: StAHH, 331-1 II Polizeibehörde, Nr. 810, Sozialistische Reichspartei.

10 Vgl. Bericht über den polizeilichen Einsatz aus Anlaß der Reichsgründungsfeier der DRP am 18.1.1960, in: StAHH, 331-1 II Polizeibehörde, Nr. 5092, Begleitung der öffentlichen Reichsgründungsfeier der Deutschen Reichspartei am 18.1.1960 im Winterhuder Fährhaus.

11 Vgl. ebd. sowie die Verhörprotokolle in: StAHH, 131-1 II Senatskanzlei, Nr. 147, Ausschreitungen bei der Reichsgründungsfeier der Deutschen Reichspartei (DRP) am 18. Januar 1960 im Winterhuder Fährhaus 1960.

wollten, während an der Moorweide 3500 vor allem junge Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten.¹²

Seit Ende der 1960er Jahre setzte bei den Organisationen der extremen Rechten ein Transformationsprozess ein, in dem auch das Winterhuder Fährhaus als Veranstaltungsort an Bedeutung verlor. Gleichzeitig war auch die große Zeit des Ausflugs- und Tanzlokals wie auch des politischen Veranstaltungsortes Winterhuder Fährhaus vorbei – 1977 brannte es, 1979 wurde es, ebenfalls unter Protesten, abgerissen.

PD Dr. Daniel Gerster ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

Dr. Kerstin Thiel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

12 Vgl. Monatsbericht des Kriminalamts für den Monat November 1966, in: StAHH, 331-1 II Polizeibehörde, Nr. 1411, Monatsberichte des Kriminalamts mit polizeilicher Kriminalstatistik 1966, S. 4.

Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte

■ *Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg dokumentiert ihre umfangreichen wissenschaftlichen und publizistischen Aktivitäten sowie Personalien in einem jährlichen Tätigkeitsbericht, der auf der Webseite abrufbar ist. Hieraus stellen wir in dieser Rubrik besondere Ereignisse und Entwicklungen vor.*

FORSCHUNG IM DIALOG

Oral History

Im Juni 2022 wurde der von Linde Apel herausgegebene Sammelband „Erinnern, erzählen, Geschichte schreiben. Oral History im 21. Jahrhundert“ öffentlich präsentiert. Es handelt sich dabei um Band 29 der FZH-Reihe „Forum Zeitgeschichte“ und um den ersten, der im Berliner Metropol Verlag erschienen ist. Als besonderer Diskutant der Veranstaltung war Alfons Kenkmann von der Universität Leipzig anwesend, ehemaliger Mitarbeiter der FZH. In einem Podiumsgespräch unterhielten sich Andrea Althaus, Linde Apel, Lina

Nikou und Janine Schemmer mit ihm über ein 1993 im Rahmen seiner Tätigkeit in der Werkstatt der Erinnerung von ihm geführtes Interview, das den Gesprächspartnerinnen als Grundlage für einen Aufsatz im Sammelband gedient hat. Der Band ist ein wichtiger Beitrag zur methodischen Reflexion und auch der zunehmenden Bedeutung von Sekundäranalysen älterer Interviews und unterstreicht, dass Oral History eines der Kernthemen der FZH ist. Dazu zählt auch das Netzwerk Oral History, dessen jährliche Treffen von der FZH und der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert werden.



Foto: Fabian Hammerl



Hamburger Wirtschaft im Nationalsozialismus

Zwei abgeschlossene Projekte wurden im Januar 2023 in der Handelskammer Hamburg vorgestellt. Claudia Kemper und Hannah Rentschler präsentierten die Studie „Handlungsspielräume und Verantwortlichkeiten der Handelskammer Hamburg in der NS-Zeit“, die das Wirken

der Handelskammer und ausgewählter Hamburger Unternehmer zwischen 1933 und 1945 beleuchtet. Sebastian Justke hat mit dem Buch „Ein ehrbarer Kaufmann? Albert Schäfer, sein Unternehmen und die Stadt Hamburg 1933–1956“ eine biografische Einzelstudie über den Generaldirektor der Phoenix Gummiwerke AG sowie späteren Präses der Handelskammer vorgelegt. Beide Bücher sind in der FZH-Reihe „Forum Zeitgeschichte“ im Metropol Verlag erschienen. Die gut besuchte Veranstaltung zeigte, dass das Interesse am Verhalten und Wirken von Institutionen und Einzelpersonen während der NS-Zeit und danach ungebrochen hoch ist.

Forum

Bis Sommer 2023 waren Sebastian Justke und Lisa Hellriegel in einem von Thomas Großbölting geleiteten Teilprojekt des Forschungsverbundes „Forum – Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der Evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland“ tätig, der Abschlussbericht des gesamten Projektes liegt im Januar 2024 vor. Auf einer Tagung im März 2023 im Hamburger Tschaikowsky-Saal wurde mit Betroffenen intensiv diskutiert, wie Forschung zu sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext partizipativ organisiert werden kann und wie Betroffene von sexualisierter Gewalt in den Prozess eingebunden werden können. Neben Sebastian Justke sprach auch Klaus Große Kracht, seit April 2022 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FZH tätig, über Erfahrungen in Aufarbeitungsprozessen im Kontext der katholischen Kirche.



Tagung ForuM im Hamburger Tschaikowsky-Saal.
Foto: Knud Andresen

HAMREA

Am 27. März 2023 wurde das neue Forschungsprojekt „Hamburg Rechtsaußen. Rechtsextrêmes Gewalt- und Aktionshandeln in, mit und gegen die Stadtgesellschaft 1945 bis Anfang 2000er Jahre“ der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen wird eine gemeinsame Website erstellt, daneben werden Veranstaltungen auch mit Gedenk- und antirassistischen



Team HAMREA: Knud Andresen, Kerstin Thieler und Daniel Gerster. Foto: Maike Raap

Initiativen durchgeführt, um die gesellschaftliche Bedeutung extrem rechter Gewalt zu verdeutlichen. Die beiden Projektbearbeiter:innen Kerstin Thieler und Daniel Gerster werden eine vertiefte und quellengestützte Darstellung zu Hamburg schreiben. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bis Anfang 2026 gefördert.

Vortragsreihe Zeitgeschichte und Sexualitäten

Die Geschichte von Sexualitäten ist seit langem ein Forschungsschwerpunkt an der FZH. Die Vortragsreihe im Sommersemester 2023 widmete sich der Vermessung von Zeitgeschichte und Sexualitäten. In sechs Veranstaltungen zu Themen wie queere Zeitgeschichte, die Rechte und der Sex oder Sextourismus beschriften Forscher:innen aus Deutschland und Großbritannien dieses weite Feld. Die meisten Vorträge wurden, wie inzwischen üblich an der FZH, im Livestream online zugänglich gemacht und sind über den Vimeo-Kanal der FZH abrufbar.

Ausstellung „Abgelehnt“ in der Rathausdiele

Im Juli 2022 wurde in der Hamburger Rathausdiele die Ausstellung „Abgelehnt. Der Radikalenbeschluss von 1972 in Hamburg“ gezeigt. Die Ausstellung, die auf ein Ersuchen der Hamburger Bürgerschaft zurückging, befasste sich mit der Praxis der Untersuchungsverfahren und deren Auswirkungen auf die betroffenen Personen sowie auf Gesellschaft und Politik. Beauftragt vom Personalamt des Hamburger Senats wurde die Ausstellung von Alexandra



Jaeger (mittlerweile Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.) für die FZH konzipiert. Eröffnet wurde die Ausstellung im Rahmen eines Senatsempfangs mit einer sehr gut besuchten Podiumsdiskussion.

Religion und Geschichte

Mehrere Projekte an der FZH gehen den gesellschaftlichen Kontexten von Religiosität nach. Im September 2022 organisierte die FZH mit der Hamburger Akademie der Weltreligionen und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) die Tagung „Urbane Sozialformen des Religiösen zwischen Pluralisierung und Regulierung“. Die Tagung befasste sich mit der Pluralisierung und Diversifizierung des Religiösen in Stadtgesellschaften vor allem seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Im September 2023 wurden auf der wissenschaftlichen Tagung „Politische Einstellungen religiöser Gruppen und Individuen in der NS- und Nachkriegszeit“ vor allem methodische Fragen der Erforschung von Einstellungen diskutiert.

Frauen- und Geschlechtergeschichte

Frauen- und Geschlechtergeschichte ist als Thema bzw. Querschnittsperspektive in fast allen Forschungen der FZH präsent. Der Arbeitskreis Historische Frauen- und Geschlechterforschung, dessen Vorsitzende Kirsten Heinsohn ist, hielt im Oktober 2022 einen Nachwuchsworkshop zu neuen Perspektiven auf die Frauen- und Geschlechtergeschichte ab. Im Zentrum der von Hannah Rentschler mitorganisierten Veranstaltung stand die gemeinsame Arbeit an konkreten Frage- und Problem-



„Citizen Science in der Stadtgeschichte“, Tagung in der FZH im November 2022.

Foto: Fabian Hammerl

stellungen laufender Promotionsprojekte zur Frauen- und Geschlechtergeschichte.

Citizen Science und Stadtgeschichte

Stadtgeschichte ist ein wichtiger Fokus der Forschung an der FZH. Hierzu gab es eine Reihe von Konferenzen und Tagungen, so im Mai 2022 den internationalen Workshop „The city as space of post-modernity: working worlds, migration, public health and identities in urban centres of the Baltic Sea region“. Für stadtgeschichtliche Bezüge ist der Ansatz der Citizen Science, die Zusammenarbeit mit Bürger:innen in Forschungsprojekten, in jüngster Zeit bedeutsamer geworden. Zusammen mit der Gesellschaft für Stadtgeschichte (GSU) fand im November 2022 eine Tagung zu „Citizen Science in der Stadtgeschichte“ in der FZH statt, auf der neue Zugänge und Herausforderungen einer „Bürgerwissenschaft“ diskutiert wurden.

Das an der Werkstatt der Erinnerung angesiedelte Projekt „Open City Hamburg“ widmete sich Erfahrungen von Migrant:innen. Im Artikel „Open City Hamburg? Migrationsgeschichte(n) als Citizen Science“ im vorliegenden Jahrbuch werden die Ergebnisse vorgestellt.

Labour History

Die Geschichte und der Wandel von Arbeitswelten ist ein traditionelles Forschungsfeld der FZH. Im November 2022 organisierte die FZH gemeinsam mit der German Labour History Association die Tagung „Arbeit/Zeit“ im Museum der Arbeit, auf der über Forschungen zu Arbeitszeiten und den gesellschaftlichen Auswirkungen im 19. und 20. Jahrhundert diskutiert wurde. Anna Horstmann präsentierte Ergebnisse aus ihrem laufenden Forschungsprojekt zu gewerkschaftlichen Zeitpolitiken seit den 1970er Jahren.



2023 kam der private Nachlass von Esther Bejarano in das Archiv. Im Bild: Bettina Sefkow, Joram Bejarano, Kirsten Schaper (v. l. n. r.). Foto: Maike Raap

AUS ARCHIV UND BIBLIOTHEK

Nachlass von Esther Bejarano

2023 kam der private Nachlass von Esther Bejarano (1924–2021) in das Archiv der FZH. Bejarano, deren Eltern und Schwester von den Nationalsozialisten ermordet wurden, überlebte als Akkordeonspielerin im Mädchenorchester des KZ Auschwitz und später im KZ Ravensbrück. Auf den sogenannten Todesmärschen konnte sie 1945 fliehen. Esther Bejarano engagierte sich bis zuletzt gegen das Vergessen, Antisemitismus und Rassismus und jede Art von Diskriminierung. Der Nachlass besteht u. a. aus Fotos, Tonaufzeichnungen und schriftlichen Dokumentationen ihrer Konzerte, Reden, Vorträge, Schulbesuche und ihres Engagements als Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen- und Antifaschisten (VVN-BdA). Nach der vorübergehenden

Unterbringung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme wird der Nachlass in der Forschungsstelle langfristig archiviert und erschlossen.

Kinderbücher aus der NS-Zeit

Die Bibliothek wird immer wieder auch durch private Spenden bereichert. Besonders hervorzuheben ist ein Konvolut Kinderbücher aus der Frühphase des NS-Regimes, darunter „Horst will zur Reichswehr“ von Albert Benary, 1933 im Franz Schneider Verlag veröffentlicht. Der Buchschmuck stammt von dem Illustrator und Bauhaus-Schüler Werner Chomton, der die Machtübernahme Hitlers zunächst begrüßt hatte, aber schon 1934 zum entschiedenen Regimegegner und Informant der Robinson-Strassmann-Widerstandsgruppe wurde. Der Jugendroman „Hermann, der Hitlerjunge“ von Martin Freitag aus dem Verlag Enßlin & Laiblin zeigt, wie schnell renommierte Kinder- und Jugendbuchverlage auf die neuen Verhältnisse reagierten.

TEAM

Habilitation Yvonne Robel

Yvonne Robel hat im Januar 2023 ihr Habilitationsverfahren mit einem hochschulöffentlichen Habilitationskolloquium abgeschlossen. Von der Universität Hamburg hat sie die Lehrbefugnis als Privatdozentin für das Fach Neuere Geschichte erhalten. Ihre schriftliche Arbeit trägt den Titel: „Viel Lärm um Nichts? Die öffentliche Wahrnehmung von Muße, Faulheit, Müßiggang und Nichtstun in der Bundesrepublik“ und wird 2024 in der FZH-Reihe „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte“ im Wallstein Verlag erscheinen.



Yvonne Robel. Foto: Maike Raap

Dissertation Lena Langensiepen

Lena Langensiepen hat mit der Disputation im Juni 2023 ihre Promotion erfolgreich abgeschlossen. Das Thema ihrer Arbeit lautete „Eine „Geschichte für alle“? Zivilgesellschaftliche Geschichtsiniciativen in Hamburg zwischen Stadtteilkultur und „neuer Geschichtsbewegung“ in den 1980er und 1990er Jahren. Die Studie wird in der FZH-Reihe „Forum Zeitgeschichte“ erscheinen.

Habilitation Daniel Gerster

Im Juli 2023 schloss Daniel Gerster sein Habilitationsverfahren mit einem hochschulöffentlichen Habilitationskolloquium ab. Auch er erhielt die Lehrbefugnis der Universität Hamburg als Privatdozent für das Fach Neuere Geschichte. Daniel Gerster schrieb seine Arbeit über „Männerbildung, Internatserziehung und bürgerliche Gesellschaft in Großbritannien und Deutschland, 1870–1930“. Die Veröffentlichung in der Reihe „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte“ ist für 2024 geplant.

Auslandsstipendium

Ruth Pope erhielt vom Hamburger Übersee-Club ein Auslandsstipendium für einen dreimonatigen Archiv- und Forschungsaufenthalt in den USA, den sie im Spätsommer 2023 antrat. Das Stipendium wurde ihr und acht weiteren Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen des Überseetages am 6. Juni 2022 im Hamburger Rathaus übergeben. Der Übersee-Club vergibt alle zwei Jahre Stipendien an Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zur Förderung von Auslandsaufenthalten.

FELLOWS

FZH-Fellowship

2022 und 2023 waren an der FZH mehrere internationale Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler tätig. Wir konnten im Rahmen der FZH-Fellowships in Contemporary Urban History in Kooperation mit dem Hamburg Institute for



Silvia Ilg Byington (o.),
Sebastian Haumann (u.).

Fotos: Fabian Hammerl

Advanced Study (HIAS) am 1. November 2022 mit **Dr. Silvia Ilg Byington** vom Núcleo de Memória an der Päpstlichen Katholischen Universität in Rio de Janeiro (PUC-Rio) die erste Gastwissenschaftlerin begrüßen. An der FZH arbeitete sie vergleichend zu zivilgesellschaftlich organisierter Erinnerungskultur in Hamburg und Rio de Janeiro.

Als FZH-Fellow in Contemporary Urban History war **PD Dr. Sebastian Haumann** vom Centre for Urban History der Universität Antwerpen ab Ende November für zwei Monate bei uns tätig. Er forscht u. a. zur Geschichte der Deindustrialisierung und zu Fragen der historischen Umwelt-

gerechtigkeit mit einem Schwerpunkt auf dem späten 20. Jahrhundert.

2023 waren im Rahmen dieses Programms in Kooperation mit dem HIAS drei FZH-Fellows zu Gast: Im Frühjahr führte der Sozialwissenschaftler **Prof. Dr. Cenk Saraçoğlu** von der Universität Ankara seine Forschungen über wirtschaftliche und soziale Transformationsprozesse in der Hafenstadt Izmir durch die kurdische und syrische Migration seit den 1980er Jahren fort. Am 22. Juni fand am HIAS ein von Cenk Saraçoğlu und Christoph Strupp organisierter interdisziplinärer Roundtable mit einem Dutzend Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Fachbereiche Hamburger Universitäten zum Themenfeld „Stadt und Migration“ statt.

Über den Sommer 2023 war **Prof. Dr. Erika Szívós** vom Fachbereich Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Eötvös Loránd Universität in Budapest an der FZH. Sie arbeitete über verschiedene Formen der Präsentation von Stadtgeschichte in Projekten des Tourismus und der Erinnerungskultur und nahm dabei Budapest, vergleichend auch Hamburg in den Blick. Vom 1. September bis zum Jahresende 2023 war schließlich **Prof. Dr. Moritz Föllmer** vom Fachbereich Geschichte an der Universität von Amsterdam an der FZH tätig. Er setzte seine Forschungen über großstädtisches Regieren von den 1970er zu den 1990er Jahren in Hamburg und Amsterdam fort, wozu er in „Zeitgeschichte in Hamburg 2021“ im Anschluss an einen früheren Forschungsaufenthalt an der FZH bereits einen Aufsatz veröffentlicht hat.

Die von der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke geförderten FZH-Fellowships zu Urbanität und Stadtgeschichte in zeithistorischer Perspektive dienen der weiteren internationalen Vernetzung und der Stärkung des stadtgeschichtlichen Schwerpunktes an der FZH. Alle in Kooperation mit dem HIAS eingeladenen Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler haben ihre Projekte nicht nur an der FZH, sondern auch in den Kolloquien des HIAS zur Diskussion gestellt.

Weitere Wissenschaftler:innen haben 2022 und 2023 an der FZH mit eigenen Förderungen geforscht: Als Stipendiat der Japan Society for the Promotion of Science arbeitete **Prof. Dr. Takahito Mori** von der Hitotsubashi Universität in Tokio zur Stadtgeschichte der Freizeit von den 1920er Jahren bis in die 1940er Jahre in Europa und Japan. Mit einem Career Development Award der Berlin University Alliance war **Dr. Anja Sattelmacher** (Humboldt-Universität zu Berlin) an der FZH. Ihr aktuelles Forschungsprojekt aus dem Bereich der Mediengeschichte trägt den Titel „Original oder Kopie? Filme als Dokumente der Zeitgeschichte ca. 1970“. In der zweiten



Takahito Mori. Foto: Fabian Hammerl

Jahreshälfte 2023 arbeitete **Prof. Dr. Stewart Anderson** von der Brigham Young Universität in Utah an der FZH mit einem Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung an einem Buchprojekt über Katholiken, Protestanten und religiöse Minderheiten in der Bundesrepublik von 1945 bis 1980.

Die Aufenthalte der Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler an der FZH werden von Christoph Strupp koordiniert.

Ukrainische Wissenschaftlerinnen in der Werkstatt der Erinnerung (WdE)

Maria Gryshchenko (M. A.) und **Natalia Otrishchenko** (Ph. D.) vom Center of Urban History (CUH) in Lviv waren im Frühsommer 2023 in der FZH zu Gast. Die beiden Wissenschaftlerinnen führten im Rahmen ihres Forschungsprojekts „24/02/22, 5 am: Testimonies from the War“ Interviews, die den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten sollen. In Hamburg sprachen sie mit geflüchteten Ukrainer:innen und ihren Unterstützer:innen. Linde Apel beriet Maria Gryshchenko und Natalia Otrishchenko bei der Konzeption, Durchführung und Auswertung der Interviews, die auch in der Werkstatt der Erinnerung archiviert werden. Die Kooperation zwischen der FZH und dem CUH wird von der Körber-Stiftung unterstützt.

Im Zusammenwirken mit der Körber Stiftung und dem Center for Urban History in Lviv waren bereits von Juni bis August 2022 zwei aus Mitteln der Körber-Stiftung finanzierte Kurzzeit-Forschungsstipendien an **Iryna Piatnytskova** und **Dr. Volodymyr Maslychuk** aus Lviv vergeben worden.

Abbildungsnachweise

- S. 14, Berliner Monatshefte, 10 (1932), Nr. 2.
- S. 16, Hansestadt Hamburg, Schulbehörde, Hochschulabteilung, Forschungsstelle Nationalsozialismus für die Geschichte Hamburgs von 1933–1945. FZH-Archiv 376-21.
- S. 32, Falko Schnicke, Die männliche Disziplin, Göttingen: Wallstein Verlag 2015.
- S. 40, Claudia Opitz-Belakhal, Geschlechtergeschichte, Frankfurt a. M.: Campus-Verlag, 2. aktualisierte Auflage 2018 [Erstauflage 2010].
- S. 45, Julia Paulus / Eva-Maria Silies / Kerstin Wolff (Hrsg.), Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte, Frankfurt a. M.: Campus-Verlag 2012.
- S. 62, Die HMT Empire Windrush. GL Archive / Alamy Stock.
- S. 68, Abschlussveranstaltung des Projektes „Open City? Migration in der Stadt erzählen und sichtbar machen“, FZH, 15. November 2023, Foto: Kirsten Heinsohn.
- S. 71, Projektflyer „Open City Hamburg?“, Gestaltung: Monika Sigmund / Jana Matthies.
- S. 74, Workshop im März 2023, Foto: Andrea Althaus.
- S. 80, Broschüre anlässlich des Jubiläums des Altonaer Museums 1938, hrsg. von H. Schwindrazheim, Cover und S. 7. FZH-Archiv A1944/2366.
- S. 86, Personalbogen Hildamarie Schwindrazheim 1950. Staatsarchiv Hamburg, 363-4, 54.
- S. 105, Helmut Kentler 1997, ullstein bild / Ingo Barth.
- S. 110, Ursula Enders (Hrsg.), Zart war ich, bitter war's. Handbuch gegen sexuellen Missbrauch, Köln: KiWi-Verlag, Neuauflage 2003 [Erstauflage 1990].
- S. 120, Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.), Wider die Gewalt-Verhältnisse. Für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen, Akademie-Tagung 1992.
- S. 121, Ulrike Eichler / Ilse Müller (Hrsg.), Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen als Thema der feministischen Theologie, München: Christian Kaiser Verlag 1999.
- S. 129, Evangelischer Pressedienst (Hrsg.), Gewalt gegen Frauen – theologische Aspekte (1), epd-Dokumentation 1997.
- S. 135, Marle M. Fortune, Sexual Violence. The Unmentionable Sin, New York: Pilgrim Press 1983.
- S. 150, Ausschnitt Flyer der FDP Gütersloh zur Kommunalwahl 1999. Stadtarchiv Gütersloh, Zeitgeschichtliche Sammlung 142.
- S. 153, Obdachlosensiedlung Holzheide / Gütersloh ca. 1970. Stadtarchiv Gütersloh, BB07358.
- S. 155, Blankenhagen / Gütersloh 1968. Stadtarchiv Gütersloh, BB06198.
- S. 158, Innenaufnahme des „Relax“, Neue Westfälische, 11.11.1998, Foto: Raimund Vornbäumen / Neue Westfälische.
- S. 171, „Die deutsche Frau – DIN A 4“, Zeichnung: Wolfgang Hicks, Die Welt, 6.9.1966.

S. 182, Josef Hirtreiter, undatiert, vermutlich 1945. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 461, Nr. 35254.

S. 194, Rudolf Eims, Gesang vor den Gaskammern. Ein Wachmann von Treblinka vor Gericht, Frankfurter Rundschau, 23.2.1951.

S. 201, Außenansicht des historischen Winterhuder Fährhauses 1978, Staatsarchiv Hamburg, 720-1343-1, 38645.

S. 202, Anlegestelle Winterhuder Fährhaus mit „Tarpenbek“, im Hintergrund das Winterhuder Fährhaus 1959, Staatsarchiv Hamburg, 720-1343-1, C0000922.

S. 204, Versammlung der Deutschen Reichspartei 1960 im Winterhuder Fährhaus / Gegendemonstration 1960 vor dem Winterhuder Fährhaus, Hamburger Echo, 30.1.1960.

S. 207, Linde Apel (Hrsg.), Erinnern, erzählen, Geschichte schreiben. Oral History im 121. Jahrhundert, Berlin: Metropol Verlag 2022, Foto: Fabian Hammerl.

S. 208, Claudia Kemper / Hanna Rentschler, Handlungsspielräume und Verantwortlichkeiten der Handelskammer Hamburg während der NS-Zeit. Erörterungen und biografische Annäherungen, Berlin: Metropol Verlag 2023.

Sebastian Justke, Ein ehrbarer Kaufmann? Albert Schäfer, sein Unternehmen und die Stadt Hamburg 1933–1956, Berlin: Metropol Verlag 2023.

S. 209, Tagung „ForuM“, Tschaikowsky-Saal Hamburg, 29.3.2023, Foto: Knud Andresen.

Team „HAMREA“: Knud Andresen, Kerstin Thieler und Daniel Gerster, Foto: Maike Raap.

S. 210, Plakat Ausstellung „Abgelehnt“, Gestaltung: Michael Schulz / Wolfgang Widey.

S. 211, Tagung „Citizen Science in der Stadtgeschichte“, FZH, 10./11.11.2022, Foto: Fabian Hammerl.

S. 212, Bettina Sefkow, Joram Bejarano und Kirsten Schaper in den Archivräumen der FZH, 28.2.2023, Foto: Maike Raap.

S. 213, Yvonne Robel, Foto: Maike Raap.

S. 214, Silvia Ilg Byington (oben), Sebastian Haumann (unten), Foto: Fabian Hammerl.

S. 215, Takahito Mori, Foto: Fabian Hammerl.

**Forschungsstelle für Zeitgeschichte
in Hamburg (FZH)**

*Wissenschaftliche Einrichtung
an der Universität Hamburg*

Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. +49 40 43 13 97 0
fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
<https://zeitgeschichte-hamburg.de>

Die FZH ist seit 1997 eine Stiftung
bürgerlichen Rechts, die von der Freien
und Hansestadt Hamburg getragen wird.



„Zeitgeschichte in Hamburg 2023“ wird
kostenlos von der Forschungsstelle
für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
abgegeben und steht auf
<https://zeitgeschichte-hamburg.de> zum
freien Download zur Verfügung.

ISSN Print 2366-6412
ISSN Web 2366-6420

Herausgeberin:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in
Hamburg (FZH)

Vi.i.S.d.P.:

Thomas Großbölting, Kirsten Heinsohn

Hamburg 2024

Umschlagabbildung:

Vorderseite: Collage aus Quellen der
Werkstatt der Erinnerung, FZH.
Foto: Fabian Hammerl
Rückseite: Anlegestelle Winterhuder
Fährhaus mit „Tarpenbek“, im
Hintergrund das Winterhuder Fährhaus
1959, Staatsarchiv Hamburg

Redaktion:

Knud Andresen, Stefan Mörchen,
Maike Raap

Satz und Layout:

Lichten. Kommunikation und Gestaltung,
Hamburg. www.lichten.com

Druck:

KOPA, Kaunas, Litauen



Das Winterhuder Fährhaus: Beliebtes Veranstaltungs- und Ausflugslokal und umkämpfter Ort der Hamburger Geschichtspolitik. Staatsarchiv Hamburg